

# Kommune

FORUM FÜR POLITIK · ÖKONOMIE · KULTUR



**Thema** Arbeitsplatzhemmnis Abgabensystem

**Bundesregierung** Lauter erste Tage

**Rumänien** Ansichten eines Zerfalls

**Debatte** Frankreichs Afrikapolitik nicht verteufeln

**Japan** Verhängnisvoller Krisenkreisel

**Walser** Den Streit weiterführen

**Wer für die  
Kommune wirbt,  
dem schenken  
wir ein  
gutes Buch!**

JACQUES LE GOFF  
**DIE LIEBE  
ZUR STADT**

*Eine Erkundung vom Mittelalter  
bis zur Jahrtausendwende*



Jacques Le Goff

**Die Liebe zur Stadt.**

**Eine Erkundung vom Mittelalter bis  
zur Jahrtausendwende**

Campus Verlag (160 S., 45 Abb., davon 35 in Farbe, 39,80 DM)

Das Stadtleben wird geliebt, aber auch gehaßt. Einer, der die Städte liebt und sich für ihre Geschichte interessiert, ist der bekannte französische Historiker Jacques Le Goff. In diesem reich illustrierten Buch erinnert Le Goff an die Bedeutung der europäischen Städte für die abendländische Zivilisation. So sind der politisch aufgeklärte Bürger und der neuzeitliche Humanismus Produkte des Selbstbewußtseins und der politischen Kraft der mittelalterlichen Städte. Le Goff verdeutlicht, wieviel sich von den damaligen Lebensformen in unseren heutigen Städten erhalten hat und wie sehr diese von den Leistungen der Vergangenheit leben. Der Autor sieht auch die ambivalente Entwicklung der Stadt im globalen Maßstab zwischen vitalen Lebenszentren und wuchernder Megalopolis. Behalten die Städte ihre Identität oder naht das Ende der Stadt, so wie wir sie kennen?

„Diese ausgezeichnet illustrierte Betrachtung über die Städte des Mittelalters greift Fragen und Probleme auf, die für die Stadt unserer Zeit entscheidend sind.“ *L'Histoire*

*Wenn Sie für uns eine  
neue Abonnentin oder  
einen neuen Abonnenten  
werben, oder ein  
Geschenkabo machen,  
oder ein Paket-Förderabo  
einrichten – dann  
erhalten Sie*

*„Das Buch der Kommune“  
als unser Geschenk!*

*Bitte die dem Heft  
beiliegenden Abo-Karten  
beachten und benutzen!*

Seit dem Ende des Ost-West-gegensatzes zeigt sich an einigen Stellen der Welt, daß die Staatenbildung längst nicht so abgeschlossen ist, wie es die UNO-Ordnung der Staatenwelt eigentlich voraussetzt. Es scheint eine zweite Welle der Entkolonialisierung in Gang gekommen, die sich nun gegen die Staaten richtet, die in kolonialen Grenzen ihre Unabhängigkeit erreichten oder noch imperiale Spuren zeigen wie Rußland. Ein typischer Konfliktverlauf ist: Eine herrschende Zentralmacht versucht mit allen Mitteln der Unterdrückung und Gewalt, ein heterogenes Staatsgebilde zusammenzuhalten. Die Zentralmacht geht in ein diktatorisches Regime über und beginnt, gegen Teile der eigenen Bevölkerung Krieg zu führen. Je mehr sich die Zentralmacht in eine Diktatur verwandelt, desto mehr nimmt sie ethnisch-religiöse Züge an, um sich in der Bevölkerung eine Basis zu verschaffen, von der aus sie andere Teile der Bevölkerung um so brutaler und schamloser unterdrücken kann. Unvermeidlich nimmt auch die Opposition zum herrschenden Regime Züge einer ethnisch-religiösen Gegnerschaft an. Innerhalb des Staates bilden sich zwei oder mehrere Lager heraus. Die Auseinandersetzung nimmt nationale Züge und damit Formen der Staatsbildung innerhalb des bestehenden Staates an. Dieser aber ist in seinen Grenzen durch die UNO-Ordnung als Mitglied der Staatenwelt garantiert.

Weder ist die UNO in der Lage, etwas gegen die herrschenden Diktaturen zu unternehmen, noch kann sie die Legitimität „separatistischer Bestrebungen“ anerkennen. Sie, die ihre heutige Gestalt in der Epoche der Entkolonialisierung gefunden hat, erweist sich gegenüber den Erscheinungen einer neuen, nachholenden Entkolonialisierungswelle als hilflos. Und tatsächlich trägt die se blutiges Chaos in die Staatenwelt hinein. Wie man an dem Krieg rund um den Kongo sehen kann, kann sich in ihr der Kampf von Mi-

noritäten für einen gesicherten Status innerhalb eines Staates ganz schnell mit Expansionsgelüsten von Nachbarstaaten vermischen.

Angesichts dieser Störungen der Staatenwelt gibt es, grob gesagt, zwei Möglichkeiten. Entweder finden sich neue Formen der Kooperation zwischen Staaten, bilden sich überstaatliche Rechtsräume aus, in denen diese Konflikte friedlich behandelt und vielleicht sogar gelöst werden können, oder ganze Regionen werden in den Prozeß einer chaotischen Nationen- und Staatsbildung zurückgeworfen, in dem unvermeidlich auch Grenzfragen akut werden.

Vor nun fast fünf Jahren hat die *Kommune* im Juni 1995 einen Artikel von Shkelzen Maliku veröffentlicht, in dem es einerseits zur Lage im Kosovo hieß: „Die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Serben und Albanern sind durch Haß und offene Feindschaft geprägt, die noch nicht in offenen Krieg umgeschlagen sind, obwohl das Ausmaß der Militarisierung sehr groß ist und es fast täglich zu bewaffneten Zwischenfällen kommt. Ihre Opfer sind Bürger albanischer Nationalität, obwohl es – unter noch ungeklärten Umständen – auch einige Opfer beim serbischen Militär und der Polizei gegeben hat. Dieser Zustand – weder Krieg noch Frieden – bringt ein fatalistisches Gefühl mit sich, so daß die Spaltung unüberwindlich und der definitive ethnische Zusammenstoß unausweichlich ist.“ Dennoch hielten die Albaner im Kosovo noch bis ins letzte Jahr an der Strategie des friedlichen Widerstands fest. Die Schlußfolgerung für Maliku war damals klar: „Das mittels der Gewaltlosigkeit gewonnene Selbstverständnis der Albaner (des Kosovo) ist funktional damit verbunden, daß sie sich als ein souveränes Volk verstanden haben.“ Andererseits meinte Maliku: „Rechtlich gesehen ist die albanische Frage eine der Entkolonialisierung. Weil Demokratie in dem Prinzip der Entscheidung der Mehrheit

und dem Recht eines Volkes auf Selbstbestimmung gründet, wird jede Errichtung der demokratischen Ordnung die Forderung nach Aufhebung der Kolonialisierung und nach Selbstbestimmung der Bevölkerung von Kosovo mit sich bringen, eine Bevölkerung, die durch die Gewalt entrechtet wurde, und zwar besonders heftig seit 1981, aber geschichtlich gesehen durch die ganze Periode nach der serbischen Okkupation von 1912 und der Schaffung des ersten Jugoslawien. Deshalb gibt es keine positive historische Erfahrung über ein Zusammenleben mit den Serben auf ziviler Basis.“

Wir haben gesehen, warum die Staatenwelt den Konflikt in Kosovo – durchaus im Interesse der Selbsterhaltung – unter keinen Umständen als „Frage der Entkolonialisierung“ verstehen will. Und eben diese Sichtweise treibt sie immer wieder in demütigende Verhandlungsrunden mit Milosevic als dem Hüter serbischer Gesamtstaatlichkeit. Der aber ist zugleich oberster Kriegsherr eines Regimes, dessen Gewalttätigkeit den Konflikt immer weiter auf die Spitze getrieben hat.

Das Verhalten gegenüber Milosevic ist also weniger Ausdruck von Opportunismus und Inkonsequenz als vielmehr Konsequenz der Sicht der Staatenwelt auf den Konflikt. Sie ist nicht einfach zu verwerfen. Es gibt für sie, wie gesagt, gute Gründe. Hoffnung böte sie allerdings nur, wenn in absehbarer Zeit mit einer demokratischen und rechtsstaatlichen Entwicklung in Serbien zu rechnen wäre und Aussicht auf eine Bereitschaft zu ziviler Kooperation mit den Nachbarstaaten bestünde. Da aber die koloniale Beherrschung des Kosovo der verbliebene gemeinsame Nenner der politischen Klasse Serbiens zu sein scheint, beißt sich die Katze hier in den Schwanz. Und für die Albaner wachsen die negativen Erfahrungen, daß Zusammenleben in Serbien für sie auf Massaker an Zivilisten hinausläuft.

Joscha Schmierer

# In diesem Heft

## THEMA

- Arbeitsplatzhemmnis  
Abgabensystem.  
Argumente für eine  
Steuerfinanzierung  
größerer Teile des  
Sozialsystems in  
Deutschland.  
*Karl-Martin Hentschel* 6

## ZUR ZEIT

- Staatsbürgerschaft:  
Wie erklär' ich's oder:  
Anti-Koch-Rezepte.  
*Ekin Deligöz* 13
- Ereignisse & Meinungen:  
Wieviel Ausstieg darf  
es sein?  
*Michael Blum* 14
- Südwest-Boulevard:  
Politische und  
unpolitische Nationen.  
*Gerd Held* 16
- Lauter erste Tage.  
Rot-Grün: Mutige  
Reformen überfällig.  
*Michael Blum* 17
- Italien: Volksbefragung.  
*Annemarie Nikolaus* 18
- Niederlande:  
Brave new work (XI).  
*Frank Eckardt* 20
- Junkiemythen. Die  
rot-grüne Drogenpolitik.  
*Harry Kunz* 21
- Steuer- und  
Bankgeheimnis als  
Pressegesetz.  
EU-Musterlände  
Luxemburg: Ein Hort von  
Filz und Korruption.  
*Werner Rügemer* 24
- Europa ist fern. Nationale  
und regionale  
Transformationsprobleme  
in Rumänien.  
*Jens Becker* 28
- Baskenland: Ein  
Friedensprozeß?  
*Joachim Quandt* 30

## Arbeitsplatzhemmnis Abgabensystem

Würde die soziale Grundversorgung aus der Mehrwertsteuer finanziert, würden einerseits alle an ihren Kosten beteiligt und würde andererseits die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf dem Weltmarkt nicht gefährdet. Argumente für eine Steuerfinanzierung größerer Teile der Sozialversorgung  
– Karl-Martin Hentschel  
**Seite 6**



## Lauter erste Tage

Im Grunde hat die neue Bundesregierung in ihren ersten hundert Tage einiges auf den Weg gebracht. Nicht umsonst toben CDU/CSU gegen das geplante neue Staatsbürgerschaftsrecht und gibt es nationalen und internationalen Wirbel um den Atomausstieg. Daß die Bundesregierung Tritt gefaßt hätte, kann man kaum sagen. – Michael Blum  
**Seite 17**

## Europa rückt ferner

Die ökonomische Krise in Rumänien droht, in eine Staatskrise umzuschlagen. Ihre Not wie ihr elitäres Bewußtsein haben die rumänischen Bergarbeiter schon mal zum Stoßtrupp gegen Demokratie und notwendige Reformen werden lassen. Über die Vorgeschichte der jetzigen Konfrontation – Jens Becker  
**Seite 28**

## ZUR ZEIT II.

- Brief aus Washington:  
Clinton und der  
Kulturkampf.  
*Sascha Müller-Kraenner* 32
- USA, Clinton und Starr:  
Wahrheit oder Politik?  
*Dick Howard* 34
- Brief aus Österreich:  
Baukultur als öffentliche  
statt hoheitliche  
Angelegenheit.  
*Gerhard Fritz* 37
- Japan: Im Sog des  
Mahlstroms?  
*Siegfried Knittel* 38
- Verbrannte Erde,  
verbrannte Hoffnungen.  
Afrika findet  
keinen Frieden.  
*Jörn Schulz* 41

## DEBATTE

- Afrika: Eine engagierte  
Friedens-(Außen-)Politik.  
Plädoyer für eine ver-  
stärkte deutsch-franzö-  
sische Zusammenarbeit.  
*Roger Peltzer* 45

## ESSAY

- Wird es eine europäische  
Identität geben?  
Gastarbeiter und  
Internationalismus der  
sechziger und  
Massenmigration der  
neunziger Jahre.  
*Peter Mosler* 49
- Wieviel Gemeinschaft  
braucht die Gemeinschaft?  
Föderalismus in der EU.  
*Rainer Emschermann* 53

## KULTUR

- Grenzen des Gewissens. 58  
Eine Nachbemerkung zu  
Martin Walsers  
„Banalität des Guten“.  
Winfried Thaa
- Buch: „Wir waren  
wie Vieh“.  
Rolf Wiggershaus 59
- Das Dilemma der 61  
Zeichensetzung – Martin  
Walser, Franz Kafka und  
das Vergessen.  
Ralf Hanselle
- Bücherfenster (I): 62  
Joscha Schmierer
- Bücherfenster (II): 63  
Russische Erbschaften.  
Joscha Schmierer
- Liebe, Jazz, Krieg, 64  
Sozialismus, Exil. Die  
Romane des tschechischen  
Autors Josef Skvorecky.  
Balduin Winter
- „Ich wollte doch nur eine 65  
schöne Geschichte erzäh-  
len.“ Michael Kleebergs  
„Ein Garten im Norden“.  
Rudolph Seibel
- Die Lügen der Dichter 67  
sind aufgebraucht –  
Heiner Müllers Gedichte.  
Wilhelm Pauli
- „Don't ask me to play 68  
God.“ Syl Cheney-Cokers  
Rückkehr nach Sierra  
Leone verschoben.  
Jutta Himmelreich
- Die Ostlichterkette: 69  
69 Kerze.  
Wilhelm Pauli
- Film-Schnitte: 70  
Beruf? Filmmacher!  
Axel Henrici
- Aufgelesene Töne: 71  
Grenzbeziehungen – der  
Bassist Barry Guy.  
Christoph Wagner
- Sport & Körper: Einsicht 72  
und Konditionierung.  
Thomas Gehrman

## RUBRIKEN

- Editorial 3
- Briefe & Repliken & Echo 73
- Bücher & Termine 73/74
- Autorinnen & Autoren 74

## Afrika findet keinen Frieden

Rund um den Kongo eskaliert ein Krieg, in den sich immer mehr afrikanische Staaten hineinziehen lassen. Kräfte von außerhalb Afrikas drehen an der Kriegsschraube mit. Rivalitäten zwischen den USA und Frankreich spielen eine Rolle. – Jörn Schulz

Seite 41

Eher verblüffend ist der Vorschlag, die neue Bundesregierung solle in der Afrika-politik eine engere Zusammenarbeit mit Frank reich anstreben, denn Frankreich spiele eine nicht zu unterschätzende Rolle in der Stabilisierung und Entwicklung seiner ehemaligen Kolonien. – Roger Peltzer in „Debatte“

Seite 45



## Europa

das ist auch Korruption –  
Werner Rügemer

Seite 24

das sucht seine Identität –  
Peter Mosler

Seite 49

und weiß immer noch nicht, worauf  
es mit der Union hinauswill –  
Rainer Emschermann

Seite 53

## Weiter diskutieren!

So schnell sie sich zuspitzte, die  
„Walser-Bubis-Debatte“ so schnell scheint sie  
beendet, nachdem es zum Händedruck kam.

Wir halten uns nicht an diesen Wellen-  
schlag. – Winfried Thaa

Seite 58

## Impressum

Kommune. Forum für Politik, Ökonomie  
und Kultur - Monatszeitschrift

ISSN 0723-7669

### Herausgeber:

M. Ackermann, F. Dick, C. Falter,  
G. Heinemann, A. Mönich, A. Nikolaus,  
G. Schabram, J. Schmierer, Th. Siegner,  
H. Sörje, B. Wagner, J. Walla

### Redaktion:

Michael Ackermann (ma), Karin Dienst  
(kd), Dunja Melcic (dm),  
Joscha Schmierer (js). Verantwortlich im  
Sinne des Presserechts: Joscha Schmierer

**Gestaltung:** Karin Dienst  
(Michael Ackermann)

Beiträge, die namentlich gekennzeichnet  
sind, geben nicht unbedingt die Meinung  
der Redaktion wieder.

Über unverlangt eingesandte  
Manuskripte und Fotos freuen wir uns.  
Gewähr und obligatorische  
Benachrichtigung können wir nicht  
garantieren.

### Anschrift der Redaktion:

Kommune-Redaktion, Postfach 900609,  
60446 Frankfurt/M. oder: Kasseler  
Straße 1 a, 60486 Frankfurt/M.,  
Tel. 069/792097-81/82, Fax 792097-83  
E-Mail: [kommune@oeko-net.de](mailto:kommune@oeko-net.de)  
CompuServe: 101 332,1355  
<http://www.oeko-net.de/kommune/>

**Verlag:** Kühl Verwaltungs GmbH & Co.  
Verlagskommanditgesellschaft,  
Postfach 900609, 60446 Frankfurt/M.,  
Tel.: 069/792097-81/82, Fax 792097-83

### Anzeigenverwaltung:

Michael Blum, Brunnenweg 13,  
63165 Mülheim,  
Tel.: 06108/78223, Fax: 06108/71588

Es gilt die Anzeigenpreisliste 16/1999

**Druck:** CARO Druck GmbH, Ffm.

### Vertrieb, Bestellungen und

Abonnements: Kommune, Postfach  
900609, 60446 Frankfurt, Telefon 069/  
792097-81, Fax -83, Postgiroamt Ffm.  
(BLZ 50010060) Konto-Nr. 484200-603

**Bezugsbedingungen:** Einzelheft 12 DM,  
Jahresabo 130 DM, Halbjahresabo  
Studenten 50 DM; Auslands-Jahresabo  
140 DM, Förderabo ab 170 DM. – *Abos  
verlängern sich nach Ablauf des Liefer-  
zeitraums automatisch, wenn nicht 6  
Wochen vor Ablauf gekündigt wird.*

### Spendenkonto (nur für Spenden!):

Kommune, Frankfurter Volksbank  
(BLZ 50190000), Konto-Nr. 271 691

**Titel:** Foto von Cornelia Hollaender

**Rückseite:** Fotos von Ilja C. Hendel

**Redaktionsschluß 3/99:** 15. Feb. 99

**Erscheinungstermin 3/99:** 26. Feb. 99

**Umschlag und Einlage gedruckt auf  
chlorfrei gebleichtem Papier.**



# Arbeitsplatzhemmnis Abgabensystem

Argumente für eine Steuerfinanzierung größerer Teile des Sozialsystems in Deutschland

---

KARL-MARTIN HENTSCHEL

Die rot-grüne Bundesregierung hat eine Senkung der Sozialabgaben innerhalb der Legislaturperiode auf unter 40 Prozent beschlossen. Mehr war offensichtlich nicht drin, weil die SPD wesentliche Änderungen des Sozialsystems ebenso blockiert hat wie eine konsequentere ökologisch-soziale Steuerreform. Aber auch Bündnis 90/Die Grünen haben nicht viel mehr gefordert, um nicht eine Mehrwertsteuererhöhung thematisieren zu müssen.

Dies Ergebnis ist sicherlich ein Anfang, den man nach dem Motto „besser etwas als gar nichts“ begrüßen kann. Für die Lösung unserer Arbeitsmarktprobleme ist das Ergebnis aber unbefriedigend, weil damit ein entscheidendes Hindernis für die Schaffung von Arbeitsplätzen für wenig qualifizierte ArbeitnehmerInnen nur zögerlich angepackt wird.

**E**ine Ursache für diese Blockade-Situation liegt in der Atmosphäre, die durch die Politik der alten Bundesregierung geschaffen wurde. Für sie war eine Reform des Sozialsystems immer gleichbedeutend mit einem Abbau des Sozialsystems. In einer solchen Atmosphäre konnte eine konstruktive Diskussion um eine Neuordnung des Sozialsystems kaum mehr geführt werden.

Wir brauchen keinen Abbau des Sozialsystems. Es gibt gute Beispiele dafür, daß es möglich ist, ein sehr gutes Sozialsystem zu finanzieren, ohne daß es in dieser katastrophalen Weise die Löhne belastet wie in Deutschland. Wir brauchen aber eine Reform der Finanzierung des Sozialsystems *und* eine Überprüfung seiner In-

strumentarien.<sup>1</sup> Die hohen Sozialabgaben sind neben den zu geringen Ökosteuern die bedeutendste ökonomische Fehlsteuerung<sup>2</sup> in unserem Steuersystem, da sie einer Sondersteuer für niedrige Einkommen gleichkommen.

Eine besondere Altlast der alten Regierung ist auch die Tabuisierung einer Erhöhung der Verbrauchssteuern. Mir liegt daran, deutlich zu machen, daß die Finanzierung des Sozialsystems über Beiträge viel unsozialer ist als die Finanzierung über Verbrauchssteuern. Deshalb kann man alle Verantwortlichen nur davor warnen, insbesondere mit der Behauptung, eine Mehrwertsteuererhöhung sei unsozial, sich selbst den Ausweg zu verbauen, mit dem in den skandinavischen Ländern gute Erfahrungen gemacht worden sind.

■ **Wieso sind die Sozialabgaben so hoch?**

Grundsätzlich ist es eine politische Entscheidung, ob sich eine Gesellschaft ein gutes Sozialsystem leisten will und wie sie dieses finanziert. Es ist durchaus möglich, ein gutes Sozialsystem zu haben und dies weitgehend über Steuern zu finanzieren.<sup>3</sup>

In Deutschland werden drei wesentliche Teile des Sozialsystems traditionell in Form von Sozialversicherungen finanziert: Die Rentenversicherung, die Krankenversicherung und die Arbeitslosenversicherung. Mittlerweile ist aber etwas hinzugekommen, was nichts mehr mit einer Sozialversicherung zu tun hat: Der Staat hat erst schrittweise und dann immer stärker allgemeine politische Ausgaben aus dem Sozialbereich auf die Sozialkassen umgelegt.

Im Klartext: Der Staat hat begonnen, seinen Haushalt auf Kosten der Sozialversicherungen zu sanieren. Die *Tabellen 1-3 (Seite 8)* stellen dar, um welche Beträge 1995 Leistungen von den gesetzlichen Sozialversicherungen finanziert wurden, die nichts mit dem Versicherungscharakter der Kassen zu tun haben. Zusammengerechnet handelt es sich um 254,3 Milliarden DM. Abzüglich der Zuschüsse des Bundes an die Sozialversicherungen in Höhe von 70,3 Milliarden DM, die dazu dienen sollten, diese versicherungsfremden Leistungen auszugleichen, bleibt insgesamt ein Fehlbetrag von 184 Milliarden DM offen.

Stellt man diesen Fehlbetrag der Gesamtsumme der Pflichtbeiträge von 604 Milliarden an die Sozialkassen gegenüber, dann macht er fast ein Drittel aus. Das entspricht einer Senkung der Sozialversicherungsbeiträge um etwa 13 Punkte – also auf etwa 29 Prozent.

Mit der Summe von 184 Milliarden DM sind allerdings keineswegs alle Leistungen der Sozialversicherungen erfaßt, die Steuercharakter haben. Die Frage, was eine Aufgabe ist, die aus allgemeinen Steuern finanziert werden soll, wird nämlich in unterschiedlichen Staaten sehr unterschiedlich gesehen. So wird in allen entwickelten Industrieländern eine Grundversorgung als staatliche Aufgabe gesehen. In Deutschland geschieht dies in Form der Sozialhilfe, in Form von kostenlosen Leistungen der Krankenkassen und in Form von Wohngeld. Da diese Leistungen aber nur komplementär gezahlt werden, haben wir häufig ein Nebeneinander von Sozialhilfe, Wohngeld und Rente, Arbeitslosengeld oder Krankengeld, was in anderen Staaten häufig anders geregelt wird.

In einer Reihe von Staaten, wie etwa Großbritannien, gehört die medizinische Grundversorgung zur staatlichen Daseins-

fürsorge. Leistungen, die darüber hinausgehen, müssen dann privat versichert werden. Will man diese staatliche Daseinsvorsorge beziffern, so wäre zu klären, ob der gegenwärtige Leistungsumfang unserer gesetzlichen Kassen dem Begriff einer Grundversorgung entspricht. Aber selbst wenn man ein Drittel abzieht, kommt man leicht auf eine Größenordnung von 150 Milliarden DM.

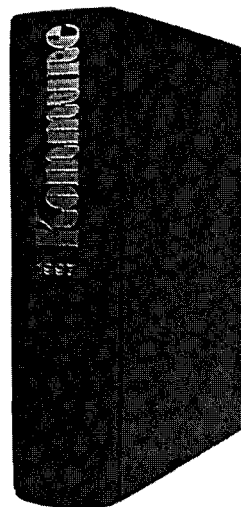
Man kann aber auch begründet der Ansicht sein, daß die gesetzliche Krankenversicherung insgesamt eine Grundvorsorgeabdeckung darstellt, da die Leistungen ja auch dann erbracht werden müssen, wenn der Versicherte keine Einzahlungen tätigen kann!

Ähnliches gilt für die Rentenversicherung. Dänemark etwa hat traditionell seit den 20er Jahren eine allgemeine Grundrente für alle Bürger des Landes, unabhängig von Einkommen und Familienstand, die heute bei etwa 1700 DM liegt. Selbst wenn man den Standard wesentlich niedriger ansetzt und nur die Zahlungen berücksichtigt, die nach heutigem Rentensystem tatsächlich gezahlt werden (also nicht Leistungen, die bei einer Grundrente anfallen würden, die heute aber nicht gewährt werden, weil keine Ansprüche bestehen), kommt man leicht auf eine Größenordnung von 200 Milliarden DM. Das bedeutet, daß auch die Rentenkassen zu mehr als der Hälfte Grundversorgungsleistungen vollbringen, die der allgemeinen Daseinsvorsorge zuzurechnen sind. Dies ist auch nicht verwunderlich. Auch in Deutschland ist die gesetzliche Rentenversicherung ja nicht die einzige Säule der Versorgung und trägt daher eher die „Grundlast“

Ich verzichte hier darauf, zu diskutieren, inwieweit die Abdeckung des Risikos der Arbeitslosigkeit ebenfalls eine Aufgabe der staatlichen Daseinsvorsorge darstellt. Daß dies der Fall ist, läßt sich leicht daran erkennen, daß in den vergangenen Jahren immer mehr Menschen aus der Arbeitslosenversicherung rausgefallen und in der Sozialhilfe gelandet sind – und damit die Komplementarität von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe faktisch akzeptiert wurde.

Mit der Pflegeversicherung ist schließlich der Rubikon einer akzeptablen Sozialpolitik endgültig überschritten worden. Einmal dadurch, daß erneut ein soziales Risiko den Beitragszahlern der Sozialversicherungen und ihren Arbeitgebern allein aufgelastet wurde und damit wieder einmal die Lohnnebenkosten erhöht wurden. Zum anderen aber auch dadurch, daß ein System geschaffen wurde, das dem Grundsatz der Subsidiarität völlig widerspricht. Denn ein Sozialsystem sollte vorrangig auf die besonders Armen ausgerichtet sein. Wer mehr verdient, ist in der Lage, sich selbst zu schützen.

# Großer Kommune Ausverkauf 1983-1990



1 Wir brauchen Platz im Lager. Deshalb verkaufen wir die Kommune-Jahrgänge 1983 bis 1990

– als gebundene Ausgaben.

Jeder Jahrgangsband kostet 88 DM

(solide Bindung, strapazierfähiges Prägeleinen,

Rückentitel mit Jahreszahl) plus Porto und Verpackung. Damit wir den Arbeitsaufwand für den Buchbinder abschätzen können und keine unnötigen Kosten produzieren, erbitten wir von den Interessenten eine Vorbestellung (mit der Angabe, welche Jahressbände gewünscht werden.)

Die Rechnungsstellung erfolgt mit der Auslieferung der Bände (was eine Weile dauern kann).

Also Brief, Postkarte, Fax oder Mail mit der Bestellung an:

**Kommune-Redaktion  
- Jahressbände -  
Postfach 90 06 09  
60446 Frankfurt/Main**

2. Unser Buchbinder in Frankfurt/Main bietet allen Abonentinnen und Abonenten den Service der Jahrgangsbinding: Ein Jahrgang Kommune (egal welcher) kostet 58,00 DM plus Mehrwertsteuer und Porto. Alle Hefte eines Jahrgangs (Absender nicht vergessen!) bitte direkt an unseren Buchbinder senden (nachstehende Adresse).

Nach der Fertigstellung (nach spätestens zwei bis drei Monaten) schickt der Verlag die die gebundenen Bände plus Rechnung.

**Buchbinderei Frank Weber  
Schloßstraße 89  
60486 Frankfurt/Main  
Telefon 0 69 - 77 37 41  
Fax 0 69 - 70 81 23**

Bei der Pflegeversicherung gilt aber das Umgekehrte. Die Armen waren zuvor schon durch die Übernahme der Kosten durch die Sozialhilfe genauso versorgt wie heute. Vorteile von der Versicherung haben gerade die Vermögenden – weil sie nämlich ihren angesparten Besitz – de facto eine Form der Alterssicherung – im Pflegefall nicht mehr angreifen müssen, um die Pflegekosten zu bezahlen. Die Nutznießer sind in erster Linie die Erben, die in Zukunft die (zur Sicherheit für das Alter) gesammelten Ersparnisse nun ungeschmälert erben können. Ein solches System geschaffen zu haben gehört zu den groben Fehlentscheidungen der CDU, und es mitgetragen zu haben zu der Schande der SPD.

Zusammengenommen kommt man zu dem Ergebnis, daß unser Sozialversicherungssystem zu einem Drittel explizit versicherungsfremde Leistungen erbringt und zu mindestens zwei Dritteln – bis zu drei

Vierteln (je nach angesetztem Niveau) – Leistungen der gesellschaftlichen Grundversorgung erbringt, die ohnehin zu erbringen sind! Das tatsächliche Niveau der Sozialbeiträge, das echten Versicherungscharakter im privatwirtschaftlichen Sinne hat, liegt dann nur bei etwa 10 bis 14 Punkten.

Man kann es auch anders ausdrücken: Der wesentliche Teil unseres Sozialstaates wird nicht über Steuern, sondern über das System der Sozialabgaben finanziert.

**■ Sozialabgaben sind eine Sondersteuer**

Es kann also nicht um einen Abbau des Sozialsystems gehen. Nicht das Sozialsystem, sondern seine Finanzierung ist das Problem, über das wir vorrangig nachdenken müssen. Gerade viele „Linke“ unterschiedlichster Couleur neigen dazu, sich der Diskussion zu verweigern, weil sie sofort Sozialabbau wittern. Das Gegenteil ist der Fall. Gerade ein gut ausgebauter Sozialstaat muß von Zeit zu Zeit sowohl seine Leistungen wie auch seine Finanzierungsmechanismen überdenken, wie dies etwa in den letzten zehn Jahren in den skandinavischen Ländern erfolgreich getan wurde.

Wer einmal die Kosten für eine Handwerkerstunde mit dem Stundenlohn eines Gesellen vergleicht, der stellt fest, daß die Handwerkerstunde mehr als das Doppelte kostet. Es ist also kein Wunder, daß der Anreiz groß ist, in die Schwarzarbeit auszuweichen.

Schaut man sich diese Belastungen im einzelnen an, so stellt man fest, daß zwar ein Teil durch die Umlage von Urlaub, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und ähnlichen Einmalzahlungen verursacht ist, die in Wirklichkeit Lohnbestandteile sind und als solche gerechnet werden müssen. Der größte Teil allerdings ist durch Steuern und Abgaben des Staates verursacht. Hierzu zwei Beispiele (be rechnet noch ohne Berücksichtigung der Steuerreform):

□ Ein/e Angestellte/r mit 2 Kindern (Steuerklasse III) mit 4200 Nettoeinkommen zahlt circa 2800 DM Sozialabgaben (einschließlich Arbeitgeberanteil) und 1200 DM Steuern. Das Arbeitgeber-Brutto beträgt also etwa 8200 DM. Die Zuschläge machen zusammen circa 4000 DM aus, also einen Aufschlag von fast 100 Prozent.

□ Ein/e Teilzeitschäftigte/r mit 1000 DM Netto zahlt in Deutschland zwar keine Steuern, aber es fallen Sozialabgaben in Höhe von 500 DM an.

Die Belastung durch Sozialabgaben ist bei unteren und mittleren Einkommen viel höher als die durch die Lohnsteuern. Während die Niedrigeinkommen sogar ganz von der Steuer befreit sind, fällt auf sie trotzdem die volle Wucht der Sozialabgaben. Dies ist auch der Grund, warum überhaupt das alte 620-DM-Gesetz verabschiedet wurde. Gäbe es bei den Sozialabgaben eine ähnliche Progression wie bei den Steuern, dann wäre ein solches Gesetz nicht erforderlich. Denn das steuerfreie Existenzminimum beträgt mehr als 1000 DM im Monat.

Es ist angesichts dieses Systems nicht verwunderlich, daß immer mehr Menschen und Betriebe versuchen, im Bereich der niedrigen Einkommen der Sozialversicherungspflicht auszuweichen: Dies geschieht in der klassischen Form durch Schwarzarbeit, die entweder zusätzlich zur regulären Arbeit auf private Rechnung oder parallel zum Bezug von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld geleistet wird. In der Regel ermöglicht die Schwarzarbeit einem Handwerker, sogar beim halben Stundensatz noch zu einem Einkommen zu kommen, das nicht nur einen vergleichbaren Konsum ermöglicht, sondern es nicht selten sogar ermöglicht, Rücklagen für die Altersversorgung zu tätigen.

Die zweite Form ist das Ausweichen in Scheinselbständigkeit, die häufig vom Arbeitgeber erzwungen, nicht selten aber auch vom Arbeitnehmer gewünscht wird.

Die dritte Ausweichform ist bewußt gesetzlich in Form der seinerzeitigen 620-DM-Verträge geschaffen worden.

Die Forderung, die diesbezüglichen Gesetze abzuschaffen, ist deshalb auch inkonsequent. Konsequent wäre vielmehr, generell die Steuern und Sozialabgaben auf niedrige Einkommen drastisch zu senken. Richtig ist dagegen die Forderung, daß alle Beschäftigungsverhältnisse in die Sozialversicherung einbezogen werden sollten. Aber dann müssen auch die Tarife so geändert werden, daß Niedrigeinkommen aufgrund von Freibeträgen nicht oder nur wenig belastet werden.

De facto wirkt das deutsche Sozialversicherungssystem wie eine Sondersteuer für niedrige und mittlere Einkommen. Befreit davon sind lediglich die hohen Einkommen ab der Freistellungsgrenze, die Beamten und die Selbständigen. Und das Besondere an dieser Sondersteuer besteht darin, daß sie bereits ab der ersten Mark erhoben wird, und die „Steuersätze“ für Geringverdiener genauso hoch sind wie die für Gutverdiener.

Für die Sondersteuer „Sozialabgaben“ gilt all das nicht, was für normale Steuern gilt: Die „Steuersätze“ sind nicht progressiv, sondern linear, es gibt keine Freistellung des Existenzminimums, keine Kinderfreibeträge, keine Möglichkeiten, Wer-

■ Tabelle 1

Versicherungsfremde Leistungen der gesetzl. Krankenversicherungen 1995	Mrd. DM
Familienversicherung ohne Beitrag	53,5
Schwangerschaft und Mutterschaft	4,3
Erziehungsurlaub	2,9
Sonstiges	2,4
Gesamt	63,1

■ Tabelle 2

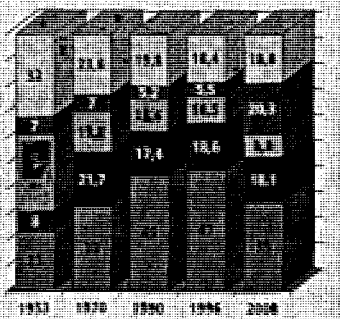
Versicherungsfremde Leistungen der gesetzl. Rentenversicherung 1995	Mrd. DM
Transfer von West nach Ost	32,8
Kriegsfolgelasten	23,5
Anrechnungszeiten	15,5
Vorzeitige Altersrenten o. Abschl.	18,7
Nichtbewertung Berufsausbildung	8,5
Kindererziehungszeiten und -leistungen	6,4
DDR-Folgelasten	5,6
Anteilige KVdR-Beiträge	6,6
Arbeitsmarktbedingte BU-/EU-Renten	5,3
Rente nach Mindesteinkommen	4,1
Sonstige	6,0
Gesamt	133,0

■ Tabelle 3

Versicherungsfremde Leistungen der Arbeitslosenversicherung 1995	Mrd. DM
West-Ost-Transfer, Arbeitslosengeld	21,8
Ausbildung, Umschulung	17,1
ABM etc.	12,9
Vormerkstand etc.	2,2
Rehabilitation	4,2
Gesamt	58,2

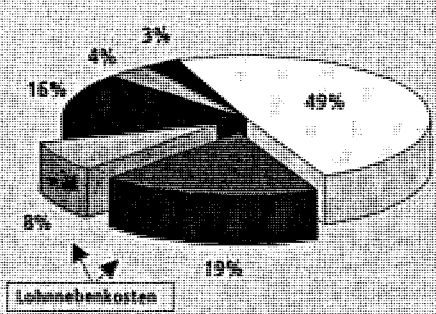


**1 Verteilung der Steuern und Abgaben auf die Erhebungsfaktoren**



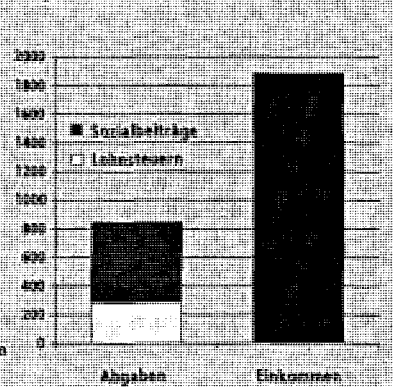
LEGENDE: Arbeit (Steuer) Arbeit (Sozialabgaben) Kapital Umwelt  
 QUELLE: Bundestagsaktion Bündnis/Die Grünen, Statistisches Bundesamt und eigene Berechnung

**2 Staatsanteil am BIP 1995**



LEGENDE: Sozialbeiträge Lohnnebenkosten sonstige Steuern sonstige Einnahmen Staatsdefizit Leibsteuern  
 QUELLE: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnung

**3 Gegenüberstellung der Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit und der Abgaben 1995**



LEGENDE: Sozialbeiträge Leibsteuern  
 QUELLE: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnung

zungskosten und außergewöhnliche Ausgaben abzuschreiben, keine Verlustabschreibungen, keine Verteilung der Zahlungen auf mehrere Jahre und so fort.

Und ausgerechnet diese „Steuer“ wird nur erhoben für Einkommen unterhalb einer bestimmten Freistellungsgrenze. Alle, die oberhalb dieser Grenze liegen, dazu alle Selbständigen, alle Beamten und alle diejenigen, die vom Vermögen leben, sind von dieser „Steuer“ befreit. Sie sind an der Finanzierung unseres Sozialsystems fast nicht beteiligt.

Tatsächlich ist also die „Steuerkurve“ der Sozialabgaben extrem unsozial. Eine Mehrwertsteuer oder eine Ökosteuer, die relativ linear den Konsum besteuert, sind jedenfalls wesentlich sozialer gestaltet, da sie von allen erhoben wird (s. u.).

Grafik 1 stellt dar, wie sich der Anteil der Sozialabgaben an den Staatseinnahmen entwickelt hat. Die rechte Säule basiert auf eigenen Berechnungen und gibt wieder, wie sich die von Bündnis 90/Die Grünen vor der Wahl 1998 geforderte Steuerreform in den kommenden zehn Jahren ausgewirkt hätte, wenn es gelungen wäre, sie umzusetzen. Es wird ersichtlich, daß die Steuern und Abgaben mittlerweile die wesentliche Finanzierungsquelle des Staates geworden sind. Ursache sind allein die ständig wachsenden Sozialabgaben. Fast die Hälfte aller Staatseinnahmen resultiert mittlerweile aus diesem System, daß allein von den Lohnabhängigen mit mittleren und unteren Einkommen finanziert wird.

Die Belastung der Faktoren Kapital und Umwelt hat ständig abgenommen, dagegen macht die Belastung des Faktors Arbeit schon zwei Drittel aller staatlichen Einnahmen aus.

Es reicht aber nicht aus, bei der Feststellung stehenzubleiben, daß die Form der Finanzierung unseres Sozialsystems

ungerecht ist. Das wäre ja ein rein moralisches Argument. Viel wichtiger und damit politisch bedeutsamer ist die Tatsache, daß dieses System auch erhebliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat.

**■ Arbeitslosigkeit als Problem der gering qualifizierten und schwer vermittelbaren ArbeitnehmerInnen**

Wer Arbeitslosigkeit bekämpfen will, muß sich über die Ursachen der Arbeitslosigkeit Rechenschaft ablegen. Das Risiko der Arbeitslosigkeit tragen in erster Linie diejenigen, die schlecht ausgebildet sind. Wer keine Berufsausbildung hat, ist doppelt so oft arbeitslos wie jemand mit abgeschlossener Lehre und sechsmal so oft wie eine FachhochschulabsolventIn.

Berücksichtigt man, daß ein gewisser Anteil der Arbeitslosen auf ihre Frühpensionierung wartet und ein weiterer Teil nur kurzfristig zwischen zwei Jobs arbeitslos ist, so ist es berechtigt zu sagen, daß zumindest im Westen trotz der hohen Arbeitslosigkeit für qualifizierte Arbeitnehmer fast eine Vollbeschäftigung herrscht. Längere Arbeitslosigkeit im Westen ist fast immer eine Folge von fehlender Berufsausbildung. Im Osten Deutschlands ist dagegen die strukturelle Arbeitslosigkeit so hoch, daß sie auch in die qualifizierteren Schichten dauerhaft durchschlägt – insbesondere für ältere Arbeitslose sind die Chancen sehr gering (siehe Tabelle rechts).

Nun könnte man daraus den Schluß ziehen, daß es vor allem darauf ankommt, allen Menschen eine Ausbildung zu verschaffen. Dieser Weg wird – zum Glück – in Deutschland auch tatsächlich beschritten. Ging man bis in die 70er Jahre noch davon

aus, daß fast ein Drittel der Jugendlichen ohne Ausbildung in das Arbeitsleben einsteigt und dort seinen Platz findet, so ist heute das allgemein anerkannte Ziel, je dem Jugendlichen eine Ausbildung zu verschaffen.

Ausbildung löst aber alleine auch nicht das Problem – da es weiterhin einen Verdrängungswettbewerb gibt, und dann eben Techniker statt Gesellen oder Gesellen statt Werkern eingestellt werden. Auf vielen Plätzen, auf denen früher ein Facharbeiter zu finden war, sitzt heute ein Ingenieur.

Angesichts dieser Situation wird von Wirtschaftswissenschaftlern eine größere Spreizung der Lohnkosten gefordert, um zu einer Vollbeschäftigung zu kommen. Die Argumentation, die dahintersteht, ist durchaus plausibel. Obwohl die Einkommen für einfache Arbeiten niedriger sind, lassen sich diese Arbeiten doch häufig am einfachsten automatisieren oder eben auch ins Ausland mit niedrigeren Einkommen verlagern. Dagegen überwiegen bei einer Verlagerung von qualifizierter Arbeit ins Ausland oft die Nachteile, und angesichts hoher Investitionen pro Arbeitsplatz spielt das hohe Einkommen auch gar nicht die ausschlaggebende Rolle.

Was aber in der Regel wenig beachtet wird: Eine Spreizung der Lohnkosten be

**■ Arbeitslosenquoten nach Bildungsabschluß (September 1997, in %)**

	West	Ost	Deutschland
Ohne Berufsausbildung	18,3	28,6	18,9
Lehr-/Anerkennungsbildung	7,2	19,3	9,8
Fachschule	6,3	8,1	6,9
Fachhochschule	2,9	4,1	3,1
Universität	4,2	6,4	4,7
Insgesamt	9,1	16,5	10,7

Quellen: Siehe Fußnote 1

deutet keineswegs automatisch eine Spreizung der Einkommen. Das ist in Deutschland ganz besonders offensichtlich.

Die Finanzierung der Staatseinnahmen zu zwei Dritteln über den Faktor Arbeit verteuert den Faktor Arbeit künstlich im internationalen Maßstab. Arbeit in Deutschland ist nicht nur deshalb teurer als in anderen Ländern, weil die Löhne höher sind, sondern eine eher größere Rolle im Vergleich mit den anderen entwickelten OECD-Staaten spielt die Tatsache, daß die Lohnnebenkosten in Deutschland zu den höchsten der Welt gehören.

Grafik 2 stellt dar, welchen erheblichen Anteil die vom Staat verursachten Lohnnebenkosten am Bruttoinlandsprodukt (BIP) haben.

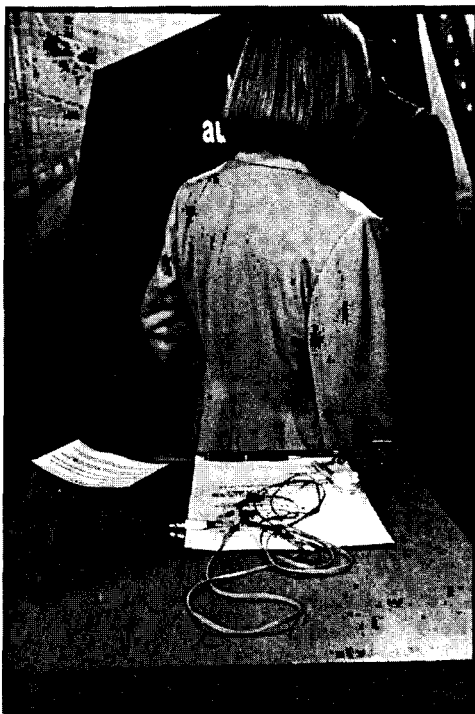
Noch extremer wird das Verhältnis, wenn die Lohnnebenkosten in Relation zu den Einkommen aus unselbständiger Arbeit gesetzt werden (Grafik 3). 50,5 Prozent der Einkommen von Lohnabhängigen (einschließlich Arbeitgeberanteile) wurden in Form von Steuern und Sozialabgaben vom Staat einbehalten. Berücksichtigt man noch, daß ein Teil der gut verdienenden Beschäftigten von den Sozialversicherungen befreit ist, dann kann man sich vorstellen, welche enorme Belastung volkswirtschaftlich auf den unteren und mittleren Einkommen lastet.

Häufig wird gegen diese Betrachtung eingewandt, daß man die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge nicht einfach zusammenrechnen kann. Tatsächlich spielt es aber kaum eine Rolle, wer die Beiträge bezahlt. Die Diskussion darum, ob sie nun von den Arbeitgebern oder den Arbeitnehmern bezahlt werden sollen, wie sie bei der Einführung der Pflegeversicherung eine Rolle gespielt hat, hat lediglich Bedeutung im Rahmen des internen Verteilungskampfes und wirkt sich auf die kommen Tarifrunden aus. Letztlich ist es jedoch egal, ob der Arbeitgeber alles zahlt, oder ob der Arbeitnehmer alles zahlt – und dann der Lohn entsprechend erhöht wird, oder ob die Sache geteilt wird.

Das Ergebnis ist in jedem Fall, daß 42, x Prozent auf die Lohnkosten aufgeschlagen werden müssen. Wegen der Berechnungsweise (21, x % Abschlag Arbeitnehmer, 21, x % Aufschlag Arbeitgeber) beträgt der Aufschlag auf den Lohn vor Steuern sogar über 50 Prozent. Und dieser Aufschlag muß vom Betrieb erwirtschaftet werden. International wirkt sich dies unmittelbar als eine Verteuerung der Arbeit um 50 Prozent aus.

Dagegen führt eine entsprechende Erhöhung der Mehrwertsteuer im internationalen Vergleich zu keiner Kostenerhöhung, da ja die Mehrwertsteuer nur auf den Konsum im Inland erhoben wird. Bei einer Erhöhung der Ökosteuern hängt die Wirkung von der Konstruktion der Steuer ab.<sup>4</sup>

Bei der Folgenabschätzung der hohen Sozialversicherungsbeiträge auf den Arbeitsmarkt ist zu berücksichtigen, daß die verschiedenen Wirtschaftszweige sehr unterschiedlich von dieser Situation getroffen werden. Besonders betroffen sind die Betriebe, die hohe Lohnkostenanteile und geringe Einkommen haben. Dies gilt insbesondere für das Handwerk und einen Teil der Dienstleistungen, wie die



Fotos: Ilja C. Hendei

persönlichen Dienstleistungen und den Einzelhandel. Nicht oder weniger betroffen sind dagegen Wirtschaftsbereiche mit geringen Lohnkostenanteilen und relativ wenig Arbeitsplätzen, wie die Eisen- und Stahlindustrie, die Grundstoffchemie, Mineralölkonzerne, die Elektrizitätswirtschaft und andere Bereiche mehr, alles Wirtschaftszweige, die in den Gremien der Unternehmerverbände eine starke Stellung haben und zu den vehementen Gegnern von Ökosteuern gehören.

#### ■ Alternativen zur Finanzierung des Sozialsystems

Wer die hohen Lohnnebenkosten auf den niedrigen Löhnen senken will, kann dies auf mehreren Wegen tun:

- durch den Abbau von Sozialleistungen;
- durch die Senkung der Lohnsteuern;

- durch Lohnzuschüsse, wie die in letzter Zeit diskutierten Kombilöhne;
- durch die Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge.

Die Diskussion um den angeblich notwendigen Abbau von Sozialleistungen nimmt in den letzten Jahren, bedingt durch die Erfolge der Arbeitsmarktpolitik in den USA und Großbritannien, einen breiten Raum ein. Häufig werden in diesem Zusammenhang auch Korrekturen des Sozialsystems in Dänemark und Schweden als Argument dafür angeführt, daß Leistungen gekürzt werden müssen.

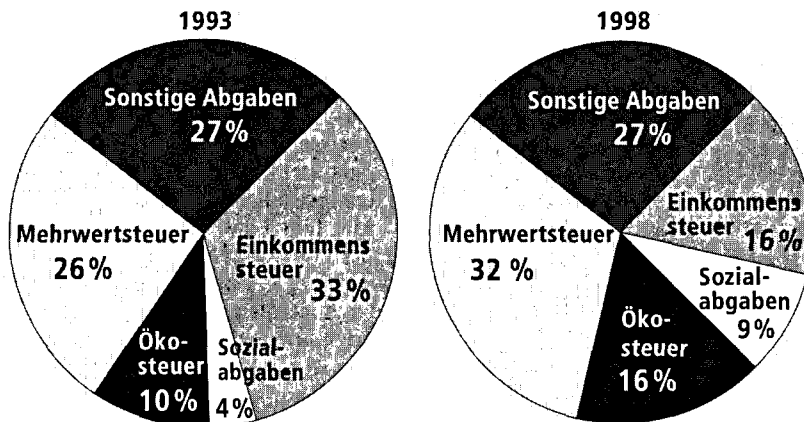
Tatsächlich zeigen aber die Erfahrungen in Dänemark und Schweden etwas anderes. Sie machen deutlich, wie mit einer Korrektur und Überprüfung des Sozialsteuer- und Abgabensystems die Arbeitslosigkeit abgebaut und die Staatsfinanzen saniert werden können, ohne daß es zu wesentlichen Verschlechterungen des Sozialsystems kommen muß. Was aber nicht bedeutet, daß die Überprüfung nicht ergibt, daß hier und dort die Instrumentarien überarbeitet, an einigen Stellen auch gekürzt oder zielgenauer konstruiert werden sollten. Und was auch nicht bedeutet, daß an einzelnen Stellen Veränderungen gegen heftigen Widerstand durchgesetzt werden müssen (Beispiel die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in Schweden).

Ein Senkung der Lohnsteuern, wie sie jetzt von der Bundesregierung vorgesehen ist, ist zweifellos ein richtiger Schritt. Er wirkt aber gerade da am wenigsten, wo die Probleme am größten sind: bei den niedrigen Einkommen. Denn dort werden ohnehin schon kaum Steuern bezahlt. So liegt etwa bei Nettoeinkommen von 2000 DM die effektive Steuerbelastung in Steuerklasse 1 wegen der Freibeträge unter 10 Prozent, in Steuerklasse 3 sogar bei Null. Eine Anhebung der Freibeträge und eine Reduzierung des Eingangsteuersatzes hat so nur geringe Auswirkungen auf NiedrigverdienerInnen. Diese Maßnahmen nützen eher den mittleren Einkommenschichten, wo der Effekt der Steuersatzreduzierung ein Vielfaches ausmacht und der höhere Freibetrag direkt auf den Grenzsteuersatz von über 40 Prozent durchschlägt – also richtig Geld bringt.

Vor der Bundestagswahl wurde aus Kreisen der Union und der Arbeitgeberverbände eine Diskussion um einen Kombilohn angezettelt, die dann in den Wirtschaftsseiten der Fachzeitschriften und -zeitschriften breiten Raum einnahm. Das Interessante besteht vor allem darin, daß offen thematisiert wird, daß wir im Niedriglohnbereich ein besonderes Problem haben, und daß die Belastungen speziell in diesem Lohnsektor gesenkt werden müssen.

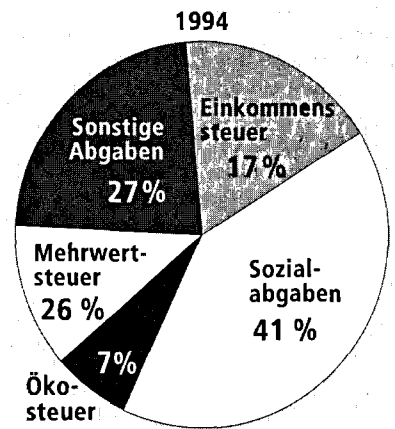
Trotzdem erscheint mir das Modell angesichts der Realität widersinnig. Warum

#### 4 Strukturveränderung des dänischen Steuersystems



QUELLE: Karl-Martin Nentschel, „Wonderful Danmark“, Kommune 2/98

#### 5 Struktur der Staatseinnahmen in Deutschland



QUELLE: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnung

belaste ich einen Arbeitnehmer erst mit 42, x Prozent Sozialversicherungsbeiträgen, um ihm anschließend Geld wieder in Form von Kombilohn zurückzugeben? Ist es dann nicht sinnvoller, gleich die Sozialversicherungsbeiträge zu senken?

Eine Lohnsubvention hat zudem den großen Nachteil, daß sie Mißbrauchsmöglichkeiten eröffnet und daß eine Überwachung organisiert werden muß. Schwere wiegt jedoch, daß damit Vorschub für eine öffentliche Mißbrauchsdiskussion geleistet wird. Dadurch würden NiedrigverdienerInnen generell unter den Verdacht des Sozialmißbrauchs gestellt, wie wir es im Bereich der Sozialhilfe schon erleben. Dies sollten wir unbedingt vermeiden, solange wir Alternativen haben. Es bleibt als sinnvolle Alternative die Senkung der Beiträge der Sozialversicherungen. Sie entlastet spezifisch die niedrigen und mittleren Einkommen und setzt da an, wo die Belastung am größten ist.

#### ■ Wie hoch sollte die Reduzierung der Beiträge sein, um sich auf den Arbeitsmarkt auszuwirken?

Natürlich kann man keine genauen Zahlen angeben, wieviel Senkung der Lohnnebenkosten soundso viel Arbeitsplätze bringt. Auch wenn der Zusammenhang unbestritten ist, unterscheiden sich entsprechende Hochrechnungen beträchtlich. Dabei spielt auch die Form der Gegenfinanzierung eine relevante Rolle.

Es ist deshalb interessant, als Vergleich die Steuerreform in Dänemark von 1993 bis 1998 heranzuziehen (siehe Grafik 4). Dort gelang es, innerhalb von fünf Jahren die Arbeitslosigkeit von knapp 13 auf unter 7 Prozent zu reduzieren und zugleich den Staatshaushalt ins Plus zu bringen.

Nimmt man das dänische Modell als Maßstab, dann erscheint eine Reduzierung

der Beiträge um 2,4 Prozent innerhalb von vier Jahren, wie sie von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD im Koalitionsvertrag vereinbart worden ist, als vergleichsweise unbedeutend. Große Auswirkungen dürften danach nicht zu erwarten sein.

Tatsächlich wurden die Steuern und Abgaben auf die Arbeitnehmer in Dänemark innerhalb von fünf Jahren um ein Drittel reduziert – das entspräche in Deutschland fast einer Halbierung der Sätze der Sozialversicherungen, nämlich einer Reduzierung von 41 auf 22 Prozent der Staatseinnahmen (siehe Grafik 5).

Zu beachten ist auch, daß in Dänemark vor allem die Einkommenssteuer gesenkt und die Sozialabgaben dagegen erhöht wurden. Grund war, daß Dänemark sein Sozialsystem in der Vergangenheit fast ausschließlich steuerfinanziert hatte und nun gewisse Elemente der Eigenbeteiligung eingeführt hat.

In Deutschland ist die Situation umgekehrt. Deshalb wäre selbst bei einer Halbierung der Sozialversicherungsbeiträge in Deutschland der Anteil der Sozialversicherungsbeiträge an den Staatseinnahmen immer noch doppelt so hoch wie in Dänemark.

#### ■ Wie soll die Gegenfinanzierung erfolgen?

Eine Senkung der Beiträge der Sozialversicherungen ist nur möglich, wenn entweder die Zuschüsse des Bundes an die Sozialversicherungen entsprechend erhöht oder ein Teil der Aufgaben und Zahlungen des Sozialsystems direkt vom Staat übernommen werden.

In jedem Fall ist eine Gegenfinanzierung der Beitragssenkungen durch Steuern erforderlich, oder der Bund muß entsprechende Defiziterhöhungen in Kauf nehmen.

In der Praxis ist eine Kombination von beidem sinnvoll. So haben alle Staaten, die eine Senkung der Lohnnebenkosten durchgeführt haben, um den Arbeitsmarkt zu beleben (USA, Großbritannien, Niederlande, Dänemark, Schweden) Anfangsdefizite im Haushalt in Kauf genommen, die dann schnell durch die höheren Steuereinnahmen aufgrund der anspringenden Konjunktur ausgeglichen werden konnten.

Dreistellige Milliardenbeträge können aber nicht als Staatsdefizit in Kauf genommen werden. Eine wirksame Senkung der Lohnnebenkosten ist deshalb nur möglich, wenn auch eine Gegenfinanzierung erfolgt. In Dänemark geschah dies durch die schrittweise Erhöhung der Ökosteuern und die dadurch bewirkte Erhöhung der Einnahmen aus der Mehrwertsteuer. Insgesamt erhöhte sich in Dänemark der Anteil der Verbrauchssteuern an den Staatseinnahmen innerhalb von fünf Jahren von 36 auf 48 Prozent – also um ein Drittel.

Natürlich taucht in diesem Zusammenhang immer die Frage auf, ob die Gegenfinanzierung zwangsläufig über Verbrauchssteuern erfolgen muß, oder ob nicht auch andere Formen von direkten Steuern dafür in Frage kommen, wie Vermögenssteuern, Erbschaftssteuern, Einkommenssteuern, Anhebung von Gewerbesteuern und die Einführung einer Wertschöpfungssteuer.

Grundsätzlich sind all diese Wege denkbar. Eine Anhebung der Unternehmenssteuern ist im internationalen Kontext zur Zeit kaum möglich. Ob sie grundsätzlich sinnvoll ist – bedeutet sie doch immer eine Benachteiligung von produktivem Kapital gegenüber spekulativem Kapital – mag dahingestellt sein.

Dagegen halte ich eine Erhöhung der Steuern aus Gewinn und Vermögen aus

verteilungspolitischen Gesichtspunkten für sinnvoll. Einer Umsetzung sind allerdings so lange sehr enge Grenzen gesetzt, wie es nicht gelingt, mindestens im Rahmen der EU oder der OECD eine internationale Abstimmung zu erreichen.

Aus diesen Gründen und wegen der erheblichen Volumina, um die es geht, kommt für die Gegenfinanzierung im wesentlichen nur eine Erhöhung der Verbrauchssteuern in Frage – und das bedeutet eine Kombination aus Ökosteuern und Mehrwertsteuern.

Allein durch Ökosteuern lassen sich die erforderlichen dreistelligen Milliardenbeiträge auch nicht realisieren. Dies liegt daran, daß eine Ökosteuer nur schrittweise eingeführt werden kann. Nur so lassen sich die Turbulenzen, die durch die (beabsichtigten) Preisveränderungen ausgelöst werden, so gering wie möglich halten, und nur so werden die notwendigen Anpassungsprozesse in der Wirtschaft ermöglicht.

Eine Erhöhung der Ökosteuern alleine wird nicht ausreichen, um kurzfristig die nötige Gegenfinanzierung zu ermöglichen. Eine Anhebung der Mehrwertsteuer wird deshalb eine wichtige Rolle spielen. Dies ist um so naheliegender, als die Mehrwertsteuer in Deutschland im Kontext der EU sehr niedrig liegt.

Auch die USA können sich die sehr geringen Verbrauchssteuern nur leisten, weil die USA ein sehr schlecht ausgebautes Sozialsystem haben. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Ein gut ausgebautes Sozialsystem ist offensichtlich in einem Umfeld eines weltweit liberalisierten Handels nur möglich, wenn es über Verbrauchssteuern finanziert wird.

Häufig wird als Argument gebracht, daß Verbrauchssteuern und insbesondere eine Mehrwertsteuererhöhung unsozial sind. Dies gilt aber im Vergleich zu der Alternative Sozialversicherungsbeiträge nicht.

Geringe Einkommen werden durch Mehrwertsteuern sogar unterproportional belastet, da das Wohnen zur Miete mehrwertsteuerfrei ist und Lebensmittel nur dem halben Steuersatz unterliegen. Allerdings haben auch hohe Einkommen Vor-

ine Erhöhung der Ökosteuern alleine wird nicht ausreichen, um kurzfristig die nötige Gegenfinanzierung zu ermöglichen. Eine Anhebung der Mehrwertsteuer wird deshalb eine wichtige Rolle spielen. Dies ist um so naheliegender, als die Mehrwertsteuer in Deutschland im Kontext der EU sehr niedrig liegt.

teile, da in der Regel bei wachsendem Einkommen nicht mehr alles konsumiert wird (zum Vergleich: von der Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen sind hohe Einkommen freigestellt).

Benachteiligt werden bei allen Verbrauchssteuererhöhungen die Empfänger von Sozialhilfe, BAFöG und Wohngeld. Diese Transfers müssen ausgeglichen werden. In den grünen Ökosteuerkonzepten wird dies auch berücksichtigt. Dagegen haben Rentner keine Nachteile, da die verringerten Sozialversicherungsbeiträge zu einer Erhöhung der Nettoeinkommen führen, nach denen sich auch die Höhe der Renten richtet.

Die Finanzierung von Sozialleistungen über die Mehrwertsteuer wäre sozial gerechter als die Finanzierung über Beiträge.

#### ■ Weitere Steuerungsmaßnahmen für Effekte auf dem Arbeitsmarkt

Dieser Artikel ist nicht darauf angelegt, eine Gesamtstrategie einer Arbeitsmarktpolitik zu diskutieren. Ich habe trotzdem diese Frage hier zum Schluß aufgeworfen, weil es eine Vereinfachung der Zusammenhänge wäre, wenn ich den Eindruck

erwecken würde, daß eine Senkung der Lohnnebenkosten allein eine Senkung der Arbeitslosigkeit verspricht.

Vergleicht man die fünf Staaten, die in den letzten Jahren eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik vorzuweisen haben (Großbritannien, USA, Niederlande, Dänemark, Schweden), so lassen sich trotz der extrem großen Unterschiede in den Sozialsystemen eine Reihe Gemeinsamkeiten feststellen:

□ Alle fünf Länder haben eine radikale Steuerreform durchgeführt, um die Belastungen der Löhne zu senken, und haben dadurch im internationalen Vergleich sehr niedrige Lohnnebenkosten. Diese Steuerreform wurde in den USA und in GB mit erheblichen sozialen Einschnitten erkaufte, in den skandinavischen Ländern dagegen überwiegend durch Verbrauchssteuern gegenfinanziert.

□ In allen fünf Ländern wurde die Steuerreform nicht voll gegenfinanziert. Es wurde also zu Beginn ein erhöhtes Staatsdefizit in Kauf genommen, um die Konjunktur in Schwung zu bringen. Dieses Defizit konnte in den folgenden Jahren durch die anspringende Konjunktur und die besseren Steuereinnahmen ausgeglichen werden.

□ Alle fünf Länder haben sehr flexible Arbeitsmärkte, das heißt, es gibt kaum gesetzliche Regelungen zum Kündigungsschutz, Arbeitszeiten, Mindestlöhnen et cetera und keine einheitlichen Flächentarifverträge.

□ In allen fünf Ländern wird auf die eine oder andere Weise Druck ausgeübt, Arbeit anzunehmen. Während in den USA und GB dieser Druck durch die schlechte und begrenzte soziale Absicherung gegeben ist, werden in DK nach einem Jahr Arbeitslosigkeit gemeinsam mit dem Arbeitslosen ein sogenannter Aktivierungsplan erarbeitet, der angenommen werden muß.

Diese Gemeinsamkeiten deuten darauf hin, daß eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik aus einer Reihe aufeinander abgestimmter Maßnahmen bestehen sollte. Eine finanzielle Entlastung der unteren und der mittleren Einkommen dürfte dabei eine wesentliche Rolle spielen. Aber die skandinavischen Länder und auch die Niederlande machen deutlich: Der Abbau des Sozialstaates ist keine Maßnahme zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Wichtig dagegen ist die Art der Finanzierung des Sozialstaates.

Es bleibt zu hoffen, daß sich dies auch hier herumspricht. Dann könnte es im Rahmen des Bündnisses für Arbeit vielleicht gelingen, zu abgestimmten Konzepten zu kommen, damit sich auch Deutschland bald in den Reigen der Länder einreicht, denen eine Senkung der Arbeitslosenzahlen gelungen ist. ■

1 Auf die qualitative Überprüfung und Neuordnung des Sozialsystems gehe ich hier bewußt nur am Rande ein, weil diese Diskussionen nicht vermisch werden sollten. Die Neuordnung der Finanzierung ist notwendig auch dann, wenn ich die Systeme unverändert beibehalte. Häufig wird die Neuordnung der Finanzierung der Renten verbunden mit der Grundrente, aber nicht mehr über die Rolle der Lohnnebenkosten!

2 Jede Verzerrung der realen Preise führt volkswirtschaftlich zu Fehlsteuerungen. Ökosteuern sind keine Verzerrung, wenn sie volkswirtschaftliche Folgekosten von Emissionen, die von der Allgemeinheit getragen werden müssen, an den Verursa-

cher weitergeben. Im Gegenteil wirken sie dann einer Verzerrung der Preise entgegen.

3 Die Zahlen in diesem Abschnitt stammen, soweit nicht anders angegeben, aus dem lesenswerten Artikel „Reduzierung der Sozialabgaben statt Kombilohn“ von Peter Bofinger und Stephan Fasshauer in *Wirtschaftsdienst 1998/IX* oder vom Statistischen Bundesamt.

4 Die jetzt geplante erste Stufe der Ökosteuern wurde deshalb so konstruiert, daß überwiegend die Haushalte belastet werden. Dadurch wird im ersten Schritt eine relevante Belastung des Exports vermieden. Günstig wirkt sich jede Mineralölsteuererhöhung aus, da sie das Importgut Öl belastet und damit sogar die Außenhandelsbilanz stärkt.

Die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts gehört seit Jahren zum grünen Repertoire. Doch was dabei in vielen Diskussionen vertieft wurde, ist für viele NormalbürgerInnen noch immer Politikchinesisch. Seit der Unionskampagne gegen den Doppelpaß stehen Bündnis 90/ Die Grünen verstärkt unter dem Zwang, sich verständlich auszudrücken, ohne so falsch und platt zu werden wie die andere Seite.

Wo liegt das Problem bei der Unterschriftenaktion von CDU/CSU? Die Unionskampagne richtet sich im Kern gegen ein zeitgemäßes Reformkonzept, kaschiert dies aber mit einem inhaltslosen Bekenntnis zur Integration. Die hier lebenden Nichtdeutschen fühlen sich durch diesen Widerspruch massiv verunsichert. Wenn die Union sagen würde, sie sei aus ästhetischen Gründen gegen den Doppelpaß, müßte man dies als emotionale Entscheidung hinnehmen. Die Union behauptet jedoch, die Mehrstaatigkeit würde die Integration behindern. Diese Behauptung wirkt unglaubhaft, weil sie ohne jeden Beleg bleibt und der praktischen internationalen Erfahrung seit Jahrzehnten widerspricht. Und diese Unehrllichkeit ist das eigentliche Gift in der Debatte, das eine faire und sachliche Auseinandersetzung unnötig erschwert.

Meine Antwortrezepte auf typische Fragen habe ich nachfolgend zusammengestellt. Die Auswahl der Gerichte und die Zusammenstellung des Menüs bleiben natürlich jeder und jedem selbst überlassen – wohl bekomme!

Warum doppelte Staatsbürgerschaft? Nach internationaler Erfahrung, zum Beispiel der großen Mehrheit der EU-Staaten, dient die Hinnahme von Mehrstaatigkeit der Integration von Zuwanderern. Sie fördert die Zugehörigkeit zur neuen Heimat, ohne daß Konflikte mit den Herkunftsfamilien oder bei Erbschaften im Herkunftsland entstehen. Das bringt dem deutschen Staat keine Nachteile: Für ihn gilt bei Mehrstaatlern, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben, nur der deutsche Paß – auch bei allen Pflichten inklusive Wehrpflicht. Ausflüchte oder kurzzeitige „Ummeldungen“ werden also nicht hingenommen. Es stimmt: Nicht alle ZuwanderInnen brauchen den Doppelpaß. Aber er ist für sehr viele eine wichtige Brücke, ein „Willkommenssignal“. Übrigens: Je länger Mehrstaatler in einem Land leben, desto entspannter gehen sie mit ihrem zweiten Paß um. Bei gelungener Integration wird er oft zum bloßen Erinnerungsstück im Familienalbum.

Was heißt das „Geburtsrecht auf einen deutschen Paß“ (*ius soli*) in der Praxis?

Wenn ein Elternteil hier geboren ist oder spätestens seit dem 14. Lebensjahr legal in Deutschland lebt, soll ein hier geborenes Kind automatisch einen deutschen Paß erhalten. Unabhängig vom Willen der Eltern, weil wir der Auffassung sind, daß die Rechtsposition der Kinder nicht unter mehr oder weniger weissen Entscheidungen ihrer Eltern leiden darf. Einen Zwang, sich mit 18 Jahren für einen Paß zu entscheiden, lehnen wir ab: Dann gäbe es wieder massive Konflikte mit den Herkunftsfamilien, die viele zum

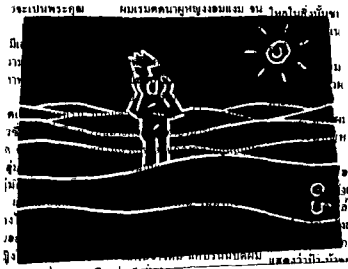
ongrenzen hinweg. Kommunikationsfähigkeit, Kooperation und Kreativität sind die Schlüsselworte auch für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Eine interkulturell ausgerichtete Politik kann dazu beitragen, daß sich das vielfältige schöpferische Potential optimal entfalten kann und das nützt am Ende allen.

Wo hat die Koalition noch Klärungsbedarf beim jetzigen Stand des Gesetzesentwurfs? Der Schily-Entwurf wie zuvor schon der Koalitionsvertrag – tragen sehr deutlich eine grüne Handschrift. Ungeklärt sind noch mehrere Punkte: Schilys Sozialklausel, nach der auch unverschuldet Sozialhilfeabhängige vom Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft ausgeschlossen werden sollen. Der Nachweis des Beherrschens der deutschen Sprache, den wir so fassen müssen, daß er realistisch ist und den Behörden vor Ort keine Möglichkeit zur Gängelung der Einbürgerungswilligen gibt. Noch nicht endgültig geklärt ist auch das Bekenntnis zur deutschen Verfassung. Nach unserer Auffassung ist eine rechtsverbindliche schriftliche Erklärung ausreichend. Einen neuen Radikalenerlaß mit Regelanfrage beim Verfassungsschutz halten wir für unnötig und falsch – das sieht Kanzler Schröder übrigens ähnlich. Insgesamt sind wir zuversichtlich, daß die Grünen für beide Seiten erträgliche Lösungen finden – eingedenk der Tatsache, daß die SPD auch Rücksicht auf eine Klientel nehmen muß, die weit weniger aufgeschlossen ist als die grüne.

Wie wirkt das neue Staatsangehörigkeitsrecht auf kommunaler Ebene? Vermutlich drei Millionen Menschen werden in den kommenden Jahren als NeubürgerInnen hinzukommen. Sie erhalten natürlich auch das kommunale Wahlrecht, das sie als bisherige Nicht-EU-BürgerInnen nicht hatten. Ihre Interessen werden also zählen und einen ganz anderen kommunalpolitischen Stellenwert erhalten. Integrationsprojekte vor Ort – vom Breitensport bis zu VHS-Veranstaltungen – werden noch wichtiger. Über kurz oder lang verändern wird sich der Stellenwert der Ausländerbeiräte: sie werden nur noch für wenige Zuwanderte sprechen. Für die Kommunalverwaltungen wird das neue Recht eine Vielzahl neuer Einbürgerungsfälle bedeuten. Die einzelnen Verfahren werden jedoch unbürokratischer, kostengünstiger und vor allem kürzer: Denn mehrjährige Ausbürgerungsverfahren in den Herkunftsländern und bürokratische „Hängepartien“ können künftig vermieden werden. ■

## Wie erklär' ich's oder: Anti-Koch-Rezepte

EKIN DELIGÖZ



Rückzug bewegen würden. Ein Entscheidungszwang geht an der Lebensrealität vieler junger Menschen vorbei und schadet damit dem Ziel der Integration. Zudem wäre eine solche Regelung verfassungswidrig: Niemand kann zur Aufgabe der deutschen Staatsangehörigkeit gezwungen werden.

Wie läßt sich die Leerformel „Integration“ mit Leben füllen? Es geht um vieles: um Signale der Zugehörigkeit und Toleranz, für die ein neues Staatsangehörigkeitsrecht wesentlich ist. Ebenso wichtig sind eine interkulturelle Erziehungs- und Ausbildungspolitik, die Förderung der Sprachkompetenz und Staatsbürgerkunde bei ZuwanderInnen, die Förderung von Begegnung und Kooperation über kulturelle und Generati-

# ereignisse & meinungen

## Wieviel Ausstieg darf es sein?

**D**ie Zeiten, in denen die Atomkraft die (ganze) Republik spaltete, sind vorbei. Seit dem Super-GAU in Tschernobyl vor fast zwölf Jahren belegen die Umfragen der Demoskopie eine stabile Mehrheit für den Ausstieg aus der Risikotechnologie. Seit dem 27. September 1998 hat Volkes eindeutige Stimme auch einen Adressaten: die rot-grüne Bundesregierung, die auch wegen des Wahlversprechens, mit dem Einstieg in den Ausstieg zu beginnen, gewählt wurde. Der Spaltpilz, so schien es noch vor wenigen Tagen, wächst jetzt jedoch in der Bundesregierung: Die Frage des Ausstiegsstempels führte zum ersten heftigen und beim Thema Atomkraft sicherlich nicht letzten Hauskrach. Fortsetzung folgt: Mit der vom Koalitionsausschuß von SPD und Grünen Mitte Januar abgelenkten, pragmatisch entschärften und zunächst auf Eis gelegten ersten Novelle des Atomgesetzes wird als wichtigstes Ergebnis der Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie festgezurrert vieles andere aber bleibt unscharf, getreu den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag, und von politischer Brisanz. Gerade für Bündnis 90/Die Grünen und dessen Umweltminister Trittin.

Alexander Hagelüken kommt in seinem Kommentar in der *SZ* vom 15.1.99 zum Ergebnis, daß sich „die pragmatische Linie von Schröder und Wirtschaftsminister Müller durchgesetzt“ hat. Das stimmt, denn: „Mit der Neufassung des Atomgesetzes macht die Regierung den Stromkonzernen ein Angebot, das sie kaum ausschlagen können. Die Ausstiegsgespräche können beginnen, ohne daß sie durch grüne Nadelstiche belastet werden“ so Hagelüken.

Bei letzterem irrt der Kollege: Die Konsensgespräche hatten bereits kurz vor der Jahreswende im Kanzleramt begonnen – nur unter anderem Namen und eben ohne den zuständigen Umweltmini-

ster und dafür mit dem Vertreter eines moderaten Ausstiegskurses, dem parteilosen Wirtschaftsminister und ehemaligen Veba-Manager Müller, sowie der Stromwirtschaft. Es steht nicht zu befürchten, daß Bundeskanzler Schröder nicht bis zwei zählen kann, dennoch hat er mit diesem Gesprächskreis den zweiten vor den ersten Schritt gesetzt, zumindest wenn man den Koalitionsvertrag in puncto Atomausstieg auch für den Mann aus Hannover für verbindlich hält. Der Koalitionsvertrag hat nämlich ein klares Ausstiegsszenario festgelegt: Atomrechtsnovelle, Konsensgespräche und – als dritter Schritt – die gesetzgeberischen Regelungen zum Atomausstieg.

Der Knatsch in der jungen Bundesregierung schlug Wellen. Nicht wenige Kommentatoren sahen Rot-Grün bereits am Abgrund: „Beim Atomausstieg hört der Spaß auf“ titelte etwa Klaus-Peter Klingelschmitt in der *taz* vom 9.1.99. Schon einmal, nämlich 1987, platzte eine rot-grüne Regierung: In Hessen seinerzeit, weil auch dort „die SPD glaubte, die Atomwirtschaft protegierten zu müssen“ so der Kommentator der *taz*.

Zwar war die Atomenergie und die Verhinderung einer drohenden atomaren Katastrophe eines der Hauptmotive zur Gründung der Grünen. Aber bereits 1987 im Jahr der Atomkatastrophe von Tschernobyl, hatte der damalige hessische Umweltminister Joschka Fischer einen Koalitionsbruch wegen der Hanauer Atombetriebe lediglich in Aussicht gestellt, vor die Tür bekam er allerdings den Stuhl gestellt, seinerzeit von Ministerpräsident Holger Börner (SPD). Bundesumweltminister Jürgen Trittin hingegen hielt sich zwölf Jahre danach streng an den Ablaufplan der Koalitionsvereinbarungen und bekam trotzdem den Unwillen des Kanzlers zu spüren – wegen Peanuts, wie etwa einer von ihm im Rahmen seiner Kompetenzen aufgelö-

sten Reaktorkommission. Der Hauskrach Schröder/Trittin hat etwas von guter, alter Familientradition: Zwar regierte Rot-Grün mit den beiden Spitzenpolitikern bereits anfangs der 90er Jahre auf Länderebene in Niedersachsen – wesentliche Kursänderungen bei der Atompolitik waren aber seinerzeit nicht zu vermelden. Und daß man bei den beiden Kontrahenten auch heute bei sicher geglaubten Vereinbarungen nicht vor Überraschungen sicher ist, zeigt die groteske Auseinandersetzung um den Stopp der Wiederaufbereitung.

**I**m Ergebnis bleibt festzuhalten, daß sich die Grünen in wesentlichen Punkten durchsetzen konnten“ urteilt Carl Graf Hohenthal unter der Überschrift „Nach dem Atom-Kompromiß“ in der *FAZ* vom 15.1.99. Solch große Worte bedarf es nicht: Die Grünen erreichten weitgehend die Einhaltung des Koalitionsvertrages. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Mit der Novelle wird der „unumkehrbare Ausstieg aus der Kernkraft eingeleitet“ befindet die *SZ* am 14.1.99. Genauer nimmt es da Peter Ziller in der *FR* einen Tag später: „Die Novelle des Atomgesetzes fällt erheblich schlanker, spricht: weniger detailliert und durchschlagend aus als von Bundesumweltminister Jürgen Trittin angestrebt.“ Genau das ist der Grund, warum der Atomausstieg-Poker viele Gewinner hat. Unumkehrbar ist nämlich, bleibt es bei dem Entwurf, nichts. Der Gesetzesentwurf streicht den Förderzweck des bisherigen Atomgesetzes. Das Ziel heißt jetzt „die Nutzung der Kernenergie zum Zwecke der Energiegewinnung geordnet und sicher zu beenden“. In welchem Zeitrahmen, bleibt dabei völlig offen. Zeiträume wurden von den Koalitionspartnern dafür in der Vergangenheit zahlreich in den Ring geworfen: Während des Bundestagswahlkampfes wollten dies die Bündnisgrünen innerhalb einer Legislaturperiode, im Wahlprogramm schließlich schnellstmöglich; Gerhard Schröder sah ebenfalls 1998 eine Restlaufzeit der Reaktoren von bis zu 20 Jahren; die SPD im Katastrophenjahr von Tschernobyl 1987 die Hälfte, was ihr seinerzeit von den Grünen den Vorwurf der „Atompartei“ einbrachte. Der Koalitionsvertrag schweigt dazu. Man darf gespannt sein, mit welchen angestrebten Restlaufzeiten sich die AKW-Betreiber zu Wort melden. Mit jedem Tag, an dem die Meiler weiterlaufen, spielen sie glänzende Gewinne ein. Dafür laut Atomrechtsnovelle binnen eines Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes von den Betreibern zu finanzierende Sicherheitsanalysen durchzuführen.

ren – und im Gegenzug die schlimmsten Schrottreaktoren wie zum Beispiel Biblis und Obrigheim aufzugeben – fällt kaum ins Gewicht. Im Gegenteil: Die Betreiber jüngerer Kraftwerke können sich freuen, die Akzeptanz in der Bevölkerung steigt. Nicht nur für die Atomstromer. Vor allem aber: An welche Sicherheitsstandards sich die Stromkonzerne dabei zu halten haben, ist strittig. Offenbar hat sich der Koalitionsausschuß nicht über eine von Trittin gewollte Formulierung wie „etwa aktuellster Stand der Technik“ (SZ, 13.1.99) verständigen können. Lediglich aber eine solche grundlegende Formulierung führte den Titel Sicherheitsanalyse zu Recht: Schrottteiler wie Biblis etwa sind nur unzureichend gegen Flugzeugabstürze gesichert – und dies in der Nachbarschaft weniger Flugminuten zu Deutschlands größtem Flughafen, dem Rhein-Main-Flughafen. Zwar liegt Biblis weder direkt in der Einflugschneise für Rhein-Main noch für das benachbarte „Gateway to Europe“ der US-Streitkräfte. Aber: Wissen das auch außer Kontrolle geratene Jets?

Die Frage der Sicherheitsstandards wird im Atomstreit zum Streitpunkt zwischen Rot-Grün werden: Wieviel Risiko muß es, wieviel Abstriche an einem maximalen, am aktuellsten Stand von Wissenschaft und Technik orientierten Sicherheitskonzept darf es sein? Wieviel Restrisiko ist zumutbar? Und in welchen Regionen vielleicht mehr oder weniger?

Bundeskanzler Schröder kennt solche Belastungsproben schon aus seiner Zeit als niedersächsischer Ministerpräsident“ weiß die FAZ am 19.1.99 zu berichten. Gemeint sind die Konfliktmuster Schröder/Trittin. Das ist gut so: Dann werden sie auch dem nächsten größeren Streitpunkt des Atomausstiegs-Szenarios Marke rot-grüner Atomrechtsnovelle ruhiger entgegensehen. Und der wird kommen: „Die Betreiber von Atomkraftwerken werden verpflichtet, innerhalb oder in der Nähe der AKWs Zwischenlager zu errichten“ heißt es im rot-grünen Kompromißpapier. Punktum. Dies entspricht der Koalitionsvereinbarung fast wörtlich. Anders noch im bündnisgrünen Wahlprogramm, Ausgabe Magdeburg. Darin nämlich wollte man die abgebrannten Brennstäbe noch in den AKWs zwischenlagern. Der Unterschied ist weder gering noch zu unterschätzen: Mit einer Lage

in den AKWs würde sich sehr schnell ein Kapazitätsproblem aufwerfen, die eine oder andere Restlaufzeit stünde plötzlich vor ganz anderen Herausforderungen. Mit einem Zwischenlager in der Nähe von AKWs macht Rotgrün nicht nur Baufirmen glücklich, sondern den einen oder anderen Atomstandort zum Wallfahrtsort der Anti-Atom-Bewegung.

**K**limaverschärfend und vermutlich auch mit enormen Kosten verbunden ist die Frage des Rücktransports der abgebrannten und teils wieder aufgearbeiteten Brennstäbe aus Frankreich und England. Mittelfristig wird eine Endlagerung auch bei etwaigen Entschädigungszahlungen billiger sein als die Wiederaufbereitung. Nur: Ein Endlager wird frühestens, macht man sich den Koalitionsvertrag zu eigen, 2030 zur Verfügung stehen. „Eine große Koalition von Kirchturnpolitikern mobilisiert die Straße für eine neue, deutsch-nationale Entsorgungsvariante.“ Kurz: „Das Sankt-Florian-Prinzip“ so die Überschrift von Gerd Rosenkranz in der taz vom 18.1.99 hat nicht nur einige SPD-Landesfürsten erreicht, die massenhafte Castortransporte aus Frankreich und England in die Zwischenlager Ahaus und Gorleben nicht zulassen wollen. Auch Castor-Bürgerinitiativen wollen sich quer stellen, die Atomtransporte verhindern. Nur Sankt-Florian? Sicher, es geht nicht an, daß ausge rechnet eine rot-grüne Bundesregierung den deutschen Atommüll im Ausland unter zum Teil katastrophalen Sicherheits-

bedingungen bis zum Sankt-Nimmerleinstag vor sich hinstrahlen läßt. Es geht aber auch nicht, daß die Castoren eben mal kurz in die unter anderem von Bündnis 90/Die Grünen aus Sicherheitsrisiken abgelehnten Zwischenlager Ahaus und Gorleben eingelagert werden. Dort gelagert, besitzen sie eine unbestreitbare Kraft des Faktischen.

Genau hier muß Trittin ansetzen, ist ihm der Atomausstieg wichtig, und will er sich nicht Vorwürfen, wie etwa in der FAZ vom 19.1.99 weiter aussetzen. Die vermutete beim Atomstreit ein durchsichtiges Vehikel zur Eigen- und Parteiprofilierung der Kontrahenten aus Niedersachsen.

Jeden Tag, an dem die Meiler laufen, fällt weiterer Atommüll an. Atomreaktoren aus, Lichter aus? Damit macht die Atomlobby schon lange keine Bange mehr. Und gibt sich umweltbewußt: Ein Atomausstieg führt zu höheren Schadstoffraten aus konventionellen Kraftwerken. Glaubwürdig wird ein Ausstiegszenario von Rot-Grün deshalb nur, wenn es einen breiten und schnellen Einstieg in umweltverträgliche erneuerbare Energien gibt, der über ein dem Finanzminister nach einigem Widerstand abgerungenes 100000 Solardächer-Programm weit hinausgeht. Wirkungsvoller ist die sofortige Energieeinsparung, die Sparpotentiale sind riesig. Es bedarf dabei nicht nur netter Kampagnen, wie die der alten Bundesregierung („Energie sparen lohnt sich“). Energie sparen fängt beim Geldbeutel an. Wer den Atomausstieg tatsächlich will, muß uneingeschränkt ja sagen: zu einer Ökosteuer, die den konventionellen Energieverbrauch so stark verteuert, daß Einsparpotentiale auch ausgeschöpft werden und erneuerbare Energien eine faire Marktchance haben. ■

Redaktion:  
Michael Blum

In Frankreich kommt, wenig überraschend, der avisierte Atomausstieg der neuen bundesdeutschen Regierung nicht so gut an. Selbst der eher phlegmatische Jospin wirkte letzthin ziemlich aufgeregt, und auch die La Hague-Mitarbeiter empfangen Dany Cohn-Bendit nicht freundlich. In seiner Karikatur (aus der Le Monde) spielt Plantu auf 1968 an, als Danys Parole lautete: „Es ist verboten, zu verbieten!“



9 '99

Es gibt zwei grundverschiedene Arten, eine Nation zu konstituieren. Der Amerikaner Brubaker hat sie vor kurzem am Beispiel Frankreichs und Deutschlands sehr schön auf den Punkt gebracht: „Die Franzosen verstehen ihre Nation als das Produkt des Staates, die Deutschen sehen ihre Nation als Basis des Staates an.“ Für die einen setzt die staatsbürgerliche Zugehörigkeit also eine vorherige nationale Identität voraus, während für die anderen die nationale Zugehörigkeit ein rechtlich-politisches Konstrukt ist.

In *Brockhaus' Conversationslexikon* von 1815 heißt es: „Nation ist ein durch gleiche Abstammung und Sprache ausgezeichnete Teil der Menschheit.“ Hier wird nach einer vorpolitischen Integration gesucht: zum Beispiel durch das Erbgut „Abstammung“ durch das Kulturgut „Sprache“ oder auch durch das Naturgut „Boden“ (als Landschaftsbindung verstanden). Wer die Nation hingegen als politisches Konstrukt versteht, braucht keines dieser Güter, sondern eine Entscheidung für den Zusammenhang von Rechten und Pflichten, der einen Staat ausmacht. Der Abbé Sieyès definierte 1789 in diesem Sinn die Nation als „...eine Gesamtheit von vereinigten Individuen, die unter einem gemeinsamen Gesetz stehen und durch dieselbe gesetzgebende Versammlung vertreten sind“ Das ist wunderbar eindeutig. Erstens geht es nicht um „Bande des Blutes“ und auch nicht um „Bande des Bodens“ sondern um Bande zu einem Gesetz. Dies Gesetz hat einen bestimmten Geltungsbereich (das Staatsterritorium), und nur insofern ist das französische Staatsbürgerrecht ein geographisches „*ius solis*“ Das Territorium kann aus völlig verschiedenen Landschaften, aus einer oder drei Ethnien, aus zwei Sprachen usw. bestehen. Es kann als Heimat oder als Neuland empfunden werden – im abstrakten Gesetzesland sind alle gleiche, abstrakte Bürger.

Das war im 19. Jahrhundert den deutschen Kritikern der westlichen Staatsidee immer zu leer. Und auch die deutsche Linke (Marx) sah in der Abstraktion des Citoyen eine Verschleierung der realen Klassenverhältnisse. Die aktuelle Diskussion um die deutsche Staatsbürgerschaft enthält noch das gleiche antipolitische Ressentiment. Sie wird nämlich im wesentlichen zwischen Monokulti und Multikulti geführt. Die einen fordern kulturelle Bekenntnisse der Fremden zur einheimischen Kultur. Die anderen fordern den Doppelpaß wegen der doppelten kulturellen Bindung bestimmter Migranten. Beide suchen eine

Bindung, die der politischen Integration „zugrunde“ liegt und irgendwie „tiefer“ ist. Da landen auch Multikultis schnell beim Deutschlehrer als Grenzhüter der Nation. Wo besondere (inter)kulturelle Kenntnisse und Bekenntnisse verlangt werden, da haben die Politik und das Recht abgedankt. Dabei ist das Unter-einem-Gesetz-Stehen im Sinne von Sieyès eine vollständig ausreichende und eindeutige Grundlage für eine Nation. Es bindet die Bürger hinreichend. Allerdings nur, wenn eins klar ist: Niemand

## Politische und unpolitische Nationen

GERD HELD

kann sich auf Dauer unter zwei Gesetzen und zwei gesetzgebenden Versammlungen zugleich stellen. Wenn eine Staatsbürgerschaft keine kulturelle Identitätsbescheinigung ist, sondern ein Loyalitätsvertrag, dann kann sie nur *einem* Gesetz gelten. Dadurch wird die Nation kulturell entrümpelt und entlastet, politisch aber zum eindeutigen Rechtsverband. Natürlich gibt es Subsidiaritäten zwischen Gesetzen mit unterschiedlichen Wirkungskreisen. Man unterliegt Bundessteuergesetzen, Landesbildungsgesetzen und kommunalen Bebauungsplänen. Es wäre auch denkbar, die Subsidiarität von Staatsbürgerrechten für Staatenwechsler zwischen der Türkei und der Bundesrepublik zu klären. Aber diese politischen Möglichkeiten der eindeutigen Bindung werden gar nicht erörtert. Man zieht es vor, in den unpolitischen Begriffen kultureller Homogenität und Differenz herumzuspkulieren. Es geht um Ersatzhandlungen des Politischen. Von der CDU/CSU wird die kulturelle Homogenität als Klebstoff des Staates beschworen, weil sie insgeheim der Bindungskraft der parlamentarischen Demokratie nicht viel zutraut. Und SPD/Grüne bieten mit der doppelten Staatsbürgerschaft den Immigranten eine symbolische Ersatzhandlung an –

mit der verheerenden Folge, daß in Deutschland nach der provisorischen Figur des „Gastarbeiters“ nun die provisorische Figur des „Gaststaatsbürgers“ geschaffen wird. Eine wirkliche Modernisierung des deutschen Staatsbürgerrechts, die nur in seiner entschiedenen Politisierung bestehen kann, steht noch aus.

10 '99

In Frankreich hat sich die „Front National“ gespalten. Dies ist ein kleines Lehrstück über die heilsamen, indirekten und weitverzweigten Wirkungen eines strikt politischen Staatsbürgerrechts. Es ist das Grundziel der Gesamt-FN, die abstrakte, politisch-rechtliche Definition der Nation zugunsten einer irgendwie qualifizierten Identität zurückzunehmen. Hier hatte die FN in letzter Zeit eine Art Kulturoffensive gestartet und versucht, damit eine besondere „Nation in der Nation“ auszugraben. Das Thema eines irgendwo ruhenden „eigentlichen Frankreichs“ hat die antirepublikanische Reaktion schon öfters animiert. Dazu mußte die FN allerdings bestehende Gesetze, eine bestehende politische Klasse und eine bestehende Realbevölkerung, die sich allmorgendlich im Spiegel jenes abstrakten Staatsbürgerrechts ins Ge-sicht sah und sich in der Metro das kleine „Pardon“ sagte, in Sondergesetze, Sonderpolitiker und Sonderbürger zurückverwandeln. Genau an dieser Schnittstelle zwischen Allgemeinheit und Besonderheit hat sich die Front National festmarschiert. Solange sie noch ihr Süppchen auf dem Einwanderer-Thema kochte, nahm sie – wenn auch auf infamste Weise – an einer Debatte teil, die jede Republik führen muß: die Debatte über die Öffnung und Schließung ihrer Tore. Als die FN aber versuchte, eine besondere Identität gegen die abstrakte Rechtsgleichheit zu installieren, hatte sie nicht nur den besonderen Migranten vor sich, sondern den „abstrakten Staatsbürger“ der in jedem französischen Bürger und Politiker lebt. Nun stand ihr das Kunstwerk der politischen Nation, das den ruhigen Ehrgeiz des allgemeinen Rechts gegen den schrillen Aufwand des alltäglichen Auseinanderdividierens setzt, gegenüber. Die Front National geriet in ein Entscheidungsdilemma: entweder Gesetzgebung mit allen Franzosen (darunter viele, die der FN nicht passen) oder kein Gesetz und ab ins kulturkämpfende Feuilleton. Dorthin wünschen wir den Herren Megret und Le Pen gute Reise. ■



So unspektakulär der Wechsel nach der ersten Abwahl einer amtierenden Regierung auch verlief, so geschäftsmäßig er vonstatten geht – eines ist die neue Bundesregierung noch schuldig: Den Aufbruch in eine andere Politik.

Dabei von einem Umbruch wie 1968 auszugehen, weil einige 68er und Mitsiebziger jetzt regieren, ginge an der Sache vorbei. 1998 ist ein Bruch anderer Dimension: Der Generationswechsel ist auch in der Politik vollzogen, die Chancen auf einen gesellschaftlichen Wandel hin zu einer zukunftsfähigen und demokratischen Gesellschaft sind eröffnet.

MICHAEL BLUM

**S**chon kurz nach dem Wahlsieg war klar: Einfach wird es für Rot-Grün nicht werden. Die schwarzen Löcher im Haushalt der alten Bundesregierung, die langfristigen Verträge beispielsweise im Verkehrsbereich und die politischen Versäumnisse wie eine Steuerreform sind Erblasten, die den Handlungsspielraum für neue Politikansätze und -modelle einengen oder ganz verhindern.

In den Kommentaren zu den ersten Maßnahmen von Rot-Grün war oft von einem Fehlstart die Rede. Nicht unschuldig war daran das öffentliche Bild, das die Koalitionäre mit ihren offen ausgetragenen Streitigkeiten um die richtigen Akzente und Schwerpunkte sowie das Tempo ihrer Politik nach 16 Jahren Kohl vermittelten. Noch ist keine klare Linie der Regierungspolitik zu erkennen, Rot-Grün präsentierte bislang lauter erste Tage auf der Suche nach Konturen einer neuen Politik. Der offene Disput war und ist ebenso selbstverständlich wie vorprogrammiert. Mit Rot-Grün prallen erstmals auf Bundesebene, ausgestattet mit Gestaltungs- und Machtfülle, nach mehr oder minder erfolgreichen Probeläufen auf Länderebene, teilweise diametral entgegengesetzte Gesellschaftsentwürfe aufeinander.

Die in den Wahlprogrammen proklamierten politischen Zielvorstellungen stie-

ßen schon in den ersten 100 Tagen Rot-Grün auf die vorläufigen Grenzen des Machbaren. Das war absehbar und schränkt die Handlungsfähigkeit ein: Mit dem Haushaltsentwurf für 1999 fehlt es an Mitteln, eine Haushaltskonsolidierung steht nächstes Jahr an. War früher gerne von einem rot-grünen Projekt die Rede, wenn es um einen zukunftsweisenden Umbau gehen sollte, schreiben leere Kassen heute die Rahmenbedingungen vor. Das jüngste Steuer-Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Familienpolitik sprengt als Verpflichtung, jahrelange Versäumnisse der CDU/CSU/FDP Vorgänger zu beheben, neue Haushaltslöcher. Für Rot-Grün ein Dilemma von besonderer Brisanz: Mit dem Urteil prallen Gesellschaftsbilder aufeinander, nämlich der auch in Teilen einer strukturkonservativen SPD fest verankerte Lebensentwurf der Kleinfamilie aus den siebziger Jahren mit den bündnisgrünen Modellen einer Gleichstellung aller Lebensentwürfe. Un-

geachtet des koalitionspolitischen Sprengstoffes engt der Karlsruher Richterspruch die haushaltspolitischen Möglichkeiten weiter ein.

Für große Würfe bleiben also kaum finanzielle Mittel. Jedenfalls so lange, wie es Rot-Grün am Willen einer Neugestaltung fehlt: Angefangen bei einem unverändert hohen Haushalt für das Verteidigungsministerium bis hin zu einer Einkommensteuerreform, die lediglich an wenigen Symptomen kuriert, aber nichts grundsätzlich verändert, sind große Umverteilungspotentiale vorhanden. Umverteilung ist der Schlüssel zu einem wirklichen Politikwechsel in Deutschland. Neue Armut bis tief hinein in die Mittelschichten und Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau einerseits, Rekordgewinne andererseits sind die Hinterlassenschaften, mit denen Rot-Grün es zu tun hat. Arbeitslosigkeit und Steuergerechtigkeit waren die ausschlaggebenden Themen für die Wahlentscheidung, die Problem-



Rot-Grün. Mutige Reformen überfällig

Gegen den in der Bicamerale ausgehandelten Entwurf für ein geändertes Wahlrecht hatte *Ulivo*-Senator Antonio di Pietro im letzten Sommer die Initiative für einen eigenen Vorschlag ergriffen. Gemeinsam mit Mario Segni, der schon die letzte Wahlrechtsreform maßgeblich beeinflusste, hatte er die Unterschriftensammlung für eine Volksabstimmung darüber organisiert. Jetzt hat das Verfassungsgericht die Zulässigkeit des Referendums bestätigt.

Bei einer Umfrage Mitte Januar hatten noch 70 Prozent der ItalienerInnen erklärt, sie wüßten nicht, um was es bei der Entscheidung des Verfassungsgerichts über das Referendum zum Wahlsystem ginge. Direkt nach der Entscheidung nun haben mehr als 75 Prozent erklärt, sie würden für „Ja“ stimmen, auch ohne den Inhalt im einzelnen zu kennen.

Ziel des Entwurfs ist die Abschaffung der letzten Reste des Verhältniswahlrechts in der Abgeordnetenversammlung – die Wahl für die zweite Kammer, den Senat, ist nicht vom Referendum betroffen. 75 Prozent der Sitze sollen an die jeweiligen Wahlkreis-Sieger gehen; die restlichen an die Nichtgewählten mit den meisten Stimmen, also an die besten zweiten Plätze. Wenn auf diese Weise die Bedeutung der Listen reduziert würde, hätte dies auch Einfluß auf die Repräsentanz der Frauen im Parlament. Die inzwischen von vielen Parteien bei der Aufstellung der KandidatInnen berücksichtigte Quotierung würde nicht mehr greifen.

Augenblicklich werden 75 Prozent der Sitze in der Abgeordnetenversammlung nach dem Mehrheitswahlrecht vergeben; die restlichen 25 Prozent entsprechend der Prozente für die einzelnen Listen. Dieses „Matrèllum“ sollte zu einer Stabilisierung der jeweiligen Regierungsmehrheiten führen: Die Grundidee war, daß die Einführung des Mehrheitswahlrechts zu einem „Zwei-Parteien-System“ führe, weil es den vielen kleinen Parteien als eigenständige Formationen kaum noch eine Chance ließe. Angesichts der damaligen Auflösung der alten Klientel-Wirtschaft im Zuge der Ermittlungen der „Mani pulite“ schien die Gelegenheit für eine Neuordnung günstig.

So richtig stabil sind die Regierungen aber bekanntlich doch nicht: Silvio Berlusconi war von der *Legge nord* gekippt worden, und auch im Herbst sind Neuwahlen knapp vermieden worden.

Es hat zwar eine Entwicklung in Richtung zweier politischer Lager gegeben, jedoch nur als Bündnisse; aber keineswegs eine Verringerung der Zahl der Parteien. Bei der letzten mir erinnerlichen Zählung waren 44 Parteien im Parlament vertreten; inzwischen sind es eher noch mehr. Jeder, der mit der eigenen Partei nicht mehr zufrieden ist, gründet eine neue: von Irene Pivetti bis Francesco Cossiga, von Antonio di Pietro bis Armando Cossutta. Ob ein Gesetz, das auf die Wahl von Personen hinausläuft, daran etwas ändert, ist zumindest

zweifelhaft. *Forza Italia*-Senator Marcello Pera sieht die Rückkehr der „Wahlkreis-Notabeln“ voraus, deren „Do-it-yourself“-Listen einzig den Zweck hätten, „gut“ zu verlieren und sich den zweiten Platz zu sichern.

Viele der kleinen Parteien, von den *Verdi* bis zu den Kommunisten Bertinottis, sind gegen di Pietros Entwurf, aber auch ein Teil der *Forza Italia* und der *DS*. Schleunigst sollen überall im Land Komitees fürs „Nein“ gegründet werden. Sie werden auch die *Legge nord* an ihrer Seite finden, nach deren Meinung der „Zentralismus“ sie mit dem Mehrheitssystem ausschalten will.

Das Referendum könnte nur dann vermieden werden, wenn das existierende Wahlgesetz vorher geändert würde. Ein zur Volksabstimmung anstehendes Gesetz schnell von seiten des Parlaments ein wenig zu modifizieren, ist ein gern benutztes Manöver der Parteien.

Nach dem Scheitern der Bicamerale war beteuert worden, daß dennoch zumindest ein neues Wahlgesetz verabschiedet würde. Das drohende Referendum scheint nun den Eifer – auch in den großen Parteien – zu beflügeln, sich an die Arbeit zu machen. Franco Marini (*Ppi*) erklärt den Weg über das Parlament zum „Königsweg“. Auch Romano Prodi, für die Europa-Wahlen auf die politische Bühne zurückgekehrt, möchte das Referendum überflüssig machen. Andere wollen „nach dem Referendum“ ein neues Gesetz. Gianfranco Fini dagegen, dessen *An* das Referendum unterstützt, verteidigt das Recht der ItalienerInnen, sich zu äußern mit der Begründung, ein neues Gesetz vor dem Referendum sei eine erneute Täuschung der WählerInnen.

Doch es scheint wenig wahrscheinlich, daß es vor der Volksabstimmung zu einem neuen Gesetz kommt. Statt auf das Ergebnis der Bicamerale zurückzugreifen, kramt jeder seinen Lieblingsvorschlag hervor. Walter Veltroni, der neue Sekretär der *DS*, schlägt die Einführung eines zweiten Wahlgangs wie in Frankreich, und wie jetzt schon bei den Bürgermeisterwahlen praktiziert, vor. Aus den Reihen der *Forza Italia* gibt es den Vorschlag, wieder den proportionalen Anteil zu stärken und die Hälfte der Sitze über Listen zu vergeben.

Für die Abstimmung ist ein Sonntag zwischen Mitte April und Mitte Juni vorgesehen: Es ist Aufgabe des Staatspräsidenten, den konkreten Termin festzulegen. Mindestens *Partito radicale*-Oberhaupt Marco Pannella unterstellt Oscar Scalfaro, daß er sich von politischen Hintergedanken wird leiten lassen: Legt er einen frühen Termin fest, bleibt wenig – zu wenig – Zeit für eine Gesetzesreform durch das Parlament. Eine Abstimmung erst im Sommer ist möglicherweise wegen zu geringer Beteiligung nichtig (wie mit einem Referendum von Pannella im letzten Jahr geschehen), und alles bleibt, wie es ist.

Annemarie Nikolaus

## ITALIEN

### Volksbefragung

lagen, die Rot-Grün in den Sattel halfen. Gleichwohl bezweifelt die Mehrheit der Deutschen, daß die neue Koalition vieles besser macht. Aber fast ebenso viele gehen davon aus, daß sie von Rot-Grün persönliche Vorteile zu erwarten haben. Dieser Widerspruch wird in den nächsten Jahren massive Probleme aufwerfen, wie Joscha Schmierer schon in der *Kommune* 1/99 resümierte.

Rot-Grün hätte, um glaubwürdig zu sein und sich der beschriebenen Schere zu stellen, die Karten offen auf den Tisch legen müssen, eine nüchterne Bestandsaufnahme der Rahmenbedingungen politischen Handelns in der derzeitigen Weltwirtschaftssituation leisten müssen. Die Gestaltungsspielräume von Rot-Grün sind massiv eingeschränkt: Schlechte Konjunkturprognosen für Deutschland, ein dramatisch sich verschlechterndes weltwirtschaftliches Umfeld, die Abgabe von nationalen Handlungsmöglichkeiten (Zinssenkungen zum kurzfristigen Ankurbeln der Wirtschaft) an die Europäische Zentralbank und die Zwänge des EU-Stabilitätspakts lassen nur wenig Spielraum für die Koalition. Dies hätte man in Bonn offen sagen müssen, die Menschen vertrauen soviel Ehrlichkeit.

Von den Medien zuvor zu ihrem Liebling auserkoren, zieht Schröder und damit die Koalition jetzt die Enttäuschung auf sich. Verkehrte Welten: Von Fehlstart ist die Rede, von der Notwendigkeit zum Neustart, von der Enttäuschung der Wähler berichten die Medien, andere geben sich positiv überrascht von der neuen Bundesregierung. Den Souverän ficht das nicht an: Schröders Sympathiewerte sind stabil, die Koalition kommt in den Umfragen der letzten Monate nach wie vor zu einer Mehrheit. Ob es ein Rollback gibt, darüber läßt sich trefflich spekulieren. Fest steht, daß es sieben Wahlen in diesem Jahr geben wird. Den Auftakt macht Hessen am 7. Februar. Die Umfragen für eine Bestätigung von Rot-Grün sind seit Monaten eindeutig, in der Parteienpräferenz holt die CDU allerdings merklich auf. Die ersten Anzeichen wachsender Ungeduld und Unzufriedenheit mit Rot-Grün auf Bundesebene?

■ **JANUSKOPF SPD** Die Gründe für den zunächst rüden Umgang Schröders mit dem kleinen Koalitionspartner liegen auf der Hand: Stand die Schröder-SPD im Wahlkampf für die intelligente Verpackung von politischer Konzeptlosigkeit einer Volkspartei auf der Suche nach Leitmotiven für ihre Politik, muß sie heute Farbe bekennen. Die Grünen als Koalitionspartner sind nach ihrem Magdeburger Parteitag für Inhalte und Reformansätze vom Souverän so abgestraft worden, daß Schröders vorwahlkampfliche Definition

vom Koch und Kellner noch heute nachwirkt. Sie konnten trotz des Startvorteils ausgereifter Konzepte – in den Koalitionsverhandlungen gegenüber einer SPD auf Standort-Suche und Selbstverständigung nur wenig durchsetzen. Die SPD war offenbar so vom Machtwechsel überrascht, daß sie bis heute keine schlüssigen Konzepte für eine zukunftsfähige Reformpolitik besitzt. Statt dessen schwankte und schwankt sie zwischen kleinkarrierter Klientelpolitik und Angst vor der eigenen Courage.

So viel Macht wie heute wird „Nachbesserungskanzler“ Schröder nicht mehr haben: Zwar war das Wahlergebnis so selbst in den Parteizentralen nicht erwartet worden, schließlich wollte die Mehrheit in erster Linie nur einen anderen Kanzler und keine andere Politik, aber mit den klaren, komfortablen Mehrheitsverhältnissen wäre viel an Reformpolitik möglich. Nicht zögerliches Zaudern ist das Mittel der Wahl, sondern der mutige, zukunftsfähige Umbau der Gesellschaft. Dazu gehören auch unpopuläre Wahrheiten: Der Sozialstaat hat in seiner heutigen Ausprägung seine Zukunft hinter sich und besitzt so riesiges Konfliktpotential – um ihn zu verteidigen, muß er dringend und grundlegend reformiert werden (siehe hierzu Karl-Martin Hentschel in dieser Ausgabe). Solche Herausforderungen sind es, mit denen die Koalition den Aufbruch wagen muß.

■ **POLITIK GESTALTEN** Rot-Grün hat nach den versprochenen, ersten Korrekturen Kohlscher Politik jetzt die Gestaltungsphase vor sich. Mit dem Abarbeiten von ein paar Wahlversprechen hat das nichts mehr zu tun: Jetzt geht es um die politische Agenda. Mit dem Bündnis für Arbeit und dem Sofortprogramm für Jugendliche ist ein Anfang gemacht, mehr nicht.

Es gehört zum bislang wichtigsten Erfolg der neuen Regierung, „die deutsche Nation neugegründet und das deutsche Volk verändert zu haben“ wie Micha Brumlik unlängst feststellte. Mit dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht könnte es eine „Repolitisierung der Gesellschaft in einem nicht geahnten Ausmaß geben“ Grund auch für die maßlose CDU-Kampagne. Auch Außenminister Fischer sieht die Vereinbarungen als größten Erfolg seiner Partei an. Freilich, um die Doppelte Staatsbürgerschaft wäre die SPD auch in einer Koalition mit der FDP nicht herumgekommen. Diese wäre dann allerdings bei weitem noch restriktiver ausgefallen. Licht und Schatten liegen für gewöhnlich eng beieinander. Das ist auch bei den Grünen nicht anders: Mit ihren Forderungen für eine humane Flüchtlingspolitik sind sie an der SPD gescheitert. Die bislang

bitterste Niederlage, wie auch Joschka Fischer bei einer Wahlkampfveranstaltung in Frankfurt/Main unlängst einräumte. Der Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft könnte indes zum zweiten Anfangserfolg werden.

Der künftige Erfolg von Rot-Grün wird entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, die Bürger beim Umbau einzubin-



Fotos: Ilja C. Hendel

den, ihr Mitwirken zu erreichen. Sie müssen für Veränderungen bereit sein – aber warum sollten sie das, wenn ihnen die Koalition signalisiert, mit dem Regieren des geringsten Widerstands und der Rücknahme sog. unsozialer Maßnahmen der Vorgängerregierung sei alles im Lot. Um die Agenda zu bewältigen und Zukunft zu gestalten, bedarf es Einschnitte, Reformen mit Zumutungen. Und es bedarf eines überfälligen Klärungsprozesses innerhalb der SPD, für was diese Partei steht. Mit dem Deckel der sog. „Neuen Mitte“ ist es dabei nicht getan. Solange sich die SPD nicht intern über Leit motive ihrer Regierungspolitik verständigt, ist der Widerstreit untereinander und vor allem mit den Grünen vorprogrammiert.

Wie wenig Schröder aber zu einem wirklichen Klärungsprozeß bereit ist, zeigt die Diskussion um die ökologisch-soziale Steuerreform.

■ **ÖKOSTEUER LIGHT** In Dänemark und den Niederlanden erfolgreich, widersetzt sich Schröder einer konsequenten ökologisch-sozialen Steuerreform in Deutsch-

land. Welche Chancen damit auf der Strecke bleiben, hat ebenfalls Karl-Martin Hentschel in dieser Ausgabe herausgearbeitet. Ohne den Regierungswechsel hätte es keine ökologische Steuerreform gegeben und ohne die Grünen wäre sie sicherlich noch unmerklicher ausgefallen. Trotzdem ist der Einstieg in die Ökosteuer kein Grund zur Zufriedenheit. Dafür fehlt

es an der Durchschlagskraft zumindest der ersten Stufe. Würde die bündnisgrüne Vorstellung einer Ökosteuer auch von der SPD als das erkannt, was sie ist, nämlich ein von den Grünen erarbeitetes, hervorragendes Instrumentarium für einen nachhaltigen ökologischen und ökonomischen Umbau und für eine zukunftsfähige Reform der Sozialabgaben (Lohnnebenkosten senken) und damit einer der Schlüsselfaktoren für neue Arbeitsplätze sowie für eine Energiewende (Ressourcenverbrauch einerseits, Atomkraft-Ausstieg andererseits), wäre ein erster Einstieg in einen zukunftsfähigen, nachhaltigen Umbau der Bundesrepublik möglich.

Die Selbstbeschränkung auf eine Ökosteuer light verkehrt nun aber die Wirkung ins Gegenteil und läßt sie für's erste wahrscheinlich wirkungslos verpuffen. Kurzfristig Nachschläge und eine andere Systematik zu fordern, geht an

den Realitäten vorbei: Schon heute werden die Mehrkosten für Strom und Benzin als reine Steuerabzockerei empfunden, nicht als Lenkungsmittel und schon gar nicht als Arbeitsplatzmotor von morgen. Die SPD, die sich in der Vergangenheit gerne die Ökosteuer in die Wahlprogramme schrieb, ohne in der Partei überhaupt grundlegend über die Ausgestaltung einen Konsens zu erzielen, machte mit ihren Koalitionsbedingungen ein zentrales Mittel für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zunächst einmal stumpf. Bei der heutigen Bagatell-Ökosteuer darf es nicht bleiben. Die Grünen sind gefordert, nimmt man Fraktionschef Schlauch und seinen erklärten Willen, „Rot-Grün zum Erfolgsmodell machen“ zu wollen, ernst: Sie müssen das Reformprojekt erneut in das Zentrum der politischen Diskussion stellen. Ohne Ökosteuer wird es keinen grundlegenden Wandel der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Energiepolitik geben. Ohne eine spürbare Absenkung der Arbeitslosigkeit und eine wirkungsvolle Entlastung der Lohnnebenkosten könnte Rot-Grün auf Bundesebene schnell zum Auslaufmodell werden. ■

**A**uch wenn die Schlagwörter der Globalisierung, wie Postindustrialismus und Informationsökonomie, etwas anderes suggerieren: Es wird auch in einer hochgradig tertiären Gesellschaft wie den Niederlanden gebaut, hergestellt, verarbeitet und repariert. Die eigentliche industrielle Basis verschwindet nicht vollkommen. Nicht der Niedergang, sondern der Umbau der klassischen Industrie ist deshalb die Voraussetzung für eine intelligenter Ökonomie. Die in den Niederlanden vollzogene Revitalisierung der alten industriellen Basis hat gerade durch die Möglichkeiten flexiblerer Vorgehensweisen den Bestand von Arbeitsplätzen nicht nur gesichert, sondern sehr schnell wieder ausgebaut. Die Änderung der nationalen Seefahrtspolitik seit dem 1. Januar 1996 verdeutlicht, wie auf globale Entwicklungen von staatlicher Seite reagiert werden kann.

Verzweifelt mußte man wie in Deutschland mit ansehen, wie sich die heimische Seeflotte ständig mehr lichte. Der Königliche Verband Niederländischer Reeder (KVNR) drängte seit den achtziger Jahren auf Maßnahmen, um das Ausflaggen und die Reederflucht von renommierten Reedereien, wie HAL, Seatrade oder Dockwise, in die exotischen Steueroasen Liberias und Zyperns zu stoppen. Unter der neuen Regierung Kok wurde das Problem zum ersten Mal ernstgenommen, das fatalistische Starren auf die niedrigeren Lohnkostenzahlen der asiatischen Werften und die karibischen Steuerfreiräume wurde beendet. 1993 erhielten Chris Peeters, Professor an der Universität von Antwerpen, und sein Kollege Wijnolst aus Delft den Auftrag, eine Untersuchung zu dieser Problematik durchzuführen. Ihr Bericht „Die Zukunft des niederländischen Seefahrtsektors“ hatte als wichtigste Empfehlung an die Regierung enthalten, daß nicht Subventionen, sondern günstigere Steuerbedingungen die Seefahrt wieder flott machen würden. Nahezu alle Empfehlungen wurden in kürzester Zeit übernommen. Die steuerlichen Nachteile der Niederlande gegenüber den Seefahrt-Paradiesen wurden weitgehend beseitigt. Reeder können nun ihre eigene Besteuerungsform, etwa zwischen Vermögenssteuer oder Netto-Tonnage-Steuer, wählen. Zudem wurde das komplizierte Bemannungssetz vereinfacht. Nun können auch ausländische Kapitäne und Offiziere unter niederländischer Flagge angeheuert werden, und die vorgeschriebene Mindestzahl an Besatzungsmitgliedern auf spezialisierten und automatisierten

Schiffen wurde reduziert. Löhne sind zum größten Teil steuerlich absetzbar. Der Erfolg dieser Weltmarktanpassung ließ nicht auf sich warten. Binnen zwei Jahren wuchs die niederländische Flotte um etwa 100 Schiffe (20 %), ließen sich 20 auswärtige Reedereien wieder in den Niederlanden nieder und zogen die Investitionen an. In anderthalb Jahren wurden die Verluste eines Jahrzehnts aufgearbeitet. Um diese positiven Tendenzen weiter zu stärken, wurde die Stiftung Maritime Niederlande (SNML), ein

## Brave new work (XI)

FRANK ECKARDT

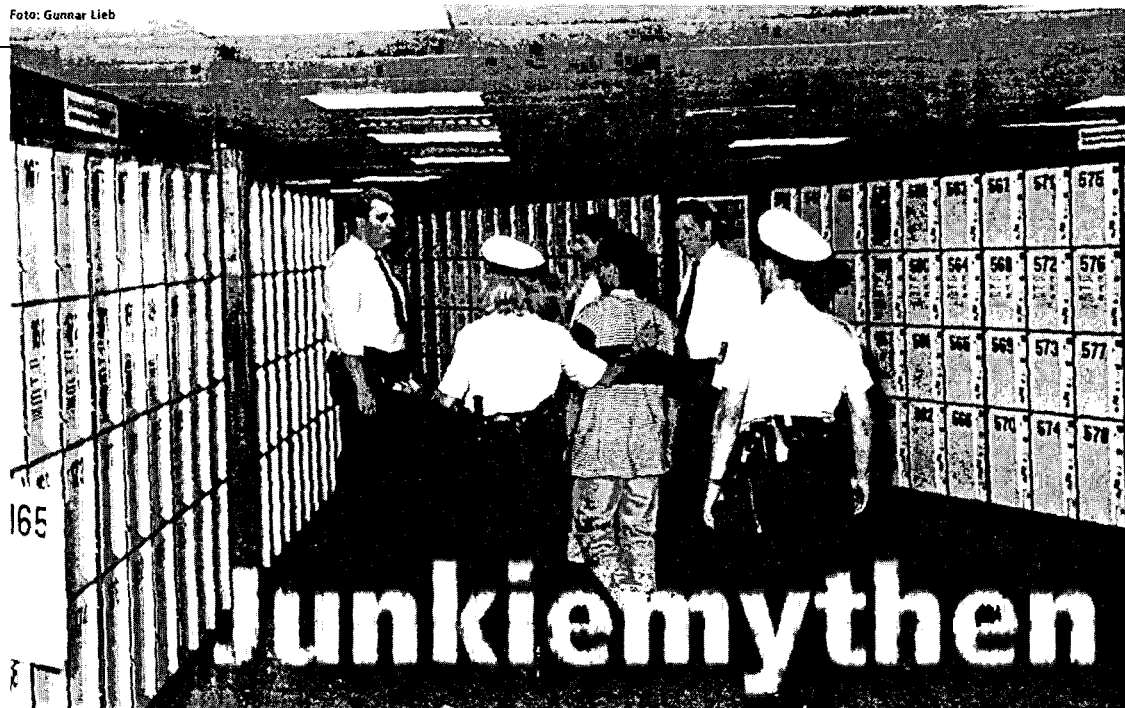
Netzwerk von Geschäftswelt, Politikern und Wissenschaftlern, eingerichtet. In Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium werden seitdem weitere Studien im Bereich Offshore, Baggerwesen und Binnenschifffahrt durchgeführt, um nötige Kursanpassungen vorschlagen zu können. Investitionen in Forschung und Know-how sollen die Marktführung der niederländischen Reedereien im Bereich der Baggerflotten und der Binnenschifffahrt unterstützen.

Um weitere ausländische Unternehmen anzusiedeln, haben sich die 400 maritimen Dienstleister zu einem Verbund organisiert, der u.a. mit Webseiten aktiv das gemeinsame Leistungsangebot darstellt. Neben Schiffbau- und Reparaturunternehmen gehören dem „Brainport“ auch Berater, Anwälte, Bildungstätten, Softwarehäuser und dergleichen an. Die russische Reederei Norchart hat sich deshalb nach langer Suche eines Standorts in Europa 1996 entschlossen, sein kommerzielles Management von 30

Schiffen mit 20 Mitarbeitern in die Rotterdammer Rhoon zu verlegen. Statt der maltesischen Billigflagge wird nun das holländische Rot-Weiß-Blau vom Mast wehen. Bei der neuen Seefahrtspolitik spart das Unternehmen bis zu 30 Prozent Steuern, da es für sich die günstigere Netto-Tonnagen-Besteuerung in Anspruch nimmt.

Mit der Wiederansiedlung von Reedereien und den internationalen Investitionen im allgemeinen geht die Hoffnung auf ein Spin-Off für die gesamte Hafenindustrie einher. Im Schiffbau konstatiert Ruud Schouten, Geschäftsführer des Verbandes der Niederländischen Schiffbau-Industrie (VNSI): „Es geht dem Schiffbau wieder gut, und mit dem neuen Kurs kann es nur noch besser werden. Je mehr Reeder sich hier niederlassen, um so besser wird der Schiffbau- und Reparaturmarkt. 50 Prozent des Umsatzes, das ist eine Milliarden Gulden, erzielt der Schiffbau auf dem dadurch vergrößerten Inlandsmarkt. Unternehmen wollen ihre Geschäfte nun mal eher in nächster Nähe erledigen.“ Vor allem die Reparaturwerften sind seit dem Inkrafttreten der neuen Seefahrtspolitik viel besser ausgelastet. Dies beruht darauf, daß sich auch hier das Prinzip der *economies of scope* durchgesetzt hat und für verschiedenste Nischenschiffe und kleine Einzelguttransporter Dienste angeboten werden. Inzwischen plagt die niederländische Seefahrtsindustrie ein ganz anderes Problem. Sie findet nicht mehr genügend junge Leute, die sich in diesem Bereich ausbilden lassen wollen. Die neuen Chancen in diesem Arbeitsmarkt haben sich noch nicht herumgesprochen. Mit Werbespots soll deshalb jetzt erreicht werden, niederländische Jugendliche wieder für dieses Berufsfeld zu interessieren. Das negative Image einer sterbenden Zunft stimmt nicht mehr, aber dennoch lassen sich nur wenige junge Niederländer darauf ein, sich in diesem Arbeitsbereich auszubilden. Personalknappheit droht. ■





## Die „akzeptierende Drogenarbeit“ greift zu kurz

HARRY KUNZ

### FIXERRÄUME – FIXERTRÄUME?

**F**Drogenkonsumräume werden von der Drogenhilfe allgemein begrüßt. Ob sie, wie von Bündnis 90/Die Grünen behauptet, „Menschenleben in den Drogenszenen der Großstädte retten“ oder den Suchtprozeß einzelner Junkies verlängern, bleibt indes umstritten. Zwar sterben in Frankfurt mit seinen Fixerräumen trotz einer doppelt so hohen Konsumentenzahl deutlich weniger Nutzer harter Drogen als in München. Doch Kenner der Szene bewerten dies eher als paradoxe Folgen relativ besserer sozialer Absicherung und stärkerer Repression: Weniger Obdachlosigkeit und die Vertreibung der Szene von öffentlichen Plätzen bewirken, daß mehr Suchtkranke einsam in ihrem Zimmer sterben.

Gleichwohl macht es einen Unterschied, in dunklen Bahnhofsecken oder Treppenhäusern unter Suchtdruck irgendeine, unter Umständen auch eine infizierte Spritze setzen zu müssen – oder in einem Konsumraum, wo in Notfällen sofort Hilfe geleistet werden kann. Und einen (zeitweiligen) Heroinkonsum zu tolerieren heißt nicht Drogensucht zu akzeptieren. Integriert man niedrigschwellige Angebote in das bestehende Netz abstinenzorientierter Drogenhilfe, so sind Konsumräume oder die jetzt gleichfalls angekündigte Unterstützung der Substitution mit Methadon und Codein (dessen Abgabe im letzten Jahr noch verschärft wurde) mit dem Ziel

vereinbar, bei Drogensüchtigen auf eine Überwindung ihrer Suchtstrukturen und eine Rückkehr in soziale Bezüge jenseits der Drogenszene hinzuwirken. Protegiert wird das Konzept niedrigschwelliger Angebote aber auch von einer „akzeptierenden“ Drogenarbeit und -politik, die suchtbestimmte Lebensweisen und Subkulturen als gleichwertige, freilich eines besonderen gesellschaftlichen Schutzes bedürftiger Lebensformen begreifen. Gilt dies, so sind Drogensüchtige keine behandlungsbedürftigen Kranken, sondern autonom ihre Lebensform wählende Menschen. Ein Drogenverzicht ist dann nur als frei persönliche Entscheidung im Laufe eines biographischen Reifungsprozesses (*maturing out*) akzeptabel, jede Einwirkung Dritter eine Bevormundung.

Zu Beginn der neunziger Jahre wurde diese Sicht als „Recht auf Rausch“ im

Mit einem Modellversuch, eng orientiert an einem Projekt in der Schweiz, will Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer die Heroinabgabe an Schwerstabhängige erproben lassen und Drogen-Konsumräume einführen. Die kernige Überschrift „Drogenbekämpfung“ im rot-grünen Koalitionsvertrag erinnert unterdessen an Herrn Kanther. Die Vereinbarungen rechtfertigen den Titel nicht, hätten so aber vielleicht auch von einer großen Koalition beschlossen werden können. Dennoch besitzt die „neue Drogenpolitik“ angesichts unklarer und heterogener Positionen von SPD und Grünen eine weit über den Vereinbarungstext hinausweisende Dynamik und Konflikträchtigkeit.

Sinne eines grundsätzlichen Vorranges der Selbstbestimmung gegenüber dem Schutz vor schädlichen Wirkungen des Rauschgiftkonsums breit diskutiert. Heute gilt hingegen die Auflockerung des Heroinverbots vor allem als ein medizinisches Gebot. Dabei gehen Anhänger einer Drogenfreigabe, die das gesundheitspolitische Argument für ihr Ziel instrumentalisieren, eine Mesalliance mit jenen ein, die in der Medikalisation Süchtiger eine kostengünstige Form der Ausgrenzung Drogenkranker sehen, weil auf die aufwendigen Anstrengungen einer Integration dieser Menschen in normale Lebensvollzüge verzichtet werden kann.

### ■ AKZEPTIEREN STATT THERAPIEREN

Um Konsumräume und die „medizinische“ Heroinvergabe zu legitimieren, wurde in den letzten Jahren die Kategorie der

Schwerstabhängigen „entdeckt“ Es geht um verelendete, durch Knasterfahrungen und Perspektivlosigkeit demotivierte Menschen. Oft HIV-infiziert oder unter Hepatitis leidend und häufig suizidgefährdet, sind sie für die konventionelle Drogenhilfe kaum erreichbar. Die Kraft und der Mut für eine Veränderung fehlen. Während das Frankfurter Konzept der Heroinvergabe auf solche chronischen Therapieverweigerer, Aids-Kranke, Schwangere oder sich prostituierende Süchtige zielt, will das Hamburger Modell auch sozialintegrierte und solche Heroisten erreichen, die innerhalb der Szene ein „geregelt“ Leben, etwa als Kleindealer, führen. Man beschränkt sich also nicht auf eine Klientel, wo eine Heroinvergabe mangels alternativer Behandlungsstrategien medizinisch angezeigt ist. Entweder sehen sich diese Süchtigen überhaupt nicht als behandlungsbedürftig oder sie sind prinzipiell auch für andere Behandlungsformen erreichbar. Eine Drogenvergabe ist aber nur dann medizinisch begründbar, wenn dies der Heilung oder Schmerzlinderung eines Patienten dient und alternative Behandlungsformen problematischere Nebenwirkungen besitzen. Der suchterzeugende oder -stabilisierende Charakter ist dann als ungewollte Nebenwirkung hinnehmbar. Gängige Argumentationen für „Heroin auf Rezept“ sehen jedoch die (leidmindernde) Wirkung in der Normalisierung und Stabilisierung der Sucht. Oder sie zielen vorrangig auf fremdnützige Ziele – Kriminalitätsbekämpfung, „saubere Innenstädte“ der Wunsch nach selbstbestimmtem Drogenkonsum. Zumindest die SPD will derzeit aber keine generelle Legalisierung des Heroins, analog zu dem Modell „Cannabis in Apotheken“ Sollen deshalb Einsteiger und Gelegenheitskonsumenten von der Heroinvergabe ausgeschlossen bleiben, bleibt nur das Kriterium „mehrere abgebrochene Therapieversuche“ Damit wird das bisherige dreigliedrige System der Drogenhilfe (Prävention, Therapie, Strafverfolgung) aber nicht einfach um eine

vierte Säule „Originalstoffvergabe“ ergänzt. Vielmehr steht die Heroinvergabe in einer psychologischen und in einer ökonomischen Konkurrenz zu den Angeboten (abstnensorientierter) Therapie und der Prävention.

□ Psychologisch, weil ein vereinfachter Heroinzugang den Willen zum Drogenverzicht schwächt. Die Zahl der Therapieabbrüche und der Rückfälle wird zunehmen, wenn im individuellen Konsumentenalkül die Strapazen des Verzichts gegen die verlockende Aussicht stehen, „Heroin vom Staat“ zu erhalten.

□ Ökonomisch, weil eine neue Säule der Drogenhilfe Geld kostet. Experten schätzen bei 5000 Patienten einen Mehrbedarf von 30 Millionen DM pro Jahr. Gleichzeitig lehnen Krankenkassen und Sozialhilfeträger heute schon oft die Finanzierung von Substitutionsbehandlungen ab. Es droht daher, daß die Mehrkosten für die Heroinvergabe zu Lasten anderer Formen der Drogenhilfe (Prävention, Hilfen in der Alltagsbewältigung) gehen.

■ **VERBRECHENSBEKÄMPFUNG STATT GESUNDHEITSPOLITIK** Dieser Verdrängungswettbewerb innerhalb der Drogenhilfe wird dadurch verschärft, daß SPD und Grüne ein gesundheitspolitisches Ziel – die Verbreiterung der Hilfeoptionen für Drogensüchtige – um der politischen Akzeptanz willen vorrangig kriminalpolitisch begründen. Geht es um jene rund 5000 Menschen bundesweit, bei denen wegen ihrer Verelendung andere Hilfeformen nicht greifen und deshalb eine Heroinvergabe medizinisch sinnvoll ist, so ist damit keine deutliche Verringerung der Beschaffungskriminalität zu erreichen. Dies belegt auch der Schweizer Modellversuch zur Heroinvergabe. Dominiert das Ziel der Kriminalitätsbekämpfung die Drogenpolitik, so muß der Adressatenkreis auch auf solche Personen ausgeweitet werden, die für Therapien oder Methadon-Programme erreichbar wären.

Die vom Bundesrat verabschiedete Initiative Hamburgs und die Vorschläge der Bündnisgrünen bewegen sich in diese Richtung. Dabei ist die auch von einigen Polizeipräsidenten geäußerte Auffassung, bei „Heroin vom Staat“ entfalle der Zwang zu abweichendem Verhalten, kriminologisch unhaltbar. Denn Personen mit hohem Suchtmittelkonsum geraten auch vor ihrer Suchtkarriere und jenseits der Beschaffungskriminalität häufig mit dem Gesetz in Konflikt. Zudem blendet diese Sicht die Bedeutung der Drogenszene für das sozial auffällige Verhalten Süchtiger aus. Die Eingebundenheit in eine gesellschaftlich als abweichend definierte Subkultur stellt – im Unterschied zur Partydrogenszene – einen gewicht-

gen Anreiz für einen Kokain- und Heroinkonsum dar. Heroinsüchtig wird man nicht allein wegen des Suchtpotentials des Stoffes, vorgängig besteht bei vielen ein Selbstverständnis als Outlaw. Begünstigt den Einstieg in den Heroinkonsum entscheidend die Gegenwelt einer Szene, die sich als Alternative zur „verlogenen“ bürgerlichen Moral, zur Leistungsgesellschaft und ihrer ausschließlich materiellen Orientierung begreift, so sind die Sozialbeziehungen innerhalb der Szene im Verlauf einer Suchtkarriere häufig alternativlos, weil andere Kontakte wegbrechen. Oder aber das eigene Selbstverständnis als „Rebell gegen das Spießbürgertum“ erhält sich trotz manifester Drogenabhängigkeit und Verwahrlosung: Langjährige Haftstrafen werden als Folge der eigenen kompromißlosen „Systemgegnerschaft“ umgedeutet, erniedrigende Erfahrungen von Abhängigkeit und Hilflosigkeit gelten als Ausdruck eigener Authentizität. Abstnensorientierte Therapieangebote werden als perfide Integrationsangebote wahrgenommen, Therapie willingness als Verrat an der Szenensubkultur. An solcher Selbststilisierung der Szene angehörigen ändern Konsumräume und die staatliche Heroinvergabe nichts.

„Heroin vom Staat“ dürfte im Fixerdiskurs als neuer Trick gelten, dessen Vorteile clever ausgenutzt werden, ohne das eigene Selbstverständnis zu hinterfragen. Der Drang, sich durch auffälliges Verhalten innerhalb der Drogenszene zu bestätigen, wird sich neue Betätigungsfelder, etwa im Handeln mit dem „Heroin vom Staat“ suchen – sofern die Heroinvergabe nicht an den Konsum unter ärztlicher Aufsicht gebunden wird. Eine Entkopplung von Vergabe und Konsum würde somit die Verfügbarkeit des Heroins auch für Einstiegsconsumenten erhöhen. Die Hamburger Bundesratsinitiative begünstigt diese Gefahr der Konsumausweitung. „Heroin auf Rezept“ soll allein in eine medizinische Versorgungsstruktur eingebettet werden. Diese ist nicht in der Lage, die Opiatvergabe zu begrenzen. Hilfen im Alltag, bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzbeschaffung oder im Umgang mit der Justiz sind ebensowenig vorgesehen wie eine therapeutische Begleitung. Dabei würde die Bindung der Stoffvergabe an weitergehende Hilfen die Chance auf eine psycho-soziale Einflußnahme jenseits massiver Repression eröffnen. In der Absage an solche begleitenden Hilfen treffen sich sozialdemokratischer Sparwille – begleitende Hilfen wären von Ländern und Kommunen zu finanzieren – mit links-alternativer Gesinnung. Linke Sozialdemokraten und Bündnis 90/Die Grünen lehnen verbindliche Begleithilfen ab, weil die Heroinvergabe dann nicht mehr allein dem Ziel der

Hans Ulrich Gresch, Bierzelt & Fixerstube. Meinungen über Konsumräume, <http://www.feschucht.de/report>

Lutz Klein, Heroinsucht: Ursachenforschung und Therapie, Campus, Frankfurt/Main 1997

Manfred Möhl, Zur Psychodynamik des Todes in der Trunksucht. Versuch einer tiefenpsychologisch-anthropologischen Deutung, Königshausen & Neumann, Würzburg 1993

Wolfgang Schneider (Hg.), Heroinvergabe und Konsumräume, VWB, Berlin 1997

ders. (Hg.) Brennpunkte akzeptanzorientierter Drogenpolitik, VWB, Berlin 1997

Felix Tretter, Ökologie der Sucht, Hogrefe, Göttingen 1998

Leon Wurmser, Die verborgene Dimension. Psychodynamik des Drogenzwanges, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1997

„Überlebenshilfe“ verpflichtet wäre und man die Autonomie des Süchtigen beschränke.<sup>2</sup> Angesichts dieser argumentativen Mesalliance steht die von sozialdemokratischer Seite proklamierte „strenge Indikationsstellung nach medizinischen Kriterien“ in Widerspruch zur wahrscheinlichen Anwendungspraxis der Heroinvergabe. Auch bei den Methadonprogrammen wurde zunächst auf enge begrenzte Vergabekriterien abgehoben. Heute wird dort der gleichzeitige Beikonsum anderer Drogen fast durchgängig akzeptiert. Nichts spricht dafür, daß bei der Vergabe von Heroin eine andere Entwicklung gewollt ist.

■ **DER PREIS DER FREIHEIT** Eine technokratische Lesart der neuen Drogenpolitik, der die Bundesratsmehrheit, Teile der Justiz und manche Polizeipräsidenten zumindest nicht widersprechen, akzeptiert die Individualisierung des Drogengebrauchs. Jeder soll selbst über seinen Konsum entscheiden und die Auswirkungen tragen. Man will sich darauf beschränken, Abhängige ruhigzustellen und ihr dissoziales Verhalten in weniger auffällige Bahnen zu lenken. Fraglos sind Gesellschaften, die Freiheitsspielräume gewähren, aber keine adäquaten Selbstverwirklichungschancen für alle anbieten können, ohne eine verbreitete Drogensucht nicht denkbar. „Keine Macht den Drogen“ – dies würde eine andere, düstere Republik erzwingen.

In einem Konzept wertentleerter Modernisierung ist es deshalb plausibel, jener Mehrheit nachzugeben, die ihren Drogenkonsum in einen funktionierenden Alltag einordnen kann. Und Individualisierungsverlierer, die dies nicht schaffen, auszugrenzen. Diesem Anliegen „rationaler Drogenpolitik“ gehen derzeit vor allem die sich als links und reformersch begreifenden Milieus auf den Leim. Folgerichtig blendet die rot-grüne Drogenpolitik soziale und biographische Suchtursachen aus. Wer vom bloßen Mehr an Freiheitsspielräumen per Drogenfreigabe schon auf einen mündigen Umgang mit Drogen schließt, den muß ein tiefenpsychologischer und soziologischer Diskurs stören, der die Möglichkeit zur Selbstverantwortung an persönliche und soziale Vorausset-

zungen bindet. Sicher, Praktikern der Drogenhilfe nützt der Verweis auf Kindheitserlebnisse meist wenig. Sie haben die augenfällige Not ihrer Klientel vor Augen. Ihnen muß die Kriminalisierung der Sucht als vorrangige Quelle der Verelendung erscheinen, geschützte Konsumräume und eine Drogenabgabe (als Vorstufe zu deren Legalisierung) als geboten gelten. Die Ergänzung konventioneller Drogenhilfe um niedrigschwellige Angebote ist ein Erfolg ihrer Argumentation.

Deshalb greift es zu kurz, „akzeptierende Drogenarbeit“ analog dem Verdikt von Karl Kraus über die Psycho-Analyse nur als die Krankheit zu verstehen, die sie zu heilen vorgibt. Wo diese Sicht aber unreflektiert als Politik daherkommt, schlägt eine Ethik der Drogenhilfe um in die bloße Selbstvergewisserung der eigenen Problemsicht, in Rechthaberei. Drogenpolitik als ein gesellschaftlicher Selbstverständigungsversuch muß hingegen die Gesamtheit der Folgen des Drogenkonsums im Blick haben und unterschiedliche Interessen abwägen. Sie darf nicht nur die unmittelbaren Bedürfnisse einzelner Suchtkranker berücksichtigen, sondern muß sich im Aushalten von Widersprüchen, in Kompromissen und Zwischenlösungen üben. Es gibt keinen Ausweg aus dem Dilemma, daß eine repressive Drogenpolitik qualitativ schwerere Suchtverläufe, eine liberale Politik hingegen quantitativ eine größere Suchtverbreitung begünstigt. Vor allem muß sich eine „neue Drogenpolitik“ auf weithin geteilte normative Leitgesichtspunkte im Umgang mit Drogen berufen können, wenn sie auf gesellschaftliche Akzeptanz hoffen und neue Solidaritätsbereitschaften gegenüber Drogenkranken einfordern will. Ein solches ethisches Postulat bildet die Absage an ein Leben in Sucht und Abhängigkeit.<sup>3</sup> Auch Konsumräume und „Heroin auf Rezept“ sind an dieser allgem. akzeptierten normativen Grundentscheidung zu messen. Sie sind kein politisches Allheilmittel, sondern Teil einer neuen Chance für bestimmte Drogenkranke, einen Ausweg aus der Sucht zu finden – wenn weitergehende Hilfen in Konsumräumen angeboten werden und bei der Originalstoffvergabe fester Bestandteil der Vergabepaxis sind. ■

Devrim Kaya »MEINE EINZIGE SCHULD IST, ALS KURDIN GEBOREN ZU SEIN« Eine junge Frau auf der Flucht vor türkischer Folter und deutscher Justiz HERAUSGEGEBEN VON GÜNTER WALLRAFF

Campus

304 Seiten  
DM 36,-

In Kurdistan aufgewachsen, von den türkischen Behörden verfolgt, kehrt Devrim Kaya als politischer Flüchtling in das Land ihrer Geburt, nach Deutschland zurück. Ihr Asylantrag wird abgelehnt, sie muß untertauchen.

In diesem sehr persönlichen Buch, das bei allem Bezug zur Politik immer die menschliche Seite in den Vordergrund stellt, beschreibt die ehemalige PKK-Anhängerin ihre aufwühlende Lebensgeschichte.

»Ich kenne viele Schicksale von Menschen, die zu uns flüchten und hierzulande weiter drangsaliert werden. Aber Devrim Kayas Geschichte ist ganz außergewöhnlich: Sie berichtet jenseits der Klischeevorstellungen auch der eigenen Kultur gegenüber selbstkritisch und ironisch, aber ebenso ernst und engagiert; aus der Perspektive und mit dem Mut einer Verzweifelten.«

Günter Wallraff

1 Christian Gasche beschreibt am Beispiel von Cannabisprodukten medizinisch definierte Einsatzmöglichkeiten, die eine substanzfixierte Drogenpolitik bislang unterbindet (*Kommune*, 12/98).

2 Vgl. etwa: I. Michels, Integrierte Drogenarbeit und Drogenpolitik; in: M. Knoche (Hg.), Soziale und ökologische Gesundheitspolitik. Standorte und Grundlagen einer grünen Gesundheitspolitik, Mabuse, Frankfurt/M., 1998, 325-343, 326 ff. Zwar erklärt die neue Drogenbeauftragte Christa Nickels im Radiointerview (16.11.98), daß die

„Heroinvergabe an psycho-soziale Hilfen gebunden werde“ Die von ihr mitgetragene bündnisgrüne Bundestagsinitiative (13/3671) lehnt dies aber ausdrücklich und der Koalitionsvertrag zumindest implizit ab. Was gilt?

3 Die Drogenpolitik von CDU/CSU setzt hingegen noch immer auf „Drogenverzicht“ Es mag ja sein, daß dies als Forderung an andere manchen Beifall einheimsen kann. Wo Drogenpolitik aber gegen ein mehrheitliches Lebensgefühl der Gesellschaft agiert, muß sie einseitig auf Repression setzen.

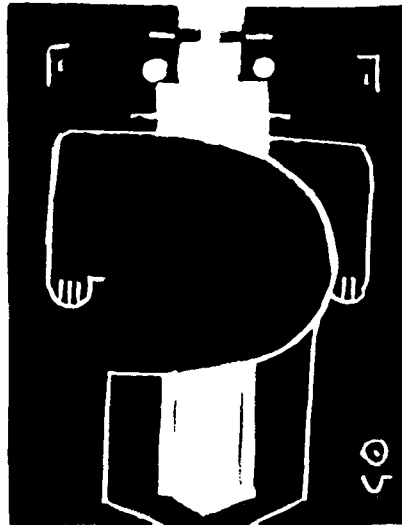
 **Campus Verlag**  
Frankfurt / New York

WERNER RUGEMER

# Steuer- und Bankgeheimnis als Pressegesetz

EU-Musterlände Luxemburg:  
Ein Hort von Filz und Korruption

Ein großer Teil der in den vergangenen Monaten aufgedeckten Korruption im EU-Apparat wurde über Luxemburg abgewickelt. Die dabei angewandten Methoden, wie fiktive Arbeitsverhältnisse, Vetternwirtschaft, Tarnfirmen, Urkundenfälschung, Entlassung von „Verrätern“ Erpressung und Drohungen gegen Journalisten, gehören zum Standard in der Luxemburger Innenpolitik. Jacques Santer sagte nach der Abstimmung im EU-Parlament über die Korruptionsvorwürfe gegen die EU-Kommission am 14. Januar 1999 erleichtert: „Solche Probleme sind normales Regierungsgeschäft. Wir werden tiefgreifende Reformen einleiten und weiterarbeiten.“ Solche Äußerungen sind für Santer aus seiner Zeit als Ministerpräsident Luxemburgs Routine.



**D**iese Umstände könnten in Europa und in Deutschland längst bekannt sein, wenn nicht das politische Innenleben Luxemburgs jahrzehntlang ein Tabu geblieben wäre. Die deutschen Medien schwiegen, als Santer seit 1991 als luxemburgischer Ministerpräsident die „Försterkorruption“ unter den Tisch kehrte. Sie schweigen auch zu den Affären des jetzigen Ministerpräsidenten Juncker.

Luxemburg ist das wichtigste Entstehungsland der Europäischen Union. Das kleine Großherzogtum beheimatet heute weitaus mehr europäische Institutionen als jedes andere EU-Mitgliedsland: ein Sitz des Europäischen Parlaments, den Europäischen Gerichtshof und den Rechnungshof, eine Filiale von Europol, das Statistische Amt der EU sowie zahlreiche ausführende Dienstleistungen (Übersetzerdienst, Publikationen, Transporte usw.). Politiker und Beamte aus Luxemburg sind überproportional im EU-Appa-

rat vertreten, zwei ehemalige Ministerpräsidenten, Thorn und Santer, wurden Präsidenten der Europäischen Kommission.

In Deutschland wird immer noch das Bild vom idyllischen, ja vorbildlichen Großherzogtum gemalt, obwohl der „rabenschwarze Großdiktator Jean-Claude Bokassa“ wie Jean-Claude Juncker im aufstrebenden Luxemburger Satiremagazin *Den neie Feierkrop* (Der neue Feuerhaken) genannt wird, in einem Sumpf von Filz und Korruption zu ertrinken droht. Das Ansehen der christlich-sozial geführten Regierung ist durch zahlreiche Affären angeschlagen. Dabei hat sie immer wieder versucht, durch Eingriffe in die Pressefreiheit das Schlimmste zu verhindern. Daß es aber nicht mehr einfach im alten Stil weitergeht, wird auch durch die Entwicklung des *neie Feierkrop* deutlich:

Es ist nicht nur die mit fünf Jahren jüngste Zeitung im Großherzogtum, sondern auch die einzige, deren Auflage steigt, und zwar kräftig.

Seit Jahren toben in der Luxemburger Öffentlichkeit wiederkehrende Staatsaffären, und die Medien der unmittelbar angrenzenden Landstriche, wie der *Trierische Volksfreund*, der *Saarländische Rundfunk* und der *Républicain Lorrain*, toben mit, aber in die Hauptstädte der befreundeten EU-Länder dringt bisher kein Ton. Das hat sich auch nicht geändert, nachdem der bisherige Schutzpatron aus dem mächtigen Nachbarland, Helmut Kohl, nun

seinen kleinen europäischen Bauchredner Juncker nicht mehr so direkt beschützen kann. Vielleicht liegt es daran, daß auch die „Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei“ in der Koalitionsregierung vertreten ist.

■ **DIE TENNISHALLE DES INNENMINISTERS** Die jüngste Affäre begann am 19. Oktober 1998. Da wurde in einer ganztägigen Polizeiaktion die Redaktion der Tageszeitung *Letzebuurger Journal* durchsucht, danach die Privatwohnung des Chefredakteurs Rob Roemen und schließlich noch die Kanzlei seiner Anwältin. Die Polizei sollte die Namen von Informanten ausfindig machen. Am nächsten Tag ging es weiter: Die Räume von Finanzamtspräsident Paul Bleser wurden gefilzt. Auch er sollte die Namen der vermuteten Informanten herausrücken.

Im Durchsuchungsbefehl hieß es, gegen den *Journal*-Chefredakteur werde wegen „Hehlerei mit Berufsgeheimnis-



sen“ ermittelt. Das bezieht sich auf einen Artikel, den Roemen über Innenminister Michel Wolter geschrieben hatte. Wolter war 1993 Abgeordneter der Christlich-Sozialen Volkspartei. Er war zugleich Präsident des Luxemburgischen Tennisverbandes. Der Verband ließ damals über die eigens gegründete „Stiftung Tennisförderung“ für 7,5 Millionen Mark die größte Tennishalle des Landes bauen, „nationales Tenniszentrum“ genannt. Wolter erwirkte anschließend die Rückzahlung von 650000 Mark Mehrwertsteuer, mit dem Argument, Tennisspielen sei eine kulturelle Sache und von der Mehrwertsteuer befreit. Dazu hatte er aber, so wurde bezeugt, sanften Druck auf einen Finanzbeamten ausgeübt. Die Angelegenheit kam fünf Jahre später dem Finanzamt zu Ohren. Der Präsident des Finanzamtes forderte deshalb im Juni 1998 die Mehrwertsteuer zurück und schickte dem inzwischen zum Innenminister aufgestiegenen Wolter einen Strafbescheid über 5000 Mark. Wolter legte Widerspruch ein. Dieser interne Vorgang wurde dem *Letzebuurger Journal* bekannt.

Nach Erscheinen des Artikels strengte Wolter, der dem Renommierprojekt Tennishalle seinen politischen Aufstieg verdankt, einen Prozeß gegen Roemen und den Verlag des *Journal* an. Er klagte auf Zahlung von 500000 Mark Schadenersatz. Der Prozeß wird irgendwann im Laufe des Jahres 1999 stattfinden. Die Regierung wurde aber offensichtlich nervös über die ständige Berichterstattung – im Großherzogtum stehen Wahlen bevor. So hat Wolter noch eine Klage „gegen den Staat/gegen Unbekannt“ wegen „Verletzung des Berufsgeheimnisses“ nachgeschoben. Damit soll der Name des Informanten ermittelt werden. Denn für die angeschlagene Regierung Juncker sind die sich mehrenden „undichten Stellen“ im Staatsapparat das eigentliche Problem.

Das Bezirksgericht Luxemburg hat zwar inzwischen die Beschlagnahme eines Dokuments mit den vermutlichen Namen des Informanten bei der Rechtsanwältin wegen eines Formfehlers für ungültig erklärt und die Rückgabe angeordnet. Der Untersuchungsrichter gab deshalb am 11. Januar 1999 das Dokument zurück, hatte aber nun einen formgerechten Beschluß dabei und nahm das Dokument postwendend wieder mit. „Die Wild-West-Methoden unserer Staatsanwaltschaft gegen die Pressefreiheit gehen munter weiter“ kommentierte das *Journal*.

■ **„DYSFUNKTIONEN“ IM GESUNDHEITSWESEN** Vor der „Tennishallen-Affäre“ wurde das EU-Musterlände durch die „Gesundheits-Affäre“ erschüttert. Am 22. Januar 1998 trat Gesundheits- und Um-

weltminister Johny Lahure zurück. Seit Dezember 1997 hatten die Medien über „Veruntreuung öffentlicher Gelder“ im Gesundheitsministerium berichtet. Die Koalitionsregierung geriet in Panik. Der langjährige Gesundheitsminister Lahure von der Sozialistischen Arbeiterpartei mußte gehen. Er schonte sein Bauernopfer mit dem Spruch: „Ich bin verantwortlich, aber nicht schuldig.“

Noch am Tage des Ministerrücktritts wurde eine „Spezialkommission“ des Parlaments eingerichtet. Zunächst wurde reichlich Material ans Licht gefördert, auch weil die Kommissionsmitglieder der kleinen Oppositionsparteien Grüne, und insbesondere ADR (Aktionskomitee für Demokratie und Rentengerechtigkeit), den Medien jeden Tag neue Kontoauszüge, falsche Rechnungen und andere Dokumente aus 14 Jahren schwarz-roter Geheimwirtschaft ausbreiteten. Das *Journal* schrieb: „Unter der Oberfläche eines schönen, reichen, geachteten Landes erscheint das Bild eines Augiasstalles, den niemand vermutet hätte!“ Und die Tageszeitung *Letzebuurger Land*: „Pfründenjäger, Machtmißbrauch, Verfilzung! Die Regierung muß zurücktreten!“

Es ergab sich folgendes Bild der „unorthodoxen Finanzpraktiken“ bzw. der „Dysfunktionen“ wie die gesetzwidrigen Geldwege nach der Sprachregelung der Juncker-Regierung genannt wurden:

□ Verbände wie die Caritas erhielten staatliche Zuwendungen, von denen Angestellte bezahlt wurden, die aber in Wirklichkeit im Ministerium arbeiteten. Auf diese Weise wurden Personalsperren umgangen, und der Staat konnte sich rühmen, die Eigenverantwortung der Privaten zu fördern und selbst immer schlanker zu werden.

□ Einzelne Kliniken, die Klinikvereinigung und private Nonnenspitäler erhielten Kredite und Zuwendungen aus dem Staatshaushalt, mit denen sie aber Rechnungen bezahlten, die für einen ganz anderen Zweck dem Ministerium ausgestellt waren. Entsprechend diffus waren Überweisungstexte: „Für erbrachte Leistungen“

□ Hochrangigen Beamten des Ministeriums wurden aus der Staatskasse Entschädigungen zugeschanzt, die ihnen auf dem regulären Wege nicht genehmigt wurden. Wer versetzt wurde oder von der Privatwirtschaft in den Staatsdienst wechselte, bekam verdeckten Gehaltsausgleich. Bei einem Spitzenbeamten wechselten sich seit 1988 drei verschiedene private Ge-

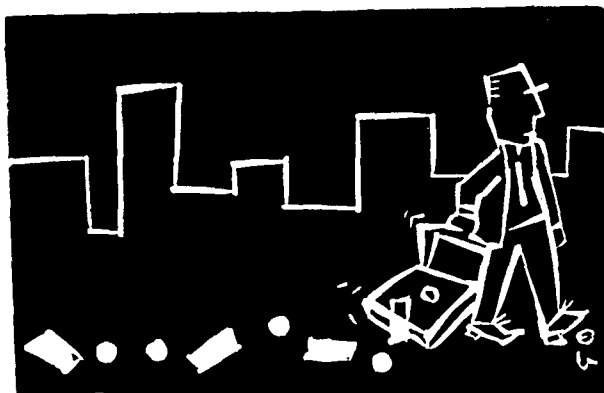
sundheitsverbände ab, um – auf den Tag genau aufeinander abgestimmt – die geheime Entschädigung auszuzahlen.

□ Denjenigen, die an diesen verwinkelten Transaktionen beteiligt waren, fiel es nicht schwer, auch einmal einen Scheck über 100000 Mark dem eigenen Konto gutzuschreiben – keiner merkte was, man kontrollierte sich schließlich selbst.

Das Bild der Dysfunktionen blieb unvollständig, da Unterlagen verschwanden. Und zufällig brachen zu Beginn der Untersuchungen im Archiv der Sozialversicherung zwei Brände aus.

Eine Woche nach dem Minister trat Marcel Reimen, Verwaltungschef und rechte Hand von Lahure, zurück. Er übte zahlreiche Funktionen in den von ihm subventionierten Unternehmen aus. So war er unter anderem Präsident des Thermalbades Mondorf-les-Bains. Es wurde zwar in den 80er Jahren auf Betreiben Reimens privatisiert, erhielt aber – entgegen Parlamentsbeschlüssen – weiter staatliche Zuschüsse in Höhe von einer Million Mark jährlich. Wie sein Chef bezeugte er, unschuldig zu sein.

Zwei Tage danach beging der Hauptbuchhalter des Gesundheitsministeriums Selbstmord, in Belgien, unter mysteriösen Umständen. Daraufhin wollte der Vorsitzende der „Spezialkommission“ Jeannot Krecké, die Kommission auflösen, da man ohne diese Schlüsselfigur unmöglich die Wahrheit finden könne. Auch Premier Juncker wurde die Sache zu heiß. Zehn Tage nach seinen dröhnenden Forderungen nach „totaler Aufklärung und Transparenz“ befand er, im Großherzog-



tum sei ein „krankhafter Voyeurismus“ ausgebrochen, der in eine „Hetzkampagne“ der Medien gegen Regierung und Staat ausufere. „Zurück zur Normalität!“ war die neue Regierungsparole.

■ **„DYSFUNKTIONEN“ ALS REGIERUNGSMETHODE** Man kann die Aufregung des „rabenschwarzen Großdiktators“ auch deshalb verstehen, weil er neben seiner Funktion als Regierungschef nicht nur

Arbeitsminister ist, sondern auch noch Finanzminister. In dieser Funktion hat er so manche „Dysfunktion“ gebilligt. Aber auch die Forderung des Kommissionsvorsitzenden Krecké nach Abbruch der Untersuchung mag verständlich erscheinen: Krecké ist Präsident der Luxemburger Alzheimer-Vereinigung. Die bekam Zuschüsse aus dem Gesundheitsministerium, mit der Auflage, einen Teil als geheimen Gehaltszuschlag an einen Beamten des Ministeriums zurückfließen zu lassen. Mit seiner Unterschrift hatte Krecké solche Zahlungen veranlaßt. Der Alzheimer-Präsident rechtfertigte sich: „Ich habe mich an diesen Praktiken beteiligt wie Hunderte andere Vereinigungen und Unternehmen“ Peinlich, da war ihm doch ein zarter Hinweis auf das Ausmaß der „Dysfunktionen“ herausgerutscht. Es folgte der dritte Rücktritt innerhalb von zwei Wochen, wenn auch nur vom Vorsitz der Spezialkommission.

Bei der Einrichtung der Kommission hatte Justizminister Marc Fischbach darauf hingewiesen, daß auch in anderen Ministerien „Dysfunktionen“ vorkommen: im Umweltministerium sowie im Familien- und Landwirtschaftsministerium. Die Medien sprachen nun von einem „Flächenbrand“ Beispiel Bauministerium: Zur Überwachung von Straßenbauprojekten vergab das Ministerium seit 1988 Aufträge im Wert von 50 Millionen Mark an das Ingenieurbüro LUXPLAN. Alle Aufträge wurden ohne Ausschreibung vergeben, und zwar auf der Grundlage eines „formfreien Vertrages“ der entgegen allen Vorschriften automatisch verlängert wurde. Das Ingenieurbüro war für diesen Zweck gegründet worden und arbeitete zu 95 Prozent für das Ministerium.

Dem staatlich hochsubventionierten Thermalbad Mondorf beispielsweise wurde bis 1998 jährlich eine Million Mark für Parkwege genehmigt – so viele Parkwege gibt es im ganzen Reich des rabenschwarzen Großdiktators nicht. So entstanden immer mehr ungenehmigte und kuriose Ausgaben, die von der Regierung nachträglich genehmigt und erst nach zwei, drei oder auch vier Jahren dem Parlament zur Verabschiedung vorgelegt wurden, während in der Zwischenzeit alle Ungeheimtheiten „beseitigt“ werden konnten. Folge: Der Rechnungshof muß jahrelang Belege und Rechnungen anfordern, bis ein Haushaltsposten abgeschlossen werden kann. „Selbst Haushaltsposten von 1983 sind noch nicht abgeschlossen“ be schwerte er sich 1996.

Die zahlreichen Verwaltungsratsmandate des obersten Gesundheitsfunktionärs Reimen gaben Anlaß, der Ämterkumulation bei großherzoglichen Spitzenbeamten nachzugehen. Wenige Dutzend Topfunktionäre sitzen in bis zu 20 Verwal-

ür zurückgetretene Minister und Beamte findet die Regierung nach einer geringen Schamfrist weitere Verwendung: Gesundheitsminister Lahure war nach seinem Rücktritt verantwortlich für die Expo-Beteiligung Luxemburgs in Lissabon. Sein Verwaltungschef Reimen arbeitet inzwischen, wie übrigens auch seine Ehefrau, in der ständigen Vertretung des Großherzogtums bei der EU in Brüssel.

tungsräten staatlicher und privater Unternehmen und kassieren hier hohe „Entschädigungen“ für ihre aufopfernde Filztätigkeit während der Dienstzeit.

Für zurückgetretene Minister und Beamte findet die Regierung nach einer geringen Schamfrist weitere Verwendung: Gesundheitsminister Lahure war nach seinem Rücktritt verantwortlich für die Expo-Beteiligung Luxemburgs in Lissabon. Sein Verwaltungschef Reimen arbeitet inzwischen, wie übrigens auch seine Ehefrau, in der ständigen Vertretung des Großherzogtums bei der EU in Brüssel, und auf Vorschlag der Regierung erhielt er eine der zahlreichen und möglicherweise überflüssigen Funktionen im Bereich der EU-Kommission: Er wurde Vizepräsident des Verwaltungsrates der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht, mit Standort in Lissabon.

■ **SANTER UND DIE FÖRSTER** Immer noch unerledigt ist die „Försteraffäre“ obwohl sie bereits am 2. Oktober 1990 begann: Da gaben sieben luxemburgische Holzhändler eine Pressekonferenz. Sie erklärten, daß französische und belgische Holzhändler aus den großherzoglichen Wäldern die besten und teuersten Buchen und Eichen stehlen, und zwar unter der tatkräftigen Mithilfe Luxemburger Förster. Dazu muß man wissen: Die großherzoglichen Förster sind eine kleine, aber mächtige Berufsgruppe. Sie werden die „grünen Götter“ genannt.

Die Luxemburger Medien brachten wöchentlich neue Enthüllungen. So widmete

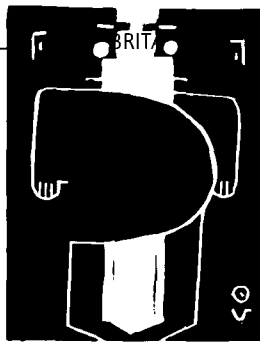
allein der Rundfunkjournalist Marc Thoma im Laufe eines halben Jahres der Försterkorruption in seinem RTL-Ökomagazin 14 einstündige Sendungen; darin kamen zahlreiche Zeugen zu Wort. So bezeugte ein Holzhändler aus der Eifel, er sei von einem Förster aufgefordert worden, Schmiergeld zu bezahlen. Er habe sich geweigert und habe deshalb kein Holz kaufen können.

Drei Holzarbeiter bezeugten, daß einige Förster Eichen- und Buchenstämme falsch vermessen ließen, gegen Zahlung eines entsprechenden Betrages. So konnten die ausländischen Holzhändler einen Eichenstamm, der eigentlich 17500 Mark hätte kosten müssen, für die Hälfte abtransportieren. Manche Stämme seien von den Förstern überhaupt nicht registriert und dann schwarz auf eigene Rechnung verschachert worden. Zeugen rechneten vor, daß manche Förster so auf monatliche Nebenverdienste von 50000 Mark kommen.

Während der 14 Sendungen gab es von seiten der Förster keine Reaktion. Das änderte sich nach der 14. Sendung am 6. November 1991. Darin zitierte Marc Thoma einen Artikel seines Berufskollegen Josy Braun aus dem *tageblatt*, einer der fünf Letzeburger Tageszeitungen. Braun hatte einen Waldbesitzer zitiert: „Ich kenne nur einen Förster, der unbestechlich ist.“ Daraufhin reichten die „grünen Götter“ gegen Marc Thoma und Josy Braun Klage ein: wegen Verletzung der beruflichen Ehre. Wenn der Waldbesitzer gesagt habe, er kenne nur einen Förster, der unbestechlich ist, dann seien, so folgerten sie, alle anderen Förster von Thoma und Braun als bestechlich bezeichnet worden. In ihrer Klage verlangten die Förster außerdem jeweils 50000 Mark Schadenersatz.

Im Solde der nassauischen Krone stehen 80 Förster und Oberförster. 63 von ihnen reichten getrennte Klagen ein, jeweils dem selben Wortlaut. Das Amtsgericht Luxemburg nahm die getrennten Klagen an. Schließlich wurden 63 getrennte Gerichtsverfahren durchgeführt. Die Journalisten wurden nicht angehört, ihre Beweise nicht gewürdigt, ihre 31 Zeugen nicht vernommen. Es handelte sich um ein Zivil- nicht um ein Strafverfahren. Die 63 Verfahren kamen alle zu demselben Ergebnis: Thoma und Braun wurden am 14. Juli 1993 wegen Verletzung der beruflichen Ehre der Förster verurteilt sowie zur Zahlung der 63 Zustell- und Gerichtskosten und schließlich noch eines symbolischen Schadenersatzes von 63 mal einem Franken. Die Kosten für die beiden Journalisten beliefen sich damit insgesamt auf mehr als 100000 Mark.

*tageblatt*-Journalist Josy Braun gab seinen Beruf auf: Er war zermürbt. Er ist seitdem Frühpensionär und verdient sich



als Hobby-Kabarettist ein kleines Zubrot. Marc Thoma ging in Berufung. Die 2. Instanz, der Appellationshof, hielt es ebenfalls für richtig, 63 wortgleiche Einzelverfahren durchzuführen. Das Urteil wurde sogar noch verschärft: Da sich Thoma nicht formell von dem fraglichen Zitat distanziert habe, müsse angenommen werden, daß er sich damit identifiziert habe. Er hafte für den Wahrheitsgehalt. Thoma ging in die 3. Instanz, vor den Kassationshof; der bestätigte schließlich im Januar 1996 das Urteil, übrigens ohne jegliche Begründung. Damit war der luxemburgische Rechtsstaat ausgeschöpft.

In seiner Not reichte Marc Thoma mit Unterstützung des Journalistenverbandes und des Presserates im Oktober 1997 Klage gegen den luxemburgischen Staat beim Europäischen Menschenrechts-Gerichtshof in Straßburg ein. Die Klage bezieht sich auf Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Er garantiert die Meinungs- und Pressefreiheit in Europa. Welchen Erfolg die Klage hier haben und wann sie überhaupt verhandelt wird, ist unklar. Dabei spielt möglicherweise der weite Arm des Luxemburger Filzes eine Rolle: Der im Zuge der Affäre genervt zurückgetretene Justizminister Fischbach wurde von der Regierung inzwischen als Richter zum Straßburger Gerichtshof bugsiert.

Anfang des Jahres 1998 wurde schließlich enthüllt, daß die „grünen Götter“ heimlich aus der Staatskasse subventioniert wurden. Aus einem Geheimfonds wurden auf Anweisung des damaligen Ministerpräsidenten Santer und dann seines Nachfolgers Juncker zum Beispiel 7500 Mark an die Förstervereinigung und 32500 Mark an die neun klagenden Oberförster bezahlt, Stichwort „Prozeß Thoma/Braun“. Insgesamt handelt es sich um 75000 Mark.

■ **REICHSTES EU-MITGLIED – HÖCHSTE EU-ZUSCHÜSSE** Das veraltete Luxemburger Pressegesetz und die Eingriffe der Regierung in die Pressefreiheit haben dazu beigetragen, daß das Großherzogtum als problemlose Idylle erschien. Im Großherzogtum gilt immer noch das Pressegesetz von 1869 Standards wie in anderen zivilisierten Staaten, zum Beispiel der Informantenschutz, gelten hier nicht. Auch zur jüngsten Affäre um Innenminister Wolter gab es die seit Jahren üblichen Zeitungskommentare: „Willkommen in der Bananenrepublik Luxemburg!“ Die Luxemburgische Journalistenvereinigung verlangte etwas pathetisch: Die „Ergebnisse der Durchsuchungen müssen für null und nichtig erklärt werden. Die Pressegesetzgebung muß so reformiert werden, damit sie eines demokratischen Staates würdig ist.“ Ähnlich äußerte sich die Europäische Journalistenvereinigung.

Luxemburg hat das durchschnittlich höchste Einkommen in der EU und steht bisher als EU-Musterknabe da: Die Staatsverschuldung ist fast Null, die Sozialleistungen sind höher als sonstwo. Doch da bröckelt es. Das Finanzamt Luxemburg ging jüngst – zur Verärgerung des Ministerpräsidenten Juncker – mit der Information an die Öffentlichkeit, daß 1,2 Milliarden Mark Mehrwertsteuer in der Staatskasse fehlen. Die Finanzverwaltung ist unterbesetzt, die Unternehmen sind über Jahre mit der Zahlung der Mehrwertsteuer im Rückstand. Die Regierung kümmert das nicht, aber sie kürzt nun an Beamtenpensionen und Arbeitslosenzahlungen, viele Schulgebäude im reichsten Land der EU werden nicht mehr renoviert und verfallen.

Millionen Steuerflüchtlinge aus allen Mitgliedstaaten der EU suchen und finden im Großherzogtum ebenso den Schutz des Bankgeheimnisses wie einheimische Steuerkünstler. Etwa 50000 steuerbefreite Holdings und Stiftungen mit Sitz in Luxemburg entziehen den anderen EU-Staaten Steuergelder, luxemburgische Tarnfirmen zocken nach der einheimischen Methode der „Dysfunktionen“ nicht zuletzt auch Gelder der Europäischen Kommission ab. Solange sich die Bemühungen der EU-Parlamentarier nicht auch darauf richten, den Luxemburger Filz unter die Lupe zu nehmen, werden sie den Brüsseler Korruptionsfilz nicht trockenlegen können.

Was geht es uns in Deutschland an, ob die Presse im Großherzogtum frei arbeiten kann? Aus „deutscher“ Sicht wurde die Idylle gepflegt. Das mag daher kommen, daß die siebzig deutschen Banken, die sich seit Ende der 70er Jahre hier angesiedelt haben, der mächtigste Wirtschaftsfaktor und der größte Steuerzahler des Landes sind. Sie haben der darniedergehenden Wirtschaft, die vom Stahlmonopolisten ARBED beherrscht war, einen neuen Aufschwung verschafft. Gleichzeitig profitieren die deutschen Banken vom einzigartig dichten Bankgeheimnis Luxemburgs – kein deutscher Steuerfahnder wird über die Grenze gelassen. Daß das Bankgeheimnis als Staatsräson auch auf die Medien abfärbt, ist ein offenes Geheimnis. Bank und Steuergeheimnis sind

das eigentliche Pressegesetz des Finanzplatzes Luxemburg.

Luxemburg bekommt, trotz des bei weitem höchsten durchschnittlichen Einkommens (Deutschland = 100, Luxemburg = 170), die höchsten Pro-Kopf-Zuschüsse aus der EU-Kasse, gut 4000 DM. Diese geheimnisvolle Mittelvergabe kommt unter anderem dadurch zustande, daß, wie geschildert, der Luxemburger Staat die Mehrwertsteuer – jedenfalls die der Unternehmen – immer weniger einzieht. Andererseits werden die Beiträge an die EU auf der Grundlage der vom jeweiligen Staat eingenommenen Mehrwertsteuer errechnet. Luxemburg nimmt wenig Mehrwertsteuer ein, muß also auch nur niedrige Beiträge in die EU-Kasse zahlen – so einfach ist das. Daß damit die Steuerzahler aller anderen EU-Mitgliedsländer betrogen werden, focht den Euro-Strahlemann Juncker ebenso wenig an wie die Kohl-Regierung. Ob die rot-grüne Bundesregierung hier ein Problem sieht? ■

Anzeige –



Gerd Held

### **Potentiale der kompakten Stadt**

Eine institutionenökonomische Studie über die spanische Schuhstadt Elche

Das Buch verbindet zwei Themenfelder: Die Zukunft der Arbeit und die Zukunft der Stadt. Und es kreuzt zwei scheinbare Verlierertendenzen: die Low-Tech-Arbeit mit geringem Qualifikationsgehalt und die kompakte Stadtanlage. Aber aus dieser Kreuzung ergibt sich eine erstaunlich kräftige Lebensfähigkeit, und das wird nicht nur empirisch am Fall der spanischen 200.000-Einwohner-Stadt Elche, sondern auch logisch an Hand von institutionenökonomischen Überlegungen gezeigt. Das Buch enthält also auch eine allgemeinere Prognose über die Gesamtentwicklung des Städtensystems.

### **Dortmunder Beiträge**

**zur Raumplanung**

**87**

**272 S., 38,00 DM**

Herausgegeben vom Institut für Raumplanung  
Fakultät Raumplanung Universität Dortmund  
Tel. 0231/755-2215, Fax: 0231/755-4788

# Europa ist fern

Nationale und regionale Transformationsprobleme  
in Rumänien



Mit den Streiks und Gewaltmärschen der Bergarbeiter in Richtung Hauptstadt drohte die wirtschaftliche und soziale Krise in Rumänien erneut in eine Regierungskrise umzuschlagen. Man muß wohl schon von einer Staatskrise reden, die in Chaos oder Diktatur oder beides führen kann. Gestützt auf statistisches Material und Erfahrungen aus einem Besuch skizziert der Artikel Aspekte der sich verschärfenden Situation.

JENS BECKER

**N**ach Ansicht von Experten wird die Ost-Erweiterung vor allem jenen Ländern nutzen, die zu den ersten Anwärtern gehören. Namentlich Estland, Polen, Slowenien, Tschechien und Ungarn winken beträchtliche Transfermittel der EU und ausländische Direktinvestitionen. Erwartet wird nicht nur eine signifikante Wachstumsdifferenz zwischen den potentiellen Beitrittskandidaten und jenen, die wie Rumänien, eine zeitlich schwer abzuschätzende Warteschleife abzulegen haben. Allgemein wird mindestens mit 15 bis 20 Jahren notwendiger Vorbereitung gerechnet. Schlimmer noch: Prognostiziert wird eine neue Ost-Ost-Spaltung, wodurch der „Teufelskreis der Selbstzerstörung“ beschleunigt durch faule Kredite, verlustreiche Staatsbetriebe und soziale Folgekosten, noch zunehmen werde.<sup>2</sup>

Für die seit Herbst 1996 regierende Mehrparteienkoalition<sup>3</sup> deren Raison d'être gerade in ihrem Anspruch besteht, das Land schneller und besser als die Postkommunisten, die größtenteils in der PDSR des ebenfalls abgewählten Staatspräsidenten Ion Iliescu organisiert sind, nach Europa zurückzuführen, ist diese – vorläufige – Negativprognose ein weiterer Rückschlag, zumal sich die sozioökonomische Krise permanent verschärft.

Die prekäre Fragilität des Regierungsbündnisses – bereits im Frühjahr 1998 wurde Ministerpräsident Victor Ciorbea durch seinen Parteifreund Radu Vasile ersetzt – offenbarte sich erneut im September 1998, als der mitregierende Verband der ungarischen Minderheit (UDMR) auf der Vereinbarung insistierte, die einst von den Stalinisten geschlossene ungarische Universität in Cluj/Klausenburg wieder zu eröffnen.<sup>4</sup>

Jüngsten Umfragen zufolge gewinnt die ultra-nationalistische und antisemitische „Partei Großrumäniens“ (PRM) an Boden, während die Glaubwürdigkeit sowohl der Regierungsparteien als auch der PDSR rapide abnimmt. So sprechen beispielsweise nur noch 29 Prozent der Befragten dem vor zwei Jahren mit überwältigender Mehrheit gewählten Staatspräsidenten Emil Constantinescu ihr Vertrauen aus. Desillusioniert aufgrund der anhaltenden Querelen innerhalb des Regierungslagers, frustriert von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise stimmen mittlerweile drei Viertel der Befragten der rechtsextremen These zu, Rumänien brauche eine „einzige, entschlossene Führerpersönlichkeit“<sup>5</sup>

**D**iese Tendenz kommt nicht von ungefähr. Seit langem warnen besorgte Beobachter vor historischen Relativierungsversuchen, deren Intensität nach 1996 sogar noch zugenommen hätten. Ein Beispiel ist die vom rumänischen Generalstaatsanwalt eingeleitete Rehabilitation von hochrangigen Mitgliedern der „militärfaschistischen Antonescu-Regierung“<sup>6</sup> Teile der Justiz und der Regierungsparteien, Präsident Constantinescu und einige seiner Berater eingeschlossen, reihten sich offenbar in den Reigen rechtsextremer Agitatoren ein. Dabei geht es nicht nur um die Gefahr, die hitlerfreundliche Generalität nachträglich reinzuwaschen. Vielmehr wird der rumänische Holocaust an Zehntausenden Juden in Transnistrien geleugnet und mit einem „roten Holocaust“ in Verbindung gebracht, wonach zahlreiche Juden an kommunistischen Verbrechen beteiligt gewesen seien.<sup>7</sup>

Noch besorgniserregender sind indes einige makroökonomische Daten, welche vor kurzem die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

(EBRD) veröffentlichte. Danach sinkt 1998 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erneut um mindestens 5 Prozent, die Leistungsbilanz bleibt mit minus 6,4 Prozent (1997: 5,7 %) weiterhin defizitär. Letzteres gilt auch für den Staatshaushalt (-5,5 % gegenüber 3,5% in 1997). Immerhin konnte die Inflationsrate – Jahresdurchschnitt 45 gegenüber 151 Prozent 1997 – signifikant gesenkt werden.<sup>8</sup> Wegen des niedrigen Durchschnittslohns von 149 Dollar rangiert die rumänische am untersten Rand der europäischen Einkommensskala.

IWF und Weltbank machen weitere Kredite von sogenannten radikalen „Struktur-reformen“ abhängig, welche die Regierung Ciorbea 1997 zwar ankündigte,<sup>9</sup> aber aufgrund zahlreicher Proteste seitens der betroffenen Gewerkschaften und des schnell anwachsenden Unmuts der Bevölkerung nur bedingt durchführen konnte – Regierungschef Vasile versucht sich nunmehr mit einem ad hoc angekündigten „Antikrisenprogramm“ Luft zu verschaffen: 49 ineffiziente Staatsbetriebe, insbesondere öffentliche Regiebetriebe aus dem Infrastrukturbereich, sollen in kürzester Zeit geschlossen oder restrukturiert werden. In Verbindung mit einer strikten Austeritätspolitik ließe sich das Budgetdefizit 1999 angeblich auf 2 Prozent senken.<sup>10</sup>

Weitere Spannungen mit den Koalitions- und Sozialpartnern sind vorprogrammiert. Das von Vasile angekündigte Großvorhaben im Herzen Bukarests, der Bau einer orthodoxen Kathedrale, erscheint angesichts der 1999 fälligen Schuldendienste von 2,2 Milliarden Dollar wie ein groteskes Ablenkungsmanöver und offenbart einmal mehr die Konzeptionslosigkeit der Regierung. War Rumänien in der Ceausescu-Zeit weitgehend schuldenfrei – eine Frage des Prestiges für den „Conductor“ das der darben Bevölkerung einen schmerzlichen Konsumverzicht abverlangte – stieg die rumänische Auslandsschuld bis 1996 auf über 5 Milliarden Dollar. Ausländische Direktinvestitionen in Höhe von 1,7 Milliarden konnten zweistellige Produktionseinbrüche nicht verhindern, zumal die rumänische Industrie durch die Öffnung der Märkte einem Wettbewerbsdruck ausgesetzt ist, dem sie nicht viel entgegenzusetzen hat.

**A**larmierend sind des weiteren die fehlenden institutionellen Voraussetzungen, wodurch der allfällige Transformationsprozeß verlangsamt oder so hingebogen wird, daß allenthalben nur wenige Transformationsgewinner davon profitieren.<sup>11</sup> Es fehlen eine unabhängige Privatisierungs- und Holdingbehörde, ein funktionierendes Finanzsystem, eine unbestechliche Bürokratie und klare Eigentumsregelungen. Gerade weil mafiose

Strukturen und skrupellose Geschäftemacher, versickernde Transferleistungen und vormals „rote“ Industriearbeiter, die sich „ihren“ Betrieb aneignen, Schattenwirtschaft und Bestechung auch in Rumänien keine Seltenheit sind, ist ein solches Gerüst vonnöten. Zwar haben die neuen Machthaber Korruption und Steuerbetrug den Kampf angesagt, was durch einige spektakuläre Verhaftungen, etwa der von Sever Muresan, bestätigt zu werden scheint. Dem Geschäftsführer der größten rumänischen Privatbank wird die Verschiebung von mehreren Hundert Millionen Dollar zur Last gelegt. Aber dauerhafter Erfolg ist solch momentanen Aufklärungen nicht beschieden.<sup>12</sup>

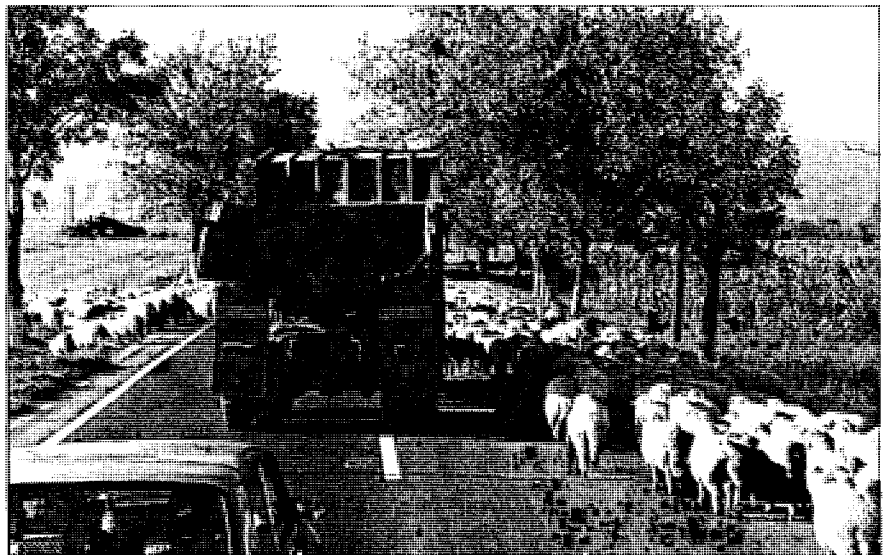
Ogleich bereits 1995 60 Prozent des BIP vom Privatsektor erwirtschaftet wurden, sorgten mangelnde Transparenz und Unregelmäßigkeiten bei der Couponprivatisierung dafür, daß nach einer kurzen Übergangsperiode die von liberalen Ökonomen antizipierte Massenprivatisierung Wunschdenken blieb: Das verteilte Beteiligungskapital wanderte oftmals in die Hände von privaten Eigentümerfonds, die eng mit den staatlichen Banken verflochten waren. Melanie Tatars Einschätzung, wonach die Implementation des „politischen Kapitalismus“ in Südosteuropa, namentlich in Bulgarien und Rumänien, auf atomisierte Massen und machiavellistisch denkende Machteliten traf, kann man beipflichten. Einerseits führte die Destruktion ökonomischer Potentiale unverkennbar zu einer polarisierten Sozialstruktur, andererseits diente sie zur machtpolitischen Umverteilung von Ressourcen zugunsten der postkommunistischen Eliten, denen es dadurch gelang, „ansehnliche Kapitalien (zu) konzentrieren und handlungsfähige kriminelle Wirtschaftsorganisationen (zu) schaffen“<sup>13</sup>

Nicht zu Unrecht verwirft die Transformationsexpertin daher gradualistische Po-

litikansätze, wie sie in Rumänien sechs Jahre lang praktiziert worden sind. Da der kollabierte „reale“ Sozialismus nicht als ökonomisches, sondern als durchgängig widersprüchliches und machtzentriertes System angesehen werden müsse, gebe es in der jetzigen „hybriden“ Übergangsperiode zur Rekonstitution des Staates im Sinne einer „Institutionalisierung starker Eigentumsrechte“ und einer „Differenzierung von Eigenrationalitäten von Politik und Ökonomie“ keine Alternative.<sup>14</sup>

Ein großes Problem bleibt die Landwirtschaft und die Versorgung mit Nahrungsmitteln. Die Dekollektivierung der Landwirtschaft, bei der aufgebrauchte LandarbeiterInnen häufig den Maschinenpark und die Wirtschaftsräume „ihrer“ Kolchosen zerstörten,<sup>15</sup> und die Bodenreform als Legalisierung der Reprivatisierung von unten, zugunsten kleiner Eigentumsstrukturen (Rückgabe von 10 Hektar pro Einheit), die zu den loyalitätsstiftenden Maßnahmen der PDSR gehörten, endete mit der Zementierung einer unproduktiven Subsistenzwirtschaft und schuf damit neue Probleme. Mit einer durchschnittlichen Größe von 1,5 Hektar pro Familienbetrieb läßt sich kein Binnenmarkt versorgen. Statt dessen importiert etwa die Banater Region, in der sich die fruchtbarsten Böden des Landes befinden, Kartoffeln und Getreide aus dem benachbarten Ungarn.

**E**ine Fahrt vom siebenbürgischen Cluj ins benachbarte Banat offenbart die Tragödie der rumänischen Landwirtschaftspolitik: brachliegende Böden, zerstörte oder heruntergekommene Gehöfte und allenthalben primitivste Produktionsmittel, Pferd und Pflug, mit denen die Äcker bearbeitet werden.<sup>16</sup> Das Banater Mittelgebirge, seit alters her bekannt für seine Bodenschätze, diente römischen, ungarischen, osmanischen, habsburgischen,



Der Friedensprozeß im Baskenland ist ins Stocken geraten, bevor er so richtig angefangen hat. Nachdem sich im September vergangenen Jahres mit dem als historisch gepriesenen Pakt von Estella zwischen den nationalistischen Parteien und der anschließenden Waffenstillstandserklärung von ETA die Ereignisse im Vorfeld der Regionalwahlen zu überstürzen schienen, sind die für kurze Zeit in Bewegung geratenen Fronten aufs neue verhärtet. Nur eben in einer neuen Konstellation. Zwar ruhen seitdem die Waffen, aber die sind einfacher niederzulegen als die alten Feindbilder.

ETA schuf mit dem Waffenstillstand die Voraussetzung für Gespräche, die baskische Bevölkerung hat die Parteien, die den Pakt von Estella unterzeichneten, im baskischen Parlament mit einer komfortablen Mehrheit ausgestattet, und besonders die linke Wahlplattform Euskal Herriarrok (Baskische Bürger) hat von der ETA-Erklärung profitiert. Sie wurde drittstärkste Fraktion im Regionalparlament. Ein Zeichen dafür, daß die Bevölkerung die Friedensinitiativen unterstützt.

Allein die verantwortlichen Politiker und die Medien wollen sich noch nicht so recht an den neuen Wind gewöhnen, der in Euskadi eigentlich wehen könnte. Die sozialistische Partei des Baskenlandes lehnte eine Rückkehr in die Regierungskoalition mit den moderaten Nationalisten, wie sie bis wenige Monate vor den Wahlen bestanden hatte, strikt ab, solange die bürgerliche baskische Nationalpartei PNV und die sozialdemokratische Solidaritätspartei EA ihre Kontakte mit dem politischen Arm der Nationalen Baskischen Befreiungsbewegung (MLNV), zu der auch ETA zählt, nicht abbrechen. Auch der neue baskische Regierungschef der PNV, Ibarretxe, tat sich mit der Bildung einer von EH bereitwillig tolerierten Minderheitsregierung zunächst schwer. Jeder andere Schritt, so machte er deutlich, wäre ihm lieber gewesen.

José María Aznar schließlich, der Chef der Zentralregierung, ließ zwar im November verkünden, er werde die Gespräche mit der bewaffneten Gruppe aus dem Baskenland selbst in die Hand nehmen, allerdings beteuern beide Seiten – und das ist eine der wenigen Übereinstimmungen – daß es bis zum heutigen Tage keinerlei Kontakte gegeben habe. Auch auf die so hartnäckig geforderte Geste, die Regierung solle als Antwort auf die Einstellung des bewaffneten Kampfes die baskischen Gefangenen nach Euskadi verlegen und diejenigen, die drei Viertel ihrer Strafe abgesessen haben, wie in Spanien üblich, auf Bewährung freilassen, warten die Basken bis heute erfolglos. Mit der Initiative, die Gefangenen, die bisher auf den Kanaren, auf Mallorca und in den afrikanischen Enklaven Ceuta und Melilla einsaßen, vor Weihnachten in Gefängnisse auf der Halbinsel zu verlegen, goß die Regierung Aznar eher noch Wasser

auf die Mühlen der Nationalisten. Nicht nur die Angehörigenorganisation Semideak kritisierte die Aktion als Farce, denn zwischen dem Gefängnis in Huelva und den Heimatorten in Euskadi lägen beispielsweise noch immer über 1000 Kilometer, die zu Besuchen zurückgelegt werden müssen.

In Madrid scheint man nach wie vor von der These der „Waffenstillstands-Falle“ auszugehen. Schließlich könne ETA ja jeden Moment wieder anfangen, Bomben zu legen. Die Angriffe von verummten Jugendlichen auf Parteibüros der spanischen Parteien oder auf die Guardia

Civil in den letzten Wochen bewiesen doch, daß nun ein „Terrorismus der niederen Intensität“ weitergeführt werde, wobei die Jugendlichen automatisch der ETA zugeordnet werden. Auch die Forderung nach der Zusammenlegung sei, so etwa die *El País* am 13.1.99, nichts weiter als ein erster Schritt zur späteren Freilassung, es handle sich um eine Kampagne für die Straffreiheit der baskischen Gefangenen. Auf Kommentare wie diese hin forderten die Sprecher von PNV und EH, Joseba Egibar und Arnaldo Otegi, kürzlich von den spanischen Medien einen Waffenstillstand.

Den Eindruck der Straffreiheit hinterließ im Baskenland umgekehrt die Freilassung des vor wenigen Monaten zu zehn Jahren Haft verurteilten, ehemaligen sozialistischen Innenministers José Barriocano und seines Staatssekretärs Rafael Vera. Die beiden seien, so das Urteil, für die Organisation der Terrorgruppe GAL verantwortlich, die in den achtziger Jahren im Baskenland eine Serie von Anschlügen auf ETA-Mitglieder verübte. Beide wurden von Regierungschef Aznar vor Weihnachten begnadigt – genau zu dem Zeitpunkt, als Tausende von Demonstranten die baskischen Gefangenen in Euskadi haben wollten. Der Ex-Ministerpräsident Felipe González verteidigte die Aktionen der GAL nach der Haftentlassung seines Ex-Ministers damit, daß solche Methoden der Terrorbekämpfung für demokratische Staaten völlig normal seien. Äußerungen wie diese zeigen, daß gerade in Madrid die Protagonisten noch den alten Denkstrukturen verhaftet sind.

Wenn die beiden großen spanischen Parteien in den letzten Monaten mit ihrer Baskenland-Politik etwas erreicht haben, dann war dies vor allem ein Beitrag dazu, daß ETA und Herri Batasuna die soziale Isolation, in die sie nach den Attentaten auf Stadträte der konservativen spanischen Volkspartei PP geraten waren, in nur wenigen Monaten überwunden haben. Auf einer Großdemonstration in Bilbao, zu der EH gemeinsam mit allen wichtigen baskischen politischen Formationen auferufen hatten, forderten rund 100000 TeilnehmerInnen die Zusammenlegung der Häftlinge. So viele Menschen hatten zuletzt nur gegen ETA auf die Straße gefunden.

Joachim Quandt

militärfaschistischen oder stalinistischen Herrschern als wichtiges Rohstoffreservoir. Insbesondere die reichhaltigen Steinkohle und Kupfererzorkommen waren die Basis für den Aufbau der Schwerindustrie in Resitsa und Umgebung. Ein Blick vom 1445 Meter hohen Semenico offenbart ein einzigartiges Panorama: Neben dem gewaltigen Eindruck, den die Südkarparten und andere Gebirgsketten erzeugen, sind es die Ausläufer einer sich ständig ausdehnenden Industrielandschaft, die sich noch immer wie eine Krake in die Natur hineinfrisßt.

Die Folgeschäden des ökologischen Raubbaus, Zersiedlung, Bodenbelastung, Luftverschmutzung und Sickerwässer, sind unübersehbar. Erst mit der Zäsur von 1992/93, dem Einbruch der Industrie und dem Ausbleiben inländischer Großinvestitionen, wurde der Region eine Atempause vergönnt. Gleichwohl bedeutet die Stilllegung der gigantischen Stahl- Berg- und Hüttenwerke das mögliche Ende einer langen industriellen Tradition, die vor 200 Jahren ihren Anfang nahm und im 19. Jahrhundert mit der Inbetriebnahme von Produktionsanlagen der „StEG“ der österreichisch-ungarischen Staatseisenbahn-Gesellschaft, einen ersten Höhepunkt hatte.<sup>17</sup> Bis heute ist das ganze Stadtbild von Resitsa vom industriellen Aufbau geprägt. Kilometerlange Förderbänder, riesige Schloten vermengen sich mit Wohnheiten und anderen Infrastruktureinrichtungen. Ein Drittel der Beschäftigten des Kreises Caras-Severin, dessen Landeshauptstadt Resitsa ist, sind im Montanbereich tätig.

Trotz einer hochqualifizierten Arbeiterschaft verhindern insbesondere das schlechte Qualitätsimage rumänischer Produkte, hohe Produktionskosten trotz niedrigem Lohnniveau, Fehler des Managements und die Zerstörung langjähriger betrieblicher Kooperationen die Verstärkung eines Aufschwungs, der 1995/96 aufgrund wachsender Aufträge möglich schien. Massenarbeitslosigkeit und Abwanderungstendenzen sind Folge der Krise.

Belief sich die offizielle Arbeitslosenquote 1996 landesweit auf etwa 7 bis 8 Prozent, betrug sie im Kreis Caras-Severin 12,3 Prozent. Der Anteil der Erwerbsbevölkerung sank von über 200000 (1989) auf 128000 (1992). Betrug der Arbeiteranteil, gemessen an der Bevölkerung des Kreises Caras-Severin, 1989 noch 30,25 Prozent, so sank er 1996 auf 16,28 Prozent.<sup>18</sup>

Ein tragfähiges Restrukturierungskonzept zur Sanierung einiger weniger Kernbetriebe ist nicht in Sicht, obgleich 70 Prozent der Betriebe unter der Kuratel der Bukarester Privatisierungsbehörde stehen. Dies alles scheint Dan Obadau, einen der

Direktoren des ehemaligen Kombinats UCMR, wenig zu berühren. Schuld an der Misere der Betriebe sei die staatliche Bürokratie. „Bukarest bedeutet schmieren, Schmiergeld zahlen.“ Die große Politik sei uninteressant. Es gelte, sich auf die Stärke von UCMR zu besinnen und 1999 den Exportanteil auf 50 Prozent zu steigern (1998: 32 %). Der Betrieb könne Wärme kraftwerke, Schiffsmotoren, kurz: Produkte der unterschiedlichsten Art produzieren. Joint-ventures mit General Motors, chinesisches und irakisches Partner würden angestrebt. Fragen nach den innerbetrieblichen Unruhen von 1995 und der unbedeutenden Rolle der Gewerkschaften, der Halbierung der Belegschaft (4000 statt ursprünglich 8000 Mitarbeiter) und den sozialen Problemen der Region bleiben unbeantwortet. Obadau, so scheint es, geht es primär um das Gesundheitschumpfen des Betriebes.

Eigeninteressen lokaler Eliten, hier von seiten des lokalen Managements, die Aversion gegen die Bukarester Zentrale, welche sich unter anderem aus der historischen Gängelung der Regionen erklären läßt, und das geringe Interesse des Zentrums (es gibt kaum Ansätze einer kohärenten Industriepolitik), sind bislang kaum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung. Um so verdienstvoller ist der Versuch des Klausenburger Forschers Marius Suciu, das Verhältnis zwischen Zentralismus und lokaler Autonomie am rumänischen Beispiel näher zu untersuchen.<sup>19</sup>

Dabei rückt insbesondere die Rolle der lokalen Industrie und Handelskammern (IHK) in den Mittelpunkt. Sie dienen offenbar den örtlichen Eliten, besser gesagt: dem neuen Mittelstand, als Clearingstelle zur Koordination ökonomischer und politischer Interessen, deren Vereinbarungen gegenüber dem Zentrum vertreten werden. Persönliche Beziehungen, Kliente-

**T**rotz einer hochqualifizierten Arbeiterschaft verhindern insbesondere das schlechte Qualitätsimage rumänischer Produkte, hohe Produktionskostentrotz niedrigem Lohnniveau, Fehler des Managements und die Zerstörung langjähriger betrieblicher Kooperationen die Verstärkung eines Aufschwungs, der 1995/96 aufgrund wachsender Aufträge möglich schien. Massenarbeitslosigkeit und Abwanderungstendenzen sind Folge der Krise.

lismus, sind laut Suciu bedeutsamer als finanzielle Ressourcen oder Gesetzestexte,<sup>20</sup> womit sich die von Tatur hervorgehobene Notwendigkeit, klare institutionelle und rechtliche Regulative zu schaffen, als richtig erweist.

**V**on Resitsa aus gelang Sorin Frunzaverde ein bemerkenswerter Karriere sprung. Der postkommunistische Aufsteiger, geboren 1960 im Kreis Caras-Severin, Ingenieurstudium in Bukarest und Jungmanager in einem Resitsaer Stahlwerk, avancierte vom regionalen IHK-Vorsitzenden und agilen Politmatador der sozialdemokratisch orientierten PD zum Tourismusminister im Kabinett Vasile. Durch seine lokale Verankerung und Lenkungsfunction, vor allem aber durch seine vielfältigen Kontakte zur landesweiten

Politik und Geschäftswelt, gewann er an Statur. Darüber hinaus besitzt er politisches Geschick. Immerhin baute er die PD zu einer Bastion aus, indem er die Bürgermeister des Kreises zum Eintritt in die Partei bewegte. Seither ist die landesweit eher schwächliche PD (1996: 12,9 %) hier stärkste Kraft. Ferner dürften seine Bemühungen, Mittel für die darbedende Region von der Zentrale zu beschaffen, eine Rolle gespielt haben, ihn dort zur derzeit unumstrittenen Führungsfigur aufsteigen zu lassen.<sup>21</sup>

Bisher scheint Frunzaverdes Werdegang makellos. Eine genauere Untersuchung der von ihm geschaffenen Caras-Severin-Connection wäre dennoch wichtig, um die Entstehung neuer lokaler Eliten und ihren Aufstieg zu beleuchten. Kreative Tourismusprojekte für die trotz mancher Verwüstungen – reizvolle Region hat der Minister jedenfalls noch nicht auf die Beine gestellt. Vielleicht gelingt es ihm, den historischen Vorsprung des Banats gegenüber anderen rumänischen Regionen, seine wichtige geographische Lage (Grenze zu Ungarn und Serbien) zu nutzen. Eine Revitalisierung des Banats könnte eventuell mit der im November 1997 geschaffenen „Donau-Theiss-Marosch-Region“ beginnen. Doch nicht nur die weitere Entwicklung in der benachbarten serbischen Vojvodina, Belgrad läßt Autonomiebestrebungen der ungarischen Minderheit nur in Maßen zu, bleibt eine große Unbekannte.

Große Infrastrukturinvestitionen wären nötig, etwa der Ausbau des Flughafens von Temeswar zum zentralen Verkehrsknoten der Donau-Theiss-Marosch-Region, um den beabsichtigten grenzübergreifenden Handel im Dreiländereck zu intensivieren. Bis es soweit ist, verläuft an der rumänisch-ungarischen Grenze eine neue Wohlstandsgrenze. ■

1 Norbert Mappes-Niediek: Ein Land sucht eine Perspektive. Rumänien hofft auf den Beitritt zur EU; in: *Die Zeit*, 26.11.98, S. 35.

2 Vgl. Bericht über eine Podiumsdiskussion des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche; in: *NZZ*, 1.12.98. Die angepriesenen Internet-Informationen des renommierten Instituts waren indes etwas spärlich.

3 Die Koalition besteht aus dem Parteienbündnis Convntia Democratica Romana (CDR), der Uniunea Social Democrată (USD/PD) und dem Ungarnverband (UDMR).

4 Nach harten Debatten, begleitet von antiungarischen Ressentiments in der veröffentlichten Meinung, einigte man sich schließlich auf einen Kompromiß, demzufolge in Tirgu Mures und Brasov die ungarisch-deutsche „Schiller-Petőfi-Universität“ errichtet werden soll; vgl. *NZZ*, 5.10.98 und *FR*, 2.10.98.

5 Zit. n. *FAZ*, 2.12.98.

6 Vgl. William Totok, Der revisionistische Diskurs; in: *Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik*, Nr. 1/Mai 1998, S. 45.

7 Ebd., S. 55 f.

8 Vgl. *NZZ*, 24.11.98.

9 Dorothee de Neve nennt 3600 Betriebe mit 88000 Beschäftigten, die bis Ende 1997 geschlossen werden sollten; vgl. *Osteuropa*, Nr. 8/9 1998, S. 943.

10 So die *NZZ* am 5./6.12.98.

11 Grundlegend: Ulrich Busch, Wirtschaftskriminalität im Transformationsprozeß; in: *UTOPIE kreativ*, H. 84 (Oktober 1997), S. 39–49.

12 Siehe dazu: *Osteuropa*, Nr. 8/9 1998, S. 949.

13 Melanie Tatur, Ökonomische Transformation, Staat und moralische Ressourcen in den postsozialistischen Gesellschaften; in: *Prokla* 112 (Nr. 3/September 1998), S. 364 f. Zur Atomisierung der rumänischen Gesellschaft und ihren Folgeproblemen auch: Katherine Verdery, *What Socialism, and what comes next?*, Princeton University Press, 1996, S. 24 ff.

14 Tatur, a. a. O., S. 371.

15 Verdery, a. a. O., S. 133–167. Ferner kam es vereinzelt zu ethnischen Konflikten.

16

Die Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft sank von 21,8 % (1990) auf 20,5 % (1995); vgl. *Osteuropa*, Nr. 8/9 1998, S. 940.

17 Auf Rumänisch (mit deutscher Zusammenfassung) ist soeben eine Studie dazu erschienen: Rudolf Gräf, *Domeniul Banatean AL StEG 1855–1920*, Resitsa 1997 (Editura Banatica).

18 Für diese Zahlen danke ich dem Tübinger Geographen Hans-Heinrich Riesa. Seine kenntnisreichen Darlegungen über die Region während eines Banat-Aufenthalts der Hans-Böckler-Stiftung (30.9.–8.10.98) sind vom Verfasser berücksichtigt worden.

19 Marius Suciu, *Local Development in the East-European Countries*; in: Ovidiu Pecican/Enikö Magyari-Vincze (ed.), *Transition in Eastern Europe*, Cluj/Napoca 1997 S. 307–339.

20 Ebd., S. 333 ff.

21 Ein Teil der biographischen Informationen wurde von der Internet-Seite der rumänischen Regierung entnommen. Weitere Hinweise verdanke ich Rudolf Gräf (Resitsa).

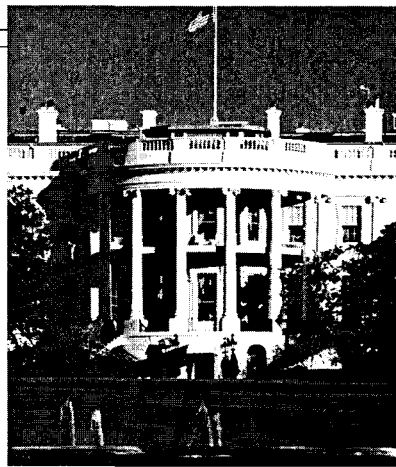
**W**ährend am 14. Januar das Verfahren vor dem Senat gegen US-Präsident Clinton begann, fegte ein Eissturm über die Stadt. Seitdem sind Teile Washingtons und seiner Vororte ohne Strom und oft ohne Heizung. Wir selbst haben einen Kamin und genug Feuerholz in der Garage, um Eventualitäten aller Art zu überstehen. Als Angestellter einer deutschen Einrichtung wird mein Gehalt auch bei Naturkatastrophen weitergezahlt, doch für viele unserer Nachbarn bedeutet der Stromausfall nicht nur, daß Schulen und öffentliche Verkehrsmittel ausfallen, sondern auch, daß ihre Geschäfte schließen müssen oder die Bildschirme, an denen sie auf freiberuflicher Basis arbeiten, dunkel bleiben.

Der Großraum Washington ist neben dem Silicon Valley das Zentrum der amerikanischen Informations- und Biotechnologie. Und Washington boomt. Der Arbeitskräftemangel ist inzwischen so groß, daß ein Studentencafé bei uns um die Ecke 2000 Dollar Einstellungsbonus verspricht.

Doch der wiederholte Zusammenbruch der Stromversorgung in einem der wirtschaftlichen Zentren der USA hat erneut den Augenschein darauf gelenkt, wie verkommen die öffentliche Infrastruktur dieses Landes nach zwanzig Jahren Privatisierung und Kürzung öffentlicher Haushalte ist. Erst die Präsidentschaft Bill Clintons hat die Umverteilung von den öffentlichen in die privaten Haushalte zumindest gestoppt. Für eine Trendwende hin zu einer qualitativ besseren Verwaltung hat es nicht gereicht. Trotzdem tragen das anhaltende Wirtschaftswachstum und die Verteidigung der öffentlichen Haushalte gegen die republikanische Kongreßmehrheit zur ungebremsten Popularität Clintons bei.

**V**or einem Jahr endete noch jedes Partygespräch in Washington mit Monica Lewinsky. Heute gehört es schon fast zum guten Ton, die Sache zu ignorieren. Nur die politische Klasse des Landes hat sich offenbar unlösbar in die Affäre verstrickt. Dabei sind die Opfer bis dato eher auf der politischen Rechten zu finden als unter den Freunden des angegriffenen Präsidenten. Niemand außer den Taschenbuchverlagen, die über Nacht seinen Bericht in Sonderauflagen publiziert haben, hat bisher von den Enthüllungen des Sonderermittlers Starr profitiert.

Der von der politischen Rechten vergötterte Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus, Newt Gingrich, mußte nach den Novemberwahlen seinen Hut neh-



## Clinton und der Kulturkampf



SASCHA MÜLLER-KRAENNER

men. Zu sehr stand seine Person in der öffentlichen Wahrnehmung für die Tatsache, daß sich die Republikanische Partei mehr mit Skandalen und der dreiköpfigen Wäsche von Frau Lewinsky, als mit den Sorgen der Bürger zu beschäftigen scheint.

Der Königsmörder und designierte Nachfolger Gingrichs, Bob Livingston, ging, noch ehe er gewählt wurde, nachdem der Sexpublizist Larry Flint angekündigt hatte, vier ehemalige Geliebte Livingstons in seinem Blatt zu Wort kommen zu lassen. Der *Hustler* gehört inzwischen zu den am aufmerksamsten gelesenen Blättern in der amerikanischen Hauptstadt. Mein Taxifahrer hatte das Heft gestern offen auf seinem Beifahrersitz liegen – „schließlich muß man sich für Politik interessieren“

Die Frage lautet also: Warum läßt sich der für die gesamte politische Klasse selbstzerstörerische Kreuzzug der Rechten gegen den Präsidenten nicht stoppen?

Wir wollen die landläufige These, daß es sich bei den Amerikanern einfach um hoffnungslose Puritaner handelt, von Anfang an verwerfen. Auch wenn die unschlagbare Mischung aus Zigarrensex und unvollendetem Oralverkehr eine Mischung aus Faszination und Ekel aus-

gelöst hat, ist selbst in den USA nur eine Minderheit der Bevölkerung bereit, den Präsidenten über ein uneheliches Verhältnis stürzen zu lassen.

Nur ganz zu Beginn wurde die Lewinsky-Affäre unter dem Gesichtspunkt der sexuellen Belästigung diskutiert. Immerhin war Lewinsky Angestellte des Weißen Hauses und befand sich dadurch in einem Abhängigkeitsverhältnis vom Präsidenten. Und immerhin ging es um die offensichtlichen Falschaussagen des Präsidenten in einem anderen Sexual-Harassment-Verfahren, das die ehemalige Angestellte des Bundesstaates Arkansas, Paula Jones, angestrengt hatte.

Doch die amerikanische Frauenbewegung verzichtete darauf, die Frage der sexuellen Belästigung zum politischen Thema zu machen. Clinton gilt als „der beste Präsident, den die amerikanischen Frauen jemals gehabt haben“ In Clintons Amtszeit kamen mehr Frauen in hohe öffentliche Ämter als je zuvor. Vor allem für Frauen aus Minderheiten und sozial schwachen Schichten verbesserte sich die wirtschaftliche Lage beträchtlich.

Ernsthafter als der – von Clinton übrigens immer noch standhaft zurückgewiesene – Vorwurf des unehelichen Sex, ist deswegen die Anschuldigung, daß der Präsident unter Eid gelogen hat. Meineid vor Gericht ist in jedem Land strafbar. In den USA sitzen eine Reihe von Personen wegen dieses Vorwurfes bis zu sechs Monaten in Haft. Viele Amerikaner, so eine Geschichte, die umgeht, schalten inzwischen den Fernseher aus, wenn Clinton spricht. Sie können dem Mann, der das Land belogen hat, nicht mehr in die Augen sehen.

Allerdings hat, nach allgemeiner Auffassung, auch Präsident Reagan gelogen und lügen lassen, als die Verquickung zwischen illegalen Waffenlieferungen an den Iran und der Finanzierung der Contra-Rebellen in Nicaragua durch den Geheimdienst CIA aufgefliegen war. Und genau wie in jedem anderen Land unterstellt die Bevölkerung der politischen Klasse ohnehin ein flexibles Verhältnis zur Wahrheit. Seit einem Jahr ergeben Meinungsumfragen, daß die Mehrheit der Amerikaner glaubt, daß Clinton unter Eid gelogen hat, aber nur ein Drittel ist der Meinung, er müsse deshalb zurücktreten.

**D**ie erweiterte Version der These vom puritanischen Amerika ist deswegen die Kulturkampftheorie. Vereinfacht ausgedrückt geht es darum: Seit der Wahl Präsident Kennedys ins Weiße Haus hat dort nicht nur die Promiskuität Einzug gehalten, sondern ist etwas viel



Grundsätzlicheres mit den Werten des weißen Amerika schiefgegangen.

Trotz Richard Nixon und Ronald Reagan hat demnach der Werterelativismus in der amerikanischen Gesellschaft fröhliche Urständ gefeiert. Nachdem die in den Sechziger Jahren geborene Baby-Boomer-Generation die kulturelle Entwicklung geprägt hat, hat sie mit Präsident Clinton erstmals die politische Macht im Land übernommen.

Deutlich sichtbar für die verunsicherte weiße Mittelklasse die Vielzahl von Frauen und Vertretern gesellschaftlicher Minderheiten in Clintons Kabinett. Das Resultat: Die weißen Männer sind in der Unterzahl.

Von der politischen Rechten im Lande wird diese Entwicklung nicht nur für den Abstieg der traditionellen Kleinfamilie, sondern auch für sinkende Religiosität, Drogenkonsum und Kriminalität und das sinkende Ansehen der USA in der Welt verantwortlich gemacht. Der Kulturrevolution der sechziger Jahre wird mit dem Verfahren gegen Präsident Clinton im Stile der Hexenverbrennungen – der Prozeß gemacht.

Doch letztendlich ist die Kulturrevolution schon längst im Herzen der republikanischen Partei angekommen: Ihr aktueller Hoffnungsträger, der texanische Gouverneur George Bush junior, hat seinem gestrengen Vater erhebliche Schwierigkeiten in der Erziehung bereitet und längst zugegeben, daß es auch in seiner Ehe „schwierige Zeiten gegeben hat“ (so Hillary Clinton zu den Seitensprüngen ihres Mannes während des Vorwahlkampfes 1991). Seinen jugendlichen Drogenkonsum bezeichnet Bush Junior schlicht als seine Privatsache – na also. Daß Clinton so verbissen von der politischen Rechten im Lande bekämpft wird, hängt auch damit zusammen, daß die Legitimität seiner Präsidentschaft von den Republikanern von Anfang an in Zweifel gezogen wurde. 1992 wurde Bill Clinton aus einer Schar von bis dato weitgehend unbekannter Kandidaten – genannt die „Sieben Zwerge“ – auf den Schild der demokratischen Präsidentschaftsnominierung gehoben. Gegen den Amtsinhaber Bush gewann Clinton unter anderem deshalb, weil die sem in dem texanischen Geschäftsmann Ross Perot ein Konkurrent auf der Rechten erwachsen war. Clinton wurde mit deutlich unter 50 Prozent der abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt.

In den Zwischenwahlen 1994 gewann die republikanische Partei erstmals seit 60 Jahren die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses. Clinton und sein politischer Berater Dick Morris steuerten daraufhin die Politik des Weißen Hauses soweit in die politische Mitte, daß der persönlich eher gemäßigte Präsidentschaftskandidat der Republikaner, Bob Dole, 1996 eine verheerende Niederlage erlitt. Auch diesmal verhinderte der immer exzentrischer auftretende Ross Perot eine einheitliche Stimmabgabe des konservativen Wählerspektrums.

Jenseits der Frage nach der politischen Legitimität seiner Präsidentschaft ist es der populistische Politikstil Clintons und seine Fähigkeit, mit Hilfe der geschickten Beeinflussung der öffentlichen Meinung die politische Mehrheit der Republikaner im Kongreß auszunötrieren, was in der republikanischen Partei ungestillte Rachegefühle gegen Clinton hat anwachsen lassen.

So erregte es den besonderen Zorn der republikanischen Führerschaft im Kongreß, daß Präsident Clinton seine anhaltend hohen Popularitätswerte offenbar dazu nutzen wollte, den Kongreß unter Druck zu setzen, das Verfahren gegen ihn versickern zu lassen. Tatsächlich gab es bei den Republikanern nach den Verlusten bei der Kongreßwahl im November 98 eine Stimmung, das unpopuläre Thema so bald wie möglich von der Tagesordnung verschwinden zu lassen. Clintons Überheblichkeit hat die Republikaner wieder zusammengeschießt.

Hinter solchen verletzten Eitelkeiten ruht allerdings ein handfester institutioneller Streit. Nachdem die Institution

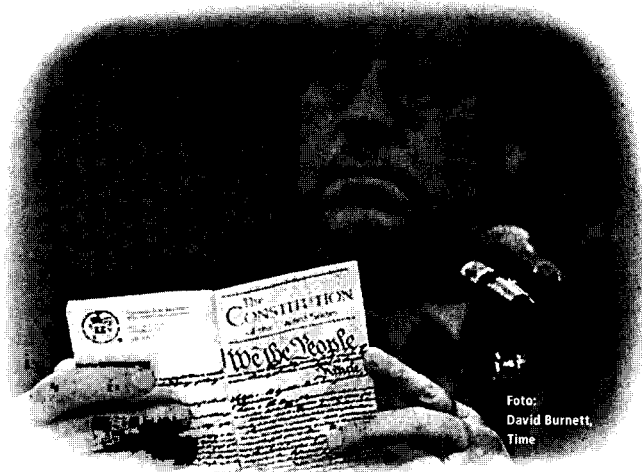
der Präsidentschaft durch Watergate einen herben Schlag erlitten hatte und die nachfolgenden republikanischen Präsidenten ihre Gesetzgebungsvorhaben immer im Kompromiß mit einem selbstbewußten, demokratisch beherrschten Kongreß auszufeuchten hatten, hat Bill Clinton es seit 1992 verstanden, sowohl die republikanische Mehrheit als auch die traditionell linksliberalen Demokraten im Kongreß gegeneinander und gegen die öffentliche Meinung auszuspielen. Stärker noch als Ronald Reagan regiert der geborene Schauspieler Bill Clinton mit Fernsehansprachen und der kontinuierlichen Erforschung der öffentlichen Meinung. Clinton baut seine Politik nicht auf Interessengruppen und Allianzen, sondern auf Meinungsumfragen auf. Den Kongreß, und auch seine demokratischen Führer, läßt er dabei allzugerne spüren, daß er sie nicht braucht.

Dick Morris, der über eine Affäre mit einer Prostituierten in Ungnade gefallene ehemalige Chefdemoskop Clintons, erklärte kürzlich in einer Schulturnhalle in Washingtons Suburbia, wie das System Clinton funktioniert: „Der Präsident steuert das Land wie ein Segelschiff. Wenn der Wind von rechts bläst, steuert er nach rechts, wenn er von links bläst, steuert er nach links. Immer aber hat er das Ziel vor Augen.“

Gerade das allerdings bezweifeln auch immer mehr Demokraten. Clintons populistischer Politikstil hat ihm wenige Freunde in Washington gelassen. Das könnte ihn jetzt, wo es hart auf hart kommt, letztendlich das Amt kosten.

P.S. Dick Morris wird Clinton diesmal nicht retten können. Er arbeitet heute für Trent Lott, den republikanischen Sprecher im amerikanischen Senat. ■





# Wahrheit oder Politik

Was ist die Wahrheit? So lautet vorgeschoben oder tatsächlich die Frage in dem Impeachment-Verfahren gegen Präsident Clinton. Wird damit das Problem aber nicht der politischen Debatte entzogen, in der die Urteilskraft einer pluralen Öffentlichkeit gefordert ist, fragt sich der Politologe, Philosoph und US-Bürger?

DICK HOWARD

**J**udge Starr (wie die Presse ihn nennt) hat kein Urteil. Das ist nicht nur die Meinung der Presse zu seiner stümperhaften Selbstdarstellung und seine Unempfindlichkeit gegenüber politischen Folgen. Der Punkt ist eher, daß er sich dem Auftrag stellt: Seine Pflicht ist es, wie er gerne wiederholt, die „Wahrheit“ zu suchen. So verwirrend das auf einer Ebene ist, so enthüllend ist es auf einer anderen. Es handelt sich um das alte Lied, das – je nach Geschmack – zurückverfolgt werden kann zu den Griechen (Plato vs. Aristoteles) oder zu Pilatus und dann zügig vorwärts bis heute. Aber was zeitlos ist, muß für die Gegenwart nicht bedeutungslos sein. Der alten Frage Aufmerksamkeit zu widmen, ermöglicht es, bestimmte aktuelle Dilem-

mata besser zu erkennen. Es schärft unsere Wahrnehmung einiger Dilemmata der modernen Demokratie und der Rolle, die die öffentliche Meinung spielt, ihre Versprechen zu erfüllen oder zunichte zu machen.

Starrs Mangel an Urteilsvermögen lenkt unsere Aufmerksamkeit auf die Problematik aktueller demokratischer Politik. Seine Fehlurteile könnten (unabsichtlich) für unsere Demokratie von Nutzen sein. Natürlich hat sich die Vorstellung von Wahrheit mit der Zeit und mit den verschiedenen Akteuren des gegenwärtigen Dramas geändert. Auf jeden Fall scheint Wahrheit allemal etwas zu sein, das gegnerische Argumente aussticht, ob sie nun begründet sind oder nicht. Als Starr einem kleinen Verwaltungsange-

stellten, der einen Brief über die Affäre an einen Herausgeber geschrieben hatte, mit der Einleitung von Ermittlungen drohte, stellte er damit die „Wahrheit“ über die Persönlichkeitsrechte des ersten Verfassungszusatzes. Solche verfassungsmäßigen Rechte gelten aber auf einer anderen Ebene oft als absolute Werte, die Vorrang vor Entscheidungen staatlicher Behörden haben, selbst wenn diesen eine angemessene politische Auseinandersetzung voranging.

In der von Meinungsumfragen bestimmten Politik wiederum, die Clinton meisterhaft beherrscht, wird die öffentliche Meinung als universeller Maßstab behandelt, an dem jede andere Politik gemessen und als unzureichend befunden wird. Was steht hinter diesem schillernden Gebrauch des Wahrheitsbegriffes?

**W**ir leben in einer liberalen Demokratie. Diese sichert Persönlichkeitsrechte, welche wiederum die Grundlage für uns schaffen, als Bürger an den Entscheidungen mitzuwirken, die die Geschichte unseres Landes bestimmen. Ohne die von der Verfassung garantierten Freiheiten wären wir nicht in der Lage, autonom zu entscheiden und frei am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dies gilt nicht nur für die Versammlungs- Presse und Petitionsfreiheit, sondern vielleicht noch mehr für die Freiheiten, die die Privatsphäre sichern und uns damit erlauben, Meinungen zu bilden und zu äußern, während sie gleichzeitig die anderer schützen.

So gesehen, hätte Clinton sich einfach auf den fünften oder vielleicht noch besser (wie Jeffrey Rosen in der *New Republic* mit guten Gründen argumentierte) auf die Bestimmungen des vierten Verfassungszusatzes berufen sollen, um der von Herrn Starr (es fällt mir schwer, von ihm immer als Judge Starr zu reden) offensichtlich aufgebauten Falle zu entgehen. Aber Clinton spürte natürlich, daß er das aus politischen Gründen nicht konnte: Die Umfragen (und Dick Morris) sagten ihm, daß die öffentliche Meinung das als Schuldeingeständnis aufgefaßt hätte, als eine Form von „in der Unwahrheit leben“. Eine niedrigere, aber offensichtlich allgemeinere Stufe von Wahrheit (für die die Umfragen sprachen) übertrumpfte die schärfer umrissene, verfassungsmäßig besonders verbürgte Wahrheit (ein Persönlichkeitsrecht).

Und so belog Clinton die Öffentlichkeit, sein Gefolge an Beratern und sogar seine Anwälte. Indem er das tat, akzeptierte auch er stillschweigend die Vorstellung, Wahrheit sei der Grundpfeiler der Politik. Er nahm an, daß Wahrheit das sei, was die Öffentlichkeit akzeptieren könnte oder würde: „die Wahrheit und nichts als die Wahrheit“ wie bei Gericht. Um Starrs



unerbittliche Verfolgung (der die Reichweite seiner Wahrheitssuche immer weiter ausdehnte) zurückzuweisen, beanspruchte Clinton jedoch gleichzeitig Exekutiv-Privilegien. Er versuchte, seine Ratgeber und sogar den Geheimdienst gegen Vorladungen zu Starrs Untersuchungsausschuß abzuschirmen. Damit appellierte er praktisch an die alte Tradition in der politischen Theorie, die betont, daß die Exekutive in Fällen, in denen das Recht nicht eindeutig ist oder schweigt, nach eigenem Urteil zu entscheiden hat. Aber er sprach nie davon, daß diese Auffassung ihn rechtfertigte. So wirkte es, als weigere er sich, die „Wahrheit“ seines Handelns offenzulegen. Er versagte sich selbst die legitime Berufung auf seine Urteilsfähigkeit als demokratisch gewählter Führer der Exekutive. Damit erschwerte er es, die politische Grundlage, auf der Starr tatsächlich operierte (obwohl er das vor der Öffentlichkeit nicht zugab, wahrscheinlich noch nicht mal vor sich selbst), zu erkennen.

**S**tarr ist nicht der einzige, der im Wahrheitsspiel gefangen ist: Mit dem Aufgreifen der Whitewater-Anschuldigungen begann die Presse, gerade die sogenannte „liberale“ ihre eigene Suche nach einer tieferen Wahrheit – oder Unwahrheit – schon vor Clintons Wahl. Die Presse wie auch Starr konnten nichts finden und doch hält diese Suche bis heute an. Besessen, wie manche sagen würden, von Watergate und modernem Enthüllungsjournalismus, hat die Presse ihre Auffassung von Neutralität bis zu einem Punkt getrieben, an dem sie Fakten mit Wahrheiten gleichsetzt, als ob die Fakten für sich selbst sprächen und wir, die Öffentlichkeit, nur schweigend zu lauschen hätten. Immer wird angenommen, man fände die verborgene Story, die eigentliche Ursache (weil man sie nicht mag, oder weil sie nicht ins eigene Verständnis davon passen, wie die

Welt funktioniert oder funktionieren sollte) der scheinbar unerklärlichen Wirkungen. So ersetzt die Suche nach Wahrheit wieder einmal den politischen Austausch von Argumenten. Wem nutzt das?

Von einer anderen, tieferen Wahrheit besessen sind die ewiggestrigen Clinton-Hasser. Ob sie nun direkt an christliche Wahrheiten oder nur an moralische Werte appellieren, sie reagieren auf etwas, was sie als Niedergang der Tugend und Aufstieg des Relativismus wahrnehmen sowie als Verschwinden dessen, was ihrer Behauptung nach dieses Land zu einer großen Demokratie gemacht hat. Bill Clinton ist nach diesem Verständnis nur Repräsentant einer an der Seele der Republik nagenden, tieferen Krankheit. Darum geht es natürlich immer in den sogenannten Kulturkämpfen: Wie sind politische Veränderungen mit unpolitischen Mitteln zu bewirken? Aber es ist nicht offensichtlich, daß unsere demokratische Republik auch auf festgelegten, unveränderbaren Wahrheiten basiert: Demokratie ist eine Staatsform, in der das Volk politisch entscheidet, welche Werte es schützen will. Diese Werte und Rechte sind nicht die Verkörperung göttlichen Gesetzes oder auch nur des Naturgesetzes. Sie machen demokratische Politik möglich, und sie sind Resultat demokratischer Politik.

Die politische Realität, die uns das momentane Durcheinander bescherte, ist einfach: Weder Herr Starr noch der Präsident konnten sich auf die politische Urteilskraft als entscheidende Motivation ihres Handelns berufen. Diese Urteilskraft, die mit besonderen (oder rechtlich geschützten privaten) Belangen umgeht, scheint weniger zu sein als ein absoluter, universell gültiger Maßstab. Nun ist das Urteilsvermögen aber Grundlage politischer Wahlmöglichkeit (anders als etwa bei ethischen Maximen).

Das ist eine Zwickmühle. Schließlich siegte das Verlangen nach Wahrheit zu

Zeiten der Philosophen gegen das Ancien Régime wie auch bei den osteuropäischen Dissidenten gegen ihre totalitären Herren oder sogar (mit Hannah Arendt) zu Zeiten Nixons und des Vietnamkriegs. Wahrheit stand, und steht, wie es scheint auf der Seite der Unterdrückten und ist nicht umsonst ein Wert der Linken. Sollten wir ihn jetzt aufgeben, um ausgerechnet einen Präsidenten zu verteidigen, den man kaum für einen Mann der Linken halten kann?

**V**or den jüngsten amerikanischen Tragikomödien wurde diese Frage durch das Schicksal der osteuropäischen Dissidenten aufgeworfen. Diese folgten dem Diktum Vaclav Havels von einem „Leben in Wahrheit“ und waren zu einem großen Teil verantwortlich für den Fall des Totalitarismus. So wirksam aber auch immer ihre Aktionen vor 1989 waren und trotz ihrer Einschätzung, daß die Stärkung der Zivilgesellschaft die einzige Grundlage war, auf der sie ihre Gegner bekämpfen konnten, waren sie nicht in der Lage, nach 1989 einen Platz in der politischen Welt zeitgenössischer Demokratie zu finden. Vielleicht ließen gerade der moralische Mut und die Unerschütterlichkeit, die notwendig waren, um sich diesen totalitären Regimes entgegenzustellen, die siegreichen Oppositionellen Haltungen annehmen, die mit dem Austausch politischer Argumente in der Demokratie unvereinbar waren. Auch sie verfielen sich im Absolutismus der Wahrheit. Aber was ist die Alternative? Eine „Philosophie des Kompromisses“ (wie mir ein Professor einst vorschlug, als ich Studentenproteste anführte)? Was könnte das bedeuten, und wie könnte es als Philosophie verteidigt werden oder als Politik?

Als Linker unterstütze ich unsere traditionelle Forderung nach Wahrheit. Aber es fällt mir schwer, sie erklärten Feinden wie Herrn Starr zu überlassen. Was soll ich tun? Ich könnte mich zurückziehen

auf Rechte, an die „offensichtlichen Wahrheiten“ appellieren, die die Verfassung angeblich schützt. Solche Rechte würden gegenüber zufälligen Wahrheiten, die der Ankläger (oder Verfolger) finden oder die die öffentliche Meinung zeitweise hochhalten mag, Priorität haben. Mich beunruhigt aber an dieser (liberal-demokratischen) Haltung eine weitere Facette heutiger Politik, die durch das momentane Durcheinander auch in Frage gestellt wird. Verfassungsmäßige Rechte rechtfertigen sich auch als eine Form von Wahrheit („Wir halten diese Wahrheiten für offensichtlich...“), als seien sie Naturgesetze. Wir wissen jedoch, daß solche Rechte sich entwickeln und daß neue Rechte entstehen können und sollen. Deshalb lehnte Madison es erst ab, eine Erklärung der Grundrechte der Verfassung zuzuordnen. Er fürchtete, daß, sollte eine begrenzte Liste von Rechten dem Gründungsdokument angefügt werden, neue Rechte ausgeschlossen würden. Er hatte recht, und unsere „Bill of Rights“ ist der Verfassung angehängt und nicht Prämisse wie bei der Verfassung der Französischen Revolution. Deshalb sind die „originalistischen“ Interpretationen der Verfassung falsch. Außerdem weist das auf den Platz der Politik bei der Definition von Rechten hin.

Die sich wandelnde Funktion eines Begriffs wie Wahrheit zu analysieren, erinnert an eine alte Argumentationsfigur der Frankfurter Schule. Starrs ungewollte Demonstration eines Funktionswandels demokratischer Institutionen (wie der Grand Jury) läßt auf die Notwendigkeit schließen, unsere Verpflichtung auf den demokratischen oder fortschrittlichen Wert „Wahrheit“ zu überdenken. Es kann gut sein, daß so eine „nackte“ Wahrheit über die Privatsphäre dem Fortbestehen einer Demokratie schadet, deren Aufgabe es ist, den Wettbewerb widersprechender Sichtweisen zu erlauben – besser: zu sichern – oder in konservativer klingenden Begriffen: die Zivilisierung des Parteienstreites zu ermöglichen. Mir geht es nicht darum, Clinton zu verteidigen (oder – aller Versuchung zum Trotz – Starr anzugreifen). Eher geht es mir um die Frage, wie wir die Möglichkeit erhalten können, die Ungerechtigkeiten der bestehenden sozialen Beziehungen zu verändern. Das erfordert die Wiederherstellung der Grundlagen des politischen Lebens in der Demokratie. Auf eine seltsame und sicher ungewollte Art erleichtert die gegenwärtige Affäre diese Aufgabe, indem sie nicht so sehr eine politische Frage stellt als vielmehr die nach dem Wesen demokratischer Politik: Was zählt als politisch, und was gehört in andere Bereiche des sozialen und privaten Lebens, oder, um an einen alten linken Spruch zu erinnern: Ist das Private (immer) politisch?

**M**an vergleiche zum Beispiel den Starr-Report mit den Pentagon-Papieren. (...) Im Gegensatz zu Jarowskis Watergate-Report konstruieren beide eine Erzählung. Das heißt, sie liefern Wahrheit von Anfang bis Ende als nahtlosen Stoff. Die Wahrheit ist vollständig, sie läßt keinen Faden lose, keine Kante ungebügelt, nichts ist unsicher. Und – was wichtiger ist – sie lassen keinen Platz und sehen keine Notwendigkeit der Beurteilung.

Der absolut gewordene, alle anderen Argumente schlagende Begriff von „Wahrheit“ muß neu bewertet werden. Man vergleiche zum Beispiel den Starr-Report mit den Pentagon-Papieren. Was unterscheidet sie? Im Gegensatz zu Jarowskis Watergate-Report konstruieren beide eine Erzählung. Das heißt, sie liefern Wahrheit von Anfang bis Ende als nahtlosen Stoff. Die Wahrheit ist vollständig, sie läßt keinen Faden lose, keine Kante ungebügelt, nichts ist unsicher. Und – was wichtiger ist – sie lassen keinen Platz und sehen keine Notwendigkeit der Beurteilung, also der Politik. Das ist die vollkommene Form der Anti-Politik, welche unter den Bedingungen der Massendemokratie die höchste Form der Politik ist, da sie keine Einwände duldet.

**M**ir scheint, die Lehre aus dem gegenwärtigen Durcheinander ist nicht einfach die Einsicht, daß politische Debatte durch Parteipolitik (und Haßpolitik, die moralische Rechtfertigung beansprucht) ersetzt wurde, sondern daß wir die Grundlage für Politik verloren haben: die Konfrontation von Urteilen, von Partikularansprüchen, die nicht an vorgegebene Wahrheiten oder einfache „Fakten“ appellieren, sondern ihre Wahrheit aus der Debatte zwischen Positionen beziehen, die, gerade wegen ihrer Fehlbarkeit, argumentieren müssen, um ihre Ansprüche zu verteidigen. Clinton glaubte (aufgrund der Wahrheit seiner Umfragen), daß das amerikanische Volk die Trennung von öffentlichen und privaten Angelegenheiten nicht akzeptieren könne. Dann machte er aber seltsamerweise einen Rückzieher.

„Sogar Präsidenten haben ein Recht auf Privatleben“ proklamierte er in einer vierminütigen Fernsehansprache nach seiner Aussage vor der Grand Jury, als die Presse (vom Anspruch her Vertreter der öffentlichen Meinung) ihn für die „Politisierung“ der Affäre angriff. Hat er aber nicht in Wirklichkeit recht bekommen? Ist die Meinung der amerikanischen Bevölkerung nicht politischer als unser Präsident?

Offensichtlich muß es institutionelle Mittel geben, um Machtmißbrauch zu verhindern. Betont werden muß, daß die Clinton-Regierung kaum immun dagegen ist und in vielen Fällen Strafe verdient. Bei diesen Angelegenheiten reichen jedoch eine wachsame Presse, interessierte Bürger und eine aufmerksame Gerichtsbarkeit. Wahrheitsbesessen wurden je doch die wirklichen politischen Probleme – Reform der Parteienfinanzierung, Verbesserung demokratischer Partizipation – beiseitegeschoben und ignoriert, und versuchte die Presse, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf diese Affäre zu richten.

Läuft letzten Endes alles auf Wahlkampffinanzierung hinaus? Kaum. Schließlich erheben auch die so oft erspähten „Angriffs-Anzeigen“ die 30-Sekunden-Mini-Claims, sogar die zum Slogan geschrumpften positiven Aussagen den Anspruch, „wahr“ zu sein. Vergleichen wir sie mit: „Die Wirtschaft ist's, Dummkopf“ Das war ein Urteil darüber, was wichtig ist. Es setzte einen generellen Maßstab, der in Clintons Kampagne 1992 unter allen erdenklichen Aspekten bekräftigt werden mußte. Und vergleichen wir diesen Wahlkampf mit der kunstvoll triangulierten und sorgfältig auf Umfragen abgestimmten (und hoch-finanzierten) Unternehmung von 1996! Dabei kommt eine gewisse Bewunderung für 1992 auf: Die Kampagne präsentierte ein Urteil darüber, was wichtig war und ein Versprechen, im Amt zu versuchen, die Wahrheit dieses Urteils zu beweisen. Daß der Kandidat dem nicht nachkam, ist nicht als Lüge anzusehen und heißt auch nicht, daß das Urteil falsch war. Es legt einfach nahe, daß die Maxime seiner Urteilskraft in der Hektik der Regierungs-Meinungsumfragen vergessen wurde. Es ist merkwürdig und traurig, daß Clinton, einmal gewählt, das Vertrauen in sein eigenes Urteil verloren hat. Vielleicht bringt die politische Reflexion über den traurigen Zustand, in dem die Präsidentschaft sich befindet, andere dazu, mehr ihrem eigenen politischen Urteil zu vertrauen und weniger auf das zu setzen, was von Meinungsforschern, Experten und politisierten Richtern als Wahrheit genommen wird. ■

Aus dem Amerikanischen von Karin Dienst.

Architektur ist Eingriff in den öffentlichen Raum – daher die Versuchung zur politischen Reglementierung, gerade in Staaten mit schwacher liberaldemokratischer und starker obrigkeitstaatlicher Tradition wie Österreich. Die Reaktion auf (ver)störende Architektur ist nicht öffentliche Kritik an AuftraggeberIn und ArchitektIn, sondern untertänig: Warum ist das erlaubt worden? Meist antwortet die Politik in ihrem Allzuständigkeitswahn auch, statt die Frage als himmverbrannt zurück und die Fragen auf die Auseinandersetzung mit den Bauenden zu verweisen.

Legitime Einschränkungen der Freiheit des Eigentums und der Kunst gibt es genug. Die Raumordnung legt Flächennutzungen fest, begrenzt Dichte und Kubatur. Bauordnung und technische Bauvorschriften schützen vor Einsturz und Feuer, verbieten Energieverschwendung und Barrieren für Behinderte. Hehre gesellschaftliche Ziele – wenn auch aufmerksame Lektüre des Baugesetzbuchs die Frage provoziert, ob das Ordnungsrecht nicht überschießt, ob soviel reguliert werden muß, um die BürgerInnen (als einzelne und als Gemeinschaft) durch Entmündigung vor jedweder Unbill zu schützen.

Wenn das Baugesetzbuch und die Behörden sich auch noch der Reglementierung der Ausdrucksformen der Architektur bemächtigen, ist die Grenze des Erträglichen erreicht. Zumal die Definition der geforderten Qualität allemal nur ex negativo (und sozusagen heteronom) erfolgt: Es ist verboten, das Orts- und Landschaftsbild erheblich zu beeinträchtigen. Und weil das jede Bezirksverwaltungsbehörde feststellen kann, ohne sich die Frage stellen zu müssen, was nun positive (autonome) Qualitätsmerkmale wären, ist das Ergebnis absehbar: Mediokrität. Was gesetzeskonform und Auseinandersetzungen mit der Behörde münzierend in den Raum gestellt wird, ist oft so öde wie die Lektüre des zugehörigen Bauaktes.

Natürlich kennt jedeR Stadtlandschaften, die aus Profitinteresse, mangels öffentlich-rechtlicher Gegensteuerung, verwüstet wurden. Die Ortsbildschutz-Satzungen der siebziger Jahre waren die Antwort auf die Rücksichtslosigkeit des Bau-Booms der sechziger Jahre. Sie waren gut gemeint – was zwar dem wuchernden Ordnungsrecht als milderer Umstand anzurechnen ist, aber die Sache nicht besser macht.

Etlliche österreichische Städte, auch kleine und mittlere, wollten einen Ausweg aus dem Dilemma zwischen bürokratischer Überregulierung und Laissez-faire finden und Baukultur wie auch den

öffentlichen Diskurs über sie fördern und haben „Gestaltungsbeiräte“ eingerichtet.

Sie setzen sich zusammen aus ArchitektInnen (zwingend: keine aus der eigenen Region, und mit einem bestimmten Anteil ausländischer), die nicht länger als eine oder zwei (zwei- bis dreijährige) Amtsperioden dem Beirat angehören dürfen. Ihnen sind (ausgenommen Projekte, die aus einem baukünstlerischen Wettbewerb hervorgegangen sind) alle Bauprojekte ab einer bestimmten Größenordnung und in bestimmten, beson-

wicklung und Baukultur am meisten gebolt.

Treibende Kraft hinter der Einrichtung des Beirats war der sozialdemokratische Bürgermeister Dobusch – dem es einstandenermaßen nicht ausschließlich um Qualität, sondern auch um Entlastung der Politik von fallweise unpopulären Entscheidungen ging. Er selbst spricht von „Objektivierung in der Beurteilung von Bauprojekten“ aber auch davon: „Der Gestaltungsbeirat ist keine formale, sondern eine eher elitäre Instanz. Es geht dabei um die fachliche Beurteilung und nicht um eine Demokratisierung des Geschmacks.“

Hinter dieser Instanz steht er mit eiserner Konsequenz. Legendär ist die Antwort auf die Drohung eines Siemens-Generaldirektors, wegen Einsprüchen des Beirats gegen die geplante neue Konzernzentrale in eine kleine Stadtrandgemeinde abzuwandern: „Wenn Sie Leonding statt Linz als Konzernadresse auf Ihrer Visitenkarte stehen haben möchten...“ Der Konzernsitz wurde dreimal umgeplant und wird heute als Beispiel gelungener Industriearchitektur vorgeführt.

Auch andere Investoren können nicht klagen: Bei einem Wohnbauprojekt, bei dem es zuerst Zoff zwischen Betreiber und Beirat gegeben hatte, wurden bei verminderter Dichte (und geringerer Eingriffsintensität in die Landschaft) höhere Wohnqualität, damit höhere Verkaufspreise und letztlich sogar eine bessere Rendite erreicht.

Die Erfahrungen der österreichischen Städte, die auf „Qualitätskontrolle durch die peer group“ statt bürokratisch verwaltetem Ortsbildschutz setzen, gleichen sich. Höhere Eigenverantwortung der Bauträger und ArchitektInnen führt zu besseren Einreichunterlagen und damit verkürzten Verfahren. Weder für die Gemeinde noch für die Investoren entstehen unzumutbare Kosten. Die Qualität des Bauens und die der öffentlichen (medialen) Debatte wurden gehoben, populistische Geschmacksdiskussionen finden am Stammtisch, nicht im Gemeinderat statt. Die Politik wurde von einer Aufgabe entlastet, mit der sie eh immer überfordert war (und wird doch im Feuilleton lobend erwähnt). Neues Bauen, auch in alter Umgebung, wird vermehrt gewagt – und mit der Qualität steigt die Akzeptanz.

(Arbeitsgrundlagen, Methoden und Ergebnisse des Linzer Gestaltungsbeirats sind übrigens ausführlich und hervorragend dokumentiert in dem vom Leiter der Stadtplanung herausgegebenen Buch *StadtBauKunst, 10 Jahre Linzer Beirat für Stadtgestaltung in 100 Beispielen*, Linz 1997)

## Baukultur als öffentliche statt hoheitliche Angelegenheit

GERHARD FRITZ

ders sensiblen Räumen vorzulegen. Ihre Sitzungen sind öffentlich, ihre (öffentlich diskutablen) Gutachten sind für die Baubehörde bindend – entweder aufgrund von Ermächtigungen in Landesgesetzen oder freiwilliger Selbstbindung der Gemeindeorgane (bisher hat niemand das als Bruch des verfassungsmäßigen Legalitätsprinzips höchstgerichtlich ausgehebelt). Was der Beirat zurückweist, muß überarbeitet werden; was er empfiehlt, wird von der Behörde genehmigt.

Den ersten Gestaltungsbeirat hat der heutige grüne MdEP, Johannes Voggenhuber, damals Stadtplanungsdezernent, vor etwa zwanzig Jahren in Salzburg durchgesetzt und damit sowohl spektakuläre Bausünden verhindert als auch etliche international beachtete Neubauten durchgesetzt.

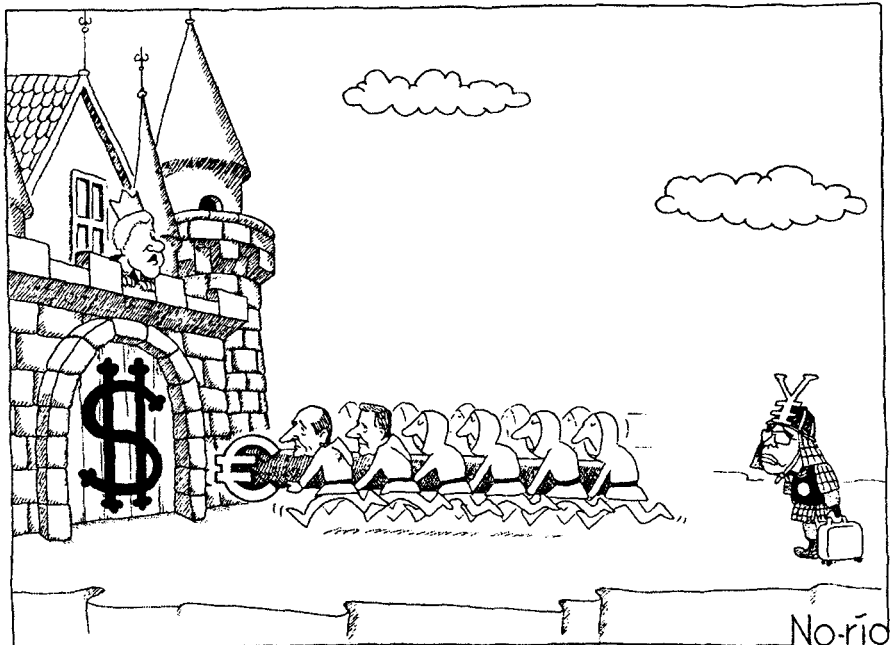
Linz, die zweitgrößte Stadt Österreichs, hat seit über zehn Jahren positive Erfahrungen. Die Zuständigkeit und das Verfahren sind durch ein Statut geregelt. Die Sitzungstermine stehen fest, daher entstehen in aller Regel keine Verfahrensverzögerungen. Die städtischen Aufwendungen von 500000 pro Jahr sind gut angelegt: Von allen Leistungen der Stadt wird in regelmäßigen Umfragen die Stadtent-

# Im Sog des Mahlstroms?

Die Strukturen und Haltungen, die es ermöglichten, Japan in eine führende Rolle in der Weltwirtschaft zu führen und diese über Jahrzehnte auszubauen und zu sichern, scheinen jetzt zu einem Hemmnis geworden zu sein, um die Krise zu überwinden. So ganz fern, wie es in vielen Details aussieht, liegt das japanische Beispiel der Situation der Bundesrepublik vielleicht nicht.

SIEGFRIED KNITTEL

**D**as wichtigste Ziel, das der japanische Premierminister auf den drei Stationen seiner Europareise, in Rom, Paris und Bonn, zur Sprache brachte, war die politische Aufwertung der japanischen Währung. Japan fürchtet nach der Einführung des Euro, neben Dollar und europäischer Einheitswährung in der währungspolitischen Bedeutungslosigkeit zu versinken, was das fragile Selbstbewußtsein der zweitstärksten Wirtschaftsmacht empfindlich trafe. Dabei läßt Obuchi außer acht, daß der japanische Yen auch in der Hochzeit des japanischen Wirtschaftswunders international keine große Rolle gespielt hat, er als Reservewährung weit weniger bedeutend war als die DM, weil der japanische Finanzmarkt viel zu sehr reglementiert ist.



Norio's View, aus: „The Nikkei Weekly“, 11.1.99

Zudem verleugnet sein Plan einer Leitwährungspartnerschaft von Dollar, Euro und Yen, daß die japanische Währung aufgrund der wirtschaftlichen Lage des Landes zur Zeit kein gleichwertiger Partner der anderen beiden Währungen ist. Obuchi versucht, politisch eine Währungspartnerschaft herbeizuführen, die aber nur das Ergebnis wirtschaftlicher Stärke sein kann. Zu Recht schrieb deshalb die Wirtschaftszeitung *Nikkei Weekly*: *Japan must rebuild economy if it wants to be big-money player*

Zwar sind Politik und Wirtschaft Japans im vergangenen Jahr mächtig in Bewegung geraten. Die regierende *LDP* erlitt bei den Oberhauswahlen eine empfindliche Niederlage, die zum Rücktritt der Re-

gierung führte, und zwei große Banken mußten nach der Aufdeckung verheimlichter fauler Kredite zum Zwecke ihrer Sanierung verstaatlicht werden, trotzdem hat man nicht den Eindruck, daß in Wirtschaft und Politik ein tatkräftiger Wille entstanden ist, um das Land wieder auf den Weg des Erfolgs zu bringen. Von den Firmen wird den regelmäßig durchgeführten Umfragen zufolge die wirtschaftliche Zukunft so düster wie niemals zuvor gesehen. Aber die Regierung, sprich: das staatliche Planungsamt, versucht sich weiter unverdrossen in Optimismus und veranschlagt für das nächste Jahr ein Wachstum von 0,5 Prozent, obwohl private Forschungsinstitute erst für das Jahr 2001 mit einer wirtschaftlichen Besserung rechnen.

Das Konjunkturprogramm, das die Regierung beschlossen hat, wird höchstens eine kurzfristige Scheinkonjunktur herbeiführen, aber nicht zu einer dringend benötigten anhaltenden Konsumbelebung

führen. Die darin vorgesehenen Steuer-senkungen sind nicht Teil einer langfristigen Steuerkonzeption. So werden nur Besserverdienende ab einem Jahresgehalt von etwa 120000 DM aufwärts in den Genuß von Steuererleichterungen kommen. Die unteren Einkommensgruppen müssen sogar noch mit höheren Steuern rechnen. Diskutiert wird allerdings noch, ob Familien mit Kindern sowie Häuslebauer steuerlich begünstigt werden sollen.

**S**icher ist, daß, wie gehabt, viel Geld in Infrastrukturmaßnahmen, also in öffentlichen Baumaßnahmen wie zwei neue Schnellbahn-Strecken, fließen soll, die der völlig überdimensionierten Bauindustrie zu Aufträgen verhelfen sollen.

Bezeichnenderweise wurden ja bei der für die LDP so desaströs verlaufenen Oberhauswahl am 12.7.98 primär solche LDP-Abgeordnete nicht wiedergewählt, die sich in ihren Wahlkreisen in besonderer Weise für öffentliche Bauprojekte stark gemacht hatten. Unter der Bevölkerung herrscht eine starke Antistimmung gegen diese Form öffentlicher Ausgaben, zumal bekannt ist, daß die Baufirmen die wichtigsten Wahlkampffinanziers der Abgeordneten sind.

Ähnlich unbeliebt in der Bevölkerung ist die immer neue Bereitstellung von Geldern für die gleichfalls völlig überdimensionierten Banken. Trotzdem ist die Regierung gezwungen, diese mit Liquidität zu versorgen, weil sie aufgrund ihrer stark gesunkenen Eigenkapitalquote sonst nicht in der Lage sind, die gesunden Firmen mit nötigen Krediten zu versorgen.

Bemerkenswert ist auch, daß unter den Tageszeitungen die linksstehende *Asahi Shimbun* dem öffentlichen Geldsegen weit kritischer gegenübersteht als die der Regierungspartei LDP nahestehende *Yomiuri Shimbun*. Auch in der Frage der Hilfe für die Banken vertritt die *Asahi* einen restriktiveren Kurs als die *Yomiuri*, die in ihren Artikeln mit dem Hinweis auf die internationale Verlässlichkeit der japanischen Banken für immer neue Geldspritzen ohne Bonitätsprüfungen plädiert.

In welcher dramatisch schlechter Lage die Banken sich befinden, wird an deren Rückzug von vielen ausländischen Standorten, auch Frankfurt, in den letzten Wochen deutlich. Zudem haben die Banken zur Verbesserung ihrer Eigenkapitalquote gegenüber dem Vorjahr ein Drittel ihrer Auslandsanlagen abgezogen, ein Grund für den Yenanstieg der vergangenen Monate.

Da die Banken kaum über Geld zur Kreditvergabe verfügen, haben das Innenministerium und die Bank von Japan Kreditprogramme für wirtschaftlich gesunde Klein- und Mittelunternehmen aufgelegt.

Auch der zweitgrößte Autohersteller *Nissan*, mit dem *DaimlerChrysler* über verschiedene Modelle der Zusammenarbeit oder Übernahme spricht, erhielt trotz seiner 60 Milliarden DM Schulden von einem staatlichen Institut, der *Japan Development Bank*, einen Kredit von 100 Milliarden Yen, also etwa 1,4 Milliarden DM, nachdem seine ebenfalls völlig überschuldete Hausbank ihm kein Geld mehr zu leihen vermochte. Aber es stellt sich die Frage, ob der Staat in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation nicht gezwungen ist, solche großen Firmenkonglomerate am Leben zu erhalten. Der Bankrott *Nissans* würde nämlich unweigerlich seine von ihm völlig abhängigen Zulieferer mit in die Tiefe ziehen. Andererseits steht die Regierung ja gerade vor der Notwendigkeit, diesem Sumpf der Fürsorge ein Ende zu machen.

Auf jeden Fall wird das beschlossene Konjunkturprogramm in Verbindung mit den Geldspritzen für die Banken dazu führen, daß die schon bestehenden exorbitanten Staatsschulden noch weiter aufgebläht werden. So wird der Staat mittelfristig die Hälfte des Steueraufkommens für die Bedienung seiner Schulden verwenden müssen – gegenwärtig ist es ein Drittel der Steuern; in der Bundesrepublik sind es 25 Prozent. Dabei sind voraussichtliche weitere große Belastungen in den nächsten Jahren noch nicht berücksichtigt. So wird es vermutlich weitere Bankverstaatlichungen geben, die dann zu einer Neuordnung des Bankensektors, faktisch zu dessen Gesundenschumpfung, führen werden. Dies wird die Übernahme zusätzlicher Schulden durch den Staat erforderlich machen.

Auch die Reorganisation des unterfinanzierten Rentensystems wird viel Geld kosten. Die von der LDP zur Lösung der Rentenfrage eingesetzte Kommission hat vorgeschlagen, den staatlichen Zuschuß zur Rentenversicherung bis zum Jahr 2004 von 33 auf 50 Prozent der Pensions-

pläne zu erhöhen. Durch die geringe Kapitalausstattung der Pensionskassen der Firmen und die verheerende finanzielle Situation der japanischen Lebensversicherungen, die von der Ratingagentur *Moodys* bis auf den Marktführer *Nippon Life* in ihrer Kreditwürdigkeit heruntergestuft wurden, sind die Versicherungsleistungen ebenfalls gefährdet.

**D**a der Staat aufgrund der Steuererleichterungen weniger Einnahmen hat und für die von ihm zusätzlich initiierten öffentlichen Projekte mehr Geld braucht, hat er für das Haushaltsjahr 1999 eine gegenüber 1998 um 23 Prozent höhere Kreditaufnahme angekündigt. Die höheren Zinsen, die die Regierung für ihr vergrößertes Angebot an Anleihen nicht bezahlen müssen, wurden mit Kurssteigerungen für Staatspapiere vom Markt schon vorweggenommen. Diese Zinserhöhung wird wiederum den Haushalt belasten.

Der Anstieg der japanischen Zinsen im Januar war ein weiterer Grund für den Anstieg des Yen gegenüber dem Dollar. Der aber schmälert die Gewinne der japanischen Konzerne, die sowieso nur noch im Ausland Geld verdienen. Ein Problem hat das nächste zur Folge. Die Wirtschaft wirkt wie in einem Mahlstrom gefangen, der das Land immer tiefer nach unten zieht.

Eine weitere Hiobsbotschaft war die Ankündigung des quasi staatlichen *Trust Fund Bureaus*, an der dubiosen, über lange Jahre vom Finanzministerium angeordneten Praxis des Aufkaufs eines großen Teils der Regierungsanleihen nicht mehr festhalten zu können. Der Fonds hat die Aufgabe, die Gelder der staatlichen Rentenversicherung und die Einlagen der staatlichen Postsparkasse anzulegen. Neben den Landwirtschaftskassen liegt bei der Postsparkasse die bei weitem größte Menge an Spareinlagen. Der Zinssatz, den die Postsparkasse den Sparern zusi-

südostasien

zuvor: philippinenforum bzw. südostasien informationen

4/98

## Tourismus

**nächste Ausgabe:** \_\_\_\_\_

1/2'99 Europäische und Asiatische Beziehungen. Von der Kolonialzeit bis zur Globalisierung

**vorherige Ausgaben:** \_\_\_\_\_

3/98 Die Krise im Griff  
2/98 Krise auf wessen Rücken?  
1/98 Konsum und Lebensstil  
Dez. 97 Die Philippinen in Südostasien

### Südostasien Tourismuskrise in der Region

**Vietnam** 1 Mio. Touristen = 2 Mio. Reisexport  
**Laos** "Visit Laos Year 1999-2000"  
**Thailand** Kinderprostitution immer noch ein Thema  
Eine Initiative für sozialverträgliches Reisen  
**Indonesien** Ökotourismus auf Sulawesi-  
Sozialverträglicher Tourismus auf Bali  
**Westpapua** Zurschaustellung der Urbevölkerung  
**Philippinen** Integrationstourismus in lokale Traditionen  
**Un-Arbeitsgruppe** Indigene Völker und der Tourismus

südostasien erscheint vierteljährlich im Umfang von 84-92 Seiten.  
Einzelpreis: DM 9, (zzgl. Porto), Jahresabo: DM 36, bzw. DM 72, (Institutionen)  
Erhältlich bei: philippinenbüro oder Südostasien-Informationsstelle im Asienhaus,  
Bullmannau 11, D-45327 Essen; Tel. 0201/830 38-18/28/31,  
Fax: 0201/830 38-19; E-Mail: soainfo@asienhaus.org

chert, ist weit höher als der von Banken gezahlte, aber er liegt auch weit über dem Zinssatz der gegenwärtig ausgegebenen Regierungsanleihen. Bezahlt werden konnten die zugesicherten Zinsen nur, weil das *Trust Fund Bureau* noch eine große Anzahl älterer, zu 6 und 7 Prozent verzinsten Anleihen im Portefeuille hatte, die aber in diesem und dem nächsten Jahr fällig werden. Der Anstieg der Rendite der Regierungsanleihen von 0,7 auf 2 Prozent wird aber nicht ausreichen, um den Wegfall dieser Zinsen wettzumachen. Deshalb muß sich der *Trust Fund* nach anderen Zinsquellen umsehen.

Die Reaktion der Bürger, angesichts so düsterer Aussichten ihr Geld auf die hohe Kante zu legen, erscheint nur vernünftig. Volkswirtschaftlich aber ist dieses Verhalten fatal, weil durch die Konsumzurückhaltung der wirtschaftliche Niedergang in gravierender Weise verstärkt wird.

Der amerikanische Ökonom Paul Krugman wird ja nicht müde, für Japan eine radikal nachfrageorientierte Politik als Lösung der miserablen Kaufkonjunktur anzupreisen. In einem im November erschienenen Artikel, unter anderem auf seiner Web-Site zu lesen,<sup>2</sup> schreibt er zum wiederholten Mal, daß Japan der Liquiditätsfalle, in der keine Konjunkturbebung mittels Zinssenkung möglich ist, nur durch eine Unmenge Geldes, das die Regierung gegen alle herkömmliche ökonomische Vernunft in den Markt wirft, entgehen kann. Krugman übersieht aber, daß die Regierung seit Anfang der neunziger Jahre mehrere Konjunkturprogramme aufgelegt hat, nach deren Auslaufen der Konsum jedesmal wieder eingebrochen ist. Die Vertrauenskrise Japans ist mit Geld allein nicht zu lösen.

**D**aß die Vertrauenskrise fortbestehen wird, dafür hat das zweimonatige Hin und Her der Koalitionsverhandlungen mit der *Liberalen Partei* des ehemaligen *LDP*-Generalsekretär Ozawa gesorgt. Der mühselig zustande gekommene Koalitionsvertrag ist wieder mal Beispiel dafür, daß das einzige Ziel der *LDP* Machterhalt ist. Obwohl Premierminister Obuchi und Ozawa am 11. November in ihrer Rahmenvereinbarung von der *schwersten Wirtschaftskrise* der Nachkriegszeit und gar von einer *Staatskrise* gesprochen hatten, benötigte man zwei Monate für eine Vereinbarung, in der die zwischen beiden Parteien besonders strittige Sicherheitspolitik ausgeklammert wurde. Angesichts der militärischen Bedrohung durch Nordkorea gibt es in dieser Frage aber dringenden Handlungsbedarf.

Ein Problem dieser Koalition heißt Ozawa. Zwar hat er die richtigen Ideen, weil er dem in der Verfassung verankerten, verlogenen Pazifismus ein Ende ma-

chen und endlich den Primat der Politik gegenüber der Bürokratie durchsetzen will, was es den Parteien künftig schwerer machen würde, die Dienstzeit als Abgeordneter zum Kriterium für die Wahl zum Premierminister zu machen, wie bei Obuchi geschehen. Aber zugleich ist Ozawa, und das ausgerechnet in Japan, ein undiplomatischer Polterer, eine Art japanischer Franz-Josef Strauß, der sich in keine Kabinettsdisziplin einbinden läßt und deshalb auch nicht das ihm angetragene Amt des Innenministers angenommen hat. Mit seiner allzu direkten Art hat sich Ozawa mehrmals ins politische Abseits manövriert, aber er ist auch ein Politiker mit Prinzipien, dem es nicht nur um den politischen Konsens, sondern um Problemlösung geht. Darin ist er dem linksliberalen Parteiführer der *Minshuto*, Naoto Kan, ähnlich.

Manche Beobachter der politischen Szene Japans, wie der niederländische Journalist Ian Buruma, sind der Meinung, Japan könne durch solche Politiker nicht regiert werden, weil sie Fremdkörper im sozialen System sind. Dieser These zufolge wäre ein Premier wie Obuchi, ein Mann, der kaum eine eigene Meinung hat, nur andere Meinungen zum Ausgleich bringt, der geeignete Premier in der gegenwärtigen schwierigen Situation.

Empirisch spricht für Burumas These, daß in den neunziger Jahren die beiden Premiers mit einem Persönlichkeitsprofil und einem Programm, nämlich Hosokawa und mit Abstrichen auch Hashimoto, gescheitert sind. Vor allem Hosokawas Rücktritt war dabei wesentlich das Resultat einer von Neid und Mißgunst getriebenen Konspiration. Andererseits hat die immer nur auf den Machterhalt und parteiinternen Machtausgleich gerichtete Politik Japan neun Jahre in der nach dem Zusammenbruch der *bubble economy* entstandenen Krise verharren lassen. Die Ausrichtung am Konsens als politischer Leitlinie funktionierte solange, als der in Politik und Wirtschaft zu verteilende Kuchen immer größer wurde. Der kleiner werdende Kuchen aber hätte es mehr als zuvor erforderlich gemacht, auch die ökonomischen Daten zur Entscheidungsfindung heranzuziehen – sachorientiert, anstatt beziehungsorientiert zu entscheiden.

Manche Anzeichen sprechen dafür, daß die ökonomischen Probleme mittlerweile so groß geworden sind, daß es hier einen Einstellungswandel gibt. So hat sich die nach dem Versagen des Finanzministeriums als Kontrollorgan der Banken gegründete Finanzüberwachungsbehörde bei der Verstaatlichung der *Nippon Credit Bank* als überraschend entscheidungsstark erwiesen und bei der Überprüfung der 19 größten Banken ein um 7,3 Billionen Yen (100 Milliarden DM) höheres

Problemkreditvolumen ausgemacht, als dies den Unterlagen der Banken zu entnehmen war. Vor allem von westlichen Beobachtern war dies nicht erwartet worden.

Es wäre zu hoffen, daß dies der Anfang vom Ende der symbiotischen Verschlingung von Finanzbürokratie und Banken ist, ein Beziehungsmuster, das charakteristisch für den gesamten fürsorglichen japanischen Kapitalismus ist, aus dem sich nur die stark exportorientierten Konzerne in den letzten Jahren etwas hatten herauslösen können.

Vielleicht bedeutet die Ankündigung von *Toyota*, ein kleines Werk zu schließen, nachdem der Konzern 1998 in Japan 24 Prozent weniger Autos verkauft hat, den Beginn einer veränderten Firmenpolitik, die das Fürsorgeprinzip, das auf dem Hintergrund eines immerwährenden Wirtschaftswachstums funktioniert hat, und die ökonomische Notwendigkeit in ein anderes Verhältnis bringt. Andere Konzerne wie *Hitachi* und *Toshiba* haben Entlassungen angekündigt, nachdem sie im laufenden Geschäftsjahr erstmals seit mehreren Jahrzehnten rote Zahlen schreiben werden. Ob diese Maßnahmen gerade bei den letzten beiden Firmen ausreichen werden, um sie wieder auf den Pfad des Erfolgs zurückzubringen, gilt aber als unsicher.

Solche Umstrukturierungen werden die Arbeitslosenquote weiter steigen lassen, genauer gesagt, die Statistik wird dann ehrlicher werden, denn faktisch stehen heute zwei bis drei Millionen Beschäftigte auf der Lohnliste der Firmen, die keine Arbeit haben. Wenn auch nur ein Teil davon tatsächlich arbeitslos werden sollte, wird auch die Kaufkraft ab- und werden die wirtschaftliche Unsicherheit in der Bevölkerung und damit ihre Kaufzurückhaltung zunehmen.

So hart es klingen mag, es sind auch die Sicherheit aus der immerwährenden Fürsorge und der Wohlstand, die Japan an einer Modernisierung seiner Wirtschaft hindern. Dann ist die Situation Japans der der Bundesrepublik vergleichbar. Alle gesellschaftlichen Gruppen und Bereiche durchzieht die durchaus reale Angst vor einem Wohlstandsverlust. Dieser Konservatismus macht das Land – im Gegensatz zu der Wirtschaftskrise von 1973 – so unbeweglich. Aber dieser Wohlstand wird nur erhalten werden können, wenn die Bereitschaft zur Veränderung wächst. ■

1 „Yen still lacks clout to join Dollar, Euro as key currencies“ in: *Nikkei Weekly*, 11.1.99.

2 „Still trapped“ in: <http://web.mit.edu/krugman/www>





Foto: C. Dufka

# Verbrannte Erde, verbrannte Hoffnungen

Afrika findet keinen Frieden

Die militärischen Auseinandersetzungen in Afrika eskalieren weiter. Im Konflikt um den Kongo ist es trotz einer Vielzahl von Verhandlungsinitiativen und internationalen Konferenzen nicht gelungen, einem Waffenstillstand und dem Abzug der ausländischen Truppen näherzukommen. Im benachbarten Kongo-Brazzaville kam es Mitte Dezember zu schweren Kämpfen, und in Angola suchen nach langen Spannungen jetzt beide Seiten die militärische Entscheidung. Beide Konflikte wurden durch den Krieg im Kongo nicht ausgelöst, aber verschärft. Mit der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) droht nun ein weiterer Nachbarstaat in die Kämpfe hineingezogen zu werden.

JÖRN SCHULZ

**Z**u einem weiteren gefährlichen Krisenherd könnte sich der Bürgerkrieg in Sierra Leone entwickeln. Nur mit Mühe gelang es der von Nigeria dominierten westafrikanischen Eingreiftruppe ECOMOG, die Hauptstadt Freetown gegen den Ansturm der *Revolutionary United Front* (RUF) zu halten. Es ist fraglich, ob sich der sierraleonische Präsident Kabbah jetzt, nachdem die unmittelbare Bedrohung abgewendet ist, an sein Versprechen erinnern wird, eine politische Lösung zu suchen. Wenn es nicht zu einer Einigung der Kriegsparteien kommt, könnte der Krieg auf die Nachbarstaaten übergreifen.

Die Eskalation in Sierra Leone hätte durch eine weniger militaristische Politik vermieden werden können. Im Mai 1997 hatten unzufriedene Offiziere unter Führung Major Koromas im Bündnis mit der RUF Kabbah gestürzt. Ein erster Angriff der ECOMOG-Truppen auf Freetown scheiterte, die ECOMOG zog daraufhin einen Belagerungsring um die Stadt. Die Putschisten stimmten einem Abkommen zu, das die Rückgabe der Macht an Kabbah und die Bildung einer Übergangsregierung aus allen Kriegsparteien für April 1998 vorsah.

Im Februar jedoch startete die ECOMOG einen Großangriff auf Freetown. Nach blutigen Kämpfen wurden die Putschisten ins Hinterland abgedrängt. Die Offensive war nicht nur ein Bruch des Ab-

kommens mit Koroma und der RUF sondern überschritt auch den Auftrag des UN-Sicherheitsrates und der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS, die ein Waffen- und Treibstoffembargo gegen die Putschisten verhängt, aber eine Verhandlungslösung befürwortet hatten. Vor vollendete Tatsachen gestellt, begrüßten jedoch beide Organisationen das nigerianische Vorgehen.

Nigeria konnte sich damit rechtfertigen, nur dem gewählten Präsidenten wie der zur Macht verholfen zu haben, und auf die Brutalität der Putschisten und der RUF verweisen, die in ihrem Herrschaftsgebiet mit Mord und Verstümmelungen regierte und auf ihrem Rückzug eine Spur der Verwüstung hinterlassen hatten. Allerdings kämpfte die mit Kabbah verbündete Miliz der Kamajors mit ähnlichen Methoden, und auch die ECOMOG-Soldaten laufen nicht immer mit der UN-Menschenrechtskonvention unter dem Arm herum. Und obwohl Kabbah bei den Wahlen 1996 knapp 60 Prozent der Stimmen

errungen hatte, ist seine politische Basis regional begrenzt. Die Wahlbeteiligung lag unter 30 Prozent, und in weiten Teilen des Landes – unter anderem in den von der RUF kontrollierten Gebieten – wurde überhaupt nicht abgestimmt.

Eine Politik der Versöhnung gegenüber der RUF hätte das Land stabilisieren können, doch angesichts seiner scheinbaren militärischen Überlegenheit sah Kabbah wenig Anlaß, Kompromisse zu machen und führte eben jene Politik weiter, die den Aufstand der RUF verursacht hatte: Die Ausplünderung des Hinterlandes und die Monopolisierung der Macht durch eine schmale städtische Führungsschicht.

■ **DEBAKEL FÜR DIE ECOMOG** Die RUF ist keine soziale Bewegung, aber eine Bewegung mit sozialen Ursachen. Ihr Gründer und Führer Foday Sankoh propagierte den Kampf gegen die korrupten Politiker in der Hauptstadt und vertrat vage Ideen einer Subsistenzökonomie. Die diffuse Ideologie der RUF nutzt soziale Ressenti-

ments der Landbevölkerung, die durch die Politik der städtischen Elite immer wieder neu geschürt werden. So gelang es der Bewegung auch immer wieder, sich nach Niederlagen zu reorganisieren.

Mit ihrer harten Linie haben Kabbah und die ECOMOG die RUF letztlich gestärkt. In Freetown fand eine Reihe von Prozessen statt, in denen mehrere Dutzend zivile und militärische Führer des Koroma-Putsches abgeurteilt wurden. Am 19. Oktober 1998 wurden 24 Offiziere hingerichtet – von ECOMOG-Soldaten, die einmal mehr ein merkwürdiges Verständnis vom Auftrag einer Friedenstruppe an den Tag legten. In Freetown wurden die Hinrichtungen öffentlich bejubelt – eine andere Ansicht zu äußern, wäre allerdings lebensgefährlich gewesen. Mehrfach wurden bei Demonstrationen zur Unterstützung Kabbahs und der ECOMOG Menschen gelyncht, die der Zugehörigkeit zur RUF verdächtigt wurden.

Auch Sankoh, der bei einem Besuch in Nigeria 1997 verhaftet und nach der Rückkehr Kabbahs an Sierra Leone ausgeliefert worden war, wurde zum Tode verurteilt. Daß es ein nigerianischer Richter war, der das Urteil verkündete, verstärkte bei der RUF den Eindruck, Opfer einer „internationalen Verschwörung“ (so Sankoh nach der Urteilsverkündung) zu sein. Sankoh hinzurichten, wagte man nicht, das Todesurteil genügte jedoch, um die RUF für die Sankoh als Führungsfigur geradezu mythische Bedeutung hat, zu einer Offensive zu bewegen.

Das Ergebnis hat vermutlich beide Seiten überrascht. Selbst wenn die Anschuldigungen Nigerias und der USA zutreffen und der liberianische Staatschef Taylor die RUF massiv unterstützt, ist es erstaunlich, daß es der ECOMOG mit mehr als 10000 Soldaten, schweren Waffen, Kampfflugzeugen und der Unterstützung der Kamajors nicht gelang, die großen Städte zu halten, und daß die RUF sogar große Teile Freetowns erobern konnte. RUF-Kommandant Sam Brockerie gibt die Zahl seiner Truppen mit 15000 an, was eher über- als untertrieben sein dürfte und etwa der geschätzten Stärke der Kamajors entspricht.

Hintergrund des Debakels könnte die Unzufriedenheit der Offiziere und Soldaten der ECOMOG sein. Sie haben in Sierra Leone weniger Möglichkeiten, zu plündern und „Abgaben“ zu erheben als in Liberia, und ihre Verluste waren hoch. Möglicherweise wollte man der RUF eine Falle stellen und sie in Freetown einkesseln, wurde dann aber von der Stärke des Angriffs überrascht. Das Ergebnis ist jedenfalls eine humanitäre Katastrophe für die Bevölkerung Freetowns, die durch den Zustrom an Flüchtlingen auf über 1,5 Mil-

**D**ie Gefahr einer zwischenstaatlichen Konfrontation erscheint gegenwärtig noch gering, da die meisten Staaten Westafrikas die nigerianische Linie unterstützen oder akzeptieren. Bei einer weiteren Eskalation ist jedoch ein Konflikt mit Liberia möglich. Nigeria steht Taylor, den die ECOMOG sieben Jahre lang von der Macht fernhielt, schließlich aber doch akzeptieren mußte, weiterhin feindselig gegenüber.

lionen Menschen angewachsen ist. (Siehe auch den Artikel über Syl Cheney-Coker, Schriftsteller aus Sierra Leone, S. 68.)

Die schon seit längerem schwelende Kritik anderer westafrikanischer Staaten an den nigerianischen Alleingängen wird jetzt sicherlich Auftrieb erhalten. Da Nigeria angesichts geringerer Öleinnahmen wachsende Probleme hat, die ECOMOG zu finanzieren, könnte es tatsächlich zu Änderungen in der ECOMOG-Kommandostruktur kommen. Ein ECOWAS-Gipfel im Oktober 1998 hatte beschlossen, die ECOMOG einem politischen Sekretariat zu unterstellen, andere westafrikanische Staaten sagten zu, sich stärker mit eigenen Truppenkontingenten zu beteiligen.

Am „natürlichen“ Übergewicht Nigerias, das alle anderen Staaten der Region an Wirtschaftskraft, Militärmacht und Bevölkerungszahl weit überragt, ändert das allerdings nichts, und eine Erweiterung der ECOMOG-Führung bürgt allein noch nicht für eine andere Politik. Im Falle Sierra Leones fürchten die westafrikanischen Regierungen, Kompromisse mit der RUF könnten ähnliche Bewegungen in ihren Ländern ermutigen – die Vernachlässigung des Hinterlandes und die Plünderung der Ressourcen durch eine schmale städtische Elite nahmen in Sierra Leone besonders krasse Formen an, prägen jedoch das Leben in fast allen afrikanischen Staaten. Andererseits wissen sie, daß ein längerer Guerillakrieg auf die Nachbarstaaten übergreifen kann.

So könnte die RUF versuchen, in Guinea-Conakry, wo Präsident Conté gerade umstrittene Wahlen für sich entscheiden konnte, eine zweite Front zu eröffnen, so wie es einst der liberianische „Warlord“ Taylor in Sierra Leone tat. Der Aufstand der RUF begann 1991 als Ausläufer des liberianischen Bürgerkrieges, verselbständigte sich jedoch schnell. Die Gefahr einer zwischenstaatlichen Konfrontation erscheint gegenwärtig noch gering, da die meisten Staaten Westafrikas die nigerianische Linie unterstützen oder akzeptieren. Bei einer weiteren Eskalation ist jedoch ein Konflikt mit Liberia möglich. Nigeria steht Taylor, den die ECOMOG sieben Jahre lang von der Macht fernhielt, schließlich aber doch akzeptieren mußte, weiterhin feindselig gegenüber. Und obwohl die Anschuldigungen der USA und Nigerias noch nicht von unabhängiger Seite bestätigt wurden, ist es nicht unwahrscheinlich, daß Taylor in Sierra Leone die günstige Gelegenheit nutzte, um die Regionalmacht Nigeria zu blamieren.

■ **VERFESTIGTE FRONTEN** Wie schnell und unerwartet es zur Internationalisierung eines Bürgerkrieges kommen kann, zeigt der Konflikt um den Kongo. Man kann nur hoffen, daß die Regierungen der Interventionsstaaten sich doch noch auf einen Truppenrückzug einigen können, denn je länger die Auseinandersetzungen andauern, desto schwieriger wird der Rückzug. Gegenwärtig sind die ausländischen Interventionsmächte dabei, ihre Positionen zu festigen und ökonomisch zu nutzen.

Uganda und Ruanda beteiligen sich an der Rohstoffausbeutung in der Kivu-Region, auf Seiten Kabilas ist es vor allem Zimbabwe, das ökonomische Vorteile aus seiner Intervention zieht. Kabila hat Konzernen aus Zimbabwe bedeutende, innenpolitisch höchst umstrittene Konzessionen gemacht. Billy Rautenbach, ein Geschäftsmann aus Zimbabwe mit guten Verbindungen zur Regierungspartei ZANU, wurde Geschäftsführer der Kupferminen des ehemaligen Staatskonzerns Gécamines. In der Likasi-Region in Katanga sollen ihm jetzt 80 Prozent der Konzessionen für den Kupfer- und Kobaltabbau gehören. Die Menschen in Zimbabwe wissen jetzt, warum Präsident Mugabe sich so für Kabila engagiert. Die Kriegsbegeisterung hat das nicht erhöht, mehrfach kam es zu Generalstreiks und militanten Massendemonstrationen.

Keine der Kriegsparteien kann eine militärische Entscheidung erzwingen. Nach anfänglich überraschend großen Erfolgen scheint der Vormarsch der Rebellenruppen zu stagnieren, und in ihrer Bewegung, dem RCD (*Rassemblement Congolais Démocratique*), zeigen sich Risse. Eine erste Abspaltung hat es bereits gegeben.

Geführt von Jean-Pierre Bemba, dessen Vater unter Mobutu Milliardär wurde, hat sich eine Fraktion des RCD selbständig gemacht. Diese „Kongo-Befreiungsbewegung“ operiert in der nördlichen Heimatregion Bembas.

Die politischen Differenzen wurden deutlich, als Ernest Wamba dia Wamba, Präsident und theoretisch das Oberhaupt des RCD in seiner Neujahrsansprache die Mobutisten in der Bewegung scharf kritisierte und ihre Entmachtung forderte: „Wir bekräftigen unser militantes Engagement gegen die früheren Zerstörer des Landes, die die RCD zu egoistischen Zwecken vereinnahmen wollen.“ Die Mobutisten reagierten prompt und ließen nur eine zensierte Version der Rede senden. Innerhalb des RCD hat sich eine Gruppe formiert, die eine Demokratisierung des RCD und des Lebens in den vom RCD kontrollierten Gebieten fordert. Es sind jedoch die ehemaligen Mitglieder des Kabila-Regimes und die Mobutisten, die das militärische Kommando haben.

Die Kämpfe haben sich in den Nordwesten ausgeweitet, wo sich die Front den Grenzen der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) nähert. Deren Staatschef Patassé gestattet es Kabila, seine Soldaten über den Flughafen der Hauptstadt Bangui an die Front zu transportieren. Von der dort stationierten UN-Mission, die ein Friedensabkommen zwischen Patassé und rebellierenden Teilen der Armee garantieren soll, wurde dieses Vorgehen bisher nicht kritisiert. Angesichts der prekären Machtverhältnisse – nach Wahlen und diversen politischen Intrigen verfügt das Lager Patassés im Parlament jetzt über eine Stimme mehr als die Opposition – und der Möglichkeit, daß sich Oppositionsgruppen mit dem RCD verbünden könnten, ist dieses Schweigen schwer verständlich, zumal der UN-Sicherheitsrat mehrfach die Internationalisierung des Kongo-Konflikts kritisiert hat.

Ist diese Zurückhaltung darauf zurückzuführen, daß Frankreich seinen Frieden mit Kabila gemacht hat? Darauf deutete schon die Entsendung tschadischer Truppen zur Unterstützung Kabilas hin, die ohne französische Zustimmung nicht möglich gewesen wäre. Auch die Regierung der ZAR, wo Frankreich nicht nur durch die UN-Mission (die UN-Truppe besteht im wesentlichen aus französischen und tschadischen Truppen) beächtlichen Einfluß hat, hätte einen so brisanten Schritt wie die Parteinahme für Kabila kaum gegen den französischen Willen unternommen. Zweifellos würde der Sturz Kabilas den Einfluß Ugandas

und Ruandas in der Region erhöhen, und obwohl sich das Verhältnis beider Staaten zu den USA etwas abgekühlt hat, besteht die Bündiskonstellation in der Region grundsätzlich fort. Eine wohlwollende Neutralität gegenüber Kabila könnte es den französischen Ölkonzernen erleichtern, in Angola Fuß zu fassen.

■ **DIE ROLLE ANGOLAS** Die Position der USA bleibt unklar. Der RCD rühmt sich guter Beziehungen zu den USA und weist darauf hin, daß Kabila gemeinsame Sache mit „Schurkenstaaten“ wie Sudan, Libyen und Nordkorea macht (nachweisbar ist nur die sudanesishe Unterstützung). Gegenwärtig sieht es so aus, als würden die USA erst einmal abwarten, wer die Oberhand behält. Eine Parteinahme für den RCD könnte die Beziehungen zu den ökonomisch interessanteren Staaten des südlichen Afrika, vor allem zu Angola, trüben.

Die angolansiche Intervention hatte dem Konflikt in den ersten Wochen eine

Mitte Dezember zu schweren Gefechten mit regimfeindlichen Milizen, die sich mit dem RCD und der UNITA verbündet haben. Es gelang, die Stadt zurückzuerobern, man wagte aber nicht, die Milizen in das schwer zugängliche Umland zu verfolgen. In Angola selbst erschwert die Stationierung eines Teils der Elitetruppen im Ausland den Kampf gegen die UNITA. Der Krieg, der schon während des Kampfes gegen die portugiesische Kolonialmacht begann und trotz zweier Friedensabkommen immer wieder aufflammte, eskaliert seit Sommer 1998.

Ursprünglich stand der angolansiche Bürgerkrieg im Zeichen des Kalten Krieges. Die UNITA wurde vor allem von Südafrika und den USA unterstützt, die MPLA, die nach der Unabhängigkeit 1975 die Regierung übernommen hatte, erhielt sowjetische Hilfe und holte kubanische Truppen ins Land. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verloren beide Seiten ihre Unterstützer. Die kubanischen Truppen verließen das Land, in

Südafrika endete mit der Apartheid die Aggressionspolitik gegen Angola, und für die USA war die UNITA jetzt ohne Interesse. Beide Seiten verfügten aber weiterhin über ausreichende Ressourcen, um den Krieg weiterführen zu können.

Die MPLA-Regierung kontrolliert die Ölquellen, 1996 brachte der Öllexport 4 Milliarden Dollar (etwa ein Drittel der nigerianischen Öleinnahmen im gleichen Jahr) ein. Die Diamantenfelder, die zweite große Einnahmequelle des Landes, befinden sich unter der Kontrolle der UNITA. Die britische Menschenrechtsorganisation Global Witness legte kürzlich einen Bericht vor, dem zufolge die UNITA allein zwischen 1992 und 1998 Diamanten im

Wert von 3,7 Milliarden Dollar verkauft hat.

Zur Zeit des Kalten Krieges wurde die UNITA häufig etwas vorschnell als Marionette des Apartheid-Regimes und der USA abgetan. Die tatsächliche Entwicklung war etwas komplexer. Die MPLA formierte sich vor allem in den Küstenstädten. In ihr spielten die Assimilados eine große Rolle, jene Minderheit, die portugiesisch sprach und die kolonialen Bildungseinrichtungen durchlaufen hatte. Die Bewegung rekrutierte ihre Mitglieder unter den Arbeitern der Plantagen und unter den Mbundu, der zweitgrößten Bevölkerungsgruppe im Umland von Luanda. In dieser vergleichsweise „modernen“ Umgebung gediehen sozialistische und linksnationalistische Ideen.



aus: Libération

entscheidende Wendung gegeben. Ohne angolansiche Hilfe hätte Kabila Kinshasa wahrscheinlich nicht halten können. Die Motive waren teils defensiv – ein Sieg der Rebellenbewegung hätte der UNITA und der Guerillabewegung in der Enklave Cabinda, wo ein Großteil des angolansichen Öls gefördert wird, Auftrieb gegeben. Zugleich sollte der Anspruch Angolas auf die Rolle einer Regionalmacht bekräftigt werden, der erstmals 1997 vorgetragen wurde, als eine angolansiche Militärintervention in Kongo-Brazzaville Sassou-Nguesso an die Macht brachte.

Diese Art der „Vorwärtsverteidigung“ hat allerdings zweifelhafte Ergebnisse hervorgebracht. In Brazzaville, wo eine etwa 2500 Mann starke Truppe zum Schutz Sassou-Nguessos stationiert blieb, kam es

Die UNITA, seit ihrer Gründung 1966 von Jonas Savimbi geführt, operierte im Binnenland und rekrutierte vor allem Kleinbauern der Ovimbundu, der größten ethnischen Gruppe des Landes. Außenpolitisch opportunistisch, war Savimbi vor allem daran interessiert, aus der UNITA eine straff geführte Truppe zu machen, in der niemand seinen Führungsanspruch in Frage stellen konnte. Soziale Veränderungen standen nicht auf dem Programm, und bis heute ist Savimbi nicht von seinem Ziel abgerückt, die Alleinherrschaft über Angola zu erringen.

■ **Savimbis Kriegskurs** Die politischen Differenzen verloren mehr und mehr an Bedeutung, die regionale Spaltung blieb. Vergleichbar der RUF schürt die UNITA Ressentiments gegen die „Herrschaft der Assimilados“ in der Hauptstadt. Die MPLA, die sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion schnell von ihrem sozialistischen Programm verabschiedet hatte, hat ein System der oligarchischen Herrschaft errichtet; hohe Bürokraten und Offiziere haben mit der Kriegswirtschaft gute Geschäfte gemacht. Es existiert ein pluralistisches System mit mehr als einem Dutzend kleinerer Parteien, aber die Folgen des Krieges und die Polarisierung zwischen UNITA und MPLA haben bisher verhindert, daß sich eine bedeutende zivile Opposition entfalten konnte. Von der UNITA hat sich jüngst ein *Komitee der Erneuerer* abgespalten, eine ernsthafte Schwächung Savimbis war damit jedoch nicht verbunden.

Gegenüber der UNITA hat die MPLA nicht immer eine deeskalierende Politik betrieben, war jedoch bereit, sie in das politische System zu integrieren. Es war vor allem Savimbis Unnachgiebigkeit, die eine friedliche Lösung verhindert hat. 1991 schlossen UNITA und MPLA ein Friedensabkommen, das Wahlen für 1992 vorsah. Die Wahlen fanden statt, aber die UNITA akzeptierte ihre Niederlage nicht und griff wieder zu den Waffen. Die UNO, die eine Mission zur Überwachung des Friedensprozesses entsandt hatte, verhängte erste Sanktionen gegen die UNITA, die jedoch nie durchgesetzt wurden.

Der Krieg endete 1994 mit einem neuen Friedensabkommen, das unter anderem eine Entwaffnung der UNITA und ihre Integration in eine Koalitionsregierung mit der MPLA vorsah und von einer deutlich stärkeren UN-Mission überwacht werden sollte. Neben knapp 1400 Beobachtern gehörten ihr 7000 Soldaten an. Diese für UN-Missionen recht hohe Zahl sollte wohl den Willen symbolisieren, sich nicht wieder an der Nase herumführen zu lassen. Für eine Militärintervention wäre die Zahl jedoch viel zu niedrig gewesen, und wie 1991/92 fehlte es an Vorstellungen,

**W**arum gab es keinerlei ernsthafte Anstrengungen, die UNITA von der Zufuhr an Waffen abzuschneiden? Wenn Menschenrechtsorganisationen und Journalisten die Handelsbeziehungen der UNITA recherchieren können, sollte dies eigentlich auch den Großmächten gelingen. Doch noch immer fehlt es an der Bereitschaft, gegen den internationalen Waffenhandel und das Söldnerunwesen vorzugehen.

was im Fall eines Scheiterns des Abkommens zu tun sei.

Ende 1996 verkündete die UNO, das Abkommen sei zu 75 Prozent erfüllt, und es sei nun an der Zeit, eine „Regierung der nationalen Einheit“ zu bilden. Dies geschah im April 1997 Savimbi allerdings trat aus „Sicherheitsgründen“ das ihm zugedachte Amt des Vizepräsidenten nicht an und blieb in UNITA-kontrolliertem Territorium. Schon einen Monat später unternahm Regierungstruppen eine Offensive gegen UNITA-Einheiten, die sich der Entwaffnung entzogen hatten. Es war offensichtlich, daß sich die UNITA auf eine neue Runde des Bürgerkrieges vorbereitete. In der MPLA-Führung verbreitete sich die Auffassung, daß die UNITA militärisch zerschlagen werden müsse.

Im Sommer 1998 ging die UNITA zur Offensive über und besetzte Gebiete, die sie dem Abkommen entsprechend zuvor der Regierungskontrolle unterstellt hatte. An Waffen mangelte es Savimbi nicht, durch den Erwerb von Panzern und Artillerie in der Ukraine und Bulgarien gelang es sogar, das UNITA-Arsenal zu modernisieren. Die UNITA-Offensive wurde wahrscheinlich durch Uganda, Ruanda und den RCD unterstützt. Die Regierungstruppen reagierten mit dem Versuch, das UNITA-Hauptquartier zu erobern, scheiterten jedoch und mußten sich in mehreren Provinzen zurückziehen.

Die UNITA versucht, wie im Krieg 1992-94, die großen Städte Zentralangolas einzukesseln. Noch können die Städte, in die sich Hunderttausende Menschen aus dem Umland geflüchtet haben, aus der Luft versorgt werden. Sollte es der

UNITA gelingen, die Belagerungsringe zu schließen, droht in diesem Konflikt, der seit der Unabhängigkeit schon mehr als 500000 Menschenleben forderte, eine weitere humanitäre Katastrophe.

■ **Dauerhafte Spaltung?** Auch diesmal reagierte die UNO hilflos auf die Eskalation. 1997 und 1998 hatte man neue Sanktionen gegen die UNITA verhängt, neben einem Verbot des Waffenhandels und des Kaufs von Rohstoffen aus UNITA-Gebieten wurde verfügt, Auslandskonten der UNITA einzufrieren. Die Wirkung blieb gering. Am 23.12.98 drückte der Sicherheitsrat einmal mehr seine „tiefe Besorgnis“ über die wiederholten Brüche der Sanktionen aus. Nachdem zwei UN-Flugzeuge über dem Kampfgebiet abgeschossen wurden, hat UN-Generalsekretär Annan laut darüber nachgedacht, ob die UN-Mission, die offiziell am 26. Februar endet, nicht vorzeitig abgebrochen werden muß (ist mittlerweile geschehen).

Weder die westlichen noch die afrikanischen Staaten haben bislang eine realistische Interventionsstrategie entwickelt. Die Entsendung von Beobachtern und Überwachungsmissionen macht nur dort Sinn, wo die Kontrahenten zum Kompromiß bereit sind. Das ist nicht in jedem Fall vorhersehbar. Daß die UNITA zur Offensive übergehen würde, war jedoch keine Überraschung. Warum gab es keinerlei ernsthafte Anstrengungen, die UNITA von der Zufuhr an Waffen abzuschneiden? Wenn Menschenrechtsorganisationen und Journalisten die Handelsbeziehungen der UNITA recherchieren können, sollte dies eigentlich auch den Großmächten gelingen. Doch noch immer fehlt es an der Bereitschaft, gegen den internationalen Waffenhandel und das Söldnerunwesen vorzugehen. Und obwohl die Notwendigkeit der Konfliktprävention mittlerweile allgemein anerkannt ist, mangelt es an Initiativen in diese Richtung.

Die militärische Eskalation hat zu einer tiefen Spaltung des Kontinents geführt, aus der dauerhafte politische Blöcke entstehen könnten. Kabila und die Hutu-Extremisten bemühen sich, eine rassistische Ideologie zu verbreiten, die einen Gegensatz zwischen „Bantus“ und „Niloten“ (nordostafrikanischen Hirtenvölkern, die mit „den Tutsi“ identifiziert werden) konstruiert. Daß die afrikanischen Staaten sich in einen militärischen Machtkampf stürzen, kaum daß die westlichen Mächte ihre militärische Interventionspolitik aufgegeben haben, hat viele Hoffnungen zerstört. Die Diskreditierung der politischen Eliten könnte auf längere Sicht der Demokratiebewegung Auftrieb geben. Bislang allerdings hat sich nur in Zimbabwe wirklicher öffentlicher Druck gegen die Kriegspolitik entwickelt. ■

# Eine engagierte Friedens-(Außen-)Politik

Plädoyer für eine verstärkte deutsch-französische Zusammenarbeit

ROGER PELTZER

Auch wenn die Achse Deutschland-Frankreich im Ernstfall immer wieder funktioniert und bei offiziellen Anlässen regelmäßig beschworen wird, gibt es auf der Arbeitsebene in vielen politischen Teilbereichen seit Jahren eine erhebliche Mißstimmung. Dies gilt insbesondere für die Afrikapolitik, wo man Mühe haben wird, einen deutschen Beamten oder einen deutschen Politiker im Spektrum von links bis rechts zu finden, der das Agieren unserer französischen Partner in der Region nicht weitgehend negativ beurteilt.

**M**eine These: So kritisch große Teile der französischen Außen- und Entwicklungspolitik in Afrika zu beurteilen sind, die damit befaßte deutsche Öffentlichkeit hat sich bis jetzt wenig Mühe gegeben, Motive, Interessen und Wirkungen dieser Politik gründlich aufzuarbeiten. Deshalb werden seit Jahr und Tag Chancen einer verstärkten und fruchtbaren Kooperation vertan. Das ist auch deshalb schade, weil es nach meiner Meinung in Frankreich durchaus eine große und wachsende Bereitschaft zu einem kritischen Dialog über die Afrikapolitik gibt, vorausgesetzt, die Diskussionspartner sind bereit, sich ernsthaft mit den originär französischen Erfahrungen auseinanderzusetzen.

Die neue rot-grüne Regierung hat deshalb in diesem Bereich eine echte Chance, neue und produktive Akzente zu setzen.

## ➔ Ohne eine engagierte Friedens-(Außen-)Politik bleibt die Entwicklungszusammenarbeit Stückwerk

Nachdem es zwischenzeitlich einigen Hoffnungsträgern gelungen war, in der öffentlichen Wahrnehmung den vorherrschenden Afrikapessimismus etwas aufzuhellen, dominiert heute wieder die Berichterstattung über neue und alte Kriege und Grenzkonflikte in Schwarzafrika.

Länder, deren Entwicklung gerade auch in Deutschland über alle Parteigrenzen hinweg positiv beurteilt wurden, wie Äthiopien und Eritrea, befinden sich am Rande eines aberwitzigen Bruderkrieges. Und auch bei Politikern wie Museveni, dessen Politik vor noch nicht allzu langer Zeit durch Bundespräsident Herzog sehr guten Note erhielt, wird zunehmend gesehen, daß er im weiteren Umkreis seines Landes nicht nur konfliktvermeidend agiert.

Eine deutsche Politik, die sich eine Fähigkeit zur Selbstreflexion bewahrt, sollte aus diesen und anderen Erfahrungen auch lernen, daß der des öfteren durchschimmernde Hochmut gegenüber der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich, die immer wieder mit den „falschen“ Bündnispartnern in flagranti erwischt wird, unangebracht ist. Wer sich, was ich für notwendig halte, mit afrikanischen Regierungen und Partnern auf eine intensive Kooperation einläßt, wird immer wieder bittere Enttäuschungen erleben. Unterentwicklung zeigt sich eben insbesondere auch darin, daß unabhängige Institutionen, eine ins Gewicht fallende öffentliche Meinung, gut organisierte Parteien und andere gesellschaftliche Gruppierungen nur in Ansätzen existieren, Politik sehr stark von Personen und Cliquen bestimmt wird, die sich in den Machtkabalen durchsetzen und institutionell nicht angebunden sind. Während Indien nach dem Atombombenversuch nicht nur eine kleine Welle natio-

nalistischer Begeisterung, sondern eben auch eine ausgesprochen regierungskritische Debatte im Unterhaus erlebte, überweisen die in der Diaspora lebenden Eliten Äthiopiens und Eritreas – von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen – blind und mit Begeisterung große Summen für die Kriegskassen ihrer Führer, die sich angesichts der alles entscheidenden Frage von Krieg und Frieden als unfähig oder schlimmer als nicht willens erweisen, einen solchen Konflikt besonnen und rational zu regeln.

Die Erfahrung, daß nicht wenige der „neuen“ Führer Afrikas nun kräftig beim Zündeln ertappt werden, sollte auch eine gerechtere Bewertung von solchen Ländern und Führungen ermöglichen, die in Deutschland, nicht zuletzt aufgrund ihrer engen Bindungen zu Frankreich, seit Jahr und Tag eine sehr negative Bewertung erfahren. So herrscht in Kamerun natürlich ein hohes Maß an Immobilismus und Korruption. Trotzdem ist es eine beachtenswerte Leistung von Regierung und Opposition, daß sie trotz enormer ethnischer Konflikte auch in Zeiten intensiver Konfrontation immer eine bürgerkriegsartige Zuspitzung ihrer Konflikte vermieden haben. Dort zeigen sich bei näherem Hinsehen Elemente eines zivilgesellschaftlichen Dialogs – natürlich durchsetzt von kooptierender Korruption und repressiven Akten – der ansonsten von deutscher Politik vehement eingefordert wird.

Die oft auf den Status quo setzende französische Afrikapolitik hat – angesichts der möglichen politischen Alternativen – nicht immer und automatisch unrecht, zumal dies im Einzelfall auch bedeuten kann, daß Frankreich mit Nachdruck eine einmal demokratisch gewählte Regierung stützt.

Was kann eine verstärkte deutsch-französische Kooperation in diesem Umfeld

bewirken? Zunächst ist die Frage von Krieg und Frieden für Afrika die überragende Frage. Da viele Konflikte immer noch eine ihrer Ursachen im verdeckten Ringen um Einflußsphären haben – das jüngste Beispiel ist Guinea-Bissau, wo sich die portugiesisch ausgerichteten alten Eliten gegen den wachsenden frankophonen Einfluß wehren – kann eine koordinierte europäische Diplomatie viel bewirken. Der Bürgerkrieg in Liberia hatte dann ein (vorläufiges) Ende, als sich alle umliegenden Staaten, einschließlich ihrer jeweiligen Schutzmächte, einig waren, daß das direkte oder indirekte Setzen auf unterschiedliche Warlords ein Ende haben muß.

Deutschland sollte Frankreich ein stärkere politische Unterstützung in Afrika unter der Bedingung anbieten, daß die deutsche Politik mehr Möglichkeiten der Mitsprache und des Einspruchs erhält. In einer solchen Kooperation könnte das Spannungsfeld zwischen einer eher Status quo- und stabilitätsorientierten Politik und der Beförderung des notwendigen gesellschaftlichen Wandels zu einer originär europäischen Außenpolitik entwickelt werden, die die Pluralität der Erfahrungen und Sichtweisen wirkungsvoll kombiniert.

#### ► Von Frankreich lernen: Multikulturalität als Chance

Alle westeuropäischen Gesellschaften sind heute multikulturell. Trotz der Erfolge der Nationalen Front und einer durch eine falsch angelegte Städtebaupolitik beförderten Ghettoisierung mit all ihren Problemen ist das Verhältnis der französischen Öffentlichkeit zu „ihren“ Schwarzen ein völlig anderes als das der Deutschen zu „ihren“ Türken.

Wer die Fernsehbilder über die Schülerproteste sieht, wird immer wieder auch dunkelhäutige Sprecherinnen und Sprecher entdecken. Schwarze fegen eben nicht nur die U-Bahn-Stationen von Paris, sondern sind in Frankreich in vielen Berufsgruppen, so insbesondere auch bei Polizisten und Zöllnern oder in der Armee, ganz selbstverständlich vertreten. Bemerkenswert auch das Statement des ehemaligen französischen Innenministers Pasqua – politisch in etwa auf der Linie des bayerischen CSU-Politikers Gauweiler – der nach dem Sieg der französischen Nationalmannschaft bei der Fußball-Weltmeisterschaft bekannte, daß er Frankreich als Nation mit Bürgern ganz unterschiedlicher Hautfarbe ganz neu erlebt habe, und daß er jetzt für eine wesentlich liberalere Einbürgerungs- und Einwanderungspolitik plädieren würde.



Bei allen Empfindlichkeiten, Animositäten und auch Machtungleichgewichten, die das Verhältnis zwischen Frankreich und seinen ehemaligen Kolonien prägt, muß der unbefangene Beobachter zugeben, daß die Selbstverständlichkeit des Umgangs miteinander und die gegenseitige Akzeptanz der Eliten eine Qualität erreicht hat, die für ganz Europa positive Zeichen setzt. Für den aufstrebenden Managementnachwuchs in Frankreich bedeutet ein mehrjähriger Afrikaaufenthalt, ganz im Gegensatz zu Deutschland, keinen Karriereknick. Auch umgekehrt gibt es die Tendenz, daß zunehmend talentierte Schwarze aus afrikanischen Tochterunternehmen, die sich in der französischen Muttergesellschaft weiterbilden können, dort Aufstiegschancen erhalten.

Die aus deutscher Sicht oft belächelte Frankophonie bietet den afrikanischen Eliten auch die Plattform, international bekannt zu werden. Nicht umsonst hat das bekannteste Festival des afrikanischen Films seinen Sitz in Ouagadougou (mit kräftiger frz. Förderung), finden afrikanische Musiker aus Kleinststaaten weltweit Beachtung und haben ihren festen Platz auf den Musikkkanälen, entwickeln sich in Abidjan, Cotonou und Yaoundé Ansätze einer afrikanischen Haute Couture, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Bedeutung der kulturellen Kooperation für die Herausbildung einer modernen schwarzafrikanischen Identität kann gar nicht hoch genug bewertet werden. Deshalb ist es Zeit, daß die etwas abfällige deutsche Bewertung der Frankophonie als sentimentales Spielzeug rückwärtsgerichteter Kolonialfranzosen revidiert wird, deren Erfahrungen vielmehr für die deutsche Innen- und Entwicklungspolitik fruchtbar gemacht werden.

#### ► Rahmenbedingungen ändern, Institutionalität fördern

Entwicklungspolitik in Deutschland ist immer noch sehr stark projektorientiert. Zwar erkennt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) die überragende Bedeutung der Rahmenbedingungen an und läßt es sich im Politikdialog auch nicht nehmen, diese in den Einleitungsstatements zu Regierungsverhandlungen gründlich anzusprechen, die tatsächliche Mitarbeit an der Veränderung der Rahmenbedingungen beschränkt sich aber oft auf die Entsendung von GTZ-Beratern in die Planungsministerien der Partnerländer, wo sie mithelfen, die deutsche EZ etwas effizienter abzuwickeln. Ansonsten bleibt ihr Einfluß eng begrenzt.

Die französische EZ, oder sagen wir besser: wirtschaftliche Zusammenarbeit, setzt im frankophonen Afrika dagegen in erster Linie auf eine *Mitgestaltung* der Rahmenbedingungen und hat – was in der deutschen und anglosaxonen Öffentlichkeit systematisch übersehen wird – bemerkenswerte Erfolge vorzuweisen.

Die Währungsunion, also die FCFA-Zone die jahrelang einem Wasserkopf gleich, da ihr der Unterbau eines Gemeinsamen Marktes fehlte, ist insbesondere in Westafrika in den letzten Jahren schrittweise ausgebaut worden. Die Stichworte heißen Schaffung eines Ministerrates (à la EU), Vereinheitlichung des Außenzolles und Abschaffung der Binnenzölle, Schaffung einer regionalen Börse, Vereinheitlichung des Unternehmens- und Versicherungsrechtes, Schaffung einer funktionsfähigen Bankaufsicht. Das, worüber in den asiatischen Krisenländern heute diskutiert wird, existiert in den FCFA-Ländern bereits.

Aufgrund der zeitweisen Überbewertung des FCFA ist dieses „Entwicklungsmodell“ vor einigen Jahren ins Gerede gekommen. Heute, nach einer Anpassung der Partäten, wird wieder deutlicher, daß die FCFA-Zone über Jahrzehnte eine bemerkenswerte Geldwertstabilität, recht hohe Wachstumsraten und gute Bedingungen für ausländische Investitionen garantiert hat. Hinzu kommt heute eine Integrationsdynamik zumindest in Westafrika, die für den Kontinent beispielhaft ist. Ein Beispiel sind die sich rasant entwickelnden Busverbindungen zwischen den Hauptstädten der westafrikanischen FCFA-Zone, die – aufgrund gut ausgebauter Straßenverbindungen und weitgehend entfallender Grenzformalitäten – von Händlern und Geschäftsleuten jedweder Couleur genutzt werden.

Die Tatsache, daß es im Rahmen der Diskussionen um die Einführung des EURO in den europäischen Partnerländern Frankreichs – Deutschland eingeschlossen – ernsthafte Bedenken gab, die fortbestehende Bindung des FCFA an den Französischen Franc zu akzeptieren, zeigt, auf welche Ignoranz dieses Modell bei den zuständigen Stellen auch in Deutschland trifft. Frankreich konnte die Bindung des FCFA an den FF nur deswegen sichern, weil es darauf verweisen konnte, daß die Risiken ausschließlich vom französischen Steuerzahler getragen werden und im übrigen die im FCFA-Raum zirkulierende Geldmenge weitaus weniger als 1 Prozent der EURO-Geldmenge beträgt.

Eine genauere Analyse der Funktionsmechanismen der FCFA-Zone hätte allerdings bei den europäischen Finanzministern auch die Erkenntnis befördern können, daß die Funktionsmechanismen der FCFA-Zone so angelegt sind, daß eine inflationstreibende Geldschöpfung oder dauerhaft negative Salden zu Lasten des FF oder auch des EURO praktisch ausgeschlossen sind, das Modell also auch dann akzeptabel wäre, wenn die Risiken durch die EU zu tragen wären.

Das Kernproblem der FCFA-Zone sind nicht ihre Funktionsmechanismen – die haben sich seit fast 50 Jahren bewährt und werden zur Zeit in die richtige Richtung ausgebaut – das Problem ist der nach wie vor zu starke Einfluß französischer Partikularinteressen im täglichen Funktionieren dieser Institutionen. Die postkoloniale Einflußnahme Frankreichs ist ambivalent: Auf der einen Seite hat sie eine Politik der Geldwertstabilität oder auch den Aufbau einer unabhängigen Bankaufsicht ermöglicht, auf der anderen Seite bleiben

diese Institutionen für Einflußnahmen des vielbeschriebenen französisch-afrikanischen Netzwerkes offen. Dies schafft Unmut und erklärt auch die kritische Sicht vieler unabhängiger afrikanischer Intellektueller gegenüber diesen Institutionen.

Nun kann die Alternative in einer Zeit, in der mit Recht über eine verstärkte und besser regulierte internationale Zusammenarbeit und mehr „Institution Building“ nachgedacht wird, ernsthaft nicht sein, die Institutionen der FCFA-Zone in Frage zu stellen. Eine weitaus bessere Alternative wäre, daß sich die europäischen Partner Frankreichs und insbesondere Deutschland stärker in diese Institutionen einbringen. So könnte Deutschland im Gegenzug zu einer grundsätzlichen und offensiven Unterstützung der FCFA-Zone und des dort laufenden Integrationsprozesses bis hin zu einer Anbindung der Verrechnungskonten der FCFA-Zone an den EU-Haushalt verlangen, daß Deutsche in den entsprechenden Institutionen, so auch in den jeweiligen Zentralbankräten, angemessen vertreten werden. Das wäre Verbesserung der Rahmenbedingungen und Institutionenförderung par excellence, weil es die Herausbildung der notwendigen Neutralität und Akzeptanz dieser Institutionen entscheidend befördern würde. Eine solche Positionierung Deutschland würde sicher auch bei den afrikanischen Partnern viel Unterstützung finden. In Frankreich würden diejenigen gestärkt, die eh daran interessiert sind, die Beziehungen zu den frankophonen Ländern auf eine langfristige und neutralere Basis zu stellen und die „reseaux des messieurs Africains“ schrittweise auszuschalten. Von deutscher Seite würde dies allerdings die Bereitschaft voraussetzen, sich z.B.

zur Entsendung hochrangiger und qualifizierter Mitarbeiter der Bundesbank zu befehlen und damit auch Verantwortung zu übernehmen.

Eine solchermaßen auf eine stärkere europäische Basis gestellte FCFA-Zone könnte dann auch ein guter Ausgangspunkt etwa für die Integration Ghanas sein, dessen wirtschaftliche Verflechtung mit dem frankophonen Westafrika laufend zunimmt. Ein solcher Wirtschaftsraum würde allein aufgrund seiner Größe die wirtschaftliche Entwicklung der beteiligten Länder entscheidend befördern. Er hätte ähnlich wie die europäische Integration auch unmittelbar friedensstiftende Auswirkungen – durch die institutionelle Einbindung des Konfliktes zwischen Ghana und Togo.

#### ➔ Verbesserung der sektor- und politikfeldbezogenen Zusammenarbeit

Über eine verbesserte außenpolitische und kulturelle Zusammenarbeit und die Stärkung der FCFA-Zone hinaus stehen eine ganze Reihe von einzelnen Themen für den deutsch-französischen Dialog an. Im Folgenden werden drei exemplarische Beispiele genannt:

□ *Der Bananenfall.* In der deutschen Rezeption des Bananenstreites macht sich kaum einer die Mühe, die legitimen französischen Interessen zumindest nachzuvollziehen. Frankreich muß – genauso wie der deutsche Landwirtschaftsminister – die Interessen seiner Bauern in den überseeischen Departements wahren. Diese produzieren – wie die meisten EG-Bauern – weit über Weltmarktpreis. Gleichzeitig verteidigt Frankreich die In-

Bei uns steht

# Hintergrund

im

# Vordergrund

## Probeabonnement

- 3 Wochen lang kostenlos
  - 6 Wochen für DM 15, \*
  - 12 Wochen für DM 30, \*
- Nur gegen Vorkasse (Bar oder V-Scheck)

Name Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Nr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:

# Freitag

Die Ost-West-Wochenzeitung

Vertrieb FREITAG, Postf. 66, 12414 Berlin

teressen „seiner“ ehemaligen Kolonien: mit Erfolg. Kamerun und Côte d'Ivoire ist es in den letzten Jahren gelungen, ihre „Bananenindustrie“ so weit auszubauen und zu modernisieren, daß sie an Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Dollarbananen deutlich gewonnen hat.

Aus deutscher Sicht ist dabei allerdings ausgesprochen ärgerlich, daß diese nicht nur französischen Interessen ihren Niederschlag in einer ausgesprochen komplizierten Marktregelung gefunden haben, die gerade unabhängige deutsche Importeure benachteiligt hat und vor der WTO keinen Bestand hatte. Demgegenüber konnten sich einige französische Fruchthandelsunternehmen erhebliche Profite verschaffen und ihre Konkurrenzposition gegenüber der US-amerikanischen Konkurrenz deutlich verbessern. Die Tatsache, daß die EU-Kommission auch unter französischem Einfluß weiter an der Kontingentierung festhält, läßt erwarten, daß der auch öffentlich geführte Streit mit der WTO, deren Position indirekt von Deutschland unterstützt wird, weitergeht.

Allerdings scheint jetzt die Zeit reif, den Knoten zu durchschlagen und einen effizienten und dauerhaften Kompromiß auszuhandeln. Das Kontingentierungssystem sollte abgeschafft werden, der Banananbau in den Überseegebieten der EG ausschließlich über Subventionen gefördert, die AKP-Bananen „nur“ durch einen Zollvorteil – der in Abhängigkeit vom Dollarkurs schwanken kann – gegenüber den Dollarbananen gefördert werden. Dabei könnte der „Schutzzoll“ für die AKP-Bananen durchaus höher festgelegt werden, als dies mit etwa 15% zur Zeit der Fall ist. Ein solcher Kompromiß hätte den Vorteil, daß die eingeführten Mengen ausschließlich über den Markt reguliert würden. Er würde den AKP-Ländern einen degressiv auszugestaltenden Vorteil sichern und wäre absolut WTO-kompatibel. Unter der Hand wird ein solcher Kompromiß letztlich auch in Frankreich von all denjenigen erwartet, die in dem Sektor investiert haben. Zumal gerade diese Investoren so viel an Planungssicherheit gewinnen würden und nicht mehr so sehr von der relativen Willkür des EU-internen Verhandlungsprozesses und des WTO-Schiedsverfahrens abhängen würden.

In einem Gesamtpaket der Verbesserung der deutsch-französischen EZ-Zusammenarbeit sollte es gelingen, hier entscheidende Fortschritte zu erzielen.

□ *Beispiel Baumwolle:* Einer der großen Erfolge französischer Strukturpolitik im Sahel ist der über die parastaatliche CFDT vorangetriebene Aufbau einer weltmarktfähigen Baumwollproduktion im Sahel. Während der mit vielen externen Mitteln

geförderte Bewässerungsanbau in Ägypten und Sudan zum Teil gescheitert oder mit erheblichen Problemen verbunden ist, ist der Regenfeldanbau im Sahel weitgehend eine Erfolgsgeschichte.

Baumwolle aus dem Sahel hat heute auf dem Weltmarkt ihren anerkannten Platz und sichert Hunderttausenden von Kleinbauern ihr Einkommen.

Die Struktur des Baumwollsektors in den einzelnen Ländern ist dabei immer die gleiche. Eine parastaatliche Baumwollgesellschaft, an der die französische CFDT einen Anteil hält, gibt den Bauern Saatgut, Düngemittel, technische Assistenz und kauft die Baumwolle zu zuvor festgelegten Preisen auf. Diese Baumwollgesellschaften betreiben zudem die Ölmühlen, in denen die Baumwollsaat zu Speiseöl gepreßt werden.

Im Rahmen der Strukturanpassungspolitik der Weltbank sind diese Baumwollgesellschaften in die Kritik gekommen. Ihnen wird vorgeworfen, deutlich zu hohe Administrationskosten zu haben und die Bauern zu benachteiligen, indem sie einen zu hohen Anteil des Weltmarktpreises einbehalten. Die Weltbank insistierte deshalb auf Privatisierung.

Nun gibt es im Baumwollsektor in der Tat erheblichen Anpassungs- und Neureigungsbedarf, insbesondere müssen mehr Wettbewerbselemente eingeführt werden. Es lassen sich allerdings viele Fragezeichen setzen, ob die völlige Zerschlagung der gewachsenen Strukturen und die Verdrängung der CFDT dazu der Königsweg ist. Selbst bei der Weltbank wachsen da langsam die Zweifel.

In diesem Bereich könnte die deutsche Seite, etwa über eine Mitwirkung bei einer schrittweisen Privatisierung unter Einbeziehung der CFDT, eine ausgesprochen konstruktive Rolle spielen. Von deutscher Seite müßten dann allerdings insbesondere die Umweltfolgen des Baumwollanbaus in den semiariden Zonen thematisiert werden, Folgen, über die die GTZ gut informiert ist, und über die nicht nur die französische Seite, sondern auch die interessierten Privatinvestoren gerne hinwegsehen.

□ *Beispiel Umweltpolitik:* In der internationalen Umweltpolitik hinkt Frankreich deutlich hinterher. Bei der Finanzierung von industriellen oder Bergbauprojekten sind die Anforderungen und Auflagen der französischen Seite, aber auch der französisch beeinflussten Europäischen Investitionsbank, deutlich geringer als die Standards der Weltbankgruppe oder der deutschen Durchführungsorganisationen.

Bei der Frage, inwieweit bei der Bewilligung von Exportkreditversicherungen auch Umweltauflagen einzubeziehen und zu berücksichtigen sind, haben sich

Deutschland und Frankreich bisher gemeinsam gegen entsprechende Ansinnen der US-Amerikaner gesträubt. Bei der amerikanischen Eximbank gehört eine intensive Umweltprüfung längst zum Standard und führt dazu, daß es amerikanischen Firmen wesentlich schwerer fällt, Exportkredite für das Dreischluchten-Staudammprojekt in China zu bekommen als ihren europäischen Konkurrenten.

Die rot-grüne Regierungsvereinbarung sieht nun vor, auch bei der Gewährung von Hermes-Deckungen Umweltgesichtspunkte intensiv zu prüfen.

Unter anderem durch die Beteiligung der Grünen an der französischen Regierung ist festzustellen, daß auch in Frankreich die Sensibilität für Umweltfragen in der internationalen Zusammenarbeit wächst. Das sollte eine gute Basis für einen Dialog sein, der in diesem Fall das Ziel hätte, die gemeinsamen Standards an das höhere deutsche und das Weltbankniveau anzupassen.

## ► Fazit

Diese Beispiele zeigen, daß beide Partner in einen solchen Dialog Erfahrungen und Stärken einbringen und von den Ergebnissen erheblich profitieren können. In dem Maße, wie die deutsche Seite dabei bereit ist, die französische EZ in Afrika nicht nur ausschließlich negativ zu bewerten, sondern positive Ansätze ausdrücklich zu würdigen und real zu unterstützen, wird sie auf der Gegenseite mit einem erheblichen Entgegenkommen bei dem Formulieren einer gemeinsamen Politik rechnen können. Im Sinne eines realen Gebens und Nehmens sollten dabei langjährige Streitfragen so aus der Welt geschafft werden können, daß die wirtschaftlichen Akteure in Afrika und Europa mehr Planungssicherheit und damit bessere Investitionsbedingungen vorfinden, was ein Ergebnis einer erfolgreichen EZ sein muß.

Ein fruchtbarer deutsch-französischer Dialog – natürlich unter Einbeziehung der afrikanischen Partner – kann signifikant dazu beitragen, Strukturen und „Rahmenbedingungen“ in West- und Zentralafrika zu verbessern. Das ist, um auch dies abschließend zu sagen, wesentlich wichtiger als die Frage, ob die deutsche EZ für diese Ländern einige Mio. DM mehr oder weniger bereitstellt.

Insgesamt könnten hier von der neuen Regierung, also vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt in einem Bereich Akzente gesetzt werden, der zwar nicht im Zentrum des deutsch-französischen Verhältnisses steht, dessen konstruktive und innovative Bearbeitung aber sicher ausgesprochen positiv auf die Gesamtheit der deutsch-französischen Beziehungen ausstrahlen würde. ■





# Wird es eine europäische Identität geben?

Gastarbeiter und Internationalismus der sechziger  
und Massenmigration der neunziger Jahre

PETER MOSLER

Vor etwa zwanzig Jahren führten sechs Männer eine Diskussion über Internationalismus. Daß keine Frau dabei war, signalisiert auch etwa die Epoche und ihr Klima. Drei von den Teilnehmern des Gesprächs bekleiden heute hohe Staats- und Parteiämter, einer arbeitet an der Universität. Einer ist Publizist, und den sechsten habe ich aus den Augen verloren. Einer aus der Diskussionsrunde (auch er heute in einer prominenten Parteifunktion) sagte: „Die Verhältnisse ändern heißt, aufgrund der Geschichte, die wir gelernt haben: Macht zersetzen, Macht verunmöglichen, sich auch selber der Macht verweigern. Das ist für mich der Lernprozeß aus zehn, elf Jahren: mich jedesmal als alternative Macht verweigern.“

Ich nenne den Namen des Sprechers nicht, und ich habe das auch nicht aus Häme zitiert, denn ich verlange von keinem Menschen „Kontinuität“ Ich habe diese kleine Geschichte nur deswegen erzählt, weil ich zeigen will, daß es keinen Sinn hat, der Frage nachzugehen, was aus den damaligen Diskutanten geworden ist. Es ist wie bei einem Klassentreffen: Dort gibt es Erfolgreiche, weniger Erfolgreiche und Versager – und wenn man das Kriterium des Erfolges befragt, kehrt sich plötzlich die ganze Reihenfolge um.

Régis Debray sagte, es sei die Hunderttausend-Dollar-Frage, ob der Internationalismus möglich oder wünschenswert sei. Ich werde – auch Lebensgeschichten erzählend – der Frage nachgehen, was 1968 für uns Internationalismus hieß und wie wir heute diesem Thema wiederbegegnen.

Eine Stärke, aber auch Schwäche der Gesellschaft der Bundesrepublik ist, daß sie ganz in der Gegenwart fühlt. Die „Ostalgie“ eine Gegenprojektion, keine Erinnerung, ist dafür nur eine Bestätigung. Als historischer Bezugspunkt ist zwar das nazistische Dritte Reich der Deutschen präsent – in welcher Erinnerungs- und Denkfigur auch immer – aber die Bundesrepublik selbst stellt sich auch in Westdeutschland fünfzig Jahre nach ihrer Gründung fast geschichtslos dar. Dies ist ein Grund, weshalb es gelingen könnte, die Debatte um ein neues Staatsbürgerschaftsgesetz zu hysterisieren. Manche Ältere reagieren auf ein neues Problem mit altem rassistischen Komplex und viele Jüngere sehen gar nicht, wo ein Problem liegen könnte. Um so wichtiger sind Erinnerungen in der Bundesrepublik für die aktuelle politische Auseinandersetzung.

In den USA waren es Zehntausende, die sich im Oktober 1965 am Vietnam Day beteiligten, in Berlin waren es im Februar 1966 Tausende, und ein paar Hundert von ihnen brachen ein zentrales politisches Tabu, als sie Eier auf das Amerikahaus warfen und das Sternenbanner auf halbmast setzten. Das war eine Reaktion auf die Heuchelei: Die Freiheit Westberlins wird in Vietnam verteidigt, Vietnam wird in Westberlin verteidigt.

Zugleich ist es ein Beispiel für die Buschtrommel im globalen politischen System der Neuen Linken, der New Left. In Tübingen verfolgten wir im SDS alles

ganz genau und grübelten darüber nach: Was können wir machen? – und so erlebte ich meine erste Demonstration in dieser kleinen Universitätsstadt. Es war am 23. Februar 1966, und ich erinnere mich an dieses Datum, weniger deswegen, weil ein Autofahrer in die Demonstration hineinfuhr und einige Demonstranten leicht verletzte, sondern weil wir in der Nacht danach ein Flugblatt schrieben und es am 24. Februar verteilten, ein Flugblatt, das verdient, zitiert zu werden, weil es mit aller Sanftmut, Milde und Geduld geschrieben worden ist, in der Sprache aus der ersten Stunde der Vietnam-Kampagne des SDS.

## An die Tübinger Bürger

Sie hatten es eilig gestern nachmittag. Sie waren müde von der Arbeit, und wir, die Studenten, haben Sie eine halbe Stunde lang gewaltsam aufgehalten. Sie wollten Ihren Weg gehen, und wir sollten den unseren gehen. Aber in diese Gleichgültigkeit haben wir Ärger gebracht, den Sie für überflüssig halten.

(...)

Sie arbeiten den ganzen Tag, und wenn Sie nach Hause kommen, sind Sie zu müde, um noch viel und lange über Vietnam nachlesen zu können. Und ist es verwunderlich, daß Zeitungen, die im Privatbesitz weniger reicher Leute sind, verschweigen, daß andere, reiche Konzern-Herren auch in der Bundesrepublik Chemikalien und Waffenteile für den Vietnam-Krieg der USA herstellen? Die Konzernherren verdienen gut, verdecken gegenseitig ihre Geschäftemachereien. Gerade weil wir Studenten Zeit haben und weil wir wissen, daß wir auch auf Ihre Kosten leben, sind wir verpflichtet, Ihnen auch solche Dinge mitzuteilen, die Ihnen kein Chef gerne mitteilt. Die gleichen Herren haben schon einmal die Wahrheit ihrer Geschäfte wegen verschwiegen und uns in einen schmutzigen Krieg gestürzt. DAS WOLLEN WIR VERHINDERN – DESHALB GEHT UNS VIETNAM AN. Demokratie, Freiheit, friedliche Vereinigung ist nicht nur unser Ziel. Der Vietcong will das gleiche in seinem Land verwirklichen.

(...)

Die Studenten wollten, daß Sie ärgerlich werden, als wir Sie behinderten – ärgerlich allerdings nicht gegen uns, sondern gegen den Terror einer kleinen Gruppe von Mächtigen, den sie ihrer Geschäfte wegen über die Welt verbreiten. Wir wollten, daß Sie aufhorchen: den Anlaß Ihres Ärgers gaben wir, aber den Grund ihres Ärgers lieferten die Kriegsmacher, gegen diese sollten wir all unseren Ärger und gemeinsamen Widerstand richten. Um dies klarzustellen, mußten wir erst die Gleichgültigkeit zwischen uns und Ihnen beseitigen.

(...)

Sozialistischer Deutscher Studentenbund Tübingen

Das war der Ton der ersten Stunde, als wir es das erste Mal mit der „Bevölkerung“ zu tun hatten, die uns so unbekannt wie ein Alien war – schwäbischer Gewerbefleiß und verbissenes schwäbisches Vorurteil und so entstand ein Text mit dem obligaten Verweis aufs Dritte Reich, auch auf die Wiedervereinigung, ein wenig hausbacken und mit Ärmelschonern wie seine Adressaten. Daß danach „Wann brennen die Berliner Kaufhäuser?“ kam und „Waffen für den Vietcong!“ wissen wir. Die zweite Parole brach ein pazifistisches Tabu und war darin wichtiger für das Selbstverständnis derer, die den Aufruf ausgesprochen haben als für den Vietcong, der vermutlich nie eine Waffe aus Berlin, Hamburg oder Frankfurt bekommen hat.

Das bürgerliche Erschrecken wuchs, nicht nur über den Ton der Neuen Linken, sondern auch über den Vietnam-Krieg. Martin Walser hielt am Internationalen Vietnam-Tag Oktober 1967 eine Rede, in der er erzählte, was der Bundespräsident Heinrich Lübke an den US-Präsidenten Johnson kabeelte, als er ihm im Juli zum amerikanischen Nationalfeiertag gratulierte: „Zum Unabhängigkeitstag Ihres Landes übermittle ich Eurer Exzellenz und der amerikanischen Nation meine und des deutschen Volkes beste Glückwünsche ... Möge auch der gegenwärtige Kampf, den Ihr Land als Vorkämpfer der Freiheit gegen die Mächte der Unterdrückung in Ostasien führt, von Erfolg gekrönt und es Ihnen bald vergönnt sein, sich ausschließlich Ihrem großen Friedenswerk zum Nutzen aller Völker der Welt zu widmen.“

Martin Walser war damals schon der Sprecher eines liberalen Bürgertums, das den *Spiegel* und die *Frankfurter Rundschau* liest, ein Publikum, das in Sorge gerät, wenn zuviel Engagement gezeigt wird – sei es auf dem Schlachtfeld in Vietnam oder in der Politik der Erinnerung. Deswegen bat Walser damals seine Hörer um ihre Unterschrift unter diesen Satz: „Ich ersuche die im Bundestag vertretenen Parteien, Vietnam auf die Tagesordnung des Deutschen Bundestages zu setzen.“

Ich hielt so eine Unterschrift für mich nicht für angebracht, sondern ging demonstrieren. Wenn wir auf die Straße gingen, war es meistens für ein fernes Land, ob Vietnam, Persien oder Kongo – aber wir meinten kaum dieses Land, sondern die Aufkündigung der Loyalität mit unserem eigenen Land, mit Lübke und Kiesinger. – Später, bei der Besetzung von Hochschul-Instituten, lassen wir hochgestimmt den *Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die Große Proletarische Kulturrevolution*: „Eine große Anzahl revolutionärer junger Leute, die vorher völlig unbekannt waren, sind zu mutigen und wagenden Bahnbrechern geworden. Sie sind energisch in der Tat und intelligent. ... sie kritisieren die Dinge gründlich und greifen entschlossen die offenen und versteckten Vertreter der Bourgeoisie an.“

Wir fühlten uns nicht wenig geschmeichelt von dieser scharfsinnigen Beschreibung, als wir heldenhaft die Universität besetzten. Was die Kulturrevolution wirklich war, begriffen wir erst 10, 20 Jahre danach. Vorläufig nahmen wir uns die Theorie Lin Biaos von der „Einkreisung der Städte durch die Dörfer“ zu Herzen, eine Revolutionstheorie, nach der die Länder der Dritten Welt sich zum Sozialismus bekennen – wie es der Kongo pünktlich 1968 mit einem marxistisch-leninistischen Einparteiensregime tat – und dadurch unsere, die Erste Welt, zu einer Insel des Kapitalismus wurde.

In Wirklichkeit waren die Dritte Welt und ihre Befreiungsbewegungen eine Wunschlandschaft der außerparlamentarischen Bewegung der sechziger Jahre. Meine Revolutionstheorien waren global, aber mehr als die europäischen Nachbarländer kannte ich nicht. Im Urlaub fuhr ich zuerst nach Italien, Rom und in die Toskana. Dann nach Griechenland, Athen und Kreta, auch nach Jugoslawien. Die „Gastarbeiter“ waren auch aus Italien, Griechenland und Jugoslawien, und sie liebten so, weil sie einen limitierten Arbeitsvertrag hatten. „Gäste läßt man nicht arbeiten“ sagte mein griechischer Freund Nikos lakonisch, und richtige Migranten, Siedler oder Flüchtlinge kannten wir noch gar nicht. Es waren Arbeitskräfte aus fremden Ländern für deutsche Fabriken, und da sie geringe Kosten verursachten, fielen sie kaum auf. Ausländische Studenten

sah man selten an der Universität, und ein Türke berichtet, daß ihm Anfang der sechziger Jahre die Ausländerbehörde zu seinen bestandenen Examina gratulierte und daß er zu Weihnachten und Silvester 19 Einladungen von deutschen Familien erhielt. Meine Küche reichte damals nicht viel weiter als bis Wiener Schnitzel im Süden oder Boeuf Bourignon im Westen. Im SDS Tübingen war Mona, eine farbige südafrikanische Studentin, Mitglied, die ich nie näher kennenlernte, und die nie gebeten wurde, von ihrer Heimat zu berichten. In den fünfziger und Anfang der sechziger Jahre war die alte Bundesrepublik das, was die DDR dreißig Jahre später noch sein sollte: Ganz unter sich. Lauter Deutsche.

**I**m letzten Jahr habe ich einen Mann wiedergesehen, der mir schon damals im SDS Tübingen sympathisch war – ein rotblonder Haarschopf, der sich inzwischen grau gefärbt hat. Als er mir von seinem Leben erzählte, fiel mir auf: Wir wußten im SDS wenig voneinander.

Der Vater meines Freundes Bernard Mommer war Kommunist – bis zu den Moskauer Schauprozessen – danach Sozialdemokrat. Der Mann war nie für den Antisemitismus der Zeit anfällig – aber gleichzeitig ein strammer deutscher Nationalist...! Die eigenen Eltern sind immer der Grund gewesen, wenn wir uns schämten, Deutsche zu sein. Bernard, in Frankreich geboren, seine Mutter aus Flandern, fühlte sich in Deutschland nie heimisch. Er ging mit fünfzehn ein Jahr in Belgien auf die Schule und machte als Student in Tübingen den einzigen ernsthaften Versuch, sich in Deutschland zu integrieren. Der Versuch schien auch ganz erfolgreich – wenn nicht der Vater gewesen wäre. Der richtete seine ganze Wut und Aggressivität gegen den SDS und überhaupt gegen jeden Versuch, sich politisch einzumischen. Dem fühlte sich Bernard nicht gewachsen, und er zog 1970 nach Venezuela.

Warum gerade in dieses Land? Bernard kannte über den SDS Linke aus Venezuela, und er arbeitete dort eng mit einer illegalen Gruppe zusammen, die sich aus der Guerilla-Tätigkeit der sechziger Jahre entwickelt hatte. Er versuchte nicht nur, Land und Leute zu verstehen, sondern er veröffentlichte auch politökonomische Schriften, in einem politischen Verlag, unter Pseudonym. Bis er begriff, daß er sich politisch auf einem Holzweg befand, und als er glaubte, ein richtiger Venezolaner geworden zu sein, kam die Krise auf eine andere Weise: Bernard war leitender Angestellter in der nationalen Ölgesellschaft, und mit dem Zusammenbruch des Landes feuerte die Reaktion aus allen Röhren gegen die nationalisierte Industrie. Bernard wollte nicht mitmachen bei diesem Autodafé und ließ das auch alle Welt wissen – was bei dem politisch überhitzten Klima in Venezuela nicht ungefährlich war. Er war inzwischen als Venezolaner eingebürgert und wollte vor allem eines: das Land verlassen.

Heute arbeitet er in einem wissenschaftlichen Institut in England, und er hat den Wunsch dazugehören nie ganz aufgegeben: Sein Paß ist venezolanisch, sein Wohnort England, seine Frau Venezolanerin, er spricht englisch mit deutschem Akzent, französisch mit belgischem Tonfall und spanisch wie ein Einwanderer.

**E**s hat nur zwanzig Jahre gedauert von jenem Hinterzimmer, an dessen Tür BRD stand – und drinnen wurde deutscher Skat gespielt, deutsches Bier gesoffen, und man blieb unter sich – bis zu der Zeit, da Millionen anderer Muttersprache im Lande leben. Unsere Epoche ist durch Globalisierung der Wirtschaft, rasch zunehmende Mobilität, gewaltige Wanderungsbewegungen und Vertreibung ganzer Bevölkerungen, Verstärkung und Wandel sozialer Muster gekennzeichnet.

Zurück in die fünfziger Jahre. Eine wenig beachtete Aktion jener Zeit war der Kampf gegen den Algerienkrieg, obwohl uns die Parolen jener Jahre bekannt vorkommen: „Wenn Algerien fällt, ist das Abendland bedroht.“ Der Krieg der französischen Kolonialtruppen kam in den westdeutschen Medien, geschweige denn im westdeutschen Bewußtsein, kaum vor, und eine Gruppe Berliner Studenten, unter ihnen Reimar Lenz und Wolfgang Fritz Haug, wollten mit einer Dokumentar Ausstellung die Greuel des Kriegs in der BRD zum Thema machen. Das Motiv dieser Arbeit war



keineswegs, dem Adenauerstaat die Loyalität aufzukündigen, sondern ein zugespitzter Menschenrechtsstandpunkt gegen die Folterverbrechen im Algerienkrieg. Die Ausstellung nannte Zahlen und Fakten, die die Presse verschwiegen hatte: 3 Millionen Verschwundene (Getötete, Flüchtlinge und Verschleppte), systematische Folterung durch die Kolonialtruppen. Auch die Methoden der Partisanen sollten nicht unkritisch dargestellt werden. Die kleine Gruppe Berliner Studenten fühlte sich nicht als Verbündete der FLN. Reimar Lenz dachte bei der Algerienausstellung an mehr als nur Politik, was ihm schon 1959 als er zu den Organisatoren des „Ersten Studentenkongresses gegen Atomrüstung“ in Berlin zählte, den Vorwurf eintrug, unpolitisch zu sein. Auf diesem Forum war nicht nur der Wehrexperte der SPD, Helmut Schmidt, präsent, sondern auch Ulrike Meinhof und Klaus-Rainer Röhl. Lenz saß eine Nacht mit anderen Aktivisten der Anti-Atomtod-Bewegung zusammen. Ulrike Meinhof bestand bis in den frühen Morgen darauf, daß von den sowjetischen Atomwaffen in der Schlußerklärung nicht die Rede war. Röhl setzte in der Resolution die Forderung nach der Anerkennung der DDR durch.

1961 entstanden in der BRD an den Universitäten „Algerienausschüsse“ die die Wander-Ausstellung über den Krieg weitertrugen. Sie kam von Westberlin nach Göttingen, Heidelberg, Frankfurt, München, Braunschweig, Kiel und Villingen. Der Algerienkrieg war damals ein Fokus der Linksintellektuellen. Enzensberger hielt bei der Eröffnung der Ausstellung in Frankfurt eine Rede: „Wer wird uns glauben, wenn wir von 800000 getöteten Algeriern nichts wissen wollen? Schon einmal haben wir alle miteinander nichts wissen wollen.“ Lenz verstand den Krieg in Algerien in einer antitotalitären Tradition als Fortsetzung der Aufstände in Berlin, Budapest und Posen und wollte vor allem die Greuelthaten der Kolonialtruppen anprangern. Seine Haltung war ein moralischer Rigorismus Camuscher Prägung, und dieser parteilose Internationalismus hätte den linken Aktivisten vielleicht auch besser zu Gesicht gestanden als jener parteigebundene Internationalis-

mus, in dem sie ihre Solidarität vorzugsweise an Parteien gleicher Couleur vergeben.

Es gibt einen Kreis, den man von damals bis heute schlagen kann: mit Frantz Fanons *Die Verdammten dieser Erde*. Sartre schrieb im Vorwort: „Aus Paris, London und Amsterdam lancierten wir die Wörter ‚Partenon! Brüderlichkeit!‘ und irgendwo in Afrika, in Asien öffneten sich die Lippen ... thenon! ... lichkeit“ Sartre fügt hinzu: „Das war das Goldene Zeitalter.“ Jetzt sind sie, die Verdammten dieser Erde, aus den Dörfern in Anatolien, Ruanda oder Kasachstan zu uns nach Europa, nach Deutschland aufgebrochen. Die Bewegung aus Europa heraus nach Nordamerika begann 1496 mit Giovanni Caboto und hat sich inzwischen umgekehrt. Menschen aus Asien, Afrika, auch Lateinamerika kommen zu uns. Das heißt aber auch: Der europäische Wertekodex steht auf dem Prüfstand.

Nehmen wir Berlin: Ein Teil der Stadt war früher eine Insel, der andere die Hauptstadt eines abgeschotteten Landes, und als ich Anfang der neunziger Jahre in die wiedervereinigte Stadt kam, feierten die Glatzen „eine Party“ in den S-Bahnen, das heißt: Bier saufen, Ausländer anpöbeln und prügeln. Ich besuchte in einem Krankenhaus in Berlin-Buch einen jungen Schwarzen, den Skinheads aus dem fahrenden Zug geworfen hatten und der dabei ein Bein verloren hatte. Durch die rechtsextremen Haßminoritäten werden Grundlagen der zivilen Gesellschaft zerstört. In Ostberlin und Brandenburg gibt es „no-go-areas“ für Farbige, „nationale befreite Zonen“ die von Glatzen bewacht werden.

Der verletzte Ghanaer ist inzwischen von einer Brandenburger Familie aufgenommen und adoptiert worden. Vom Krankenhaus hat er eine Rechnung über 40000 DM für die medizinische Behandlung erhalten ...

Der „Zirkel des Hasses“ den Fanon für Algerien beschreibt und der aus Verachtung, Erniedrigung, Gewalt und Gegengewalt entsteht, hat seinen Weg in die „gute Stube“ der „Mutterländer“ gefunden. In den „neuen Ländern“ ist die Gefahr für Leib und Leben dreifachmal so groß wie anderswo – auch wenn Feridun Zaimoglu im Vorwort von *Koppstoff* schreibt, daß Angriffe sich in Magdeburg-Olvenstedt ebensogut ereignen wie in Neumünster-Gadeland, Itzehoe, Kremperheide oder Hamburg-Bergedorf. Der „Zirkel des Hasses“ schlägt inzwischen in Deutschland einen Kreis der Gewalt: Türkengangs, Skinheads und der Stammtisch, an dem es heißt, „Wer deutsch ist, bestimmen wir!“

In Berlin ist der äußerste rechte Rand der Parteien immer besetzt gewesen, ob Neubauer, Lummer oder Schönbohm, und diese Politiker haben ihre Klientel in den Vierteln der Stadt. Zugleich ist Berlin, soll Berlin eine Integrationswerkstatt sein: In dieser Stadt leben 172 Nationen, mehr als eine halbe Million fremdsprachiger Bürger, die größte ethnische Minderheit sind mit 160000 Menschen die Türken, davon 20000 eingebürgert. Die Berliner werden sich daran gewöhnen müssen, eine Weltstadt zu sein. Keine Weltstadt ohne Ausländer.

Als Schönbohm noch Innensenator von Berlin war, meldete er sich mit seinem Wunsch nach einer „deut-

schen Leitkultur“ soll heißen: Primat der deutschen Kultur und Lebensverhältnisse. Es gebe Ghettos, Quartiere in der Stadt, monierte er, die so sind, daß man sagen kann: Dort befindet man sich nicht in Deutschland. Ebenso hieß es in der ursprünglichen, der ersten Fassung des Ausländerpapiers der CDU: Wer Berlin als Heimat wähle, „von dem muß auch die Hinwendung zur deutschen Lebenswelt erwartet werden“ Dieses Papier ist in seiner wünschenswerten Klarheit nicht verabschiedet worden, weil die Ausländerbeauftragte von Berlin, Frau John, es nicht mitgetragen hat. In interessierten Kreisen heißt es, daß die Integration gescheitert sei.



Foto: Georg Beck

In dieser Zeit haben wir uns zusammengesetzt, beleidigt von politischen Rüpeleien und angegriffen von dem Haß und der Gewalt gegen Minoritäten in der Stadt. Wir: Das waren Professoren, Politiker, Soziologen, Architekten, Stadtentwickler – auch Reimar Lenz und ich – fast alle geprägt von 68 und mit dem Wunsch, die Verhältnisse in Berlin nicht hinzunehmen. Als

wir uns trafen, war es in einer Verbindung kühler analytischer Fähigkeit und eines emotionalen Surplus, eine Verbindung, die selten bei Politikern und Wissenschaftlern zu finden ist. Der Staatssekretär für Stadtentwicklung in der Umweltverwaltung, Hans Stumman, sagte, es gebe dieses Déjà-vu, das Gespräch mit den Eltern: Was hast du damals getan, und das wolle er sich nicht von seinen Kindern fragen lassen. Hartmut Häubermann, 68 im ASTA der FU, heute Professor an der Humboldt-Universität, sagte: „Ich fühle mich mitschuldig, daß so etwas in der Stadt passieren kann.“ Der Elan der ersten Stunde war kein Dauerzustand. Wie üblich schälte sich ein arbeitender Kern heraus, der in unregelmäßigen Abständen alle zusammenruft. Wir wollen eine Toleranzdeklaration entwerfen, von der wir wünschen, daß sie unter Politikern diskutiert wird wie in Schulen oder Polizeistationen. Wir haben eine Internet-Homepage „Civilgesellschaft“ eingerichtet, auf der jeder aufgefordert wird, zu notieren, wie er die Forderungen der Deklaration in seinem Umfeld verwirklicht – damit die Zustimmung keine folgenlose Gutmenschenklärung bleibt. Was können wir tun, damit der Landfrieden in Berlin wiederhergestellt wird?

Gibt es nicht genug andere Initiativen, die gegen Fremdenhaß kämpfen? Das stimmt – es gibt 300 Ausländerprojekte in Berlin, die gefördert werden, und 1638 Berliner Adressen im Internet zu Ausländern und Rassismus. Die „Werkstatt Berlin“ unterscheidet sich von ihnen jedoch darin, daß sie ein offenes Fenster für Politik und Wirtschaft hat.

Die Industrie und Handelskammer hat ihr Interesse angemeldet. Vertreter der Wirtschaft haben ein Interesse daran, daß Bürgerrechte nicht verletzt werden und daß es eine Zuwanderung gibt, die jährlich zwischen 300000 und 400000 liegt. Nur im öffentlichen Diskurs ist das nicht konsensfähig, auch wenn gesagt wird: Es geht nicht um Nächstenliebe, sondern um wirtschaftliche Interessen, so CDU-Mitglied Professor Oberndörfer.

Wir werden respektieren müssen, daß in der U-Bahn türkisch, russisch oder vietnamesisch gesprochen wird. Zur Integration im neuen Jahrtausend gehört nämlich,

Fortsetzung auf Seite 54



# Wieviel Gemeinschaft braucht die Gemeinschaft?

Föderalismus in der EU

RAINER EMSCHERMANN

**H** heute stellt sich die EU als Produkt eines „konsequentialistischen“ statt eines systematischen Integrationsprozesses (Klaus Gretschmann) dar: Da jeder Integrations-schritt mit politischen und finanziellen Zugeständnissen, sog. „Seitenzahlungen“ erkaufte werden mußte, war oft nicht der Inhalt sondern die verteilungspolitischen Auswirkungen auf die Mitgliedstaaten Hauptkriterium der Entscheidungen. Beispiele findet man zuhauf in der gemeinschaftlichen Regional- und Agrarpolitik, markanteste rein budgetäre Beispiele sind wohl der „Brittenrabatt“ und der Kohäsionsfonds. Die Folge: das Profil der Union verschwimmt.

Darüber hinaus wird die Union zuweilen auch als Hebel gebraucht, soweit bestimmte Politiken national nur schwer durchsetzbar sind: Auf Exekutivebene in Brüssel verhandelte Beschlüsse werden dann oft von der nationalen Legislative nur noch abgenickt, weil sie nicht als antieuropäisch erscheinen oder nicht die – interne wie externe – Position der Regierung schwächen will. Das so resultierende parlamentarische – und seit Montesquieu damit demokratische – Defizit ist aber

Mehr als 40 Jahre nach Gründung der EG ist eine systematische Bestandsaufnahme der Strukturen, Aufgaben und Funktionsweisen der Gemeinschaft angesagt. Die folgenden Ausführungen sollen einen Denkanstoß dazu leisten, die Ausprägung der heutigen Union als Produkt historischer Zufälligkeiten durch Anlegen eines normativen Gerüsts zu beurteilen. Sie erheben nicht den Anspruch, ein fertiges Konzept vorzustellen.

mehr als ein Schönheitsfehler: Sofern also „Demokratie“ essenziell „schnelle, friedliche Fehlerkorrekturen durch Gewaltenteilung“ bedeutet, ist mit der mangelnden Einbindung des zuständigen Souveräns eine Situation geschaffen, die Gefahr läuft, die Rückkoppelung zur politischen Basis erst zu verlieren, bevor die Richtung korrigiert wird.

Eine Richtungskorrektur ist aber nach dem Ende des Kalten Krieges und der neuen Möglichkeit einer baldi-

gen Erweiterung um zehn mittel- und osteuropäische Staaten notwendig: Die Fragen, auf die Europa eine Antwort darstellen soll, stellen sich heute in veränderter Form – ihre friedenserhaltenden Aspekte werden zunehmend durch funktionale überlagert: Während die Kriegserinnerungen der älteren Generation verblasen, wandeln sich gleichzeitig die Erwartungen an staatliche Institutionen: kollektives Handeln muß sich nicht mehr allein über seinen Zweck, sondern auch durch seine Effizienz, Erfahrbarkeit und die größtmögliche Mitentscheidung der Betroffenen rechtfertigen, sei es auf globaler, europäischer, nationaler oder regionaler Ebene. Europäische Integration darf weder Selbstzweck noch primär als Flucht vor der (deutschen) Nation motiviert sein. Kurz: die „Nachkriegsphase“ in der Europa seine Stabilität durch die Dynamik seiner Integration gewann, muß nun durch eine Phase ergänzt werden, in der die Union ihre Legitimation auch durch ihren Output stärkt.

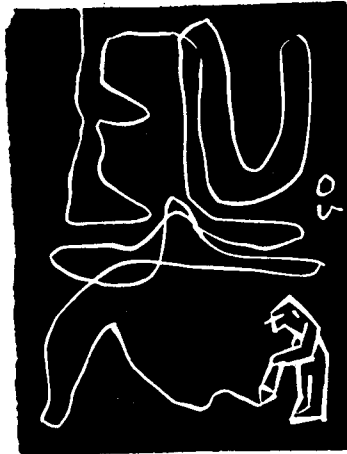
#### ■ Drei natürliche „Demos“

Um die Systematik ihres Tätigwerdens wieder freizulegen, sollte die Union dringend funktionale Prioritäten definieren, die nationale Demokratien dort ergänzen, wo sie einen gemeinschaftlichen Mehrwert anbieten können. Eine solche normative Analyse hat den Zuschnitt dreier Interessenqualitäten zu berücksichtigen:

a) Die strukturellen Schwächen der nationalen Demokratie lassen sich in zwei Kategorien unterteilen, eine geographische und eine generationelle. Unter die geographischen Schwächen sind die Umweltproblematik, Sicherheitsfragen oder auch die Seuchenprävention zu zählen. Angehäufte öffentliche Defizite, öffentliche Pensionslasten aber wiederum auch Umweltschädigung sind Beispiele für die Generationsproblematik, die man auch als „Zukunftsschwäche der Demokratie“ beschreiben kann. Ich beschränke mich hier auf die erste Problematik. Gemeinsam ist beiden Kategorien, daß sich Zuschnitt des demokratischen Souveräns nicht mit der Gruppe jener deckt, die die Konsequenzen seiner Entscheidungen zu tragen haben. Ökonomen sprechen

hier von „externen Effekten“ die eine Gruppe auf eine andere ausübt.

Die Gruppe all jener, die an negativen externen Effekten teilhaben, können als Verursacher oder als unfreiwillig Betroffene, als primären, „ökologischen Demos“ definiert werden. Er umfaßt beispielsweise alle „Mitraucher“ die am Rauchgenuß eines einzelnen (möglicherweise) leiden, aber auch jene, die bspw. von der Verschmutzung des Rheines in Basel (aktiv oder passiv) betroffen sind, also die Schweiz, Frankreich, Deutschland, Holland und die Nordseeanrainer. Der „ökologische“ Demos bezeichnet also jenen Souverän, der aufgrund seiner unmittelbaren Betroffenheit von unfreiwilliger Umverteilung legitimen Zwang zur Kompensation negativer „externer Effekte“ ausüben kann (bzw. können sollte) und sich, im Fall eines unpassenden Zuschnitts der jeweiligen Staatlichkeit, seine Legalität „lediglich“ finden muß. Dieser Ansatz folgt aus dem methodologischen Individualismus und unterscheidet sich insofern von der in Deutschland herrschenden juristischen Meinung, die, noch immer im Schatten Carl Schmitts stehend, die Nation als letzte (und eigentlich einzige) Legitimitätsquelle betrachtet. Gleichwohl kommt den Institutionen der Nation insofern eine wichtige Rolle zu, als ein friedlicher Übergang der



Ausübungsgewalt der Souveränität nur mit Zustimmung ihres bisherigen „Besitzers“ erfolgen kann.

b) Der sekundäre, „politische Demos“ bezeichnet einen freiwilligen, meist geographisch verortbaren Zusammenschluß zur Bereitstellung öffentlicher Güter oder Leistungen, also eine Verbindung zur Erzielung eines gemeinsamen Mehrwertes, der (typischerweise) alle Teilnehmer besser stellt, mindestens jedoch positive externe Effekte abgibt. Im Fall einer Straßenlaterne etwa besteht er aus all jenen, für die hinreichende Wahrscheinlichkeit besteht, von diesem Gut regelmäßig zu profitieren, im Fall der Gewährleistung fairer Wettbewerbsbedingungen (als faktische Eigentumsgarantie der jeweiligen ökonomischen Chancen des Einzelnen; die Förderung kollektiver Effizienz ist demnach Effekt, nicht Ziel) besteht er aus den Teilnehmern des relevanten Marktes und im Fall der Förderung medizinischer Grundlagenforschung erstreckt er sich potentiell auf die gesamte

#### ... Wird es eine europäische Identität geben?

daß die Zuwanderer eine doppelte Identität entwickeln werden. Sie geben die Kultur ihres Herkunftslandes nicht auf, weil die Türkei im 20. Jahrhundert näher an Deutschland liegt als Polen im 19. lag. Polen aus der Wanderungsbewegung des 19. Jahrhunderts leben heute hier als die deutschesten Deutschen und heißen Radunski, Marcinkowski, Pawlowski, Sczymanski. Die Türken des 21. Jahrhunderts in Deutschland heißen Özcan oder Dilmac, aber nicht mit Vornamen Gerd oder Rainer. Man kann sich heute einschalten in sein Herkunftsland durch das Fernsehen (93 Prozent der türkischen Haushalte in Berlin haben Kabelfernsehen), durch Internet oder durch Telefon. Das ist einer der

Gründe, warum Migranten auch auf ihrer Herkunftskultur bestehen und im besten Fall eine doppelte Identität entwickeln. Sie wachsen zweisprachig und bikulturell auf. Ich weiß, es gibt auch zweisprachigen Alphabetismus, aber doppelte Identität kann auch eine große Erweiterung des politischen und kulturellen Horizonts sein. – Die europäische Einigung kann sich nur deshalb vollziehen, weil es nicht mehr den gesellschaftlich herrschenden Typ des Kriegers, des Soldaten gibt. An seine Stelle tritt der Typ des Spielers, sagt György Konrád. Vielleicht ist es auch einer, der mit den Kulturen spielt und Dolmetscher seines Landes für uns sein wird. ■

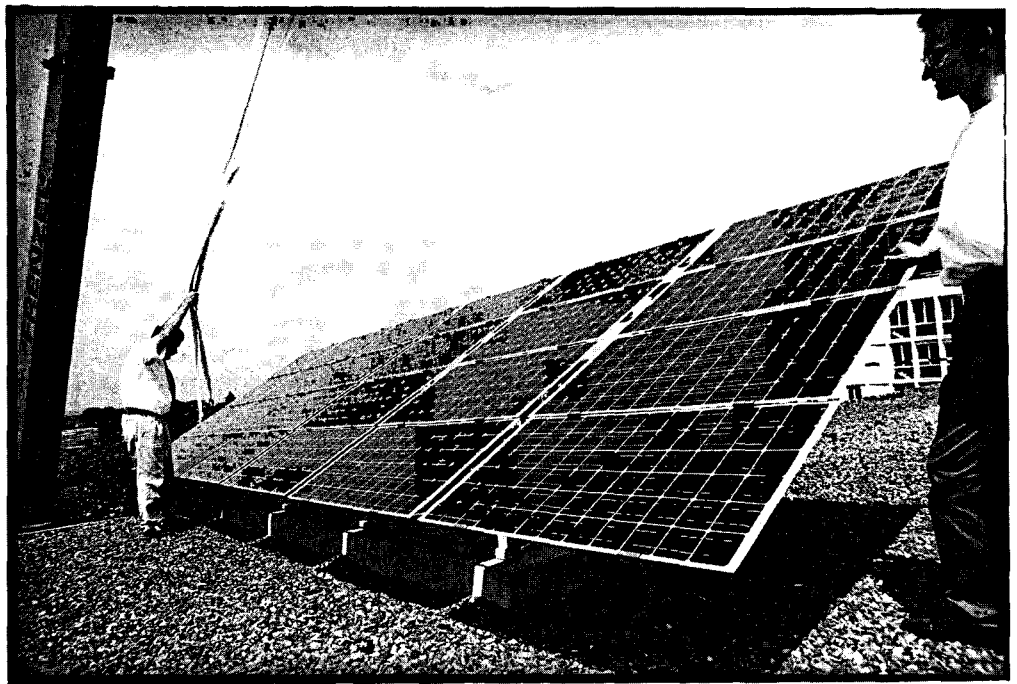
Menschheit. Um „Schwarzfahren“ zu verhindern, kann auch hier – bis zu einem gewissen Grade – Beitragszwang ausgeübt werden.

In diesen Zusammenhang ist auch der Wunsch von Staaten einzuordnen, nicht in einen ungewollten fiskal- oder industriepolitisch motivierten Steuersenkungswettbewerb oder Ressourcendumping einzutreten. Diese werden daher von Fall zu Fall „Besteuerungsverabredungen“ etwa über Mindeststeuern, treffen wollen. Ob dabei Unwillige in eine Verabredung gezwungen werden sollten, wie der neue deutsche Finanzminister mit der Einführung von Mehrheitsentscheidungen bei Steuerfragen fordert, hängt von der nur schwer zu beurteilenden Motivation unterschiedlicher Steuersätze ab: im Fall Irlands läßt sich für das niedrigere Steuerniveau auch ein industriepolitisches Motiv der „Abwerbung“ von Unternehmen aus Nachbarländern nicht ganz von der Hand weisen, im Fall Englands hingegen ist die niedrigere Staatsquote eher als Ausdruck einer kulturbedingt unterschiedlichen Abgrenzung zwischen staatlichen und privaten Sphären zu sehen. EU-Mehrheitsentscheidungen bei Steuerfragen würden daher im letzteren Fall einen ungerechtfertigten Eingriff in die nationale Gestaltungshoheit darstellen. Pikantes Detail: unter deutschen Steuerbeamten ist gerade das Saarland dafür bekannt, seinen geringen steuerpolitischen Gestaltungsspielraum durch eine laxen industriepolitisch motivierte Steuereintreibung auszuweiten.

c) Der tertiäre *Demos* schließlich, den ich als „altruistischen“ bezeichne, umfaßt jene Gruppe, in deren Rahmen überwiegend *freiwillige Umverteilung* stattfinden kann, bei der also eine hohe gegenseitige Solidarität vermutet werden kann. Diese motiviert sich aus Altruismus, sei es aus rein philanthropischem oder – wahrscheinlicher – im Sinne eines impliziten Versicherungsmotives. Es sind viele Abstufungen eines altruistischen *Demos* denkbar, die qualitativ eindeutigsten stellen sicherlich Familie und (danach) die Nation dar; letztere ist notwendig, aber nicht hinreichend durch gemeinsame Sprache zu definieren. Es bleibt abzuwarten, inwiefern eine fortgesetzte europäische Integration *langfristig* zur Herausbildung einer dritten Stufe beitragen kann. Aber: man sollte sich nicht von jener modischen Extrapolation der in der jüngeren Vergangenheit unter dem Stern des Ost-West-Konfliktes stehenden Integration in die Zukunft blenden lassen: dahinter steckt ein allzu mechanisches Politikverständnis.

#### ■ Idealtypische Aufgabenskizzierung

Für die Europäische Union läßt sich eine Hierarchie der von ihr wahrzunehmenden Aufgaben, angefangen beim *ökologischen Demos*, feststellen. Es sollten zunächst jene Gebiete definiert werden, in denen der EU

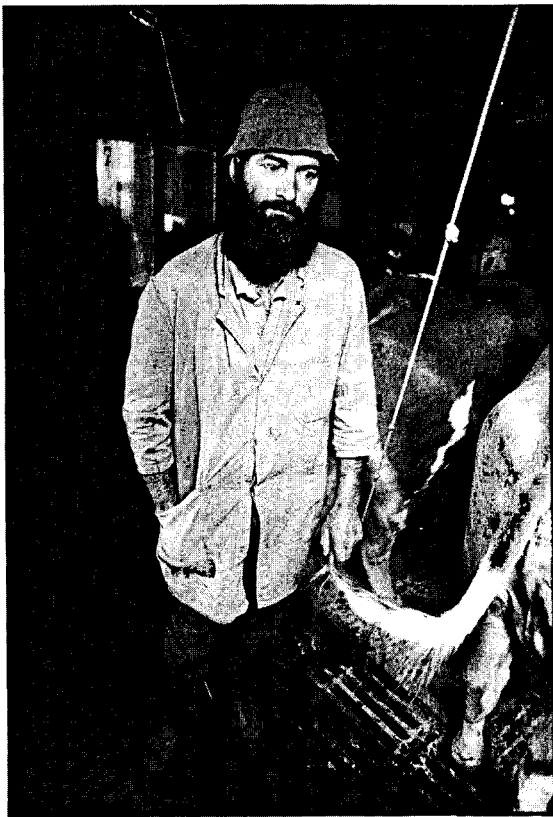


eine *treuhänderische Regelungsfunktion* im Interesse eines übergeordneten *Demos* zufällt, solange diesem eine effektive staatliche Dimension fehlt. Dies gilt insbesondere für die Klimapolitik, aber auch für alle Umwelt- und Gesundheitsfragen mit (potentiell) globalen Auswirkungen. Bisher noch zu wenig beachtet ist der globale gesundheitspolitische Regelungsbedarf, da nationale Politiken allgemeine Auswirkungen auf die Effizienz von Medikamenten, etwa Penezilin, haben können. Ferner zählen dazu bestimmte Aspekte der Außen- und Sicherheitspolitik, wobei bereits Organisationen wie die UNO, OSZE und NATO bereitstehen, die, da sie auf einer breiteren internationalen Grundlage als die EU stehen, besonders geeignet erscheinen, diese Verantwortung im Zusammenspiel untereinander zu übernehmen. Darüberhinaus hat die Union natürlich ihre *autonomen Aufgaben* wahrzunehmen und diese liegen wiederum auf umwelt- sowie – je nach Definition des relevanten Marktes – auf wettbewerbspolitischen Gebiet.

Auch die Definition des *politischen Demos* läßt eine Übertragung bestimmter Aufgaben an die Gemeinschaft als sinnvoll erscheinen, die für den Mitgliedstaaten einen europäischen Mehrwert – oder umgekehrt definiert: gleiche Zielerfüllung bei geringeren Kosten – bringen. Da sind a) die weltweiten: Eine effektive Entwicklungspolitik, der gleichzeitig wettbewerbs-, umwelt-, migrations- und sicherheitspolitische sowie altruistische Motive inhärent sind, ist gemeinschaftlich viel effektiver leistbar als nationalstaatlich. Ferner gehören dazu übergreifende Aspekte der Forschungs- und Gesundheitspolitik, etwa Impfungen. Und b) die europäischen: hierzu zählen „europäische öffentliche Güter“ wie öffentliche Verkehrs- und andere Infrastruktur von überwiegend gemeinschaftlichem Interesse, ferner die Schaffung und wettbewerbspolitische wie standardsetzende Verwaltung des gemeinsamen Marktes, sowie der im wesentlichen erst hieraus abgeleitete migrations- und asylpolitische sowie polizeiliche Handlungsbedarf; auch gemeinschaftliche Regionalpolitik erfährt ihre Rechtfertigung erst aus dem migrationspolitischen Motiv: schließlich auch der Koordination der Wirtschafts- und Steuerpolitik.

Das ökologische Potential ist in der EU noch völlig unausgeschöpft. Bild: Einweihung einer Solaranlage in Freiburg Foto: Iija C. Hendel.

EU-Problem  
Landwirtschaft:  
Von den 22 Milch-  
kühen könnte  
der Milchbauer im  
Schwarzwald nicht  
mehr leben: Vom  
Milchbauern zum  
EU-Auftragsbau-  
ern – Foto: Ilja C.  
Hendel.



Dabei fällt der jeweilige optimale *politische Demos* keineswegs unbedingt mit der Union zusammen, sondern kann weit darüber hinaus gehen. Bedarf beispielsweise die zunehmende Verschmutzung des Mittelmeeres, angefangen bei der Ägäis, einer gemeinsamen Anstrengung vieler Partner in Form einer Belastung der Verschmutzer, so könnte die „Findung“ der notwendigen Staatlichkeit dieses *ökologischen Demos* durch eine Öffnung der gemeinschaftlichen Umwelt- und Kulturprogramme, mit fortschreitender Kooperation auch das Forschungsprogramm und weiterer Tätigkeiten für die außereuropäischen Partnerländer, hier die Türkei, beschleunigt werden. Was spräche eigentlich dagegen, dieses Land ins EU-Studentenmobilitätsprogramm „Sokrates“ aufzunehmen, wenn es den Großteil der Finanzierung durch Abwassersteuern aufbrächte? Eine geographisch oder religiös motivierte Europadefinition wäre zwangsläufig willkürlich, mißbräuchlich und für Tätigkeiten, die beiderseitige Interessen der Union und der Maghrebländer oder Rußland befördern, ein sinnloses Hindernis.

Was allerdings die sozialstaatlichen Funktionen anbelangt, so stoßen wir auf einen gewissen Gegensatz zwischen „Vertiefung“ und „Erweiterung“. Wollte sich die Union auch als *altruistischer Demos* definieren, also gleichsam als Bundesstaat, sie hätte spätestens mit der Süderweiterung die maximale Ausdehnung überschritten. Schon ihre gegenwärtige soziale und kulturelle Heterogenität erfordert, soll sie bereichernd und nicht bedrohlich wirken, eine politische Mindestdistanz zwischen den Gesellschaften. Wer eine Union wünscht, die nicht am Modell des Nationalstaates orientiert ist, eine durch ihre Grenzen definierte Union ablehnt und ferner für die Einbindung der Türkei eintritt, sollte daher bei der Übertragung von in den Bereich des *altruistischen Demos* fallenden Aufgaben an die Union Zurückhaltung üben. Unbestritten bleibt allerdings, daß dies nicht die Funktionsfähigkeit des politischen Gravitationszentrums der Union infrage stellen darf.

## ■ Status Quo: Schiefelage der Unionsprioritäten

Selbstverständlich ist keine exakte Trennung zwischen den drei *Demos* möglich, ebensowenig wie es auf längere Sicht möglich ist, sie zu ignorieren. Vergleicht man die obige idealtypische Analyse mit der Realität, so muß man ein erhebliches Defizit der EU bei der Einlösung ihrer primären Aufgaben feststellen. Wer nach dem Gesagten etwa annimmt, die Union be-schäftige sich prioritär mit der Vermeidung oder Abgeltung grenzüberschreitender externer Effekte, dem *ökologischen Demos* also, sieht sich enttäuscht: die Umweltpolitik stellt nach wie vor einen der eher nebensächlichen Tätigkeitsbereiche der Union dar; umweltpolitische Lenkungssteuern sind auch nach Amsterdam nur mit Einstimmigkeit entscheidbar, eine Finanzierung der EU durch sie wird unter dem Vorwand einer „zu geringen fiskalischen Ergiebigkeit“ von vielen abgelehnt.

Anzuerkennen ist hingegen, daß das Potential der im Rahmen des politischen Demos vergemeinschaftbaren Tätigkeiten weiter ausgeschöpft ist: da alle Mitgliedstaaten vom Binnenmarkt profitieren, strukturell aber vor allem die kleineren (deren Markt sich relativ am stärksten vergrößert), die ohne Meereszugang sowie diejenigen mit vielen Nachbarn, hat sich hier die größte Dynamik entfaltet und zur Einsetzung einer funktionierende Wettbewerbsaufsicht geführt. Ferner wurden migrations- asylpolitische sowie polizeiliche Aufgaben mit Amsterdam weiter gestärkt; die Entscheidungsmechanismen bedürfen allerdings einer direkteren und effizienteren demokratischen Kontrollmöglichkeit. Auch die gemeinschaftliche Forschungs- wie Entwicklungspolitik stellen ausbaufähige Ansätze dar. Auch wenn die außenpolitische Integration noch weit von der Einlösung ihres Potentials entfernt ist, gilt es gleichwohl – unter Anrechnung der Tatsache, daß es sich hier um einen national und kulturell besonders sensiblen Politikbereich handelt – eine positive Tendenz anzuerkennen.

Auf der anderen Seite allerdings nimmt die EU verschiedene Aufgaben wahr, die sich nur im Rahmen eines *altruistischen Demos*, der die Solidarbereitschaft auf der europäischen Ebene eben gegenwärtig politisch noch überfordert, vertreten lassen. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), die fast die Hälfte des Unionshaushaltes zugunsten eines einzelnen Wirtschaftszweiges absorbiert, weist außer ihren umwelt- gesundheits- und wettbewerbspolitischen Aspekten, die aber kaum zwingende budgetäre Auswirkungen haben, keinen eigentlichen gemeinschaftlichen Mehrwert im Rahmen der *ökologischen* oder *politischen Demoi* auf. Die mit der GAP einhergehenden Umverteilungseffekte nicht nur zwischen reicheren und ärmeren, sondern auch zwischen den reicheren Mitgliedstaaten erwecken dementsprechend Unmut.

Auch der Schluß von Arbeitslosigkeit als einem heute beinahe gemeinschaftsweiten auf ein *gemeinschaftliches* Problem ist verfehlt. Die Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liegen nach wie vor bei den Mitgliedstaaten. Gegenseitiges voneinander Lernen sollte natürlich gefördert werden – vorausgesetzt Arbeitslosigkeit hätte überall dieselben Ursachen. Die Union sollte jedoch vor jenen auf der Hut sein, die ihr aus eigener Ratlosigkeit – oder aus Aktionismus – diesen schwarzen Peter zuschieben wollen. Es gilt: Die poli-



tisch ehrlicheren und daher erfolgreicheren Mitgliedstaaten dürfen nicht für die Versäumnisse der anderen bestraft werden, Holland und England nicht in eine willkürliche Solidarität mit Deutschland gezwungen werden.

Die Einführung der Währungsunion, ein dem politischen Demos zuzuordnendes

Projekt, von dem alle Teilnehmerstaaten – anfänglich, durch die Übernahme der Tradition der Bundesbank, vor allem allerdings Italien, Spanien, Portugal, Irland und Finnland – profitieren, könnte bei unglücklichem Verlauf das aufgezeigte Integrationsungleichgewicht zwischen den verschiedenen Politikfeldern noch verstärken. Sollten nämlich nach der Einführung des Euro asymmetrische Schocks auftreten, müssen diese zukünftig allein durch nominale Anpassungen der Faktorpreise, also auch der Löhne und Gehälter ausgeglichen werden, da die Möglichkeit zur politisch „sanfteren“ Anpassung durch Abwertung nunmehr entfällt. Insofern aber einzelne Mitgliedstaaten diese politische schwierige Leistung nicht oder unzureichend bewältigen, könnte sich bei hoher Arbeitslosigkeit die Erwartung massiver Finanztransfers durch die anderen Mitgliedstaaten aufbauen, wie dies im EP schon jetzt verschiedentlich angeklungen ist. Die Bereitschaft dazu sollte aber nicht überschätzt werden. Verantwortungsvolle Europäer müssen die weitverbreitete Angst vieler vor zu weitgehender Integration berücksichtigen, um die Steuerung des politischen Prozesses nicht an Populisten aus der Hand zu geben. Andere verteilungsrelevante Aspekte der Währungsunion wie die künftige Zinspolitik werden ohnehin noch gemeinschaftliches Solidarempfinden auf die Probe stellen.

### Maß halten!

Auch wäre eine Überschätzung des Toleranzbandes der innergemeinschaftlichen Solidarität durch Überdehnung des *altruistischen Demos* ein Fehler, der sich eben nicht zu gegebener Zeit einfach korrigieren ließe: denn erstens bedeutet die Konzentration der politischen Energie auf ein letztlich vergebliches Unterfangen die Vernachlässigung anderer, prioritärer Ziele sowie die der Solidarleistungen mit den wirklich Hilfsbedürftigen, bspw. in den Entwicklungsländern; und zweitens gibt es keinen „geordneten Rückzug“ von einem, in einem Integrationsbereich als zu hoch empfundenen Integrationsniveau auf ein anderes, jedenfalls ist das nur schwer denkbar. Wahrscheinlicher wäre ein Szenario, in dem eine einmal in Rollen gekommene Rückwärtsbewegung auch die zentraleren gemeinschaftlichen Errungenschaften beschädigen, vielleicht zerstören würde.

Würde sich aber die Union weniger über „Solidarität“ als über wohlverstandene gemeinsame Interessen und Prinzipien definieren, sie würde auch leichter auf äußere Abgrenzung verzichten können, wie sie durch die Beschwörung einer „Verteidigungsidentität“ oder durch psychologisch ähnlich gelagerte und in sich widersprüchliche Bestrebungen nach einer „kulturellen Definition“ Europas zum Ausdruck kommt: Eine Abgrenzung nach außen würde mittelfristig das Prinzip der Integration innerhalb der Union untergraben.



### Epilog

Wie also könnte sich der *ökologische Demos* auf europäischer Ebene institutionell manifestieren? Es ist klar, daß das einzige unmittelbar demokratisch legitimierte Organ der Union, das Europäische Parlament, eine größere Rolle dabei zu spielen hat.

Aber Achtung: Demokratie benötigt ein Mindestmaß an Interessenhomogenität. Bei einer einfachen Kopie parlamentarischer Demokratie durch die europäische Ebene bestünde daher die Gefahr, daß nationale oder Nord-Süd Gegensätze parteiprogrammatische Interessen überlagern und einzelne Mitgliedstaaten strukturell in die Opposition gedrängt würden. Bisher umgeht das EP dieses Dilemma durch Nichtbefassung: Dies wurde in den letzten Wochen erneut deutlich, als sich das EP zwar als fähig erwies, trotz nationalistischer Zwischentöne seine Kontrollfunktion gegenüber der Kommission wahrzunehmen, andererseits aber nicht in der Lage war, einen konstruktiven Beitrag zur Lösung unpopulärer Fragen wie der Reformen im Rahmen der Agenda 2000 oder gar ihrer Finanzierung zu leisten. Insbesondere zeigte sich, daß ein Parlament ohne Zugang zur Exekutive über keinerlei Anreize verfügt, zuvörderst europäische Interessen durchzusetzen und daher von nationaler Parteidisziplin dominiert wird. Durch eine ausgeweitete, aber begrenzte Mitsprache des EP bei der Bestimmung der EU-Kommission könnte ein individueller Anreiz für MEPs in den politischen Prozeß, gleichsam als Stabilisator, einzugreifen, eingebaut werden: Denkbar wäre eine Direktwahl der für überwiegend dem *ökologischen Demos*, also insbesondere Umwelt, zuzuordnenden Kommissarposten durch das EP aber auch eine größere Verantwortung für die administrativen Kernfunktionen Haushalt und Finanzen, Personal, Verwaltung und Kommunikation sowie schließlich Finanzkontrolle.

1 Die Gemeinsame Agrarpolitik mit ihrer Kombination von Preisgarantien und Lagerhaltung, Einkommensförderung und Ausfuhrbeihilfen wird unterschiedlich begründet. Ein Argument ist die saisonale Unterschiedlichkeit von Ernten und Preisen, ein anderes die angebliche Notwendigkeit der Selbstversorgung mit Lebensmitteln. Das dritte und häufigste Argument bezieht sich auf die „kulturelle Notwendigkeit“ der Erhaltung von Kulturlandschaft, an deren Anblick wir uns gewöhnt haben. Zum ersten Argument ist zu bemerken, daß jede Industrie im Lauf der Jahre Höhen und Tiefen erlebt und daß die normale Reaktion darauf die Bildung von Reserven ist. Auch könnten genossenschaftliche Versicherungen die Einkommensverläufe verstetigen. Das zweite Argument einer notwendigen Selbstversorgung war in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg ein wichtiges. Allerdings müßte eine auf Selbstversorgung ausgerichtete Politik bestimmte Grundnahrungsmittel wie Kartoffeln (für die jedoch keine gemeinschaftlichen Subventionen gezahlt werden), bevorzugt fördern, keineswegs jedoch tierische Produkte, da ihr „Ernährungsmehrwert“ aufgrund der langen Nahrungskette nur einen Bruchteil desjenigen pflanzlicher Produkte beträgt. Auch das wichtige Argument der geneti-

schen Vielfalt dient sowohl der Wahrung saisonaler Kontinuität (Minderung des Seuchenrisikos) als auch der langfristigen Selbstversorgung; es findet jedoch im Haushaltsplan der Gemeinschaft gegenwärtig fast keine Beachtung. Seine verstärkte Berücksichtigung ließe sich im übrigen eher durch Vorschriften als durch massive Subventionen herstellen. Und schließlich, wie steht es mit der „Kulturlandschaft“? Kultur ist eine Frage der Gewöhnung, und weshalb sollten wir uns nicht an wilde Wiesen und Wälder anstelle von Weideflächen und Kornfeldern gewöhnen können? Die Entscheidung über den Grad und die Mittel der Konservierung oder Konvertierung sollte gemäß dem Betroffenenprinzip (kurz: Bürgernähe) bei der regionalen Bevölkerung liegen. Der Genuß der „Kulturlandschaft“ könnte mit einer lokalen „Kuh-Steuer“ für Touristen und Einkommensbeihilfen für „Bauern/Züchter“ internalisiert werden. Bei den sozialpolitischen Aspekten der Agrarpolitik handelt es sich ferner um eine typischerweise nationale Aufgabe. Eine nationale Beihilfenpolitik müßte allerdings durch eine europäische Wettbewerbsaufsicht überwacht werden um preis- oder mengenverzerrende Elemente zu kontrollieren.

# Grenzen des Gewissens

Eine Nachbemerkung zu Martin Walsers  
„Banalität des Guten“



Eichmann in Jerusalem

*Zu Walsers Rede ist viel geschrieben und gesagt worden, so viel, daß man meinen könnte, es sei nun genug. Allein aus den Feuilletonbeiträgen der großen Tageszeitungen ließe sich mittlerweile ein dickes Buch zusammenstellen. Um so erstaunlicher, daß in der Debatte, soweit ich sie überschauete, nahezu jede Auseinandersetzung mit einem nicht gerade marginalen Aspekt, nämlich der Überschrift und Zentralthese Walsers von der „Banalität des Guten“ fehlt. Lediglich Paul Scheffer, ein holländischer Autor, verwies in der FAZ kurz darauf, daß sich Walser mit derselben Formulierung bereits vor zehn Jahren gegen den Entrostungssturm gewandt habe, den damals die Jenninger-Rede zum 50. Jahrestag der „Reichskristallnacht“ ausgelöst hatte.*

Selbstverständlich versteht jeder, der sich auch nur oberflächlich mit der Geschichte der öffentlichen Diskussionen zum Völkermord der Nationalsozialisten beschäftigt hat, die Anspielung auf Arendts „Banalität des Bösen“ den Untertitel ihres Berichts über den Eichmann-Prozeß in Jerusalem. Hannah Arendt löste damals, nicht zuletzt wegen ihrer im Titel verdichteten These zur Erklärung der Nazi-Verbrechen, einen ungeheuren Skandal aus. Walser seinerseits vergleicht nun mit dem Hinweis auf eine „Banalität des Guten“ eine Geisteshaltung, die Eichmanns Beteiligung am Jahrhundertverbrechen des Holocaust erklären soll, mit derjenigen der von ihm angegriffenen Intellektuellen. Das ist ein starkes Stück. Wen Walser

meinte, war auch ohne Namensnennung klar: Jürgen Habermas, Günther Grass und Helmut Karasek werden im Text unmißverständlich angesprochen. Was er meinte, blieb undiskutiert. Statt dessen stellte die frühe Intervention von Klaus Harpprecht in der *Zeit* und darauf dann, mit sehr viel mehr Wirkung, die von Ignaz Bubis die Auseinandersetzung aufs Gleis der Schlußstrich- bzw. Normalisierungsdebatten, die seit den sechziger Jahren periodisch die Öffentlichkeit der Bundesrepublik bewegen. Ich will jetzt nicht diskutieren, ob Walsers Rede dafür ausreichend Anlaß bot oder aber interessiert mißverstanden wurde. Dieses Thema beherrschte lange genug die Feuilletons. Unbeantwortet blieb jedoch die Provokation der intellektuellen Wächter über einen korrekten Umgang mit der deutschen Vergangenheit. Ohne allzuviel Bosheit darf man dahinter wohl eine Vermeidungsstrategie vermuten.

**EICHMANNS BOSHEIT** Aber zunächst einmal ist zu klären, was Arendt eigentlich mit der „Banalität des Bösen“ meinte. Als sie Eichmann zum ersten Mal im Gerichtssaal in Jerusalem sah, war sie von ihm zutiefst überrascht. An ihren Mann schrieb sie, er wirke „nicht einmal unheimlich“ geschweige denn wie das Ungeheuer, als den ihn die Anklage zu charakterisieren versuchte.

Diese Bläßheit und Durchschnittlichkeit Eichmanns bezeichnet jedoch lediglich eine erste, oberflächliche Bedeutung der Banalität. Davon ausgehend und weiter bestätigt durch die gerichtliche Rekonstruktion der „Karriere“ Eichmanns rückte Arendt von ihrer früheren, in „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ entwickelten These vom radikal Bösen ab. In Eichmann konnte sie nicht den ideologischen Fanatiker sehen, der rücksichtslos die „objektiven“ Ziele seiner Bewegung verwirklicht. Arendt beunruhigte an ihm, „daß er war wie viele, und daß diese vielen weder pervers noch sadistisch, sondern erschreckend normal waren und sind“<sup>2</sup>

Zum Organisator eines „Verwaltungsmassenmordes“ und damit böse in einem bis dahin unbekanntem Sinn, wurde er in den Augen Arendts aufgrund eines Mangels, nämlich seiner Unfähigkeit zu urteilen, d.h. die Position anderer einzunehmen und sich die Folgen seines Handelns vorzustellen. In Konformität mit den Normen seiner Umgebung, die an erster Stelle Befehlsgehorsam forderten, war er unfähig, Unrechtsbewußtsein zu entwickeln.<sup>3</sup>

Ob Arendt Eichmann damit als Prototyp des modernen Schreibtischtäters richtig charakterisierte oder aber seiner Selbstrechtfertigung vor Gericht aufsaß, ist bis heute umstritten.

## „Wir waren wie Vieh“

In seinem 1985 erschienenen Buch *Fremdarbeiter*, der ersten grundlegenden und differenzierten Studie über den Einsatz ausländischer Zivilarbeiter und Kriegsgefangener in der Kriegswirtschaft des Dritten Reichs, hatte der Historiker Ulrich Herbert als Forschungsdesiderat die stärkere Einbeziehung der Erfahrungen der Betroffenen selbst erwähnt. Unter den Arbeiten, die diesen Mangel zu beheben suchen, bevor es zu spät ist, weckt ein Buch besonderes Interesse, das, wie das von Tamara Frankenger, ehemaligen sowjetischen Zwangsarbeiterinnen, den damals sogenannten „Ostarbeiterinnen“ gewidmet ist. Gerade die im Durchschnitt ca. 20-jährigen „Ostarbeiterinnen“ waren bei den industriellen Unternehmen seit 1943 begehrte Arbeitskräfte, denn ihre Arbeitsleistungen waren auffallend gut, ihre Löhne besonders niedrig, die Schutzbestimmungen der deutschen Sozialgesetze galten für sie nicht, und im Unterschied zu ihren männlichen Kollegen standen sie im Ruf, besonders leicht lenkbar zu sein. Im Herbst 1944 waren unter den Zwangsarbeitern im Gebiet des Deutschen Reichs mehr als 1,1

Millionen Mädchen und Frauen aus der Sowjetunion.

Das Fundament der Untersuchung Frankenger bildet die Analyse zweier lebensgeschichtlicher Interviews mit Zwangsarbeiterinnen, die nach Kriegsende nicht in die Sowjetunion zurückkehrten und zum Zeitpunkt der Interviews in Westdeutschland lebten, wo nur die Heirat mit deutschen Männern sie vor Altersarmut bewahrte. In diesem Umstand kündigt sich so gleich etwas von der mehrfachen Diskriminierung der „Ostarbeiterinnen“ an. Als Sowjetbürgerinnen waren sie von deutscher Seite rassistisch, und als Personen, die dem Feind zur Verfügung gestanden hatten, waren sie von sowjetischer Seite als Kollaborateurinnen diskriminiert. Als Frauen waren sie von deutscher wie sowjetischer Seite zusätzlich sexistisch diskriminiert.

Die Bedingungen, unter denen die zunächst auch mit Versprechungen gelockten, bald nur noch mit Zwang und Terror rekrutierten Frauen und Männer ins Reich transportiert wurden, hatten große Ähnlichkeit mit denen der Menschentransporte in die Konzentrationslager. „Kann man nicht alles

beschreiben ... wir waren wie Vieh“, zitiert die Autorin den so und ähnlich vielfach wiederkehrenden Vergleich, mit dem die interviewten Frauen gleichsam ratlos wie ungläubig auszudrücken suchen, was ihnen widerfuhr.

Nach einer kurzen Zeit auf einem Bauernhof und dann als Dienstmädchen im Haushalt eines Fabrikdirektors mußte Aleksandra B. (geb. 1924) in einer Schleiferei für die Rüstungsproduktion arbeiten. Das bedeutete, 12 Stunden lang schutzlos Metallstäube einzuatmen. Tanja C. (geb. 1925), die zunächst im Übertage-Betrieb an der Kohlsortieranlage einer Zeche arbeitete, wurde später unter Tage eingesetzt. Ohne Essen und Trinken mußte sie ihren 12stündigen Arbeitstag in 900 Meter Tiefe beginnen. Die Unterbringung im Lager, der Einsatz bei Arbeiten, die Deutschen nicht zugemutet wurden, eine Stellung stets deutlich unter allem, was deutsch war, die Stigmatisierung durch das „OST“ auf der Kleidung, eine Entlohnung, die jeder Vorstellung von Arbeitslohn hohn sprach, die prinzipielle rassistische Einstufung als Krankheitsträger und Ansteckungsherd –

**WALSER UND DAS RECHTFERTIGUNGSPROBLEM DER DEUTSCHEN** Wenn wir nun zu Walsers Auseinandersetzung mit der, wie er es nennt, „unaufhörlichen Präsentation unserer Schande“ zurückkehren, so fällt auf, daß er sich nicht einfach gegen die politische Instrumentalisierung von Auschwitz wendet, sondern, in einer stark mit religiösen Begriffen durchsetzten Sprache, die Veräußerlichung des Bezugs auf die von Deutschen begangenen Verbrechen beklagt. Er spricht von „Ritualisierung“ und „Pflichtübung“ von „Moralkeule“ und „Lippengebet“. Im Gespräch mit Ignaz Bubis ergänzt er den letztgenannten Begriff mit der Bemerkung: „Wenn man wie ich mit der katholischen Kirche aufgewachsen ist, dann weiß man, wovon man spricht“ (FAZ, 14.12.1998).

Walsers gesamte Rede kreist um das Thema der Rechtfertigung. Daher die Rhetorik der Selbsterforschung, die skrupulöse Prüfung heimlicher Gedanken, Sätze wie: „Ich merke, daß ich versuche, die Vorhaltung unserer Schande auf Motive hin abzuklopfen...“ Daher aber auch die Verve seines Angriffs auf diejenigen, die ihm zufolge versuchen, durch Vorhaltungen gegen andere sich selbst zu rechtfertigen und dabei der Illusion verfallen, „...für einen Augenblick sogar näher bei den Opfern als bei den Tätern (zu sein)“

Dagegen stellt Walser das Gewissen, mit dem jeder allein sei. Man könnte sagen: Der Katholik Walser will der Ausein-

andersetzung mit der deutschen Vergangenheit eine protestantische Wende geben. Dazu paßt seine tiefe Abneigung gegen „Leute, die sich für das Gewissen von anderen verantwortlich fühlen“ die, gewissermaßen in der Rolle von Priestern, andere verurteilen oder freisprechen und allein dadurch die Seite der Beschuldigten zu verlassen glauben.

Letzteres weist Walser von sich. Seine Identifikation mit dem „Volk der Täter“ hat Joscha Schmierer in der letzten *Kommune* kritisiert und dagegen gefordert, staatsbürgerliche und völkische Identität zu unterscheiden und statt von der Schuld des Tätervolks von der politischen Verantwortung für die Verbrechen des deutschen Reiches zu sprechen. Ich bezweifle, daß sich dies so einfach bewerkstelligen läßt. Solange das Argument für eine klare Trennung zwischen politischer und ethnisch-kultureller Identität sich auf Auschwitz bezieht, bemüht es, was es überwinden will, nämlich eine den Verfassungsprinzipien vorausgehende Identität der Deutschen. Eine Klärung dieses Punktes würde es nun allerdings erforderlich machen, die Konzeption eines Verfassungspatriotismus zu diskutieren, wie sie etwa Habermas vertritt.

In bezug auf Walsers Rede scheint mir wichtiger, daß dieses Argument die quasi religiöse, metapolitische Dimension des Themas ignoriert. Walsers Beunruhigung, ebenso wie die von ihm ins Spiel gebrachte Perspektive des individuellen Ge-

wissens, rührt her vom Gespür für diese religiöse Dimension des Problems und ihre Verquickung mit der deutschen Nation. Wenn Walser sagt, „Ein gutes Gewissen ist keins. Mit seinem Gewissen ist jeder allein“ so bezieht er sich nicht nur auf die Siebzigerjährigen, die allenfalls noch Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg bewußt erlebten. Er meint allgemeiner den Umgang mit den von Deutschen begangenen Verbrechen.

Tatsächlich ist die Völkermordpolitik der Nationalsozialisten und insbesondere die Vernichtung der europäischen Juden zu einer Art negativer Zivilreligion der westlichen Welt geworden. Alles zu tun, damit sich derartige Verbrechen, die Verkörperung des Bösen schlechthin, nicht wiederholen können, steht als Maxime über innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen und internationaler Politik. In Deutschland bildet es, vermittelt über das Verfassungsverständnis, eine Grundlage des politischen Gemeinwesens. Das läßt sich zum einen als historischer Lernprozeß verstehen und begrüßen. Zum anderen aber ermöglicht es die metapolitische Moralisierung öffentlicher Streitpunkte. An nichts lassen sich Gut und Böse auch nur annähernd so leicht und wirkungsvoll scheiden wie am Bezug auf Auschwitz als Synonym dieser Verbrechen.

Wenn ich Walser richtig verstehe, so hat er damit zwei Probleme: Das erste betrifft die Identifikation des absolut Bö-

alles rückte die Situation sowjetischer Zwangsarbeitskräfte in die Nähe der Situation von Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen.

Wie für so viele Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes war auch für Aleksandra B. und Tanja C. die Befreiung nicht der Beginn eines Lebens ohne Bedrohungen und Diskriminierungen. Sie bedeutete im Fall der sowjetischen Zwangsarbeiterinnen Angst etwa vor den „eigenen“ Soldaten, vor dem stalinistischen System, das entführte sowjetische Mädchen und Frauen prinzipiell der Kollaboration verdächtigte; Angst vor der Zwangsrepatriierung; Angst davor, aufs neue ein soziales Netzwerk finden zu müssen. Hätte Tanja C. versucht, in ihr Dorf in der Ukraine zurückzukehren, sie hätte es nicht mehr gefunden. Es war wie so viele von der deutschen Besatzung zerstört worden.

Tamara Frankenbergers Buch, eine Dissertation, ist nicht frei von demonstrativer wissenschaftlicher Zurüstung. Die Zerlegung der passagenweise zitierten lebensgeschichtlichen Interviews und ihrer Interpretation in sechs Themenkomplexe, wie „Soziale Herkunft und Entwurzelung“, „(Aus-)Bildung und Beruf“, „Antinatalismus und sexuelle Gewalt“, macht die Lebensgeschichten und ihre Verzahnung mit der Ge-

schichte unübersichtlich. Gleichzeitig sind die Wiedergabe und die Interpretation der in gebrochenem Deutsch erzählten Erinnerungen ein Beweis großer Empathie und macht die Fülle eindringlicher und in aufschlußreicher Weise im historisch-politischen Kontext gesehener Details das Buch zu einer wichtigen und unbedingt empfehlenswerten Lektüre. „Es ist beschämend und beeindruckend“ so Frankenberger, „daß ... ehemalige Zwangsarbeiterinnen wie Aleksandra B. und Tanja C. – gegen die sich der Mechanismus (rassistischer Ausgrenzung) richtete – von nichtverfolgten Deutschen während des Nationalsozialismus differenziert erzählen und sich damit eine schwere Erinnerungsarbeit aufbürden.“ Bis heute sind sie vom deutschen Staat nicht als rassistisch Verfolgte anerkannt und können gegenüber ihren Arbeitgebern von damals weder Entschädigungsforderungen noch Lohnnachzahlungen geltend machen.

Rolf Wiggershaus

Tamara Frankenberger, *Wir waren wie Vieh. Lebensgeschichtliche Erinnerungen ehemaliger sowjetischer Zwangsarbeiterinnen*, Münster (Verlag Westfälisches Dampfboot) 1997 (277 S., 44,00 DM)

sen mit dem deutschen Volk. Daraus sein Bedürfnis nach Anerkennung der Deutschen als normales Volk und als gewöhnliche Gesellschaft. Daraus erklärt sich wohl aber auch sein literarisches Bemühen um eine Erinnerung, die andere Perspektiven zu Wort kommen läßt und damit die Einordnung der Individuen in eine totalisierende moralische Dichotomie durchbricht.

Das zweite ist die bereits erwähnte Veräußerlichung einer solchen Scheidung von Gut und Böse in Ritualisierung und öffentlichen Sprachgebrauch, die den Entlastung verspricht, die sich auf die richtige Seite stellen, zugleich jedoch den anderen mit der denkbar größten moralischen Verdammung droht. Dabei versteht sich, daß die eine Seite die andere braucht, und es versteht sich darüber hinaus auch, daß die psychischen Bedürfnisse nach einer solchen Scheidung und ihren Entlastungsmöglichkeiten nirgends so groß sind wie in Deutschland. Hätte es noch eines veranschaulichenden Beispiels dafür bedurft, wie das Überschreiten der gezogenen Linie, die Tatsache der Transgression als solcher, den Mechanismus moralischer Scheidung in Gang setzt, so lieferten sie einige der Reaktionen auf Walsers Rede. Wo es um eine derart basale Unterscheidung geht, scheint jede Differenzierung fehl am Platz. Wie bei der Verteidigung religiöser oder ideologischer Weltbilder muß die Abweichung als solche bekämpft werden,

weil sie, unabhängig von jeder subjektiven Absicht, dem Unglauben, dem Verrat oder dem Bösen Tür und Tor öffnet. Insofern war Bubis Vorwurf der moralischen Brandstiftung konsequent, auch wenn er an Wortlaut und Charakter des Textes vorbeiging.

**DIE GRENZEN DES GEWISSENS** Zu Walsers Anspielung auf Arendts Eichmann-Buch zurückkehrend, läßt sich die Gemeinsamkeit zwischen der „Banalität des Bösen“ und der „Banalität des Guten“ als ein normkonformes Verhalten bestimmen, das mechanische Selbstrechtfertigung an die Stelle eines Urteils setzt, in dem sich die moralische Autonomie des Individuums allererst zu bewähren hätte. Letzteres meint Walser, so vermute ich, wenn er das Gewissen des einzelnen ins Spiel bringt. Demgegenüber wies Wolfram Schütte in der Frankfurter Rundschau darauf hin, daß Walser die notwendige öffentliche Dimension einer Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen außer acht lasse. In der Tat hätte Walser dazu bei Arendt nachlesen können, wie sehr das Gewissen, „mit dem jeder allein ist“ in die Irre führen kann. Generell hielt sie von ihm als Richtschnur des Handelns wenig, und zwar deshalb, weil das Gewissen selbstreflexiv bleibt, und es nicht vermag, die eigene Person und ihre Handlungen in Relation zu anderen zu setzen. Zur Empörung vieler ihrer Leser gestand sie Eichmann gar ein durchaus funktionie-

rendes Gewissen zu. Nur, daß ihn sein Gewissen eben zur kompromißlosen Verneinung seiner Aufgaben trieb, und er sich damit rechtfertigte, gegen Neigung oder Gefühl stets der Pflicht gefolgt zu sein.<sup>4</sup>

Aus dieser Perversion läßt sich lernen, daß es zum moralischen Urteil über die selbstreflexive Dimension des Gewissens hinaus der Fähigkeit bedarf, aus der Sicht anderer zu denken. Das Gewissen ist auf Übereinstimmung mit sich selbst gerichtet. Das Urteil dagegen kann, wie es bei Arendt heißt, „ohne die Präsenz von anderen, an deren Stelle es ja gilt mitzudenken, nicht funktionieren ... Was die Präsenz des Selbst für die formale Widerspruchslöslichkeit der Logik und die nicht weniger formale Widerspruchslöslichkeit der Gewissensethik ist, ist die Präsenz der anderen für das Urteilen.“<sup>5</sup>

Eine Ironie der Debatte, die Walser im Namen des individuellen Gewissens auslöste, liegt darin, dies bestätigt zu haben. Negativ zeigte sich, wie sehr Walser in seinen Betrachtungen auf das kollektive „Wir“ der Deutschen beschränkt blieb. Noch im Gespräch mit Bubis scheint es ihm unmöglich, die Perspektive seines Gegenübers einzunehmen und die Wirkung seiner Rede auf die Opfer des Nationalsozialismus nachzuvollziehen. Grundsätzlicher aber erwies sich, daß es Debatten wie dieser bedarf, um die mechanische Moralisation des öffentlichen Lebens zu durchbrechen. Dabei konnte man erfahren, daß Urteilsfähigkeit weder aus der Einhaltung von Konventionen noch aus der Gewissensethik, sondern aus der dialogischen Beziehung auf andere erwächst. In diesem Sinn wirkte die Debatte tatsächlich befreiend. ■

1 Dazu ausführlich: Elisabeth Young-Bruehl: *For the Love of the World*, Binghamton, NY 1982, S. 329.

2 Hannah Arendt: *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*, Leipzig 1990 (München 1964), S. 425.

3 So bemerkt Arendt an einer von vielen ähnlichen Stellen seine „nahezu totale Unfähigkeit, jemals eine Sache vom Gesichtspunkt des anderen her zu sehen“ (ebd., S. 129). Statt dessen häufte er Redensart auf Redensart, war er unfähig, „einen einzigen Satz zu sagen, der kein Klischee war“ (ebd., S. 130).

4 Vgl. etwa Hannah Arendt: *Eichmann in Jerusalem*, a.a.O., S. 247, 258.

5 Hannah Arendt, *Kultur und Politik*, in: *Merkur* 12 (130), Dez. 1958, S. 1142.

**F**ranz Kafka beschäftigte sich in einer Erzählung einmal mit der Thematik des Vergessens und Müde Werdens und zudem mit dem Fortschreiten des Erzählens als Erinnerungsarbeit. In seiner 1918 entstandenen Erzählung „Prometheus“ weiß er zu berichten, daß von dem Diebe des göttlichen Feuers angeblich vier Mythen existierten: Im ersten folgt die Geschichte in etwa dem Ablauf, der schon von Aischylos überliefert ist. Prometheus wird für seine Schuld an den Kaukasus geschmiedet, wo die Geier an seine stets nachwachsende Leber pikken. Im zweiten drückt sich Prometheus vor Schmerz tief in den Felsen, bis er eins mit diesem wird. Der dritte zeichnet sich durch das fortschreitende Vergessen der Schuld des Titans seitens aller Beteiligten aus, während im vierten Götter, Geier und Prometheus der vergessenen Angelegenheit müde werden und zum Schluß nichts zurückbleibt als das unerklärliche Felsgebirge. Die einstmals lebhafteste Erinnerung an eine der bekanntesten Schuld-und-Sühne Thematiken der Literaturgeschichte mündet bei Kafka somit letztlich in einer anorganischen Felsstruktur; in einem Zeichen, in welchem die Erzählung unwiederbringlich aufgegangen ist und welches von dieser nichts mehr zu berichten weiß.

Denkt man dieser Tage an die Debatte über die Erinnerung an Auschwitz und an das geplante Mahnmal in Berlin, so erkennt man die verblüffenden Parallelen zwischen der Kafkaschen Erzählung und der Intellektuellenposse, die nun seit Wochen auf den Spielplänen der deutschsprachigen Feuilletons steht.

**M**an möge sich erinnern: Die Auseinandersetzung über die Darstellung von Auschwitz, ja über die Erinnerung an die Shoah generell, hat in der Bundesrepublik eine weitläufige Vorgeschichte. Schon in den frühen fünfziger Jahren begann unter den für sachverständig erklärten Gelehrten, ausgelöst von dem Ausspruch Theodor W Adornos, daß es barbarisch sei, nach Auschwitz noch Gedichte zu schreiben, eine seitdem nicht enden wollende Debatte. Die Frage stand zur Beantwortung, ob es überhaupt möglich

sei, sich in künstlerischer Form mit dem Holocaust auseinanderzusetzen, ja, ob die kontemplative Haltung des Künstlers zur Welt nicht fortan generell zu verurteilen sei. Adorno hatte mit seiner „Gesetzestafel“ wie Günter Grass das Diktum des Frankfurter Philosophen einmal genannt hatte, die Weichen für die beginnende Sprachfindung für den vom Logos stets unerklärlich bleibenden Massenmord unabänderlich gestellt. „Weil jedoch die Welt den eigenen Untergang überlebt hat“ so schrieb er 1962, „bedarf sie gleichwohl der Kunst als ihrer bewußtlo-

so intensiv an der Leber des Volkskörpers, daß dieser den Schmerz und die Schuld nicht länger ertragen mochte („Die, die mit solchen Sätzen auftreten, wollen uns weh tun, weil sie finden, wir haben das verdient“ so etwa der erwähnte Erzähler). In den neueren Erzählungen schließlich scheint man der „Schande“ müde geworden zu sein. Das, was man einstmals realistisch und dokumentarisch erinnern wollte, verliert immer mehr von seinen eigentlichen Inhalten. Das historische Geschehen, wie unbeschreiblich es auch von jeher gewesen sein mag, wird immer mehr aus den Erzählungen herausfiltriert; so lange, bis ein Konzentrationslager selbst als Bühnenbild für eine Posse und Clownerie herhalten kann, wie jüngst in Roberto Benignis Film „La vita e bella“

„Blieb das unerklärliche Felsgebirge“ so heißt es gegen Ende der Erzählung Kafkas, und was in bezug auf Prometheus der Kaukasus, daß sind im Kontext des Erinnerns an Auschwitz – sollte sich der von vielen nach wie vor favorisierte Entwurf Peter Eisenmanns durchsetzen – 4000 große, unterschiedlich hohe Betonkörper, die einmal wortlos im Zentrum Berlins stehen sollen. In beiden Fällen mündet der Endpunkt der Erzählung im anorganischen Schweigen, in überdimensionalen Signifikanten, aus denen schon längst das Zu-Bezeichnende herausgearbeitet worden ist. Erst dann wird die einstmals lebhafteste Erinnerung an das, was in Auschwitz geschah und was, wie noch kürzlich der Schriftsteller Doron Rabinovici feststellte, mit Worten einfach nicht darstellbar ist, in einem fußballfeld-

großen Gedächtnisraum seine letzte starre Form finden. Im Fortschreiten des Erzählens wäre aus dem Inhalt ohne Zeichen ein Zeichen ohne Inhalt geworden; ein Memorandum, in welchem kein Memorandum mehr auffindbar zu sein scheint. Die Erzählung von der „unvergänglichen Schande“ wäre somit und das müßte Herrn Walser eigentlich freuen – an ihren Endpunkt gelangt.

Was aber, wenn es doch noch etwas zu erzählen gäbe? Wenn die „Dauerpräsentation unserer Schande“ die dem besagten Erzähler in den letzten zehn Jahren aufgefallen ist, lediglich Ausdruck der Bereitschaft zur Erinnerung ist? Zu einer Erinnerung, die endlich frei ist von diskurslähmenden Erregtheiten, und die den Weg ebnen kann zu jenem „normalen Volk“ bei dessen Nennung nicht stets Christopher Brownings „Ganz normale Männer“ als Oberton im Raume mit-schwingen.

Ralf Hanselle

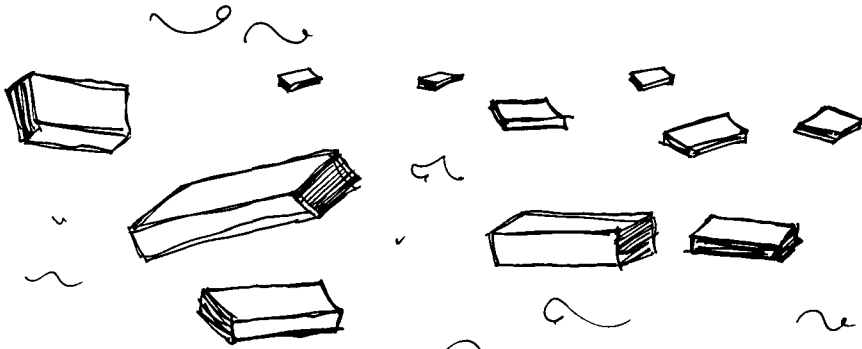
## Das Dilemma der Zeichensetzung



Martin Walser, Franz Kafka und das Vergessen

sen Geschichtsschreibung. Die authentischen Künstler der Gegenwart sind die, in deren Werken das äußerste Grauen nachzittert“ Schreiben über Auschwitz hieß somit, fortan einen letztlich unerfüllbaren Realismus in die Literatur einfließen zu lassen, hieß, das Grauen nicht zu ästhetisieren oder zu verklären und dennoch nicht zu schweigen über das, worüber man eigentlich nicht reden konnte. Denn das Trauma Auschwitz durfte nicht länger mehr ein Inhalt ohne Zeichensetzung bleiben. Wollte man weiterleben nach dem Untergang der Welt, so mußte die Sprache noch einmal ihre ursprünglichste Funktion bekommen: das Ordnen der angsteinflößenden Wirklichkeit. Denn hiernin liegt die eigentliche Macht der Erzählung: Sie formt aus der Synchronie der lähmenden Bilder einen erklärenden Handlungsablauf.

Soweit die erste Erzählung von der „unvergänglichen Schande“ In den darauffolgenden pickten die Künstler scheinbar



JOSCHA SCHMIERER

# BÜCHERFENSTER

**Die Schatzgräber** Die meisten Familien haben irgendeine Legende. Anders gesagt: Die eine Generation erzählt der nächsten irgendwelche Geschichten die von dieser kaum nachgeprüft werden können und mit denen sich die Älteren den Jüngeren für immer ins Gedächtnis einprägen wollen. Onkel Leo und seine Nichte bilden nur eine Restfamilie. Jetzt haben sie zwei Wohnungen auf dem gleichen Stock, und der Onkel kommt zum Essen und ein bißchen Reden regelmäßig zur Nichte rüber. Es gelingt ihm, ihr einer Tick ins Ohr zu setzen. Zwei Vorfahren haben angeblich 1928 einen Goldtransporter überfallen, eine Art Enteignungsaktion, und die Beute unter einem Pflaumenbaum auf dem Familiengrundstück an einem Rheinhang vergraben. Onkel Leo will die Geschichte 1931 als Dreijähriger erfahren haben: „Die Brüder hätten auf ihn, der unter dem Tannenbaum mit seinem Weihnachtsgeschenk spielte“ nicht geachtet. Was ihm damals zu Ohren gekommen sei, „habe er durch spätere Beobachtungen, schließlich auch Nachforschungen ergänzen können, und so habe sich ihm mit fortschreitendem Alter die ganze Wahrheit erschlossen“ Die indirekte Rede entspringt der Erzählerperspektive der Nichte: „Anfangs dachte ich, er wolle mich bloß unterhalten und mit einem seiner üblichen Späße ein wenig aufheitern, fand diesen neuesten Einfall allerdings reichlich makaber, denn die Unterstellung, daß ausgerechnet ich als angehende Bankangestellte einer Sippe von Bankräubern entstammen sollte, reizte mich nicht im geringsten zum Lachen.“

Das war vor fünfundzwanzig Jahren. Heute ist sie Filialleiterin und will ein-

fach wissen, was an der Geschichte dran ist. Leicht ist das nicht zu klären, das Familiengrundstück war im Dreißiger Reich für militärische Zwecke requiriert worden und später an die Gemeindefamilien, die es in Parzellen an mittelständische Bauherren verkauft hat. Sie steht überhaupt noch ein Pflaumenbaum. Es steht noch einer da, wie eine Erlungsfahrt ergibt. Er steht auf dem Gelände Dagmars und ihres Gatten, ein Oberbürgermeister in einem Bonner Ministerium. Die Schatzsucherin schließlich bei ihnen ins Vertrauen, und schließlich gräbt sie zusammen mit dem brennkranken Onkel den Boden rund um den Pflaumenbaum ab. Sie haben es, wiewohl absurdes, Gemeinschaftsunternehmen begonnen, das eine kleine Lüge letztlich auch zu einem guten Ende bringt. Zwanglos wird dabei ein bißchen Geschichte gepaukt und Soziologie studiert. Hans Werner Kettenbach, geb. 1928, wirbt erfolgreich um die Jüngeren und nimmt dabei deren Perspektive ein. Aber ich bin schon immer ein Fan dieses selten klugen Unterhaltungsschriftstellers.

**Libidissi** Man kann sich raussuchen, wo diese Stadt liegen könnte. Die Spuren der früheren Kolonialmacht sind noch überall zu finden. Dann hatte mal eine eklektische, religiöse Erweckungsbewegung, mit einem charismatischen Führer an der Spitze, vorübergehend Macht gewonnen. Es war zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen gekommen. Die Spuren sind allgegenwärtig. Die „Gahisten“ sind in bestimmten Stadtteilen noch immer konzentriert und aus dem undurchschaubaren Machtgefüge nicht wegzudenken. Eingeprengt unter die Einheimischen leben Europäer aus verschiedenen Ländern, die irgendwelche Geschäfte mit Nachrichten oder handfesteren Dingen betreiben, darunter auch „Ich-Spaik“ ein Agent des BND. Nach Auffassung seiner Vorgesetzten im Dienst ist er aus dem Ruder gelaufen und soll deshalb liquidiert werden. Aus seiner Sicht wird die eine Hälfte des Romans erzählt. Die andere Hälfte folgt der munteren Sicht der beiden Nachwuchskräfte des Dienstes, die auf ihn angesetzt sind und die das tödliche Scheitern ihres Auftrags, dem sie in aller Brutalität und Skrupellosigkeit nachgehen, in keiner Weise ahnen. Sie wissen in Wirklichkeit nicht, wo sie sich bewegen und meinen doch, aufgrund ihrer Ausbildung allen überlegen zu sein. Das aber ist nicht der Fall...

„Ich-Spaik“ ist zwar längst der lähmenden Trägheit der akklimatisierten Europäer in der Stadt verfallen, aber zugleich in der Lage, die Ressourcen der Fremde für sich zu nutzen. Zwar wird er die auf ihn angesetzten bundesrepublikanischen Liquidatoren überleben, aber heillos. Im letzten Kapitel kommt ein Erzähler zu Wort, der diesem exotischen Roman eine patriotisch-utopische Botschaft unterjubeln zu wollen scheint, indem er den Outlaw „jenes altertümelnde, einsilbige deutsche Grußwort“ hauchen läßt, „das uns wäre es der historischen Bosheit wieder entrissen – wie kein zweites mit dem Leben in Einklang zu setzen verstünde“ Solange wir nicht wieder mit „Heil“ grüßen können, geht alles immer weiter kaputt? Aber wahrscheinlich gibt es an diesem Buch nichts zu verstehen. Es will einen gefangen nehmen. Das gelingt über weite Strecken. Mit einer eigenartigen Mischung aus Reiseprospekt und Thriller in einem gewollt manieristischen Stil.

**Agnes** Der Schweizer Sachbuchautor und die amerikanische Physikerin und Uni-Orchester-Cellistin sind sich in der Chicago Public Library zum ersten Mal begegnet. Harmlos eigentlich. Aber Peter Stamm erzählt einen Mord. Agnes hat nicht umsonst in ihrer Wohnung das Plakat für eine Aufführung von Oskar Kokoschkas „Mörder, Hoffnung der Frauen“ hängen. Das liest man auf Seite 39. Aber von Anfang an wissen wir, worum es geht: „Agnes ist tot. Eine Geschichte hat sie getötet. Nichts ist mir von ihr geblieben als diese Geschichte.“ Der Sachbuchautor ist in doppelter Weise zum Romancier geworden. Erst verwandelt er unter den Augen von Agnes und mit ihrer Hilfe ihre Liebe in Literatur. Mit dem fiktiven Schluß treibt er sie wirklich in den Tod. Und von diesem Vorgang handelt der Roman, den Peter Stamm seinem Schweizer Sachbuchautor auf den Leib geschrieben

hat. Er folgt einem Programm: Es ist lebensgefährlich, sich ein Bild vom Leben zu machen und es obendrein auch noch im Computer festzuhalten. Erbarmungslos zieht der Roman dieses Programm durch, und Agnes erweist sich als williges Opfer. Sie wird an sich vollstrecken, was ihr die Erzählung des Geliebten vorschreibt. Es scheint darum zu gehen, ein schlechtes Gewissen mit einem literarischen Einfall zu befrieden, eine Privatsache kunsthandwerklich zu veredeln.

**Sommerhaus, später** Judith Hermanns Erzählungen sind als ihre erste Buchveröffentlichung im Literarischen Quartett und anderswo derart hochgelobt worden, daß man als Rezensent bei sich die Neigung bekämpfen muß, das Buch nur deshalb schlechtzumachen. Das wäre ungerecht. Vielleicht entspringt das allgemeine Lob einfach der Tatsache, daß in diesem Buch Berliner Geschichten – und diese können durchaus in der Karibik spielen – ohne alle Hauptstadtallüren erzählt werden. Berlin ist in diesem Buch eine bestimmte Stadt und darin besonders. In den Erzählungen gibt es Orte. Diese Orte sind aber nicht an sich bedeutsam, sondern deshalb, weil sich Individuen nun mal nicht im luftleeren Raum begegnen. Auf die Individuen aber kommt es in diesen Erzählungen an, etwa in „Ende von Etwas“ in der eine Sophie vom Tod ihrer Großmutter erzählt. Jemand hört ihr in dem leeren Café zu, jemand hat die Situation festgehalten, aber davon ist gar keine Rede. Sophie muß ihre Geschichte einfach loswerden. Daß es eben darum geht, kommt in der Echolosigkeit der Erzählung gut heraus. Die verstörende Wirkung des Alterns auf die Jüngeren, die dabei ja immer auch sich selber als alterndes Wesen ahnen und fürchten, greift direkt auf den Leser über. Bei ihm findet Sophie das Echo, das in der Erzählung ganz ausgespart ist.

Keine der Erzählungen folgt dem gleichen Muster. Von daher wirken sie als Sammlung eher heterogen. Ihr gemeinsames Band haben sie in der literarischen Anstrengung der Autorin, unseren Alltagsgeschichten, die wir irgendwie mitkriegen oder irgendwo aufschnappen, selten überdenken und schnell vergessen, eine Bedeutung abzugewinnen. Das ist ein bißchen altmodisch, wirkt aber gegenüber der nicht nur im Alltag herrschenden Geschwätzigkeit wie Medizin. Die Autorin ist 1970 in Berlin geboren. Es geht nicht alles abwärts. ■

## Russische Erbschaften

Aufmerksam lauscht die kleine russische Kolonie im Atelier des Malers Alik den Nachrichten aus dem Radio über den Moskauer Putsch. Es herrscht ein Kommen und Gehen, und ebenso schnell wechseln die Meinungen zwischen Hoffnung und Angst. Doch sind es nicht politische Interessen, die diese Frauen und Männer zusammenführen, sondern ihre Sehnsucht, in der fremden Umgebung der New Yorker Emigration auf Vertraute zu treffen. Alik ist das Herz dieser kleinen Welt. Um so mehr herrscht Sorge: Alik liegt im Sterben. Was wird aus dieser kleinen Welt werden, wenn Alik tot ist? Auch für ihn hatte sie alles bedeutet: „Alik lag im Sessel, und um ihn herum lärmten, lachten und tranken die Freunde, scheinbar jeder für sich, doch sie alle waren ihm zugewandt, und er spürte das. Er genoß die Alltäglichkeit, und er, der ein Leben lang auf der Jagd nach Phantomen aus Form und Farbe gewesen war, wußte jetzt, daß es in diesem Leben nichts Besseres gegeben hatte als diese sinnlosen Gelage...“

Zu Recht hat der Verlag dieses Zitat wie ein Motto auf den Rücken des Umschlages gesetzt. Die kleinen Feste sind es auch, die nach Alik's Meinung den Unterschied ausmachen zur neuen Umgebung: „Das liegt am Klima hier“, sagte Malik, „hier gibt's keine Besäufnisse, nur Alkoholismus.“

Komisch ist das Gerangel, wer Alik, dem Atheisten, den letzten Segen geben darf, der Rabbi, den ein Freund herbeigerufen hat, oder der Priester, den Nina, seine Frau, auf den Sterbenden ansetzt.

„Ich staune, wie flink in Amerika die Priester sind. Kaum ruft ein Jude einen Rabbi, schon sind sie zur Stelle.“ Vater Victor lächelte dem Kollegen von weitem zu – seine Gutherzigkeit war wahllos und bar aller Prinzipien. Zudem hatte er in seiner Jugend über ein Jahr in Palästina gelebt und verstand die Sprache so weit, daß er etwas Passendes erwidern konnte: „Ich gehöre auch zu den Eingeladenen.“

Das Buch lebt weitgehend von den Dialogen in dem Mikrokosmos, den Alik um sich herum zusammenhält. Zuletzt ist auch noch Irina hinzugestoßen, die sich nach einer heftigen Liebe zu Alik aus seinem Leben zurückgezogen hatte, als Nina dem Maler aus Rußland folgte.

Als nach der Trauerfeier alle traurig im Atelier herumstehen, schleppt „T-Shirt“, die Tochter Irinas, eine Kassette herbei. „Habt ihr ausgetrunken?“, ertönte Alik's Stimme. „Ich bitte darum, daß sich alle ordentlich besaufen. Vor allem sitzt nicht mit verheulter Visage rum. Tanzt lieber.“

Ljudmila Ulitzkaja, selbst keine Emigrantin, demonstriert in *Ein fröhliches Begräbnis* mit ihrem literarischen Zeugnis sowohl für die multikulturellen USA als auch das „ewige Rußland“, das den Emigranten nicht aus dem Kopf will, eine merkwürdig gespaltene Weltläufigkeit,

die in aller Verschrobenheit durchaus zeitgemäß wirkt.

Pjotr Aleschkowski läßt seinen Roman *Der Erbe* trotzig enden: „Tschigrinez trat näher an den Straßenrand, zog den Reißverschluß auf und urinierte mit straffem, heißem Strahl in die Dunkelheit.“ Während alle um ihn rum versuchen, möglichst schnell aus Rußland zu verschwinden oder sich wenigstens, wenn sie bleiben, mit den neuen Geldverhältnissen vorteilhaft zu arrangieren, ist Wolja gewillt, seinen Weg als eine Art russischer Don Quichotte fortzusetzen. Das heißt für ihn, daß er die Legenden, die Teil der russischen Wirklichkeit bilden, zumindest in seinem Kopf lebendig hält und Geld niemals seine Welt regieren wird. Mit ihm – man kann von dem Helden sprechen – führt der Autor durch verschiedene Milieus der russischen Gesellschaft: eine Intellektuellenwelt, die mit den alten Zwängen, ihre Meinungen zu verpacken, zugleich den sicheren Boden unter den Füßen verliert; eine dörfliche Welt, in der mit wenigen Ausnahmen nur noch ältere Menschen und Sonderlinge vorkommen. Auf dem Weg von Moskau ins Dorf eröffnen sich Zwischenwelten, in denen sich Beutelschneiderei und traditionelle Gepflogenheiten unentwirrbar vermischen.

Ausgangspunkt ist die Legende von einem alten, natürlich fluchbeladenen Schatz, der auf dem ehemaligen Erbgut der Derbetews verborgen sein soll. Unerwartet erhält diese Legende neue Nahrung, als Professor Pawel Sergewitsch Derbetew kurz vor seinem Tod seinen Töchtern wertvolle Schmuckstücke überträgt, die er durch die Zeiten gerettet hat. Woher sonst als aus diesem Schatz sollen sie stammen? Der größte Teil aber soll noch auf dem Gut versteckt sein. Indem Wolja der Legende nachgeht, macht er einen Streifzug durch russische Lebensumstände und Emotionen. An diesen Lebensumständen scheitert auch die Liebe zwischen Wolja und Tatjana, deren Tiefe dadurch um so reiner hervortreten soll.

Man kann sich schwer vorstellen, daß in irgendeiner anderen europäischen oder amerikanischen Literatur das „Land“ das eigentliche Zentrum der Erzählung bildet. Das ist aber sowohl bei Ulitzkaja als auch bei Aleschkowski der Fall. Alik hat sich in New York „sein eigenes Rußland geschaffen“. Und was Wolja geerbt hat, ist eigentlich ein Rußland, das ohne seine Erinnerung untergehen wird. Diese Besonderheit russischer Literatur macht sie reizvoll, aber trotz aller Ironie und allen Humors auch ein bißchen beunruhigend.

Joscha Schmierer

Hans Werner Kettenbach, *Die Schatzgräber*, Zürich (Diogenes Verlag) 1998 (532 S., 44,00 DM)

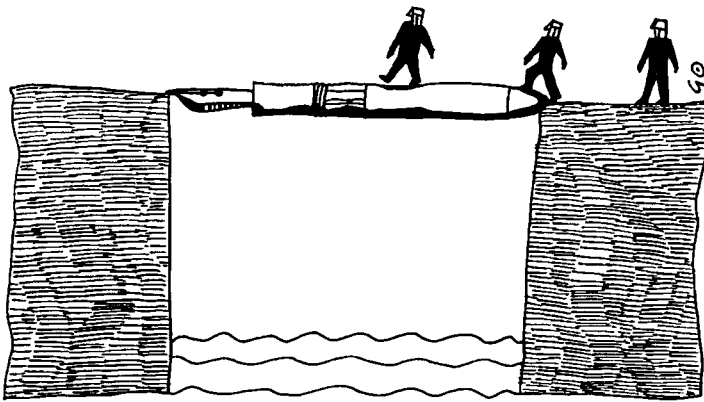
Georg Klein, *Libidissi*, Berlin (Alexander Fest Verlag) 1998 (200 S., 34,00 DM)

Peter Stamm, *Agnes*, Zürich-Hamburg (Arche Verlag) 1998 (155 S., 32,00 DM)

Ljudmila Ulitzkaja, *Ein fröhliches Begräbnis*. Roman. Aus dem Russischen von Ganna-Maria Braungardt, Berlin (Verlag Volk & Welt) 1998 (181 S., 29,80 DM)  
Pjotr Aleschkowski, *Der Erbe*. Roman. Aus dem Russischen von Alfred Frank, Frankfurt am Main (Suhrkamp Verlag) 1998 (300 S., 39,80 DM)

# Liebe, Jazz, Krieg, Sozialismus, Exil

Die Romane des tschechischen Autors Josef Skvorecky



Wahrlich nicht arm an hervorragenden Erzählern ist die tschechische Literatur – an Namen wie Jaroslav Hasek, Karel Capek, Jíří Weil, Bohumil Hrabal, Milan Kundera und Jáchym Topol sei hier erinnert. In diese Reihe gehört auch der 1924 im ostböhmischen Náchod geborene und 1969 nach Kanada emigrierte Josef Skvorecky. Bisher schrieb er elf große Romane, zahlreiche Erzählungen, Detektivgeschichten, Theaterstücke und Essays, ein Werk, das inzwischen mit vielen Preisen ausgezeichnet und für den Nobelpreis vorgeschlagen worden ist. Im deutschen Sprachraum ist Skvorecky jedoch bisher weitgehend unbekannt geblieben. Zwar brachte Luchterhand 1969 und 1971 den Roman *Feiglinge* und die Kriminalstory *Junge Löwin* (späterer Titel: *Die Moldau*)

– das war's dann für lange Zeit. Beide Bücher wurden 1986 noch einmal aufgelegt, aber erst viel später, 1997 ging der Wiener Deuticke-Verlag daran, weitere Werke zu übersetzen: *Eine prima Saison* und nunmehr *Der Seeleningenieur* eines der Hauptwerke Skvoreckys aus den siebziger Jahren.

Ein 1924 in Böhmen Geborener hatte folgendes mitzerleben: die Erste Republik mit dem Philosophenpräsidenten Masaryk, die Weltwirtschaftskrise und die Massenarbeitslosigkeit, die Regierung Benes, das Münchner Abkommen und die Okkupation des Sudetenlandes, die Annektion der CSR durch Hitlerdeutschland, Fremdherrschaft und Weltkrieg Zwei mit Kollaboration und Widerstand, die Befreiung durch die Rote Armee, die kurze Zweite Republik und die Aussiedlung der Deut-

schen, die kommunistische Machtergreifung im Februar 1948, die stalinistische Phase mit den Prager Schauprozessen, das Tauwetter und den Prager Frühling, die brüderliche Hilfe der Sowjetunion und die nachfolgende „Normalisierung“ – wer also 1969 beim Verlassen des Landes eben 45 Jahre alt war, der hatte einiges zu erzählen.

Was aber erzählt Skvorecky? Sein erster Roman, *Feiglinge*, handelt von den Frauenproblemen des nach- (und vermutlich Dauer-)pubertierenden Danny Smiricky. Und vom Jazz. Denn das Alter Ego des Autors ist wie der Autor selbst ein Jazzliebhaber, der in Kostelec, der Hauptstadt Mitteleuropas, bei einer Schülercombo das Tenorsax bläst. Eine Irena ist seine große Liebe, trotz aller Konkurrenz, trotz allen anderwärtigen Landeversuchen, wie aus weiteren Romanen zu erfahren ist. Insgesamt, zählt man das Frauenkontingent in *Eine prima Saison* zusammen, sind es 23 Annäherungsversuche im Lauf eines Jahres, ohne daß es ihm gelingt, seine Unschuld zu verlieren. Angesichts dieser Quote des Mißerfolgs ist es kein Wunder, daß die Frage der Liebe die Hauptfrage in Dannys Leben ist. Sie wird es bleiben, ohne die süßen Leiden der Liebe hätte doch die Jugend gar keinen Sinn. Hätte das ganze Leben keinen Sinn, denn die große Frage begleitet Skvoreckys ganzes Schaffen hindurch. Wirklich wunderbar ist das dann in *Der Seeleningenieur* zu lesen, wenn er als 50-jähriger wohlsituerter Professor an einer kanadischen Universität wieder einer Irena begegnet, die ihn an seine Jugendliebe erinnert, wenigstens vom Namen her. Gleich kreisen wieder die Säfte, zwar schon mit einer gewissen Abgeklärtheit, die man als Altherrenerotik bezeichnen könnte oder auch als ewige Pubertät. Denn bei Skvorecky scheint Pubertät ein Synonym für Aufbruch, Zukunft, Hoffnung, Sehnsucht zu sein, kurz, nur dafür lohnt sich es zu leben. In *Feiglinge* geht es auf Seite zwölf los, da betrachtet er ein „verflucht hübsches“ Mädchen im prima dünnen Kleid und denkt an Irena. Dann spielt er Sax und denkt, Seite 16, an Judy Garland und an Irena, denkt auf Seite 21 wieder an sie und ihren Liebhaber, sodaß sein Tenorsax so richtig aufschluchzt. Blättert man blind herum, so stößt man bestimmt auf vier von fünf Seiten auf die Angebetete. In *Eine prima Saison* ist er noch schneller bei der Sache, nämlich auf Seite acht, und auf Seite zehn erklärt er Irena bereits seine Liebe.

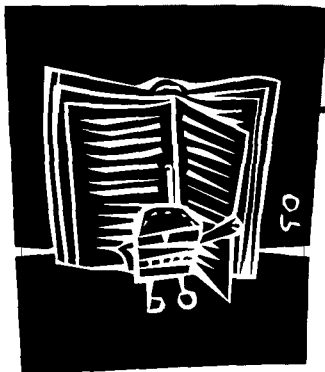
Aber man wird gewarnt. Eines der Motivi zu diesem Buch, es stammt von Milos Forman, lautet nämlich: „... Der Mensch erzählt sein ganzes Leben lang ein und dasselbe in verschiedenen Abwandlun-



gen.“ Dabei lügt Mensch wie gedruckt, was er dann, weil man sich nicht alles genau merken kann, verklärende Erinnerung nennt.

Eines kann man ihm bei seiner Hochachtung vor der Liebe bestimmt nicht vorhalten: Er idealisiert sein Personal nicht, die Menschen in seinem *theatrum mundi* sind keine Typen, keine Auserwählten, die eine bestimmte Situation zu bewältigen haben, keine Kaninchen für eine Versuchsanordnung, keine Stellvertretermasken. Seine Irena ist alles andere denn ein Engel, ebensowenig wie Danny ein Held ist – die paar heroischen Anläufe sind, genauer betrachtet, nur Akte des Angebens, um irgendwelchen Bräuten zu imponieren.

Also doch keine zeit- und weltabgehobenen Liebesromanzen. Das ist wohl angesichts des bereits angedeuteten Lebenshintergrundes auch gar nicht möglich. Denn Danny Smiricky gehört einer Jugend an, die unter dem Ausnahmezustand von Krieg und Okkupation heranwächst, einer Jugend, die ihre Ansprüche gegen Ausgehverbote und Spießregeln einer Besatzermacht durchsetzen muß, einer Jugend, in der viel spontaner Widerstandsgeist steckt, die aber auch erleben muß, wie manche ihrer Eltern kollaborieren. So entsteht, hinter allen verrückten Jazz- und Liebesgeschichten, ein gestochen scharfes Bild der Kleinstadt und seiner Bewohner, die sich mit den Verhältnissen irgendwie arrangieren und tausend Gründe für ihr Arrangement haben – bis hin zu jenen, die plötzlich deutsches Blut in ihren tschechischen Adern entdecken. Und gegen die sofort nach dem Krieg einsetzende Glorifizierung des Widerstands schreibt Skvorecky seine *Feiglinge*, weil er berichten will, wie es wirklich war. Keinesfalls denunziert er, sondern schreibt von den gemischten Gefühlen, die die Befreiung durch die Rote Armee in ihm weckt: „Die Luft füllte sich mit ihrem Geruch, wie nach Tundra oder Taiga, und ich ... wollte nicht glauben, daß sie tatsächlich existieren, diese Menschen dort, die nichts vom Jazz wußten und wahrscheinlich nicht mal was von Mädchen, die einfach dahin zogen, die Relvolver überm speckigen Hosenboden..., siegreich, ohne an die Dinge zu denken, an die ich dachte, ganz anders als ich und schrecklich fremd, dennoch anziehend, ich bewunderte sie; also das war die Rote Armee, sie jagte vorwärts, staubbedeckt..., und ich wußte nicht, ob hier nicht wirklich etwas Neues begann, etwas wie eine Revolution, und



ne Ahnung... Ich hatte nichts gegen etwas, solange ich mit dem Saxophon Jazz spielen konnte, denn ... ich hätte für nichts sein können, was gegen den Jazz war.“

Skvorecky schreibt dieses Buch 1948/49 erst zehn Jahre später kann es erscheinen – freilich nur aus dem Grund, weil die Stalinisten ein Exempel statuieren wollen, in welchen bürgerlichen Sumpf eine weitere Liberalisierung des Landes führt. Denn wer Bücher über den Krieg schreibt, in denen es nur um Jazz und Liebe geht und die den heroischen Widerstand in den Dreck zerren, der konnte nur ein Volksschädling sein. Das Buch wird in allen Rezensionen verdammt, der Autor verliert seinen Posten in einem Verlag, Präsident Novotny höchstpersönlich rüffelt ihn auf einer Parteikonferenz. Sein Glück: die Stalinisten können das Tauwetter nicht aufhalten. Und Skvorecky läßt sich in seine Schreibe, trotz aller Schwierigkeiten, nicht hineinspucken. So unterschreibt sein Alter Ego Danny während des Prager Frühlings im Roman *Mirákl* (1972; engl. *The Miracle Game*, 1991) irgendeinen Protest gegen die Parteiführung, obwohl er wahr-

## „Ich wollte doch nur eine schöne Geschichte erzählen“

Michael Kleebergs „Ein Garten im Norden“

„Es kommt die Zeit, in der das Wünschen wieder hilft!“

Die Toten Hosen

Michael Kleebergs Roman erzählt zwei Geschichten, die sich zuletzt zu einer zusammenfinden: Albert Klein kehrt nach zwölf Jahren in Holland und Frankreich nach Deutschland zurück, vordergründig zum 60. Geburtstag seines Vaters nach Hamburg, aber auch, weil nach dem Tod seiner geschiedenen Frau in Paris „sich zwölf Jahres seines Lebens“, wie er glaubt, „als Parenthese heraus(stellen), und die einzige Zukunft, auf die (er) hoff(t)e, die einzige Klammer, die die plötzlich losen Enden (s)eines Lebens zusammenhalten konnte, ... eine Vergangenheit (war), Bea.“ Er fährt über Speyer nach Prag, wo ihn die deutsche Geschichte vor der Gedenktafel in der Pin-

chas-Synagoge für die 77000 Ermordeten von Theresienstadt einholt. Auf der verstorbenen Flucht aus der Synagoge gerät er in ein Antiquariat. Dort gibt ihm der Antiquar ein leeres Buch, „das Sie mit Ihrer Liebe füllen werden“, wie er voraussagt. In diesem Buch entsteht die zweite Ebene des Romans, die Geschichte eines anderen möglichen Deutschland oder einer anderen Erinnerung davon. In Kleins eigenen Worten: „Ich wollte mir eine andere Geschichte erzählen, eine bessere, eine schönere ... gegen das Vergessen, für die Kontinuität, eine Geschichte von mir, so, wie ich gerne wäre, ein Idealbild.“ Die beiden Erzählebenen sind mit einer dritten Ebene verwoben, der der Selbstreflexion, vertreten durch den Antiquar. Dabei werden die gerade entwickelten Bilder deutscher Geschichte oder Geistesgrößen mit deren tatsächlichem Verlauf oder den historischen Personen konfrontiert.

ob das mit mir und meiner Welt zu tun hatte. Ich wußte es nicht. ... Gegen den Kommunismus hatte ich nichts. Ich hatte von ihm kei-

lich kein Protagonist des Bürgerwillens ist, im Gegenteil, er ist der „Feigling“ von früher geblieben, der sich vorgenommen hat, politischen Bewegungen, erst recht solchen, deren böses Ende er ahnt, fernzubleiben. Während Petr Pithart angesichts der Augustereignisse und der sowjetischen Intervention vom „Verrat der Parteiführung“ spricht, die die heldenhaften Bürgerbewegungen in Stich gelassen habe, spricht Skvorecky vom Opportunismus in seinen vielfältigen Formen. Er erzählt von „kleinen Tschechen“ (Jan Patočka), die mit dramatischem Gestus während großer Ereignisse die Helden mimen, ohne die Konsequenzen ihres Heldentums tragen zu wollen – wieviele Protestierer haben doch nach 1968 Ergebnisadressen unterschrieben. Und er erzählt von jenen, die es immer schon verstanden haben, zwischen den Linien zu lavieren und sich einzurichten. In *Die Moldau* schildert er die Zusammensetzung einer Redaktionssitzung:

„Neben ihr, in Uhrzeigerichtung, ein nicht weniger populärer Mann, der während der Besetzung Drehbücher zu deutschen Kitschfilmen verzapft hatte; in einem davon spielte eine Schauspielerin, die ich als Student aus der Ferne veehrte. Jene hörte deswegen nach dem Krieg zu spielen auf; dieser – jetzt Laureat – begann Filme über die Helden des Widerstandes zu produzieren, über ungeheuer heldenhafte Helden, von deren Winnetou-Aureole auch an ihm etwas haften blieb. Und weiter: der Theoretiker, dessen Interessen im Laufe der Jahre von *Blut- und*

Kleeberg spielt mit den verschiedenen Ebenen virtuos – ein stetiger Wechsel zwischen der Historie und der Gegenwart und dem Auftauchen des Antiquars tun dem Lesefluß keinen Abbruch. Es gelingen ihm eindrucksvolle Skizzen deutscher Geschichte. Daß dabei nicht immer die Personen in der gleichen Zeit agiert haben, stört nicht: Wenn Ferdinand Lassalle und Ernst Thälmann die Volksfront gegen Hitler schmieden, dann ist das spannend und lehrreich zugleich, auch wenn Lassalle in den 30er Jahren schon längst nicht mehr lebte. Auch ein pazifistisch, demokratisch-reformistisch und leichtfüßig schreibender Heidegger, der sich im Widerstand gegen den Nationalsozialismus auf eine Professur in Belgien absetzt, spielt eine tragende Rolle. Kleeberg läßt Heidegger sogar eine Rede auf Wagner halten, die den Antiquar so aufbringt, daß er Albert Klein zur Rede stellt. Der verteidigt Heideggers Rede: „Es gibt einen Satz von Woody Allen, der alle meine Abneigung gegen diese Musik auf den Punkt bringt. „Und der wäre?“ Wenn ich zuviel Wagner höre, sagt Woody Allen, habe ich Lust, in Polen einzumarschieren“.

Der kosmopolitisch-philantropische Held der zweiten Ebene wird andererseits auf der Ebene der Gegenwart konterkariert von einem narzisstischen Selbsthasser, der mit großer Geste und allgemeiner politischer Erklärung seinen Weggang aus Deutschland – wegen einer nicht erwiderten Liebe – gleich als Exil stilisiert und bei seiner Rückkehr mit denselben Scheuklappen auf Deutschland schaut, mit denen er es verlassen hat. Obwohl diese Auseinandersetzung mit der Gegenwart ein wenig überholt scheint – es ist eher das Milieu der späten 80er Jahre, das er beschreibt – reizt sie mit viel Ironie zum Nachdenken und Schmunzeln an.

Auch wenn in dem Buch vordergründig vom Leiden an Deutschland die Rede ist, so scheinen die Skizzen für eine andere Erinnerung weniger einem bestimmten Land geschuldet als einer allgemeinen kosmopolitischen Welteinstellung, die sowohl in der Arbeiterbewegung und der Kulturelite der 20er und 30er Jahre ihren Niederschlag fand als auch im Gefolge der 68er Bewegung wieder virulent wurde. Daher ist das Leiden an Deutschland eher ein Leiden an einer nicht vorhandenen kosmopolitischen

Kultur, wobei die spezifisch deutschen Elemente von Kleeberg auch nicht unterschlagen werden.

Wolfram Schütte hat das Buch in der *Frankfurter Rundschau* als „spannend und unterhaltsam, episch und anekdotisch, phantastisch und ironisch; und: in einigen wichtigen Momenten auch (herz)bewegend“ beschrieben. Man möchte gerne das andere Deutschland wiederfinden, das auf der Ebene der Gegenwart so fremd erscheint. Kleeberg versteht es, intensiv zu erzählen und in den atmosphärischen Verdichtungen seiner Geschichten sowohl wohlige Gefühle als auch starres Entsetzen zu wecken.

Einige Male scheint die Geschwätzigkeit den Autor überwältigt zu haben – sei es, daß er in unnötigen Landschaftsschilderungen sich ergeht, sei es, daß er alle möglichen Beobachtungen meint, mit einbauen zu müssen – so daß der Roman über alle Maßen lang geworden ist. Aber das richtet keinen größeren Schaden an.

Rudolph Seibel

Michael Kleeberg, *Ein Garten im Norden*. Roman, Berlin (Ullstein Verlag) 1998 (590 S., 48,00 DM)

Harald Goldhahn **Wir+Jetzt**



Cartoons

Neu Illustrative Kommentare zur Lage kurz vor der Jahrtausendwende

84 Seiten brosch., SU, mit 77 Abbildungen und einer Einleitung des Bildurhebers, DM16. ISBN 3-00-003199-5

edition Coq Au Vin Postfach 120 D-95165 Marktzeuthen Telefon 09285. 55 69 Telefax 09285. 65 06

Vorzugsausgabe 30 Ex. signiert, mit zweifarb. Linoldruck, DM 60.

*Bodenromanen über Marienmotive in der modernen tschechischen Lyrik bis zur Theorie der Widerspiegelung in den Werken der marxistischen Ästhetiker* reichten. Die beliebte Schriftstellerin, die aufgrund der Cowgirl-Erfahrung in der Jugend ihr Leben lang das einfache Volk an den felsigen Hängen des Adlergebirges besang und dafür periodisch Lorbeer erntete, denn die Regime wechselten, aber die Liebe der Regime zum einfachen Volk in den felsigen Bergen besitzt Dauer. Und neben ihr der einstige Surrealist, nun flüchtig Glut-Blut-Revolution reimend, während seine Kollegen... Uranerz schürften.“

In seinem zuletzt übersetzten (allerdings auch bereits 1977 erschienenen) Roman *Der Seeleningenieur* ist Danny Smiricky dreißig Jahre älter als in *Feiglinge*. Er lebt seit 1969 im Exil in Toronto, wo er eine Professur für englische Literatur erhalten hat. *Der Seeleningenieur* – eine ironische Anspielung auf Stalins Zeichnung für die Intellektuellen und Schriftsteller und ihre Funktion beim Aufbau des Sozialismus – ist inzwischen ein komplizierter Gelehrter mit einem beeindruckenden Zitatenschatz für alle Lebenslagen. Außerdem pflegt er eine Liebschaft zu einer verheirateten Exilantin und träumt davon, mit der Studentin Irena, in der er Parallelen zur unerfüllten Jugendliebe sieht, ein Verhältnis anzufangen. Insgesamt, so stellt er gleich eingangs fest, geht es ihm gut, verdammt gut eigentlich. Die grünen Sonnenuntergänge

am Ontario-See sind fabelhaft, keine wadelbeißenden tschechischen Literaturkritiker begehren seine Romane als bourgeoise Elaborate, keine Zensurbeamte, lediglich dann und wann ein armseliger Spitzel, der die Exilzene aushorchen soll, auf der Uni liebe, lernbegeisterte Präriekinder, am Abend gepflegte Alkoholika, und die Vorkommnisse unter den Exilanten sind zwar manchmal etwas anstrengend, aber auch ziemlich amüsant, vor allem was die Frauen betrifft. Ein beglücktes, ein rundes Leben – oder?

Aber eben auch ein Leben im goldenen Käfig, auf dem dünnen Boden des Exils. Während eines Gesprächs erklärt er einmal: Emigranten könnten heimkehren, Exilanten jedoch nicht, sie sind Heimatlose. Und die Heimat nimmt denn auch den größeren Teil des Buches ein.

Da sind die Briefe, die ihm seine Freundinnen und Freunde aus der Tschechoslowakei und aus anderen Exilen schreiben. Manche der Schreiber sind jene Jugendfreunde, denen man bereits in *Feiglinge* begegnet ist, Menschen, mit denen Danny durch gemeinsame Erfahrungen verbunden ist. Da ist sein Freund Prema, der einst spektakuläre Aktionen gegen die Nazis gesetzt hatte, dennoch abhauen mußte, weil die Kommunisten mit den Leuten aus dem bürgerlichen Widerstand nicht zimperlich umgingen. Ihn verschlägt es bis nach Australien, ein Versuch, in der CSSR wieder Fuß zu fassen, mißlingt. Aus den Briefen anderer Freunde wiederum erfährt er über Karrieren und Rückschläge jener, die in der CSSR

# Die Lügen der Dichter sind aufgebraucht

geblieben sind, ganz unterschiedliche Typen, Arbeiter ebenso wie Intellektuelle, Anhänger des Sozialismus wie Kritiker. Die Briefe sind wichtig, sie sind die einzige aktuelle Verbindung zur alten Heimat, zugleich setzen sie sich zu einem teilweise grotesken Panoptikum des Realsozialismus zusammen.

Im Kern des Buches aber steht die Jugend, eine Jugend, in der, trotz der widrigen Umstände, alles noch irgendwie zusammengehört, Schule, Freundschaften, Musik, die Jazzband, die hunderttausend Lieben. Auch die Arbeit im Messerschmittwerk, zu der die Nazis alle Arbeitsfähigen heranziehen. Sie hebt sich von dieser kleinen Welt erst dann bedrohlich ab, als Danny einen Sabotageakt unternimmt, um der Arbeitern zu imponieren, mit der er gemeinsam an der Maschine steht und in die er, na klar. Er fliegt auf, doch der Meister gehört selbst einer Widerstandsgruppe an und deckt ihn.

Während Skvorecky auf der aktuellen Ebene eine mit Motiven englischer Erzähler spielende kunstvoll gestrickte Geschichte entwirft, sehr distanziert, sehr ironisch, manchmal überheblich wirkend (die Lebensreife?), ist der Blick auf die Vergangenheit, bei aller Erzähllust, sehnüchtig. Dabei baut er auf seine subtile Beobachtungsgabe und seine großartige und facettenreiche Dialogkunst, dank der er unglaubliches Erzähltempo machen und zugleich die kniffligsten Fragen des Lebens diskutieren kann.

Wie im wirklichen Leben kippt manche bierernste Begebenheit in umwerfende Komik um, wie umgekehrt aus banalen Vorgängen Existenzielles hervorbricht. Und wieder hat man den Eindruck, hier schreibt einer Weltgeschichte und Kleinstadtchronik in Romanform, spannend, witzig und erschütternd. Obwohl in jeder Faser des Romans ein Ich-Erzähler im Zentrum steht mit seiner jahrzehntelangen Riesensehnsucht nach Freundschaft und Liebe:

„Der Maiabend wehte mir die Maihexe in meinen Kopf hinein, nichts hatte sich geändert, auch ich hatte mich nicht verändert, ich verhartete hartnäckig physisch wie psychisch in einer beständigen, wunderschönen Pubertät...“ ■

*Ins Deutsche übersetzte Bücher von Josef Skvorecky:*

**Feiglinge.** Roman. Aus dem Tschechischen von Karl Heinz Jähn, Nördlingen (Franz Greno), 1986 (472 S.)

**Die Moldau.** Eine politische Liebesgeschichte. Aus dem Tschechischen von Ludmilla Sass, Reinbek (Rowohlt), 1986 (254 S.)

**Eine prima Saison.** Ein Roman über die wichtigsten Dinge des Lebens. Aus dem Tschechischen von Marcela Euler, Wien (Deuticke), 1997 (288 S.)

**Der Seeleningenieur.** Roman. Aus dem Tschechischen von Marcela Euler, Wien (Deuticke), 1998 (768 S.)

Gerne wird Müller über Müller zitiert, seine Arbeiten seien „einsame Texte, die auf Geschichte warten“. Sehr praktisch. Leute, die das nicht wissen, meinen indes nicht selten, die Geschichte sei über Müllers Texte hinweggegangen, ohne sich auch nur einmal umzudrehen. Was die zusammengelahenen Kloben der vollentwickelten Müllerschen Theaterarbeit angeht, so werden seine Brocken aus dem Steinbruch gerne von vornehmlich jungen Regisseuren behauen, die sich, von der Leine stringenter Geschichten und Handlungen gelassen, austoben möchten. Gerade vornehmlich junge Regisseure brauchen aber die Leine stringenter Geschichten und Handlungen, damit sie arbeiten lernen, sonst wird nie was. Entsprechend schwer ist es, eine brauchbare Aufführung eines Müller-Stücks zu sehen. Kann daran liegen, daß die Geschichte noch vorm Theater herumtrödelt. Aber natürlich auch an was anderem. Zum Beispiel: Gibt nichts zu spielen. Und das Theater müht sich vergeblich. Liest man die Texte, so finden sich immer wieder beeindruckende Passagen, die in der Müllerschen Themen-Enge und manischen Beschränkung, wenn nicht Beschränktheit, und ihrer repetitiven Endlosverwertung ihre erschütternde Schwere und Schwärze gewinnen. Nicht umsonst sind die eindeutig besten Müller-Ergebnisse die Goebbelschen (Heiner) Vermusizierungen der Texte. Da haben wir wundervolle Brocken in wundervoller Soße.

So also von den Gedichten einiges zu erwarten war. Indes, Müllers Gedichte ragen nicht heraus. Nirgendwo. Eigentlich müßte man beim Lesen im Sinn noch den Müller-Mythos abziehen, um sie gerecht beurteilen zu können. Niemand weiß, wie das gehen soll. Weil, es müllert ja in uns herum. Müller hat ein Dezennium, bevor er auf die Bühne brach, gedichtet. Manche dieser ganz frühen Gedichte bestechen durch ihre rührende Schlichtheit. Manche späte durch den Hauch des Todes. Dazwischen liegen die Lügen der Dichter, die Müller im Gedicht „Müller im Hessischen Hof“ aufruft und für aufgebraucht erklärt. Das aber gilt nur für Dichter, die lügen. Und die lügen nicht als Dichter. Sondern als durchschnittlich miese Menschen. Schon dieses besondere Dichtelügen ist verlogene Veredelung. Lügen-glanz. Verlogener Müller. Ich finde es keinesfalls degoutant, wenn einer 1998 Kommunist ist. Fast möchte ich meinen, man könnte gar nichts anderes sein, wenn man seine Sinne beieinander hätte. Ich finde es allerdings *très degoutant*, wenn einer ohne Not 1969 Partei- und Staatslob-Hymnen schmettert, daß es einem die Schuhe auszieht. Aber das ist nicht die Lüge, die wichtig und gefährlich ist. Das durchschaut jeder normale Mensch und winkt und wischt es

Heiner Müller: Die Gedichte

weg. Die Lüge steckt viel tiefer und ist viel raffinierter. Es ist die Lüge unserer verlausten Hochkultur. Der Müller, ausgewiesen als ein normaler, mieser Mitmensch, kann's dabei nicht belassen. Seine ganze Mythenfueselei und Schicksalsschwärze dient nichts anderem, als sich mit in den Olymp zu schreiben, seine kleine, miese Mitmenschlichkeit in den Mythenhimmel zu verschieben, sich im lemurischen Leuchten der übergroßen Schicksale zu spiegeln und zu baden und sich seiner irdischen Würstchenhaftigkeit zu entheben. Dies ist freilich dem gemeinen Miesling nicht gegeben, weswegen man auf ihm herumtrampeln kann. Das entspricht ganz der therapeutischen Funktionsweise unserer Weihe- und Opernkultur, bei deren Genuß die gemeine Geschäftssau tränen-schwer die Unerreichbarkeit der aufgelegten Maßblatten erfühlt, sich erschauernd Absolution, eingebettet ins unabänderliche Schicksal der Sachzwänge, erteilt. Dem Höchsten hängen wir an. Von antikem Gram gebeugt, gehen wir an die Antiquitäten. Dies leider wurde mir erneut offenbart durch Lektüre des ersten Bandes der Müllerschen Werke. „Welches Grab schützt mich vor meiner Jugend“, fragt er in irgendeinem Poem 1990. Wieso Jugend? Noch da verlogene. 1969 war er vierzig und haute in Großbuchstaben in die Tasten: UNSER KAMPFBUND IST GESCHLOSSEN / HEUTE KANN JEDER ERKENNEN: DER IMPERIALISMUS / IST IN DER DEFENSIVE DER FORTSCHRITT IST AUF DEM VORMARSCH / DURCH DIE EXISTENZ DER MÄCHTIGEN / GEMEINSCHAFT DER SOZIALISTISCHEN STAATEN / MIT DER KRAFT DER ARBEITERKLASSE DER GENOSSEN- / SCHAFTSBAUERN DER SOZIALISTISCHEN INTELLIGENZ MIT DER KRAFT DES GANZEN VOLKES / AUS DER GEGENWART DES SOZIALISMUS / IN DIE ZUKUNFT DES KOMMUNISMUS.

Die Orgien des Personenkultes, die ersparen wir uns hier. Es bedarf schon härtester Arbeit am Kultstatus, allerhöchster Transzendierung in den antiken Mythensausfall, um geheiligt aus solchem Scheiß herauszukommen. Dabei hatte es 1949 ja durchaus vielversprechend angefangen:

*Auf Wiesen grün  
Viel Blumen blühen  
Die blauen den Kleinen  
Die gelben den Schweinen  
Der Liebsten die roten  
Die weißen den Toten*

Wilhelm Pauli

Heiner Müller. Die Gedichte. Werke 1, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1998 (360 S., Broschur 28,00 DM, Leinen 42,00 DM)

**E**r will zwei erbittert kämpfende Mädchen auseinanderbringen und erntet unflätige Schimpfkanonaden. „Bei mir zu Hause hätten die Kids nicht den Mut, die Klappe so weit aufzureißen“ seufzt Syl. „Junge Leute haben dort etwas mehr Respekt vor den Älteren.“ Hier, in den Straßen von Brooklyn, ist er nicht zu Hause...

Vor einem Jahr fand der Schriftsteller Zuflucht in New York. Lange hatte er gehofft, er könne die politischen Wirren in Sierra Leone überstehen, ohne das Land zu verlassen. Als aber Präsident Kabbah der Militärjunta das Feld überlassen mußte, blieb Cheney-Coker nur der Weg ins Exil: „Ich mußte einsehen, daß mir nichts anderes übrigblieb, als mich in Sicherheit zu bringen.“ Seine Flucht führte 1997 von Freetown über Conakry und Dakar nach New York, wo er Gastprofessor und „Writer in Residence“ am Department of Liberal Arts des Medgar Evers College in Brooklyn wurde. So ist er in das Land zurückgekehrt, in dem er vor einem Vierteljahrhundert schon einmal mehrere Jahre verbracht hat, als Student in Iowa.

Obwohl gemeinsame historische Erfahrungen von Afrikanern und Afro-Amerikanern Hunderte von Jahren zurückliegen, hat sich hie und da die (wehmütige?) Vorstellung erhalten, daß die gemeinsame Vergangenheit zwangsläufig und dauerhaft Gemeinsamkeiten in der Gegenwart bedingt. Unzählige Essays, Autobiographien, Romane haben längst das Gegenteil an den Tag gebracht. So wie Cheney-Coker, der Afrikaner, sich in Amerika nicht wiedererkennt, hat die Suche vieler Afroamerikaner nach ihren afrikanischen Wurzeln sie oft genug endgültig nach Amerika zurückgeführt. „Ich finde nur wenige Berührungspunkte mit meinen afroamerikanischen Zeitgenossen hier“ stellt Cheney-Coker heute ebenso fest wie vor 25 Jahren. „Wir haben so unterschiedliche Entwicklungen durchgemacht, daß uns mittlerweile tatsächlich Welten trennen.“

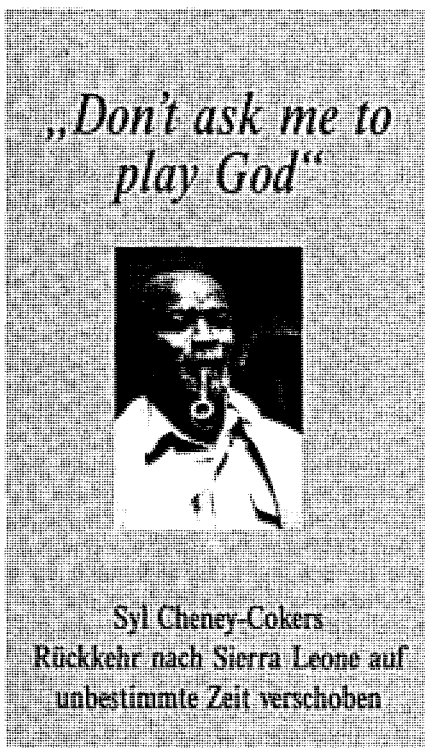
Hinter seiner Einschätzung verbirgt sich wohl auch die Erkenntnis, daß er sich der europäischen Kultur sehr viel näher fühlt, als der amerikanischen. Immerhin legt ja auch sein Roman *Der Nubier* be redt Zeugnis davon ab, wie ehemalige Sklaven Amerika – „a place of horror and damnation“ – entschlossen verlassen, um in Westafrika neu anzufangen. Trotz seines Unbehagens hält Syl nichts von einer Abkehr von den USA. „Amerika ist zwar

nichts für mich, aber deswegen besteht kein Anlaß, das Land zu verteuflern und sich völlig abzuwenden.“ Zumindest im Lehrsaal kann konstruktive Harmonie hergestellt werden, Cheney-Cokers Studenten sind von seinem Unterricht begeistert. Sie erleben Literatur, Tagespolitik, Anschauungsmaterial aus nächster Nähe. In der African American academic community im allgemeinen ist die Harmonie weniger ausgeprägt, findet der Autor: „Die Kluft zwischen Ikonen und Fußvolk wird zusehends breiter.“ In der Literatur über Beziehungen zwischen Afrika und

Denn mühelos wird erkennbar, daß hier Malagueta seinen Anfang genommen hat, dem Meer abgetrotzt und zäh gegen Eindringlinge und Neider vom Schlage Captain Hammerstones verteidigt. Wer den *Nubier* kennt, mag ermessen, was Syl Cheney-Coker die Bindung zu seiner Heimat bedeutet.

Nach seiner Arbeit in New York und einer Fellowship am Center for Creative Arts in Virginia wollte er ursprünglich Ende 1998 dorthin zurückkehren, hätte es seinen Romanhelden gern gleichgetan und einen neuen Anfang in Westafrika gemacht. Nicht etwa, weil er sich doch zum Eintritt in die Politik entschlossen hatte, zu dem viele vergebens versucht hatten, ihn zu bewegen. Nein, der Autor sieht sich vor ganz andere Aufgaben gestellt: „Die Herausforderung hat schier kolossale Ausmaße angenommen. Es gibt so viele junge Talente zu Hause, mit ihnen und für sie will ich arbeiten, damit endlich klar wird, daß den Verrücktheiten, und nicht nur jenen, die den politischen Alltag bestimmen, nur durch Offenheit für Andersdenkende und in kultureller Vielfalt beizukommen ist.“ Doch angesichts der jüngsten Ereignisse in Sierra Leone (siehe den Artikel von Jörn Schulz, S. 41) wird Cheney-Coker die Rückkehr in die Heimat auf unbestimmte Zeit verschieben müssen. Wird seine Heimat nun auch zu dem, was Amerika im *Nubier* war, „a place of horror and damnation“? „Ich will zurück, weil ich um das weiß, was unter der Oberfläche steckt, in all den Menschen, die das Ausgeliefertsein ertragen, überleben, weil sie wissen, daß eines Tages Alltag wiederkehren wird, weit überlegen all jenen, die über Leichen gehen müssen, um ihre Welt nach Gutdünken passend zu machen.“

Cheney-Cokers materieller Vergangenheit haben plündernde Rebellen sich bereits bemächtigt; nichts haben sie übriggelassen von dem, was er auf seiner Flucht zurücklassen mußte. Was bleibt? „Don't ask me to play God when I couldn't even see into my own future“ heißt es in seinem jüngsten Roman *In the Silence of Memory*, der in deutscher Übersetzung von Thomas Brückner bei Peter Hammer erscheinen wird. Für die unmittelbare Gegenwart stehen Lesereisen auf dem Programm. Cheney-Coker bezeichnet sich selbst als Afro-European und gibt im übrigen an unwunden zu, daß er sich Deutschland besonders verbunden fühlt, „... nicht nur, weil klassische Musik zu meinen Lieblingsbeschäftigungen gehört oder weil *Der Nubier* sich hier so gut verkauft.“ Cheney-Coker arbeitet an einem weiteren Roman, den er – nicht von ungefähr – im Arbeitstitel *My War Novel* nennt.



Amerika ist die Middle Passage ein Schlüsselbegriff. Hat er seine eigene Middle Passage vollzogen? Als unmittelbarer Fortführer dieser Tradition betrachtet Cheney-Coker sich nicht. Ebenso wie seine Vorfahren hat er seine Reise zwar unfreiwillig antreten müssen, aber es widerfährt ihm weitaus bessere Behandlung in Amerika als ihnen. Doch selbst wenn man ihn willkommen heißt, wird er nicht heimisch werden in der anderen Welt: „Schriftsteller sind fürchterlich unproduktiv im Exil.“

„Hier hat Alphonso Garrison gewohnt, mit seinen Töchtern Arabella und Matilda, und dort drüben, die Bucht...“ Der Streifzug durch Freetown, lange vor dem Gang ins Exil, führt vorbei an überwuchertem Gemäuer, das gewiß bessere Tage gesehen hat, und offenbart den Blick auf eine Bucht wie unzählige andere anderswo – und plötzlich einzigartig.

Jutta Himmelreich

# Die Ostlichterkette

## 69. Kerze

**M**erkwürdige Koinzidenz der Ereignisse: Heute finde ich im Briefkasten ein Schreiben mit dem Absender „Bayerisches Münzkontor Göde“ in dem mir Dr. Michael Göde versiegelt und verplombt versichert: „Sie wurden persönlich ausgewählt, die Jubiläums-Gedenkmünze ‚300 Jahre Franckesche Stiftungen‘ zu erhalten“ mehr noch: ich gehöre „zum kleinen Kreis von Bürgerinnen und Bürgern, die dieses begehrte Sammlerstück erwerben können“ Ungeachtet der Gödeschen Spitzengrammatik wende ich den Auswahl-Scheck meines Reservierungs-Dokuments, um dort justament die Abbildung einer Münze vorzufinden, die mir am Abend zuvor in Vollhaptik durch die Finger geglitten war, dargeboten auf dem Präsentierbrett von ihren Schöpfern selbst, den Münz- und Medaillenschneidern Sneschana Russewa-Hoyer und Heinz Hoyer...

Man stelle sich das heitere Treiben angehender Künstler und Lehrkräfte mit Niveau oder sozialistischer Tiefe Mitte der Siebziger auf dem Campus (?) der Kunsthochschule Weißensee vor. Ferner die bildhübsche, gar rassige Grafikstudentin Sneschana und den in Elxleben gebürtigen, so hoffnungsvollen wie pfiffigen Bildhauerstudenten Heinz – etwas abseits – beim Vertiefen der Völkerfreundschaft. Bald werden sie heiraten. Nach dem Studium muß, nach strengem Brauch, Sneschana für drei Arbeitsjahre zurück ins Heimatland Bulgarien, sonst wirkt die Stipendium-zurück-Garantie. Da sie dieses Geld nimmer aufreiben könnten, gehen beide. Nur gibt es keine Arbeit in Bulgarien. Also muß Sneschana suchen und suchen, bis sie in einem Verlag unterkommt, ab da wird dann gezahlt. Heinz liegt unterdessen am Schwarzen Meer herum, bis er für die Stadt Baltschik eine dionysisches Denkmal in echtem Marmor hämmern darf. Zwei Jahre Arbeit am Marmor, an den er in der DDR nie gekommen wäre! Also wurden aus den drei Jahren vier.

Aber dann waren sie wieder hier. Beide hatten bereits den Hang zur kleinen Form, sie malte Briefmarken, er schabte und stöbelte die Modelle für Medaillen und Münzen, die sie entwarf. Kämpfe waren es erst. Nie war Sneschana mit der kleinplastischen Umsetzung ihrer Entwürfe in der Mikrotiefe der Reliefoberfläche zufrieden. Aber sie raufte sich zusammen und haben nun den Vorteil, zügig ein Werk aus quasi einer Hand anbieten zu können.

Heinz Hoyer lehrte an seiner alten Kunsthochschule, denn leben konnte man in der DDR nicht vom Münzschaffen. Sneschana Russewa-Hoyer illustrierte kleine Kinderbücher und bekam nebenher zwei kleine Leser. Was auch gewesen sein mag, das Leben für die Kunstschaaffenden war in der DDR einfacher als heutzutage. Die Preise waren klar – Sneschana hat nie auch nur einen Vertrag gesehen, sagt sie – die Verbindungen verbanden und waren trüchzig, die Mieten waren kein Problem, und als sie aus Bulgarien zurückgekommen waren und von vorne anfangen mußten, da hat der Staat sich um sie gekümmert. Das muß ihm Frau Russewa-Hoyer heute noch danken.

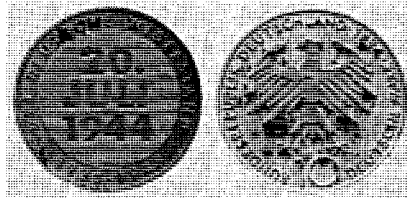
Dann bekamen sie die gar nicht so kleine Atelierwohnung hinterm Thälmann-Park, hoch oben über Teddy, in der sie auch heute noch wohnen, und fühlten sich wohl. Sie schupften das erste Tier auf eine deutsche Gedenkmünze, den Marabu, verewigten erstmals eine Schauspielerin auf harter Münze, die Neuberin, und machten sich einen Namen unter Münzexperten auch im anderen Teil Deutschlands. „Wir haben keine Transparente getragen“ sagt Heinz Hoyer. Und setzt undurchsichtig hinterher: „Wir waren ja privilegiert.“

Als dann die Wende kam und alles mit sich nahm, war er erst etwas muffig. Sie war, als die Mauer fiel, gerade auf Familienbesuch und sah es im Fernsehen. Was machen die da?, sind die verrückt?!, so die Schreie im bulgarischen Wohnzimmer, obgleich Frau Russewa, als Außenstehende, es nie verstanden hatte, daß ein Volk sich so willig teilen läßt, und immer damit rechnete, daß eines Tags Vereinigung stattfände. Aber gerade jetzt? Frau Russewa versuchte, zurückgekehrt, ausstehendes Geld einzutreiben und stieß allerorten auf ein Liquiditätsproblem. Herrn Hoyer war die Staatsbank vollständig abhanden gekommen. In Weißensee knirschte es, sein Vertrag verkümmerte. Während Frau Sneschana sich noch schockiert über die Frage eines neuen Auftraggebers zergrübelte: Was kosten Sie?, fiel Herrn Hoyer auf, daß es auch in der neuen Republik noch Münzen gibt. Also setzte er sich eines Tages in sein Auto, um durch den Wedding zu fahren, bis daß er auf eines Münzhändlers Laden treffen würde, um den guten Mann nach ihrer Herkunft zu befragen. Der wuß-

te es auch nicht, gab aber den Rat, beim Finanzministerium vorstellig zu werden. Das verwies aufs Bauministerium, und eines Tages befand sich ihr Kreativkärtchen wieder in der einschlägigen Kartei. Sie wurden zu Wettbewerben für prächtige Gedenkmünzen eingeladen und hatten erste Erfolge im gänzlich freien Wettbewerb, weil: gekonnt ist halt gekonnt. Und das kommt dazu: Wieviel eitel tropfende Künstler, versessen auf raumfüllend brüllende Monsterinstallationen, bewegen sich schon in dieser kleinen Nische schier anonymen Schaffens? 100 Namen etwa umfaßt die Kartei. Da geht schon was. Aber natürlich kann man auch in der BRD nicht von den ein-

zwei Münzgestaltungen leben, die pro Jahr rüberwachsen. Dafür gibt es felsengroße Länder mit Namen wie Nauru oder Vanuatu, die keine eigene Präge haben, aber 'ne Menge Geld, beispielsweise vom Vogelmistabbau. Die geben dann eine Serie „Expo 2000“ oder „Segelschiffe der Welt“ bei einem deutschen Wertmünzhändler in Auftrag, und der ruft die Hoyers an. Wer alles unser Geld im Hosensack hat, wo überall es in den Schmuckkästchen liegt!?, kautz Heinz Hoyer in sich hinein. Gerade wird wieder eine Bachmünze ausgelobt, da sind sie dabei, beim Wettbewerb, und Heinz freut sich drauf, denn er ist ja Thüringer. Wenn sie aber richtig künstlerfrei schaffen wollen, dann stellen sie sich in ihrem Verband ein Thema und gehen ans Schneiden einer wunderbaren Medaillen-Kollektion, für die es ganz wenig Sammler gibt, aber manchmal eine Ausstellung und ein Museum, das sich interessiert.

Und jetzt? Jetzt kommt's! Kaum können die Hoyers und Konsorten echtes deutsches Geld richtig herausgeben, schon arbeiten sie an seiner Abschaffung: Gestalteten die jetzt glatt die nationale Seite von den Ein- und Zwei-Euro-Stückkerl! Haben den Wettbewerb gewonnen!! Überholen ohne aufzuholen!!! Vom Ostdümpfl gleich zum vorbildlichen Eurobürger. „Naja, der Euro ist gut für uns. Wir verdienen jetzt dran“ wehrt H. H. jeglichen Überschwang ab, und: „Wir hatten ja nie so eine enge Beziehung zur Demark.“



*Handwritten signature or mark.*

# FILM SCHNITTE

Wer sich für einen Film-  
macher hält, hebt die  
Hand.“ So einfach war es  
1968, Mitglied der „Filmma-  
cher Cooperative Hamburg“  
zu werden. Begonnen hatte  
alles 1964, als Werner Grass-  
mann in der Brüderstraße 17-  
19 in Hamburg-Neustadt eine  
günstige Ladenwohnung mie-  
tete, die er „Studio 1“ nannte.  
Später wurde daraus, um den  
nichtelitären, handwerklichen  
Charakter der Sache zu beto-  
nen, die „Filmmacherei“ – in  
Anlehnung an Schuhmache-  
rei oder Korbmacherei, (erst  
seit dieser Zeit kennt auch der  
Duden den Begriff des „Fil-



## BERUF? FILMMACHER!

memachers“). Für eine kurze, glückliche  
Zeit wurde die Brüderstraße, zumal nach-  
dem ein paar Häuser weiter das Künstler-  
paar Dore O und Werner Nekes eingezo-  
gen war, buchstäblich zur „Schnittstelle“  
der in Hamburg versammelten Jung- und  
auch Möchtegernfilmer: Es war Produk-  
tionsbüro, Schneiderraum, Kellerkino und  
Partyraum in einem. Es ging, wie sich  
Franz Winzentsen erinnert, wie in einer  
Familie zu. Ihm und einem guten Dutzend  
anderen – zu Unrecht in Vergessenheit –  
geratenen Hamburger Filmmacher(inne)n  
hat Christian Bau mit seinem liebevollen  
und sehenswerten Dokumentarfilm *Die  
kritische Masse* ein Denkmal zur rechten  
Zeit gesetzt.

Anders als bei manchen Jungfilmern  
aus Oberhausen und München, die sich –  
sowohl in der Abgrenzung von „Opas  
Kino“ als auch in ihrer zeitgenössischen  
Bezugnahme auf das „New American Ci-  
nema“ oder die „Nouvelle Vague“ – be-  
wußt auf eine Tradition bezogen, war das  
wichtigste Wesensmerkmal des Hambur-  
ger Undergrounds zunächst einmal die  
„Selbstermächtigung“ – und das in hand-  
werklicher wie artistischer Hinsicht. Man  
lieh sich eine Kamera, ließ sich sagen, wie  
sie funktionierte – und filmte drauflos.  
Man wollte kein historisch gewachsenes  
Schema ausfüllen, sondern mit dem Medi-  
um experimentieren – ohne Rücksicht auf  
Publikumsgeschmack und Filmindustrie.  
Daß man dabei manchmal erfand, was be-  
reits erfunden war, wurde wettgemacht  
durch die große Unbefangenheit.

In Rainhild Lüders' Kurzfilm *Der  
Bauch* schnallt sich eine Frau (Dore O.)  
eine Kamera vor den Unterleib und geht  
damit spazieren. Abwechselnd kann man  
ihr aus der „Innenperspektive“ unter den  
Rock schauen und sie von außen mit dik-  
kem Bauch spazieren sehen. „Kann man  
von Film schwanger werden?“ lautet fol-  
gerichtig die Frage. Man kann. Muß man  
aber nicht, wie Hellmuth Costards Kür-

zestfilm *Warum hast du mich wachge-  
küpft?* zeigt. Darin läuft eine Frau nackt  
mit einer Kamera durch die Wohnung.  
Nach einigen Sekunden merkt man, daß  
das Gesehene von eben dieser Kamera  
gefilmt wird: ein Spiegel zeigt es. Wäh-  
rend man noch überlegt, was diese Expo-  
sition zu bedeuten hat, steuert die Frau  
schon auf eine Kommode und der Film  
auf sein vorzeitiges Ende zu. Die Kamera  
verschwindet in der Schublade. Der Rest  
ist Schwarzsehen. Verführung und Mani-  
pulation – und deren Aufdeckung. Das  
Medium Film ist zu beidem fähig, wie  
Costard zeigt.

Bei aller „Selbstermächtigung“ nahm  
man durchaus wahr, was anderswo vor  
sich ging. Die Gruppe war von der Be-  
gegnung mit amerikanischen Under-  
groundfilmern im belgischen Seebad  
Knokke, wo Silvester 1967 erstmals die  
Vertreter des neuen amerikanischen und  
des jungen europäischen Kunst- und Ex-  
perimentalfilms aufeinandergetroffen wa-  
ren, so beeindruckt, daß sie nach Vorbild  
der New Yorker FilmCoop die Filmma-  
cher Cooperative Hamburg gründeten.  
Ausschlaggebend war Costard zufolge  
weniger die formale Affinität zu deren  
Arbeiten, als vielmehr der „Kick“ ange-  
sichts der Freiheit der amerikanischen  
Filmer: eine innere Freiheit, die es im  
Adenauerstaat nicht gab, die man sich  
erst herausnehmen, aus sich heraus neh-  
men mußte.

Ein junger Mann mit Brille sitzt schüch-  
tern in der Ecke eines Zimmers und  
spricht in die Kamera. „Auf diesem zum  
Glück noch recht ungewöhnlichen Wege  
möchte ich meine zukünftige Lebensge-  
fährten kennenlernen.“ Bernd Upnmoors  
halb ernste, halb ironische Selbst-Darstel-  
lung in *Die Anzeige* bringt auf ebenso rüh-  
rende wie raffinierte Weise das gesell-  
schaftliche Spannungsfeld zum Ausdruck,  
in dem sich die jungen Filmer bewegten:  
zwischen Verklemmtheit und selbstbe-

wußtem Aufbegehren, Kampf  
um Anerkennung und Provo-  
kation, Selbstverwirklichung  
und Engagement. Ein Dilem-  
ma, das Thomas Struck selbst-  
stironisch charakterisiert. „Der  
Grundplan war eigentlich, ein  
weltberühmter Regisseur zu  
werden und mindestens ein-  
nen richtig massiven Film für  
die ganze Menschheit im Jahr  
zu machen.“ Daß daraus doch  
nichts geworden ist, scheint  
Struck und Konsorten nicht  
anzufechten. Eine leichte Weh-  
mut mag sich gelegentlich  
einschleichen, wenn sie von  
damals berichten. Doch leise  
neselt die Selbstironie. Unge-

brochen scheinen sie, alle auf ihre Weise,  
mit sich und ihrem Leben im reinen. Mit  
Film haben sie in der einen oder anderen  
Form alle noch zu tun, sei es als Dozent  
(Helmut Herbst), als Mitarbeiter bei der  
Deutschen Kinemathek (Walther Seidler)  
oder beim NDR (Klaus Wildenhahn). Nur  
Bernd Upnmoor, vom Experimentalfilmer  
wieder zum Experimentalphysiker gewor-  
den, sagt mit spitzbübischem Lächeln, er  
sei jetzt „clean“ – und das sei nicht leicht  
gewesen. Mit Grenzphänomenen läßt sich  
eben doch eher in der Physik Geld verdie-  
nen als im Film. Dennoch: „Man hat nicht  
gut gelebt, aber man hat frei gelebt“ (Wer-  
ner Nekes).

Christian Bau ist mit *Die kritische Mas-  
se* eine beinahe zärtliche, jedoch gänzlich  
unsentimentale Hommage an die Betei-  
ligten einer kurzen, aber wichtigen Episo-  
de deutscher Filmgeschichte gelungen.  
Wohlthuend ist vor allem, daß Bau völlig  
auf die üblichen Medienbilder von 1968  
verzichtet, sondern ganz auf das (zum  
Teil auch dokumentarische) Filmmaterial  
der Hamburger Gruppe vertraut, um die  
damalige Atmosphäre zu charakterisie-  
ren. Ein leiser, lustiger Film, der, wie Oli-  
ver Fuchs in der *taz* geschrieben hat,  
„eine kurze Zeit staunenden Experimen-  
tierens fest[hält], in der mit Mensch und  
Medium äußerst zärtlich umgegangen  
wurde. Es dauert nicht lange, und die Ge-  
meinschaft zerfällt in dogmatische Linke  
und Spätklinke, und irgendwann ist ‚Expe-  
rimentalfilm nicht mehr bloß ein Wort,  
sondern eine Gattung, die kaum noch Be-  
wegung zuläßt.“ Die naive Zeit der Un-  
schuld – falls es sie je gegeben hat – als  
man zwar noch nicht wußte, wie, dafür  
aber, daß man es unbedingt machen muß-  
te, kehrt nie wieder.

Axel Henrici

Aufführungstermine in verschiedenen Städten  
bitte abfragen bei: Silver Cine Filmverleih,  
040-418742.



## ANGELESENE TÖNE

Der englische Musiker Barry Guy gehört zur seltenen Spezies von Grenzgängern, die sich mit gleicher Sicherheit in verschiedenen musikalischen Gattungen bewegen. Zuerst hat er sich als Freejazz-Improvisator einen Namen gemacht, bevor er sich als Interpret alter Musik profilierte, um danach als Komponist zeitgenössischer Musik Anerkennung zu finden.

Schon im Blasorchester der Schule war Barry Guy in den Bannkreis des Jazz geraten. Er formierte eine Dixieband, um mit Zuberbaß in Pubs aufzutreten. Das warf genug Geld ab, um einen richtigen Kontrabaß zu kaufen, mit dem sich Guy Richtung Bebop davonmachte. Doch das reichte ihm bald nicht mehr. Er gesellte sich in London zu den jungen Wilden der englischen Jazzszene, die einer gemeinsamen Vision folgten: Sie wollte über Hergebrachtes hinaus! „Die etablierte Jazzszene glaubte, wir seien verrückt, weil wir alle Schranken niederrissen,“ erinnert sich Guy. „Wir spielten nicht mehr die bekannten Jazzstandards, sondern verabschiedeten uns von Harmonie, Melodie und Rhythmus.“ Zielstrebig erweiterte Barry Guy seine Ausdruckspalette. Er bearbeitete die Baßsaiten nicht nur mit unterschiedlichen Bögen, sondern schlug sie mit verschiedenen Stöcken und Stäben an, ließ sie knarren, quietschen, scheppern und gegen das Griffbrett knallen.

Inspiration strömte noch von anderen Seiten ein. Barry Guy hatte sich am renommierten Guildhall College in London eingeschrieben und jeder Studententag wurde zu einer Entdeckungsreise. Guy verspürte Nachholbedarf und sog alles auf wie ein Schwamm – ob Monteverdi, Stravinsky oder Xenakis.

Die Gründung des London Jazz Composers Orchestra durch Barry Guy 1972 sollte experimentelle Kompositionsverfahren und freie Improvisation unter einen Hut bringen. Doch das Gegenteil trat ein. Einige der Musiker fühlten sich als Pendler zwischen zwei Welten überfordert. Nach vier Jahren wurde das Projekt zeitweise auf Eis gelegt, um erst 1980 mit verbessertem Konzept und teilweise anderer Besetzung wieder zu neuem Leben erweckt zu werden.

Barry Guy hatte allerdings die Auszeit genutzt und sich als Komponist zeitgenössischer Werke einen Namen gemacht. 1974 wurde seine Komposition „D“ von Pierre Boulez und dem BBC Symphony

Orchestra uraufgeführt. Im gleichen Jahr entstand „Eos“ das 1977 bei den Donaueschinger Musiktagen seine Premiere erlebte. Seitdem ist das Werkverzeichnis von Barry Guy auf über 40 Kompositionen angewachsen, deren Spektrum von Kammer- über Theater- bis zu Filmmusik reicht, wobei die prominentesten Auftraggeber die Gruppe Fretwork, das Kronos Quartet und die Academy of St. Martin-in-the-Fields waren.

Weil ihm auf die Dauer die Existenz als Freejazzproletarier und Gelegenheitskomponist zu unsicher war, verschaffte sich Barry Guy in den 80er Jahren ein drittes Standbein. Er wurde Bassist in Christopher Hogwoods Academy of Ancient Music, einer der profiliertesten Early-Music-Formationen auf der Insel. Durch zahlreiche Tourneen und Schallplattenaufnahmen avancierte er zum gesuchten Spezialisten für die tieferen Register.

Die Erforschung historischer Aufführungspraktiken hat den Klang revolutioniert. Die Wahl des richtigen Instruments ist dabei entscheidend. Guy hat sich ein Arsenal von sieben Kontrabässen zugelegt, die aus verschiedenen Stilepochen stammen und alle ihren speziellen Ton besitzen. Für die authentische Spielpraxis der Early Music steht ihm ein seltenes Instrument aus der Werkstatt von Gasparo da Salo von 1560 zur Verfügung. „Die Spannung der Saiten war im 16. Jahrhundert viel geringer. Damals besaß der Baß sechs Saiten und der Steg lag tiefer, was zusammen einen vollkommen anderen Ton ergibt,“ bringt er die Diskrepanz auf den Punkt.

Auf einer Tournee mit der Academy of Ancient Music lernte Barry Guy 1988 seine Lebensgefährtin Maya Homburger aus Zürich kennen, die Mitte der 80er Jahre nach England übersiedelt war, um mit den English Barock Solists von John Eliot Gardiner zu spielen.

Die Partnerschaft Guy/Homburger führte zu einigen spannenden Kollaborationen, die mit der Kombination von alter und neuer Musik experimentieren. Mehrere Kompositionen für Barockvioline und Kontrabaß entstanden. „Für uns war es eine ganz natürliche Entwicklung“ erklärt Maya Homburger. „Da ich als Barockgeigerin laufend Bach, Telemann und Biber übe, ist Barry, seit wir zusammenleben, laufend dieser Musik ausgesetzt. Er hat ein Ohr für diese Klänge entwickelt und wie sie am besten in zeitgenössische Kompositionen einzubauen sind.“

Guy's Kompositionen zielen darauf ab, die Klangsönheit von Maya Homburgers Barockgeige hervorzuheben, die 1740 von Antonio della Costa in Treviso gebaut wurde und sich bis heute im Originalzustand befindet. „Barry hat seine Stücke rhetorisch so konzipiert, daß sie der Barockgeige wie auf den Leib geschnitten sind“ sagt Homburger. Das war kein Kinderspiel, waren die Instrumente im Barock doch einen halben Ton tiefer gestimmt als heute, weshalb Guy seine Stücke so konzipieren mußte, daß sich nicht eine der beiden Stimmen fortwährend in einer ungewöhnlichen Tonart befand.

Erkenntnisgewinn gab es auf beiden Seiten. Maya Homburger hat ebenfalls von der Zusammenarbeit profitiert. „Ich habe mehr von Barry und seinen Freejazz-Kollegen über die Interpretation barocker Musik gelernt als je zuvor in meinem Leben. Seit ich mit Barry zusammenlebe, spiele ich diese Stücke von Jahr zu Jahr freier. So nähern sich die beiden Bereiche einander an.“

*Christoph Wagner*



# einsicht und konditionierung

**D**rei in eins, das war diesmal zuviel. Zur letzten „Sport- und Körper“-Seite bekam ich zwei kritische Nachfragen von Leser/innen, wovon der eine am außerordentlichen Energieverbrauch des Schachspiels zweifelte, die andere auf den angehängten letzten Absatz mit Unverständnis reagierte. Darum hier (abermals drei) Nachträge:

Zur Schach-Frage kann ich inzwischen mitteilen, wem ich die in der vorigen Kolumne aufgetischten Kenntnisse hauptsächlich verdanke, nämlich Herrn Gottfried Schmidt und seinem Hörbild „Stundenbuch des Todes. Ein anatomischer Bericht“ (*Bayrischer Rundfunk*, 2. Programm, 15.11.98). Ich zitiere aus dem Manuskript: „Die Maschinen (das meint hier die Teile des Körpers, T. G.) brauchen Treibstoff für die Aufrechterhaltung des elektrischen Potentials, den Transport des Kaliums nach innen (in die Zelle), des Natriums nach außen. Und das ist ja bloß die Erhaltung des Gehäuses, noch nicht die wirkliche Arbeit der Zelle. (...) Nicht der winzigste Teil von etwas, das wir Gedanken nennen oder Bewußtsein. All dies kostet viel Energie. Das Gehirn hat den höchsten Energieverbrauch. Schachspieler, kaum einen Muskel bewegend, können in einer einzigen Meisterschaftspartie mehrere Kilo Gewicht verlieren. Keine Arbeit, kein Sport kann in gleicher Zeit zu so viel Gewichtsverlust führen. Denken macht schlank, nicht nur klug.“

**Die drei Ungleichen** Ich wiederhole kurz die grundlegende Aussage Piet Vroons: Das menschliche Gehirn setzt sich aus drei Teilbereichen zusammen (Stammhirn, limbisches System und Cortex), die phylogenetisch verschiedenen Evolutionsstufen zugeordnet und deshalb auch als Reptilien- Säugetier- und menschliches Gehirn bezeichnet werden. Instinktives Verhalten, operantes Verhalten (einfache Konditionierungen) und abstraktes Denken sind ihre jeweiligen Domänen. Allesamt Qualitäten, die jede auf ihre besondere Art für den Erhalt der Gattung beziehungsweise das Wohl des Individuums wirken. Und sie funktionieren weitgehend unabhängig voneinander, sie kommunizieren nicht untereinander.

Fragen, die sich vielen Menschen bisweilen stellen, etwa: „Wieso habe ich

dies schon wieder gemacht? Ich hätte doch wissen müssen, daß es mir nicht gut tut!“ die einen Saufabend ebenso wie die Beteiligung an einer Massenschlägerei betreffen könnten, lassen sich oft damit beantworten, daß hier eben nicht dasjenige Gehirn entschieden hat, welches die Fähigkeit beherbergt, vorzuschauen und mögliche Konsequenzen in verschiedene Richtungen abzuwägen. Nicht der Cortex also, sondern einer seiner primitiveren Brüder. Und die sind, wenn es um praktische Entscheidungen geht, meist die schnelleren und stärkeren.

Zurück zu dem speziellen Fall, der im kurzen Schlußabsatz der vorigen Kolumne schwer verständlich blieb. Da hieß es:

„Als im Sommer vergangenen Jahres deutsche Hooligans einem französischen Polizisten den Schädel einschlugen, wurde allgemein, vom Bundesinnenminister bis zum *Bild*-Leser, nach harten Strafen und Schnellgerichten gerufen. Die relativ wenigen kritischen Antworten beschränkten sich auf die Hinweise, daß im Schnellverfahren rechtsstaatliche Grundsätze wie eine angemessene Verteidigung über Bord gingen. Weder wurde kritisiert, daß hier das Kanthersche Reptiliengehirn sprach – nicht nachdenken, gleich draufhauen! – noch wurde umgekehrt erwogen, was an der Forderung richtig sein könnte. Piet Vroon hätte eine Antwort darauf: Strafen funktionieren ausgezeichnet, wenn sie nur *schnell* verabreicht werden. Das kurzsichtige operante System (des limbischen Gehirns, T. G.) ist dadurch stark zu beeindrucken.“

**Einsicht oder Strafe** Die Passage bei Vroon (S. 136 f.), aus der ich zwei Sätze herausgepickt hatte, lautet vollständiger:

„Das in diesen (juristischen und psychiatrischen) Kreisen gepflegte Menschenbild bewertet die Rolle des Bewußtseins und die Macht intelligenten Verhaltens zu stark. Man scheint von der unrichtigen Vorstellung auszugehen, unser Geist bilde eine Einheit und Verhalten werde hauptsächlich von der Bewußtheit weit in der Zukunft liegender Konsequenzen beherrscht.“

Zu allem Unglück plädieren manche Juristen und Politiker auch noch dafür, Strafen abzuschaffen: Die Menschheit würde in sittlicher Hinsicht zu großen Höhen gelangen können, indem man eine ‚Mentalitätsveränderung predige. Das ist

Unsinn. Eine Mentalitätsveränderung würde implizieren, daß das intelligente Verhalten das operante Verhalten beherrscht. Das wird vorläufig nicht so sein. Außerdem funktionieren Strafen ausgezeichnet, wenn sie nur schnell verabreicht werden. Das kurzsichtige operante System ist dadurch stark zu beeindrucken.“

Praktisch bestünden demnach die Perspektiven der Intelligenz (hier in Bezug auf deviantes Verhalten) erstens darin, grundsätzlich ihre eigenen Grenzen anzuerkennen; zweitens darin, zu unterscheiden, wo Arbeit an der Einsicht und wo eine Kombination von Belohnung und Strafe angesagt ist. Drittens müßte eine intelligente gesellschaftliche Elite die Einhaltung des rechten Weges garantieren – wie immer der definiert sein mag und wie immer „intelligent“ definiert wäre.

**Herr Kanther** Teilweise wenigstens muß ich jedoch Herrn Kanther rehabilitieren. Am 24.6. reihte er sich mit der Forderung „Diese Typen schnell und hart bestrafen“ (*Bild*) in den Chor des allgemeinen Aufschreis ein. Doch dann vergingen gut drei Wochen, bis am 16. und 17.7. die Zeitungen mit Schlagzeilen wie diesen voll waren: „Kanther will Vorbeugehaft für Hooligans“ (*Berliner Zeitung*); „Kanther will Reiseverbote...“ (*WAZ*) oder kritisch „Kanther und der Knüppel. Hooligans im Wahlkampf“ (*NRZ*).

Fast untergegangen war zuvor, daß sich der Innenminister zwei Tage nach Lens als ausgesprochen behutsamer Wähler der Rechtsordnung gezeigt hatte: „Innenminister Manfred Kanther (CDU) machte gestern auch deutlich, wie gering die Möglichkeiten sind, deutsche Hooligans an der Reise zu den Austragungsorten der Fußballspiele zu hindern. ... Ohne konkreten Anfangsverdacht sei ein Vorgehen nicht möglich. Zwar gibt es im deutschen Recht die Möglichkeit, jemanden vorsorglich einzusperrn, doch sind dabei hohe Hürden gesetzt“ (*Ostthüringer Zeitung*, 24.6.). Es war aber, wie denn auch auch in verschiedenen Kommentaren bissig ange merkt wurde, Wahlkampfzeit, und die Chancen der Vernunft sind in einer parlamentarischen Demokratie systembedingt eingeschränkt. Denn verhaltensrelevant an der Wahlurne sind im wesentlichen nicht Erwägungen über die Werte des Rechtsstaates, sondern die vom Blutgeruch gereizten Instinkte. *Thomas Gehrmann*



## Tja, Kollege, und was folgt daraus?

Zu Hartwig Bergers „Die schöne neue Welt der nachhaltigen Entwicklung“  
in *Kommune* 1/99

Hartwig Berger hat eh recht: „Nachhaltigkeit“ ist als (auch symbolisch und emotional aufgeladener) politischer Begriff genau deswegen so erfolgreich, weil er vieldeutig, unbestimmt, nicht quantifizierbar und nicht operationalisierbar ist. Das ist aber nicht gerade eine umwerbende Neuigkeit. Analytisch stimmt auch die Aussage, daß, wer sich auf das Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ einläßt, sich darauf beschränkt, „durch intelligentes Management die Kurve ihrer (der irreversiblen großen Katastrophe) Eintrittswahrscheinlichkeit abzufachen“ (S. 58). Na und?

Ärgerlich ist, daß eine solche Aussage als Schlußsatz stehenbleibt. Was, Kollege Berger, machst Du dann im Berliner Abgeordnetenhaus? Beschließt Du dort die eine oder andere Maßnahme mit, die auch nur die Kurve der Eintrittswahrscheinlichkeit des ökologischen Crash abflacht? Vermutlich verbringst Du einen Großteil der Zeit damit, um Mehrheiten für viele solcher Maßnahmen zu ringen, die – jede für sich genommen – eh nicht ausreichen. (Ich behaupte mal kühn, das ist genau das, wozu Dich und mich die große Mehrheit der GrünwählerInnen gewählt hat. – Ich vermute übrigens auch, daß Ihr, als Ihr mit großer Mehrheit den Koalitionsvertrag gebilligt habt, gewußt habt, daß dieser bestenfalls die Kurve in die Katastrophe abflacht.)

Außer der „Eigentlichkeit“ der Analyse gibt's ja noch die gesellschaftliche und politische Realität, auf die uns einzulassen wir geschlossen haben – sonst hätten wir ja keine politische Partei gegründet und uns in ihr engagiert, sondern hätten uns um einen Posten in der Akademie der Wissenschaften bemüht oder, schlimmstenfalls, eine millenaristische Sekte gebildet. Deswegen, in aller Kürze und Verkürzung, zwei wesentliche Argumente:

1. „Wir müssen damit leben, daß die Folgen industriell induzierter Veränderungen nicht

eindeutig prognostizierbar sind, auch wenn die generellen Folgen der Umwelteinwirkungen unstrittig sind“ (S. 55).

Es gibt keine wissenschaftliche Klarheit, welche Emissionen etc. noch tragbar sind. Grenzwerte sind immer politische Kompromisse. Das Vorsorgeprinzip schreit jedenfalls nach Emissionsminimierung.

„Da an diesem Ziel keine Abstriche begründbar sind, muß es mit einem Preis von Unendlich in jede ökonomische Überlegung eingehen. Das aber heißt nicht Optimierung, sondern Verhinderung von Eingriffen in die Natur. Weichere Vorgaben sind mit dem Bild vom Raumschiff Erde nicht konsistent. ... Der Ausweg aus diesem Dilemma ist die Forderung nach kleinstmöglicher Emission. Dieser ist aus zwei Gründen zuzustimmen. Erstens, weil unsere Einsichten in das komplexe System Natur nicht ausreichen und nie ausreichen werden, um irgendeine Emissionsmenge als definitiv unschädlich festlegen zu können. Zweitens, weil es offensichtlich nicht möglich ist, sozusagen mit einem Schlag allen Emissionen einen Preis von Unendlich zu geben, d.h. sie zu verbieten“ (Maier-Rigaud, *Schritte zur ökologischen Marktwirtschaft*, Marburg 1997 S. 82).

Also: Der Staat muß sich als „dynamischer Unternehmer“ für das öffentliche Gut „Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Ökosysteme“ betätigen und durch Preissignale die extreme Knappheit dieses Gutes anzeigen – siehe die Konzepte zur ökologischen Steuerreform. Zu diesem „Umsteuern“ gibt es keine gangbare Alternative. Daß diese „schöpferische Zerstörung“ (Schumpeters Definition von marktwirtschaftlicher Umstrukturierung) radikal sein muß, ist theoretisch keine Frage. Wie radikal sie sein kann, ist eine politische Frage.

Dazu hat vor Jahren in der *Kommune* ein Autor, dessen Name mir entfallen ist, von der

Nützlichkeit der Schizophrenie geschrieben: Es wird vernünftig sein, davon auszugehen, daß es möglicherweise schon 5 nach 12 ist, und sich doch so zu verhalten, als wäre es noch 5 vor 12. Es probiert zu haben, wird gescheiter sein, als nach Eintritt des Weltuntergangs mit der Prognose recht gehabt zu haben, daß es so nicht weitergehen konnte.

2. „Warum aber werden dann nicht sofortige Einschnitte in die Lebensweise der globalen Mittelklasse verlangt?“ (Berger, S. 57) Schlicht deswegen, weil es an der Instanz fehlt, die das durchsetzen kann. Wir leben nämlich in einer Demokratie – und daran will zumindest ich nichts ändern.

„Ein ökologisches Programm kann heute nicht einer Überflußgesellschaft mit der Forderung auf Verzicht gegenüberzutreten, sondern muß versuchen, zwischen den gesellschaftlich und individuell immer spürbareren Zwängen einer Gesellschaft, in der die zahlungsfähige und -willige Nachfrage nach Arbeit schwindet, und den Anforderungen einer geschundenen Umwelt zu vermitteln. Eine solche Anpassung ist kein Opportunismus. Eher bezeugt sie, daß die Grünen Demokratie inzwischen als politische Erkenntnisform und nicht nur als lästige Pflichtübung verstehen“ (Joscha Schmierer, *Grüne in der Zwickmühle*, *Kommune* 4/98, S. 7/8).

Daher ist ein „eigentlich“ unzureichender, aber mehrheitsfähiger Vorschlag, der die Eintrittswahrscheinlichkeit des Crash verringert, notwendig. Zumindest dann, wenn die Erhaltung der pluralistischen offenen Gesellschaft ebenso ein politisches Ziel ist wie die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Ökosysteme. Es gibt halt „grüne Grundwerte“ die fallweise miteinander in Konflikt kommen. Bei der Orientierung an „Ökologie“ und „Demokratie“ kommt als machbarer politisch-praktischer Vorschlag halt die „nachhaltige Entwicklung“ heraus.

Wie schon Brecht so klug bemerkte: „Auf die Frage Alles oder Nichts antwortet die Welt meistens mit – Nichts.“

Gerhard Fritz, Innsbruck

## Alexander-Langer-Stiftung

Freundinnen und Freunde Alexander Langers, unseres langjährigen Kolumnisten über italienische Zustände und Entwicklungen, planen die Gründung einer Stiftung. Ihre Grundgedanken sind:

„Eine enge Bindung an jene Kräfte in Alto Adige/Südtirol, die sich für ein geschwisterliches Zusammenleben einsetzen, ein Land von dem Alex ausgegangen ist, um der Welt zu begegnen; eine Bindung an Einzelpersonen und Organisationen, nicht nur innerhalb Italiens, die daran interessiert sind, ein loses Netz aus Beziehungen und Zusammenarbeit zu bilden.“

Der Wunsch, die Erinnerung an Alex und das von ihm gebildete Netz von Beziehungen für Menschen in schwierigen Zeiten weiter auszudehnen, besonders durch die Einrichtung des ‚internationalen Preises‘ und die Verleihung von einigen Studienstipendien.“

Federführende Initiatoren sind Lisa Foa, Peter Kammerer, Helmut Moroder und Edi Rabbin. Unmittelbares Ziel ist es, zu erreichen, daß in diesen Tagen eine Summe 400.000 DM gezeichnet wird, deren Bestandteile eingezahlt werden sollen, sobald diese Mindestsumme erreicht ist.

Da Alexander Langer uns seine Kolumnen immer unentgeltlich überlassen hat, war es für uns verpflichtend, uns angemessen zu beteiligen. Der Trägerverein der *Kommune* hat zu diesem Zweck 5000 DM zur Verfügung gestellt. Vielleicht gibt es unter unseren Leserinnen und Lesern Leute, denen es (auch in Gemeinschaft mit anderen) möglich ist, sich mit einem Mindestbetrag von 1000 DM (500 Euro) oder mehr zu beteiligen. Es handelt sich um eine einmalige Zahlung. Die laufende Arbeit und der Preis der Stiftung sollen dann aus den Zinsen dieses Vermögens bestritten werden.

Kontakt: PRO EUROPA  
Lauben 49 via Portici  
Bozen 39100 Bolzano  
Tel. u. Fax: 0039-0471-977691  
E-Mail: proeuropa@dnet.it

## ECHO ECHO ECHO

„Nicht einmal der Übergang von Schwarzgelb zu Rotgrün hatte etwas Spektakuläres an sich. Das verblüffte auch Joscha Schmierer, den verantwortlichen Herausgeber der *Kommune*, die den Grünen seit deren Anfängen mit Wohlwollen und belehrender Kritik zur Seite steht. (...)

Für die Grünen werde die Regierungsbeteiligung zur existenziellen „Nagelprobe“ meint Schmierer im *Novemberheft* der *Kommune*. Ohne scharfes politisches Profil sei das Verschwinden der einstigen Anti-Parteien-Partei vorprogrammiert.

Im *Dezemberheft* der Zeitschrift, die sich als Diskussionsforum begreift, richtet Warnfried Dettling starke Scheinwerfer auf den politischen Horizont. Der ist gekennzeichnet durch die neuen Konflikte zwischen den dynamischen und den überflüssigen Teilen einer globalisierten Welt, durch den Konflikt zwischen der Identität (...) und der Systemlogik und

## In eigener Sache

Aufgrund von Pressemeldungen, daß Joscha Schmierer in den Planungstab des Auswärtigen Amtes wechseln sollte, erreichten uns Anfragen, wie es in einem solchen Fall mit der *Kommune* weiterginge. Hier erst einmal das Versprechen, daß die *Kommune* unabhängig von eventuellen personellen Veränderungen weiter erscheinen wird.  
*Die Redaktion*

durch die drohende Gefahr einer „sozialen Spaltung der Gesellschaft. (...)“

So der *Hessische Rundfunk* am 7. Januar 1999 im Rahmen seiner Sendung „Zwischen den Zeilen“ über „Deutschland nach der Bundestagswahl.“ Jochen Köhler's „Blick in deutschsprachige Kultur- und Literaturzeitschriften“ zitierte u.a. die Einschätzung der *Kommune*.

## TERMIN E

### Transmediale 99

*Internationales Medienkunstfestival, Berlin, 12.-21. Februar*

Mit mehr als 50 Veranstaltungen bietet die diesjährige *transmediale* einen Überblick über den Stand der elektronischen Kunst und digitalen Medienkultur: digitaler Film, Computerwelten, Netzwerkprojekte, Video, Telemedien, Installationen und Performances.

Weitere Informationen: *transmediale*, Klosterstraße 68, 10179 Berlin, Telefon (030) 2472 190-7 Fax: -9.

### Politikberatung in Deutschland

*Tagung vom 5. bis 7. März in Freudenberg bei Siegen*

Politische Entscheidungsgremien greifen bei der Entwicklung neuer Konzepte verstärkt auf externe Berater und sog. „Ideenagenturen“ zurück. Die US-amerikanischen think tanks sind dafür ebenso Beispiele, wie die akademisch-institutionellen Beraterstäbe von Tony Blair. Aktuelle Beispiele, wie die SPD-Wahlkampfzentrale „Kampa“ zeigen, daß auch in der Bundesrepublik Beratung für die Politik zunehmend wichtiger wird. Weitere Trends lassen erkennen, daß die Berater in unterschiedlichen Politikfeldern zur Expertenberatung hinzugezogen und als Prozeßbegleiter gefragt werden. Auf Länderebene

werden Zukunftskommissionen eingerichtet, auf kommunaler Ebene werden Organisationsberater konsultiert.

Eine Fachtagung des *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* in Kooperation mit der Gustav-Heinemann-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung Freudenberg widmet sich vor diesem Hintergrund der Frage, welche Rolle Politikberatung spielt und was sie leisten kann. Zu der Veranstaltung wurden Referenten aus Politik und Beraterstäben sowie Wissenschaftler eingeladen.

Weitere Informationen: *Forschungsjournal*, Markus Rohde, Dorotheenstr. 85, 53111 Bonn, Telefon: (0228) 6910-43, Fax: 53.

### Nachhaltige Regionalentwicklung

*Tagung, Berlin 11.-12. März*

Um den Status quo und die Perspektiven „Nachhaltiger Regionalentwicklung“ geht es bei der Veranstaltung der TU Berlin, Institut für Management in der Umweltplanung, in Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt. Weitere Informationen: Institut für Management in der Umweltplanung, TU Berlin, Sekr. FR 2-7 Franklinstr. 28/29, 10587 Berlin, Telefon: (030) 31473-335, Fax: 517

### Ökodorf-Festival

*22.-29. Mai in Ludwigshafen am Bodensee*

Das 3. Ökodorf-Festival findet Pfingsten 99 am Bodensee statt. Das 4. Festival folgt 6.-12. August 99 wieder bei Mainz. Nähere Informationen: Ökodorf-Institut/Delphin-Gemeinschaft, Bergwerkstraße 33, 79688 Hausen, Telefon und Fax: (07622) 671322

## BÜCHER BÜCHER

Jürgen Hartmann, Politik auf den Trümmern der Zweiten Welt. Rußland, Osteuropa und die asiatische Peripherie, Frankfurt/M. (Campus Verlag) 1998 (245 S., 48,00 DM)

Thomas Meyer, Die Transformationen der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Bonn (Dietz Taschenbuch) 1998 (256 S., Abb., 24,80 DM)

Dirk Messner (Hg.), Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung in der Weltgesellschaft, Bonn (J. H. W. Dietz Nachf.) 1998 (368 S., 24,80 DM)

Hans-Jürgen Wagener/Heiko Fritz (Hg.), Im Osten was Neues. Aspekte der EU-Erweiterung,

Bonn (J. H. W. Dietz Nachf.) 1998 (368 S., 24,80 DM)

Christopher R. Browning, Der Weg zur „Endlösung“ Entscheidungen und Täter. Aus dem Amerikanischen von Jürgen B. Krause, Bonn (J. H. W. Dietz Nachf.) 1998 (232 S., 39,80 DM)

Ruth Klingebiel/Shalina Randeria (Hg.), Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen, Bonn (J. H. W. Dietz Nachf.) 1998 (360 S., 24,80 DM)

Miterrand und die Deutschen. Herausgegeben von Brigitte Sauzay und Rudolf v. Thadden, Göttingen (Wallstein Verlag) 1998 (112 S., 26,00 DM)

Manfred Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München (C. H. Beck) 1998 (1206 S., 98,00 DM)

Christian Graf von Krockow, Der deutsche Niedergang. Ein Ausblick ins 21. Jahrhundert, Stuttgart (Deutsche Verlags-Anstalt) 1998 (240 S., 39,80 DM)

Rolf G. Heinze, Die blockierte Gesellschaft. Sozioökonomischer Wandel und die Krise des „Modell Deutschland“ Wiesbaden (Westdeutscher Verlag) 1998 (303 S., 42,00 DM)

Bernhard Schmid, Die Rechten in Frankreich. Von der Französischen Revolution zum Front National, Berlin (Elefanten Press) 1998 (256 S., 34,90 DM)

Frank Unger/Andreas Wehr/Karen Schönwälder, New Democrats New Labour - Neue Sozialdemokraten, Berlin (Elefanten Press) 1998 (192 S., 29,90 DM)

Peter Ensikat, Hat es die DDR überhaupt gegeben?, Berlin (Eulenspiegel Verlag) 1998 (192 S., 24,80 DM)

Joachim Radkau, Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler, München (Hanser Verlag) 1998 (552 S., 68,00 DM)

Julius H. Schoeps, Das Gewaltsyndrom. Verformungen und Brüche im deutsch-jüdischen Verhältnis, Berlin (Argon Verlag) 1998 (200 S., 34,00 DM)

Gerald Fricke/Frank Schäfer, Petting statt Pershing. Das Wörterbuch der Achtziger, Leipzig (Reclam Leipzig 1630) 1998 (174 S., Abb., 18,00 DM)

## AutorInnen

Michael Ackermann, geb. 1953, Redakteur der *Kommune* in Frankfurt/M.

Jens Becker, geb. 1964, Doktorand für Osteuropaforschung und Soziale Bewegungen, wohnt in Frankfurt/M.

Michael Blum, geb. 1961, Journalist, wohnt in Mühlheim

Ekin Deligöz, geb. 1971, Verwaltungswissenschaftlerin, MdB für Bündnis 90/Die Grünen

Frank Eckardt, lebt als freier Journalist und Schriftsteller in den Niederlanden

Rainer Emschermann, geb. 1965, Mitarbeiter der Fraktion Die Grünen im Europaparlament in Brüssel

Gerhard Fritz, geb. 1949, Angestellter, Gemeinderat für die Grün-Alternativen in Innsbruck

Thomas Gehrmann, geb. 1952, Volkskundler, wohnt in Rüsselsheim

Harald Goldhahn, geb. 1955, Illustrator, wohnt in Offenbach

Ralf Hanselle, geb. 1972, Student der Germanistik und Philosophie, wohnt in Bonn

Gerd Held, geb. 1951, tätig an der Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund

Karl-Martin Henschel, geb. 1950, parlamentarischer Geschäftsführer und wirtschaftspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Schleswig-Holstein, wohnt in Heikendorf/Kiel

Jutta Himmelreich, geb. 1957, Übersetzerin, wohnt in Frankfurt/M.

Axel Henrici, geb. 1969, freier Journalist und literarischer Übersetzer, wohnt in Berlin

Dick Howard, lehrt Philosophie an der State University of New York, wohnt in N.Y.

Siegfried Knittel, geb. 1946, freier Journalist, wohnt in Frankfurt/M.

Kolibri Werner Blattmann, geb. 1956, Karikaturist, wohnt in Jestetten

Harry Kunz, geb. 1962, Philosoph, Soziologie und Psychologe, wohnt in Kall-Golbach/Eifel

Peter Mosler, Schriftsteller, wohnt in Berlin

Sascha Müller-Kraenner, Leiter des Washingtoner Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in den USA

Annemarie Nikolaus, geb. 1952, Sozialwissenschaftlerin, wohnt in Calavino/Italien

Wilhelm Pauli, geb. 1945, Publizist, wohnt in Berlin

Roger Peltzer, geb. 1953, Volkswirtschaftler, wohnt in Kerpen-Horrem

Joachim Quandt, geb. 1967, Übersetzer und freier Autor, wohnt in Pamplo-na

Werner Rügemer, geb. 1941, Philosoph, Publizist zu kommunalen Fragen und Abwasser, wohnt in Köln

Joscha Schmierer, geb. 1942, Redakteur der *Kommune* in Frankfurt/M.

Jörn Schulz, geb. 1961, Magister der Geschichtswissenschaften, wohnt in Hamburg

Rudolph Seibel, geb. 1950, Volkswirt, wohnt in Frankfurt/M.

Winfried Thaa, geb. 1952, lehrt Politikwissenschaft an der Universität Trier

Christoph Wagner, geb. 1955, Lehrer, Musikjournalist, wohnt in Hebden Bridge/West Yorkshire

Oliver Weiss, geb. 1966, Ingenieur, Grafiker und Karikaturist, wohnt in München

Rolf Wiggershaus, Publizist, wohnt in Kronberg-Schönberg

Balduin Winter, Journalist und Kritiker, wohnt in Fürth



Hohler

